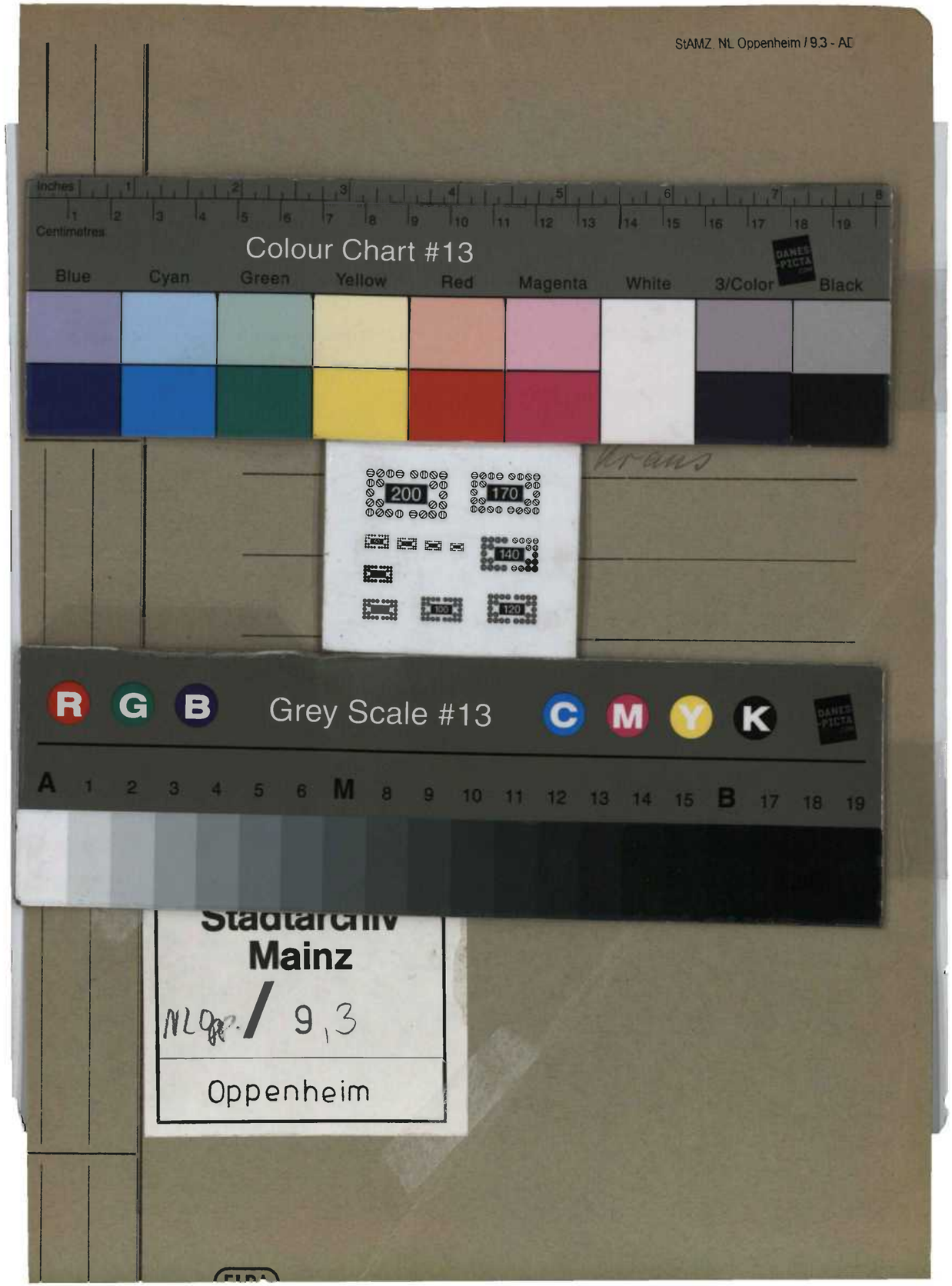
Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00009-3

NL_Oppenheim_00009-3



Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00009-3

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - AE

Stadtarchiv Mainz
Nachlass Oppenheim

Handschriftenproben

Dr. Dr. Ernst Kraus

Stadtarchiv
Mainz
NL Opp. / 9,3
Oppenheim

ELBA
Universal

19.September 1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister !

Nach meiner Rückkehr aus Holland setzte ich mich sofort mit Professor Dr. K l u m b in Verbindung. Die Tagung "Wirtschaftliche wichtige Forschungsprobleme" findet am Mittwoch, den 8. Oktober 52, vormittags 9 Uhr in den Räumen des Physikalischen Institutes der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz statt.

Die Einladung erfolgt von dem Physikalischen Institut und der Industrie- und Handelskammer, Mainz im Benehmen mit den Industrie- und Handelskammern von Darmstadt, Frankfurt/Main, Hanau, Heidelberg, Koblenz, Ludwigshafen, Mannheim, Offenbach, Trier und Wiesbaden. Es werden drei Vorträge gehalten werden. Daran anschließend gemeinsames Mittagessen in der Taberna. Nach dem Essen Diskussion und Besichtigungen.

Mit Herrn Dr. C h a r i s s é habe ich vereinbart, daß nach dem dritten Vortrag von dem Vorsitzenden Ihnen das Wort erteilt werden soll für eine Werbungsansprache zugunsten unserer Vereinigung. Es ist wohl zweckmäßig, wenn in der gedruckten Einladung von einer Werbung für die "Freunde der Universität Mainz" nichts gesagt wird.

Ich hoffe, Sie sind mit Vorstehendem einverstanden.

Am 24. September bin ich nicht hier. Wir werden uns aber bestimmt am 30. September anläßlich der 100jährigen Feier des römisch-germanischen Zentralmuseums sehen.

In Holland hatte ich schöne Tage und konnte viel lernen.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich

Ihr

Einladung.

Das Physikalische Institut der Johannes Gutenberg-Universität und die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, Mainz, im Benehmen mit den Industrie- und Handelskammern Darmstadt, Frankfurt /Main, Hanau, Heidelberg, Koblenz, Ludwigshafen, Mannheim, Offenbach, Trier und Wiesbaden beehren sich, zu einer Arbeitstagung über

"Wirtschaftswichtige Forschungsprobleme"

auf

Mittwoch, den 8. Oktober 1952, vormittags 9 Uhr,

in den Räumen des Physikalischen Instituts der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Ministerialdirektor Dr. Pretsch vom Bundeswirtschaftsministerium, Bonn:
   "Forschungsförderung im Ausland"
2. Vortrag des Herrn Generaldirektor Dr. Gummert, Geschäftsführer des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft:
   "Forschungsförderung und Industrie"
3. Vortrag des Herrn Professor Dr. H. Klumb, Direktor des Physikalischen Instiuts an der Johannes Gutenberg-Universität:
   "Das Forschungsförderungsproblem in Deutschland".

An die Vorträge schliesst sich eine Diskussion an. Danach findet ein gemeinsames Mittagessen in der Taberna academica der Universität statt. Nach dem Mittagessen werden Spezialfragen diskutiert und Institute der Universität besichtigt.

b.w.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte im In- und Ausland zeigen, dass von der Leistungsfähigkeit der wirtschaftswichtigen Forschung mit ihren 5 Sektoren

1. der freien Erfindung und Forschung
2. der industrieeigenen Forschung
3. der staatseigenen Forschung
4. der Forschung wissenschaftlicher Gesellschaften
5. der akademischen Hochschulforschung

und von der Form der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Produktion die Leistungsfähigkeit und damit die Konkurrenzfähigkeit der Industrie abhängt.

Dieser lebenswichtige Zusammenhang, der in den industriell entwickelten Ländern klar erkannt und systematisch ausgewertet wird, seine eingehende Kenntnis und Berücksichtigung ist daher auch eine entscheidend wichtige Grundlage des Wirkens weitsichtiger moderner Unternehmer und bildet einen wichtigen Faktor im Aufbau der deutschen Produktionswirtschaft. Die Erfahrungen in Deutschland wie im Ausland zeigen, dass Erfindung und Forschung ebenso wie die Zusammenarbeit Forschung-Produktion einer laufenden Förderung und einer systematischen Pflege bedürfen. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein einer geeigneten Organisation der wirtschaftswichtig-technischen Forschung und ihrer Sektoren. Die Tragödie der deutschen Forschung und damit der deutschen Wirtschaftsentwicklung ist darin zu sehen, dass, abgesehen von den Verlusten an Fachpersonal in Instituten, die in zwei Jahrzehnten schwerster Arbeit und kostspieligster Erfahrungen geschaffene moderne Organisation der Forschungsförderung durch den Zusammenbruch vernichtet wurde.

Es scheint uns daher dringend an der Zeit, dass sich die verantwortlichen Gremien und Persönlichkeiten der Wirtschaft mit allem Nachdruck des Wiederaufbaues einer den Bedürfnissen der Industrie (und Landwirtschaft) angepassten, die modernsten Erfahrungen berücksichtigenden Organisation der Förderung von Forschung und Erfindung anzunehmen beginnen.

In der Absicht, hierzu die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, laden wir zu dieser Arbeitstagung ein.

Wir bitten, uns auf anliegender Karte mitteilen zu wollen, ob Sie an der Arbeitstagung und dem Essen teilnehmen werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 4

Vom Verfasser überreicht

Die Rheinpfalz 1.12.49.

Bleibt Koblenz Sitz der Landesregierung?

Ein Gespräch mit Dr. Dr. h. c. Oberbürgermeister Emil Kraus, Frankenthal

(Bemerkung der Schriftleitung: Oberbürgermeister Dr. Kraus war seit 1929 besoldeter Beigeordneter und Bürgermeister der Stadt Mainz. Er leitete das Schicksal dieser schwergeprüften Stadt von 1945 bis 1949 als deren Oberbürgermeister. Nachdem der Landtag nunmehr die Entscheidung über die Landeshauptstadt erneut vertagt hat, haben wir Oberbürgermeister Dr. Kraus einige Fragen vorgelegt und bringen nachstehend dessen Antworten.)

Frage: Wie beurteilen Sie den Vertagungsbeschluß des Landtages?

Antwort: Ueber diese neue Verschleppungstaktik bin ich sehr erstaunt. Ich halte sie für unfair und für sachlich absolut unbegründet; ich kann mir vorstellen, daß die Stadtverwaltung Mainz, die seit Monaten über die fertiggestellten Wohn- und Büroräume nicht disponieren kann, durch diese neue Verschleppung geradezu zur Verzweiflung getrieben wird. Ganz unverständlich ist mir die im Landtag wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die Raumfrage völlig ungeklärt sei. In Mainz sitzt der Wiederaufbauverband (Zweckverband) mit seiner Generalbaudirektion, die genauestens über jeden Kubikmeter Raum Bescheid weiß. Von dieser Stelle konnten Regierung und Landtag alle gewünschten und notwendigen sachlichen Auskünfte erhalten. Diese Vertagung ist sehr bedauerlich und ich befürchte, daß sie nicht im Interesse der Sache liegt.

Frage: Wie sehen Sie als Vorsitzender des Städteverbandes das Problem?

Antwort: Der Städteverband hat sich natürlich in dieser Frage völlig neutral verhalten. Bis jetzt habe ich es daher auch abgelehnt, zu dieser Frage öffentlich Stellung zu nehmen. Jedoch glaube ich sagen zu dürfen, daß es dem Städteverband und seiner Geschäftsführung als durchaus zweckmäßig erschien, wenn der Sitz der Landesregierung nach Mainz verlegt würde. Hier muß ich der Denkschrift des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz recht geben: Im neuen Staate Rheinland-Pfalz kann der Stadt Mainz die zentrale Lage nicht bestritten werden. Sie liegt im Gegensatz zu Koblenz genau im Herzen der drei Länder Rheinland, Rheinhessen und Pfalz. Das Schwergewicht des Städteverbandes ist in der Pfalz und in Rheinhessen. Nach einer mir vorliegenden Statistik aus 1946 lagen von den 32 im Städteverband zusammengeschlossenen Städten 13 in der Pfalz und fünf in Rheinhessen, zusammen also 18 in der Pfalz und Rheinhessen und 14 in den Regierungsbezirken Trier, Koblenz und Montabaur. Sie weisen insgesamt eine Einwohnerzahl von 704 000 auf, davon entfallen auf die Städte der Pfalz allein 360 000, also rund die Hälfte, auf Rheinhessen 159 000, also zusammen für Pfalz und Rheinhessen 519 000. Auf Trier, Koblenz und Montabaur dagegen nur 185 000. Aus diesen Gründen erklärt sich auch, weshalb der Städteverband wegen der hervorragend zentralen und zweckmäßigen Lage seine Geschäftsstelle vorläufig in Mainz beibehalten hat. Wichtige Vorstands- und Ausschußsitzungen finden des öfteren in Mainz statt, weil alle Mitglieder diese zentrale Lage bevorzugen. Daher glaube ich, vorweg sagen zu dürfen, daß wir, ähnlich wie die Zentrale der Gewerkschaften, auch unsere Geschäftsstelle in Mainz beibehalten werden, selbst wenn der Sitz der Landesregierung endgültig nach Koblenz verlegt würde.

Frage: Glauben Sie, daß die Frage des Regierungssitzes eine Bedeutung für den Bestand von Rheinland-Pfalz hat?

Antwort: Diese Frage muß ich unbedingt bejahen. Schon immer habe ich den Standpunkt vertreten, daß gerade diejenigen, die aus staatspolitischen und sonstigen Gründen den Bestand des Staates Rheinland-Pfalz sichern wollen, unbedingt dafür sein müssen, daß die zentralen Regierungsstellen in das zentral gelegene Mainz verlegt werden. Dabei kann man nicht mit Kilometerzahlen rechnen und demonstrieren, daß mehr als 200 Kilometer entfernt von Koblenz zwei Kreisstädte liegen, von Mainz dagegen vier Kreisstädte. Das ist nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist, daß das Schwergewicht der Steuer- und Wirtschaftskraft in der Pfalz und in Rheinhessen ist, und daß der Staat Rheinland-Pfalz aus vier Landesteilen zusammengebaut ist, deren Mitte Mainz mit Rheinhessen darstellt. Hier in der Pfalz spüre ich ganz deutlich, wie stark die Abneigung gegen Koblenz als Regierungssitz ist und ich kann nur das wiederholen, was ich schon früher in Mainz des öfteren zum Ausdruck gebracht habe: Die Abneigungen, die sich in Rheinhessen und in der Pfalz gegen das Land Rheinland-Pfalz von Monat zu Monat verstärkt haben, hätten sich nicht so weitgehend entwickelt, wenn Mainz schon viel früher Mittelpunkt und Regierungssitz des Landes gewesen wäre. Die Bestrebungen, die heute in der Pfalz sehr stark danach drängen, sich von Rheinland-Pfalz loszulösen, um sich zu gegebener Zeit mit Baden, dem Südweststaat oder gar mit Bayern zu verbinden, wären so stark, wie sie heute sind, nie geworden, wenn Mainz schon früher Sitz der Landeshauptstadt hätte werden können. Ich fürchte, daß der Landtagsbeschluß den Bestand des Landes Rheinland-Pfalz nicht gestärkt, sondern erheblich geschwächt hat.

Keine Senkung de

Zeder, Diedesfeld, Vorsitzende

-rk- **Landau.** Die Mitglieder des Fachverbandes „Branntweinindustrie" von Hessen-Pfalz trafen sich am Dienstag in Landau zu ihrer periodischen Vollversammlung. Der Vorsitzende der Dachorganisation der Branntweinindustrie der französischen Zone, Konsul Helmcke (Oppenheim) gedachte einleitend des verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes Pfalz, Karl Biffar (Neustadt). In einem längeren Referat gab er einen Ueberblick zur Lage im Spirituosengewerbe und betonte vor allem die ungleichmäßige Beschäftigung der Industrie. Während einzelne Brennereien Tag und Nacht arbeiten, liegen andere fast still.

Eine große Gefahr für die Brennereien bilde die chemische Industrie, die mit großen Mengen Branntwein aus chemischen Substanzen, einschließlich Karbid, mit einem Preisgebot auf den Markt komme, das eine tödliche Gefahr für das Brennereigewerbe darstelle. Nur ein noch engerer Zusammenschluß aller Brenner könne diese Gefahr mindern. Der erste schwere Schlag wurde den Obstverschlußbrennereien versetzt, indem die Suspendierung der Brennrechte rückgängig gemacht wurde.

Konsul Helmcke gelang nach schwersten Kämpfen das Brennrecht für die kleinen Brennereien von 60 l auf 600 l zu erhöhen. Der Redner warnte vor übermäßigen Weinhefekäufen, da sich der Absatz von Hefebranntwein immer schwieriger gestalte. Er warnte besonders vor irgendwelchen Preisabreden. Die Abfindungsbrennereien seien hier im Vorteil, da sie anstandslos absetzen können, jedoch nur 300 l brennen dürfen. Er unterbreitete der Versammlung die Vorschläge zur Neugestaltung des Monopolgesetzes und betonte, daß die Zeiten des unbeschränkten Kontingente in Branntwein, wie es nur in Rheinland-Pfalz der Fall sei, durch den überzonalen Branntweinausgleich zu Ende gehen.

Der Vorsitzende der Kleinbrenner in der französischen Zone, Erdrich, nahm zum Uebernahmepreis für ablieferungsfähigen Branntwein Stellung und betonte, daß allein in Südbaden seit Aufhebung der Zwangsbe-

„Unerhörte und beleid

Ehard weist Erklärung französis

c.s. **München** (Eig. Ber.). Eine fünfköpfige französische Delegation des Verbandes ehemaliger Deportierter und Internierter weilte in den letzten Tagen in München und besuchte das Massengrab bei Dachau. In einer Erklärung behauptete diese französische Kommission, daß das Massengrab am Leitenberg amerikanischen und französischen Stellen bekannt gewesen sei. Die Gebeine der Toten seien einer Münchner Firma zur industriellen Verwertung überlassen worden.

Ministerpräsident Dr. Ehard wandte sich in einer Erklärung vor dem bayerischen Landtag gegen die Behauptung der französischen Kommission. Sie sei eine unerhörte und beleidigende Behauptung und zeige bösen Willen und schlimmste Absichten.

Sie sucht die sich annähernde deutsch-französische Verständigung zu hintertreiben. Die Behauptung der Kommission französischer Widerstandskämpfer sei ein Verbrechen an der kulturellen Welt. Der Leitenberg stand unter besonderem Schutz des bayerischen Staates. Es müsse alles getan werden, um diesen Berg des Leidens und

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 5

IPFALZ

RICHTEN

k, Kultur, Wirtschaft, Heimat und Sport

. 20, Tel. 550. — Hauptgeschäftsstelle Westpfalz in Kaiserslautern, Pariser Str. 14, Tel. 49, 127 u. 406; len in: Pirmasens, Teichstr. 11, Tel. 2320; Zweibrücken, Gutenbergstr. 26, Tel. 535; Kusel, Markt- el. 565; Rockenhausen, Gutenbrunnenstr. 1. Tel. Nr. 43. · Die Zeitung erscheint jeden Werktag.

Einzelverkauf 15 Pfg.

eujahr

e Sühnemaßnahmen mehr?

Landeskommissar für die politische Säube- rung. Schließlich heißt es, daß Betroffene, die rechtskräftig in die Gruppe der Hauptschul- digen oder der Belasteten eingeordnet wor- den sind, bis zum 31. Dezember 1950 bei einer Spruchkammer eine Ueberprüfung der in der Entscheidung angeordneten Sühnemaß- nahme beantragen können.

Soweit das Verhalten des Betroffenen seit dem 8. Mai 1945 dies rechtfertigt, kann die Spruchkammer die angeordneten Sühnemaß- nahmen ganz oder teilweise aufheben.

d und Deutschland

s bei den ersten Klippen angelangt

arbeit mit Deutschland und Großbritannien erforderlich sei.

Während das Projekt sich geographisch zu erweitern scheint, verengt es sich offensicht- ich auf sachlichem Gebiet. Die Benelux-Ver- treter haben schon Bedenken gegen eine völ- lige Freigabe des Kapitalverkehrs zwischen den Vertragsstaaten erhoben. Italien stimmt diesen Vorbehalten zu und wird sich vor- aussichtlich auch noch nicht mit der völligen Aufhebung der Kontingentierungsbestimmun- gen einverstanden erklären.

Krise in Albanien

Paris (DPA). Der albanische Ministerprä- sident Enver Hodscha sowie der Außenmini- ster und der Armeechef Albaniens seien beim Kreml in Ungnade gefallen, behauptet die französische Zeitung „Parisien Libre". Der Leiter der politischen Polizei Albaniens, Cehu, soll das volle Vertrauen Moskaus ge- nießen und bereits mehrere höhere Offiziere hinter Schloß und Riegel gesetzt haben.

Noch kein Kredit für Franco

Washington (DPA). Ein Kreditersuchen General Francos bei der Export-Importbank wurde von den USA abgelehnt, weil Franco- Spanien noch nicht als „günstiges Kredit- wagnis" gelten könne. Der spanische Unter- händler hatte als Sicherheit gewisse Mine- ralölvorkommen in Spanien angeboten.

Der Botschafter lenkt ein

Paris (DPA). Die Spannung zwischen Po- len und Frankreich hält noch immer an und es werden noch gegenseitig Protestnoten ge- wechselt. Nach den jüngsten Erklärungen des polnischen Botschafters in Paris hat es jedoch den Anschein, als wolle Polen ein- lenken. Der Botschafter versicherte, daß die in Polen verhafteten Franzosen unter den „besten Bedingungen" nach Frankreich ab- geschoben würden.

Neuer Präsident der Deutschen Bundesbahn

ha. **Bonn** (Eig. Drahtmeldung). Reichsbahn- direktor Walter Helberg wurde mit Wir- kung vom 1. November d. J. durch den Bun- desminister für Verkehr an Stelle des in den Ruhestand getretenen Präsidenten Dr. Fritz Busch mit der Wahrnehmung der Dienst- geschäfte des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn beauftragt.

o Tse Tungs Hand

t der Nationalchinesen zurück

Zur Lage

Wichtige Termine

qu. Die Justizminister der elf westdeut- schen Länder und ihre Vertreter hatten in einer Sitzung des Justizkollegiums am 5. und 6. November 1949 eine gesetzgebende Maß- nahme zum baldigen Abschluß der politischen Säuberung erwogen. Sie haben darauf hin- gewiesen, daß die Gesetzgebung auf diesem Gebiet ausschließlich den Ländern zusteht, weil die politische Säuberung weder unter den Gebieten der ausschließlichen, noch der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes erwähnt ist. Das Justizkollegium hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß aus poli- tischen Gründen und aus Gründen der Rechtsgleichheit bei dem Abschluß der poli- tischen Säuberung in den einzelnen Ländern nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten verfahren werden möge.

Der dem Landtag von Rheinland zugegan- gene Gesetzentwurf lehnt sich an die gefaß- ten Entschließungen des Justizkollegiums an. Unbeschadet der Tatsache, daß Hauptschul- dige und Belastete weiterhin einer gerechten Sühne zugeführt werden müssen, verfolgt der Entwurf grundsätzlich das Ziel, die sonstigen Betroffenen in Zukunft den übrigen Staats- bürgern gleichzustellen.

Der 1. April 1950 ist deshalb als Stichtag gewählt, weil dem Landeskommissar für die politische Säuberung genügend Zeit für eine Sichtung der Verfahren gegen Minderbela- stete verbleiben muß. Die Gleichstellung der genannten Personen mit den übrigen Staats- bürgern erfordert notwendigerweise auch eine Einstellung der Vollstreckung bisher angeordneter Sühnemaßnahmen von diesem Zeitpunkt an. Diese Maßnahme ist auch aus Gründen der Gleichbehandlung geboten, weil gegen die Personen, deren Verfahren einge- stellt ist, Sühnemaßnahmen nicht mehr ver- hängt werden.

Das Gesetz wird einen Schlußstrich unter die politische Säuberung, soweit es sich nicht um Verfahren gegen Hauptschuldige oder Belastete handelt, ziehen. Säuberungsverfah- ren, die sich noch im Ermittlungsstadium beim Oeffentlichen Kläger beim Untersu- chungsausschuß befinden, sind durch alle Kommissare für die politische Säuberung ein- zustellen. Die Einstellung des Verfahrens kennt zwar keine eigentlichen Gnadenmaß- nahmen, eine sinngemäße Anwendung des Rechtsgedankens sei aber, wie eine dem Ge- setz beigegebene Begründung sagt, auch hier geboten und sinnvoll. Die Einordnung in die Gruppe der Nichtschuldigen ist von wesent- licher Bedeutung für die Wiedergutmachung.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Minder- belasteten im Nachverfahren in der Regel in die Gruppe der Mitläufer eingeordnet wer- den. Es ist daher unbedenklich, diese Rechts- folge an einem bestimmten Stichtag, dem 1. April 1950, in Kraft treten zu lassen.

Weiter soll auf Antrag geprüft werden, ob die dem Hauptschuldigen und Belasteten auf- gelegten Sühnemaßnahmen mit Rücksicht auf das Verhalten der Betroffenen seit dem 8. Mai 1945 noch gerechtfertigt sind.

„Vielversprechend"

Paris (DPA). Die Debatten um die Wie- deraufrüstung Westdeutschlands erhalten durch Dementis und Betrachtungen insbe- sondere britischer Blätter immer neue Nah- rung. Umso weniger allerdings sickert durch, wieweit die Besprechungen der Ge- nerale der Atlantikpaktstaaten gediehen sind. Der britische Feldmarschall Mont- gomery gab lediglich die Erklärung ab, der Anfang der Beratungen sei „vielverspre-

GER

E BLEICHE NR. 35, TELEFON NR. 29
ÜGLICH 26 RPF. ZUSTELLGEBÜHR

Preis 20 Pfennig

N.M.A. 1.4.47.

Zur Sozialisierung

Von Oberbürgermeister **Dr. Kraus**

II.

In der Mainzer Diskussion kam sehr stark betont zum Ausdruck, daß sich die Sozialisierungsfrage heute ganz anders stellt wie früher, und daß man praktisch diesem Problem heute nicht mehr so bei- kommen kann wie noch zur Zeit des Er- furter Programms 1891 und später. Es war besonders der Finanzwissenschaftler der Mainzer Universität, Professor Dr. Nöll von der Nahmer, der auf die wesent- lichen Unterschiede in der Struktur dieses Problems damals und heute hingewiesen hat. Er behandelte die grundlegende Ver- schiebung des Eigentumsrechts und des Eigentumsbegriffs im 19. und 20. Jahr- hundert, die inzwischen erfolgten Ver- staatlichungen, Kommunalisierungen und Vergenossenschaftlichungen. Er erinnerte weiter an die Wegsteuerung der Vermögen und Einkommen durch den Staat, insbe- sondere durch die jetzige Steuergesetz- gebung, wodurch sich das Problem der Sozialisierung natürlich in völlig neuer Form stellt, neue Überlegungen, Festset- zungen und Voraussetzungen notwendig macht. Es ist vor allem die vordring- lichste Aufgabe der deutschen Gegenwart, die in diesem Zusammenhang neue Wege und Formen erzwingt, nämlich die Frage des Lastenausgleichs für die Kriegsopfer, die Ostflüchtlinge, die Ausgebombten und Fliegergeschädigten. Dieser großzügige Lastenausgleich, um dessen Lösung wir so oder so nicht herumkommen, muß in engstem Zusammenhang mit der Sozialisierungsfrage bearbeitet werden. An dieser Stelle wandte sich Prof. Dr. Nöll von der Nahmer scharf gegen Staatskapitalismus und Verstaatlichung und ihre Gleichsetzung mit der Sozialisierung. Damit ist dieses Problem in aller Schärfe gestellt, und es war interessant, zu sehen, daß auch die bei dieser öffentlichen Diskussion anwesenden sozialistischen Ar- beitervertreter den reinen Staatskapitalismus eindeutig ablehnten und dem Staats-Sozialismus mit großer Skepsis begegneten. Man will Gemeinwirtschaft, aber nicht Staatsbürokratie. Man will nicht die freie betriebswirtschaftliche Beweglichkeit gegen die Allmacht einer wirklichkeitsfremden Ministerialbürokratie eintauschen. Es ist daher dringend notwendig, daß gerade hier die Begriffe geklärt werden. Es sind viele Betriebe und Gewerbezweige in die Hand des Staates und der Gemeinden übergegangen, ohne daß schon deshalb ohne weiteres von Sozialisierung und Vergesellschaftung in vollem Sinne gesprochen werden kann. Durch die Erfahrungen mit der Staatsdiktatur des Dritten Reiches wächst auch die Angst

Sozialismus mit großer Skepsis begegneten. Man will Gemeinwirtschaft, aber nicht Staatsbürokratie. Man will nicht die freie betriebswirtschaftliche Beweglichkeit gegen die Allmacht einer wirklichkeitsfremden Ministerialbürokratie eintauschen. Es ist daher dringend notwendig, daß gerade hier die Begriffe geklärt werden. Es sind viele Betriebe und Gewerbezweige in die Hand des Staates und der Gemeinden übergegangen, ohne daß schon deshalb ohne weiteres von Sozialisierung und Vergesellschaftung in vollem Sinne gesprochen werden kann. Durch die Erfahrungen mit der Staatsdiktatur des Dritten Reiches wächst auch die Angst vor dem Staat, daß Mißtrauen gegen den Staat in der Wirtschaft. Daher stellt sich immer wieder die Frage: Staatsdiktatur oder wirtschaftliche Selbstverwaltung? Es mischen sich hier politische Fragen mit Fragen der Wirtschaftlichkeit und Fragen der besten sozialen Gestaltung. Man hat für die Vergesellschaftung der I. G.-Farbwerke in Höchst einen interessanten Vorschlag gemacht. Es soll eine gemischte Gesellschaft aus sechs Genossen gebildet werden: Land Hessen, Stadt Frankfurt, Main-Taunuskreis als Verband der politischen Wohnsitzgemeinden, die Sozialversicherung als Hauptabnehmer der pharmazeutischen Produkte, die bäuerlichen Genossenschaften als Hauptabnehmer der Düngemittel und schließlich die Belegschaft. Man sucht also eine Gesellschaft aus sozialen Körperschaften und Verbänden, aber mit privatwirtschaftlicher Betriebsform, losgelöst von Staat und Gemeinde. Es ist nicht einzusehen, warum das nicht gehen soll, wenn es richtig gemacht wird. Die Direktoren und Generaldirektoren, die bisher als leitende Funktionäre für mehr oder weniger unbekannte Aktionäre gearbeitet haben, werden ebensogern ihr ganzes Wissen und Können und ihren Ehrgeiz als Betriebswirtschaftler, Techniker und Kaufleute in den Dienst einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft stellen, vorausgesetzt allerdings, daß praktisch und vernünftig gewirtschaftet wird und dem gesunden persönlichen Ehrgeiz genügend Spielraum zur Entfaltung bleibt, sonst geht es ja überhaupt nicht.

III.

Es müssen aber noch einige wichtige Grundfragen besprochen werden, da sie für das Schicksal der Sozialisierungsfrage entscheidend sind. Von ihrer Beachtung wird es abhängen, ob wir wiederum im luftleeren Raum von fruchtlosen Debatten verbleiben wie nach 1918, oder ob wirklich entscheidende Schritte nach vorwärts der Lösung entgegen getan werden. Die Paradoxie und innere Tragik der Problemlage besteht ja darin, daß wir Deutschen wieder einmal in einem Zeitpunkt vor die Sozialisierungsfrage gestellt sind, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Lösung denkbar ungünstig sind. Je mehr sich die Verantwortlichen, aber auch die breitesten Schichten der Bevölkerung über diese Schwierigkeiten, Hemmungen und scheinbaren Widersinnigkeiten klar sind, um so besser für das Anpacken der praktischen Arbeit. Zunächst haben wir einmal alle Hände voll zu tun mit der Abwehr der unmittelbaren Existenznöte, die uns von Tag zu Tag bedrängen und die irgendwie durch wenn auch noch so dürftige Sofortmaßnahmen gelöst werden müssen, wenn das Leben überhaupt weitergehen soll: Ernährung, Kohle, Strom, Bekleidung, Wohnung. Das alles ist so elementar, daß die dazu notwendige Tagesarbeit durch keine noch so wichtige Debatte über Wirtschaftsformen und Eigentumsfragen gestört werden darf. Hier gilt die richtig verstandene und wirklich ernst gemeinte Parole: Erst produzieren, dann verteilen, oder, um es genauer zu sagen und einwandfreier zu formulieren: es muß Klarheit darüber bestehen und geschaffen werden, daß die Lage der weitesten Massen des Volkes in absehbarer Zeit auch durch keine Sozialisierung, mag sie im einzelnen aussehen wie sie will, wesentlich gebessert werden kann, weil das Sozialprodukt zu gering ist, um uns einen mehr als unzureichenden Lebensstandard zu gewähren. Man muß also vor Illusionen, vor Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können, warnen. Je klarer sich aller verantwortlichen Politiker, Wirtschaftsführer und Gewerkschaftler über diese nicht diskutierbare Grundtatsache sind, um so leichter ist die Verständigung im Praktischen. Das gleiche gilt für die so notwendige Zonenbereinigung, als Voraussetzung einer großzügigen Lösung der Sozialisierungsfrage. Die gegenwärtige Zoneneinteilung und die dadurch bedingte Länderwirtschaft bedeutet eine schwere Gefahr für die Sozialisierungsfrage. Wer die geschichtliche Entwicklung der modernen sozialen Frage seit hundert Jahren kennt, der ist sich darüber klar, daß solche Fragen nur großräumig in großwirtschaftlichen Zusammenhängen und mit einem großzügigen Lastenausgleich auf breitester Basis gelöst werden können. Alles was daher jetzt in kleinen Ländern oder gar Stadt-Staaten geschieht, kann nur vorläufig sein und muß sehr vorsichtig auf die Gesamtwirtschaft und auf die innen- und außenwirtschaftlichen Zusammenhänge Rücksicht nehmen. Nur ein besonders wichtiger Punkt sei hier angedeutet: Alle Sachkenner sind sich darüber einig, daß Deutschland, wenn überhaupt, dann nur mit großzügiger ausländischer Wirtschaftshilfe wieder hochkommen kann. Wir brauchen Finanzkredite, Rohstoffanleihen und ausländische Beteiligungen, wenn wir nicht in Rohstoff- und Kapitalmangel ersticken sollen. Wer das jetzt noch nicht weiß, der wird es wissen, wenn einmal die Währungssanierung kommt und die echte Bankrott-Bilanz aufgemacht ist. Eine wirklich wirksame Hilfe kann aber nur aus den Vereinigten Staaten, also aus einer ausgesprochen großkapitalistischen Wirtschaft kommen. Darauf wird bei allen praktischen Fragen der Sozialisierung, vor allem soweit sie in weltwirtschaftliche Zusammenhänge hineingreift, Bedacht genommen werden müssen.

Was wir aber vor allem brauchen, ist ein Friedensvertrag, weil erst er uns die richtige Eröffnungsbilanz für unser neues Wirtschaften in der Zukunft bringt. Erst wenn wir den Friedensvertrag haben, wissen wir, woran wir sind, erst dann wird die notwendige Finanz- und Währungsreform mit Erfolg durchgeführt werden können, und erst damit haben wir die gesunde Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Und noch ein letzter Gesichtspunkt verdient Beachtung, der in den Diskussionen kaum erwähnt,

nommen werden müssen.

Was wir aber vor allem brauchen, ist ein Friedensvertrag, weil erst er uns die richtige Eröffnungsbilanz für unser neues Wirtschaften in der Zukunft bringt. Erst wenn wir den Friedensvertrag haben, wissen wir, woran wir sind, erst dann wird die notwendige Finanz- und Währungsreform mit Erfolg durchgeführt werden können, und erst damit haben wir die gesunde Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Und noch ein letzter Gesichtspunkt verdient Beachtung, der in den Diskussionen kaum erwähnt, in keiner Weise aber in seiner grundlgenden Bedeutung behandelt wird, auffallenderweise auch nicht von den Gewerkschaftlern, die die Parole der Sozialisierung mit Nachdruck erheben. Gleichzeitig mit der Vergesellschaftung muß die Sozialpolitik wieder erstarken, das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung wieder auf- und ausgebaut werden. Wirtschaftlich leistungsfähige und kräftige Gewerkschaften, gesunde Sozialversicherungen und ein gutes Arbeits- und Tarifrecht sind notwendige organische Bestandteile einer rechten Sozialisierung.

Die Jahresfeier d

Großes Jubiläumspro gr

Der „Südwestfunk" in der französischen Zone besteht nunmehr ein Jahr. Zwölf Monate sind vergangen, seit die erste Sendung durch den Aether ging, und das inzwischen bekannt gewordene Pausenzeichen zum erstenmal ertönte. Damals waren es die Sender Freiburg und Koblenz, und der Kurzwellensender Baden-Baden, die direkt zu den Hörern sprachen. Später kamen noch die Sender Kaiserslautern und Sigmaringen hinzu.

Innerhalb dieses Jahres sind sowohl auf technischem Gebiet wie auch in bezug auf den Programmausbau große Fortschritte gemacht worden. Die Stationen Freiburg und Koblenz wurden verstärkt, das Leitungsnetz wurde ausgebaut, die Schaltsysteme und Betriebsanlagen vergrößert.

Die Veranstaltungen, die zur Feier des einjährigen Bestehens des Südwestfunks am Sonntag in Baden-Baden stattfanden, sollten Zeugnis von dem in so kurzer Zeit erzielten Fortschritt ablegen. Die Rundfunkausstellung, die vormittags im Gartensaal des Kurhauses in Anwesenheit deutscher und französischer Rundfunk- und Presseleute durch den Direckteur de L'information, General Arnaud, eröffnet wurde, war daher in erster Linie auch eine Leistungsschau, die in zahlreichen Wandbildern und Photomontagen den beschwerlichen Weg aufzeigte, den die verantwortlichen Männer bis zur Krönung ihres Werkes zurückzulegen hatten. General Arnaud begrüßte die anwesenden Vertreter der alliierten Nationen und sprach seinen Mitarbeitern von der Section Radio den Dank für die Unterstützung aus, die sie im Laufe dieses Aufbaujahres mit Rat und Tat geleistet haben. Er würdigte die materielle Hilfe der französischen Stellen und zollte auch der deutschen Leitung und der großen Schar ihrer Helfer seine Anerkennung.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 6

NZEIGER

COMMERZBANK, MAINZ, GROSSE BLEICHE NR. 35. TELEFON NR. 29

HL. POSTZEITUNGSGEBÜHR. ZUZÜGLICH 26 RPF ZUSTELLGEBÜHR

Preis 20 Pfennig

N.M.A. 25.3.42.

her Aufbau

nigung in Moskau

presse ausführlich behandelt. Die englischen Zeitungen befassen sich besonders eingehend mit den Besprechungen über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Sie äußerten die Ansicht, daß es im Interesse aller Völker liege, ein wirtschaftlich gesundes Deutschland wieder herzustellen, damit es zum allgemeinen Wohlstand beitragen kann. Der „Observer" schreibt, es wäre im Interesse Frankreichs besser gewesen, die Besprechungen über das zukünftige Statut des Saar- und Ruhrgebietes als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Das Blatt erkennt an, daß die französischen Forderungen auf eine bittere Erfahrung zurückzuführen sind.

Auch in der New Yorker Sonntagspresse wurde die Bilanz der ersten beiden Wochen der Moskauer Konferenz gezogen. Die „Herald Tribun" ist sehr optimistisch und stellt fest, die Auffassungen Englands, Rußlands und der Vereinigten Staaten in der Frage der Dezentralisierung Deutschlands hätten sich bis auf einige kleinere Einzelheiten einander genähert.

Falsche Gerüchte um den Vatikan

Während die Bemühungen der Moskauer Konferenz zur Stabilisierung der internationalen Lage Früchte zu tragen scheinen, sind da und dort noch Störenfriede und Brunnenvergifter am Werk, die die Welt in Aufruhr bringen wollen. So wurde in Italien das Gerücht verbreitet, der Vatikan habe die Absicht, seinen Sitz von Rom in das Ausland zu verlegen. Aus der Vatikanstadt wird dieses Gerücht dementiert und gemeldet, daß der Heilige Stuhl niemals eine solche Möglichkeit in Erwägung gezogen habe.

In Paris wurde der Ankunft des Vorsitzenden des interalliierten Reparationsamtes in Moskau, der zusammen mit General Koenig in der russischen Hauptstadt eintraf, große Bedeutung beigemessen. Die interalliierte Abteilung, deren Gründung auf der Pariser Konferenz erfolgte, hat eine große Aufgabe zu erfüllen. Sie ist als der Verteilerschlüssel der deutschen Reparationen an das Ausland an zusehen.

Kabinetts-Krise beigelegt

Ramadier berichtet dem Staatspräsidenten

Paris. (BBC). In Paris berichtete der französische Ministerpräsident Ramadier

Zur Sozialisierung

Von Oberbürgermeister Dr. Kraus

I.

Mit Recht hat ein sozialistischer Arbeiterführer in der Diskussion der Mainzer Volkshochschule zum Thema „Sozialisierung — ja oder nein?" darauf hingewiesen, daß es kein Zufall ist, daß immer nach einem furchtbaren Krieg und dem daraus folgenden wirtschaftlichen Zusammenbruch die Sozialisierung in den Vordergrund der öffentlichen Debatte rückt. So war es nach 1918 und so ist es heute wieder. Damals wurden Sozialisierungskommissionen eingesetzt, an den Berliner Plakatsäulen konnte man in großen Buchstaben lesen: Die Sozialisierung marschiert! Der Reichswirtschaftsrat erstellte Gutachten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues; praktisch geschehen ist nichts. Die Sozialisierungsfrage ist jetzt erneut in den Mittelpunkt des Zeitgeschehens gerückt, überall in Landtagen und Stadträten, in Presse und Fachzeitschriften, in Hochschulen und Volkshochschulen wird das Thema in immer neuer Form zur Diskussion gestellt. Aber es bleibt diesmal nicht bei dem Aufruf, nicht bei der Diskussion: Die Sozialisierung ist bereits in neuen Länderverfassungen verankert — Artikel 41 der Hessischen Verfassung! —; in Berlin und Hamburg, diesen beiden großen Stadt-Staaten Deutschlands, sind ebenfalls entscheidende Beschlüsse mit sehr weitgehenden Tendenzen gefaßt, und man ist daran, diese Anträge und Beschlüsse auf gewissen dazu geeignet erscheinenden Gebieten wirtschaftlicher Kapital-Zusammenballungen in die Praxis umzusetzen. Es ist nun interessant, das Unterscheidende in der Situation 1947 gegenüber 1918 heute mit aller Deutlichkeit in der öffentlichen Meinung herauszuarbeiten: Damals nach 1918 stand nicht nur die Frage ja oder nein, sondern auch die Antwort zur Debatte. So bildeten sich die Fronten und auch die Entwicklung. Damals waren die sozialistischen Arbeiterbewegungen Träger der Sozialisierungsforderung, die gesamten bürgerlichen Parteien standen dagegen. Heute ist das Bild ein ganz anderes. Man weicht der Idee nicht mehr aus, man lehnt sie nicht mehr grundsätzlich ab. Nicht nur die Sozialisten, die aus Prinzip und aus der Entwicklung ihrer Arbeiterbewegung heraus die Sozialisierung wollen, auch die nichtsozialistischen Parteien, auch die Wirtschaftler und Wissenschaftler sagen ja, allerdings nicht bedingungslos, sondern: Ja — Aber!

Man hält **an Privateigentum**, an Unter-

sischen Hauptstadt eintraf, große Bedeutung beigemessen. Die interalliierte Abteilung, deren Gründung auf der Pariser Konferenz erfolgte, hat eine große Aufgabe zu erfüllen. Sie ist als der Verteilerschlüssel der deutschen Reparationen an das Ausland an zusehen.

Kabinetts-Krise beigelegt

Ramadier berichtet dem Staatspräsidenten

Paris. (BBC). In Paris berichtete der französische Ministerpräsident Ramadier dem Staatspräsidenten, die politische Krise sei abgewendet und das Kabinett habe beschlossen, im Amt zu verbleiben. Die Kabinettskrise entstand, weil die Kommunisten weitere Kredite für den Krieg in Indochina nicht bewilligten.

General Koenig

protestiert gegen CDU.-Vorschlag

Berlin (Südena). General Joseph Pierre Koenig, der französische Militärgouverneur für Deutschland, erhob beim Alliierten Kontrollrat Einspruch gegen den Vorschlag der CDU., die deutschen politischen Parteien zu Besprechungen über eine deutsche Zentralregierung einzuberufen und bezeichnet dieses Vorhaben während der Moskauer Konferenz als unpassend. General Koenig erklärte die Zusammenarbeit der Parteien auf nationaler Basis für „ungesetzlich" und vertrat die Meinung, daß die Tätigkeit der Parteien auf ihre lokalen Grenzen beschränkt bleiben müsse. Der britische Vertreter, Luftmarschall Sir Sholto Douglas und der amerikanische Vertreter, General Keating stimmten der Ansicht General Koenigs nicht zu. Der sowjetische Vertreter, Generalleutnant Dratvin, schloß sich der Ansicht General Koenigs an.

Neue Rheinbrücke geplant

Nach der Zerstörung der Koblenzer Brücke

Koblenz. (Südena.) Nachdem der Eisgang vor einiger Zeit die Behelfsbrücke über den Rhein zwischen Weißenthurm und Neuwied zerstört hat, ist die Brücke zwischen Koblenz-Pfaffendorf der einzige Stromübergang zwischen Mainz und Köln. Da dieser Zustand auf die Dauer untragbar ist und für das Wirtschaftsleben eine schwere Belastung darstellt, wird im Augenblick der Plan erörtert, die während des letzten Kriegsjahres gesprengte feste Straßenbrücke zwischen Neuwied und Weißenthurm neu zu errichten. Von dieser Brücke stehen noch zwei Auflagen auf den beiden Stromseiten und ein Pfeiler. Mit den vorbereitenden Bauplanungen befaßte sich die Kreisversammlung Koblenz-Stadt und -Land. Die Baukosten werden sich nach vorläufigen Schätzungen auf über vier Millionen Mark belaufen. Wie in diesem Zusammenhang mitgeteilt wurde, führt das Land Rheinland-Pfalz in der nächsten Zeit eine groß angelegte Lotterie durch, deren Ertrag für die Finanzierung wichtiger Projekte im Rahmen des Wiederaufbaues bestimmt sein soll.

sierungsforderung, die gesamten bürgerlichen Parteien standen dagegen. Heute ist das Bild ein ganz anderes. Man weicht der Idee nicht mehr aus, man lehnt sie nicht mehr grundsätzlich ab. Nicht nur die Sozialisten, die aus Prinzip und aus der Entwicklung ihrer Arbeiterbewegung heraus die Sozialisierung wollen, auch die nichtsozialistischen Parteien, auch die Wirtschaftler und Wissenschaftler sagen ja, allerdings nicht bedingungslos, sondern: Ja — Aber!

Man hält an Privateigentum, an Unternehmertum und damit an dem privatkapitalistischen Wirtschaftsprinzip in der kleinen und mittleren Wirtschaft des Einzelunternehmens fest, ist aber für Sozialisierung überall da, wo das Allgemeinwohl, die sozialen Interessen der Gesamtheit und die Beseitigung der großkapitalistischen Machtzusammenballungen und Machtpositionen dies verlangen. Man betont die sozialen Verpflichtungen, die sogenannte soziale Hypothek des Privatbesitzes, man will den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht beseitigen und alle diejenigen Großunternehmungen in Produktion und Hochfinanz in Gemeinhand überführen, die für die Gesamtwirtschaft und für die Lösung der sozialen Gegenwartsfragen so grundlegend und entscheidend sind, daß ihre Belassung in Privathand nicht mehr länger verantwortet werden kann.

Das ist wohl das Interessanteste in der gegenwärtigen Diskussion der Sozialisierungsfrage: Niemand spricht ein klares, eindeutiges und entscheidendes Nein, niemand lehnt die Sozialisierung grundsätzlich ab; auch die, die sich schwer zur Bejahung durchringen können, erklären sich grundsätzlich dafür, machen aber gewisse Vorbehalte, deren Tragweite natürlich erst die Praxis ergeben kann und wird. Dabei soll dahingestellt und nur am Rande bemerkt werden, ob und wieviele Kapitalisten es gibt, die nach wie vor grundsätzlich Gegner jeder Sozialisierung sind, die sich aber heute bewußt oder instinktiv in Schweigen hüllen, um bessere Zeiten abzuwarten und ihre Position nicht zu verraten. Damit kommen wir zu einer ganz grundsätzlichen Frage: Woher kommt diese relative Einheitlichkeit der Meinungen und Haltungen, entgegen der bisherigen innerpolitischen Geschichte dieser Frage? Woher kommt es, daß es heute möglich ist, daß Unternehmer und Arbeiter, Kapitalisten und Sozialisten, bürgerliche Demokraten, Christen und Marxisten sich heute ruhig und sachlich über dieses Thema unterhalten, während sich früher solche Debatten nur in erregter Hitze in üblem Kampf mit Schlagworten und Anklagen abspielen konnten? Auch da hat der von mir oben angeführte Mainzer Arbeiterführer wohl das Richtige getroffen, wenn er darauf hinweist, daß die bitteren Erfahrungen dieser beiden Kriege und die ihnen folgenden wirtschaftlichen Zusammenbrüche allen ehrlich denkenden und ernst um diese Fragen ringenden Menschen gezeigt haben, daß diese Kriege und

Zusammenbrüche nicht irgendwelche „Zufälle" der kapitalistischen Wirtschaft sind, sondern daß hier im Grundgefüge der privatkapitalistischen Wirtschaft irgend etwas nicht stimmt. Man ist jetzt allmählich auch in den Kreisen, die sich früher nicht mit derartigen Sorgen und Fragen befaßt haben, dahintergekommen, daß die Auswüchse des liberalen Kapitalismus und seine imperialistischen Machtpositionen die Wirtschaftskrisen und politischen Krisen immer wieder heraufbeschwören, die letzten Endes die Totengräber des Kapitalismus und damit leider der Wirtschaft überhaupt sind. Die Nöte des Zusammenbruchs, das furchtbare Elend der Ostflüchtlinge, der Ausgebombten und Fliegergeschädigten, die Verproletarisierung der Massen, des Arbeiter- und Bürgertums stehen so riesengroß vor uns, daß alle sich darüber klar und einig sind, daß es eine Rückkehr zur alten liberalen Privatwirtschaft nicht mehr gibt und geben kann. In diesem Sinne ruft der Kölner Kardinal Dr. Frings in die deutsche Welt hinein: „Wenn es nicht gelingt, den Proletarier zu entproletarisieren und ihm seine Menschenwürde zurückzugeben, wird der innere Friede in der Welt nicht wiedergefunden werden."

Man darf wohl annehmen, daß sich der Kardinal darüber klar ist, daß das Problem der Entproletarisierung heute ein ganz anderes ist wie vor hundert oder noch vor fünfzig und fünfundzwanzig Jahren. Daher hat aber auch die Sozialisierungsfrage ein ganz anderes Gesicht wie früher, daher bewegen sich auch die Diskussionen um sie heute auf einem ganz anderen Boden, in einem ganz anderen geistigen und politischen Raum. Tatsache ist jedenfalls: Die politische Bilanz der Wahlen zeigt, daß eine große Mehrheit des deutschen Volkes für Sozialismus, für Sozialisierung ist. Sozialismus soll nicht mehr länger Theorie, er soll, und zwar möglichst bald, Praxis werden. Darum wird die Sozialisierungsfrage Tag für Tag immer wieder und überall auftauchen. Sie ist eine staatspolitische, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Frage der Gegenwart.

Zwischen gestern und heute

Ausland

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die Entlassung aller nicht als loyal anzusehenden amerikanischen Staatsangestellten angeordnet sowie eine sorgfältige Ueberprüfung aller Kandidaten für den Staatsdienst.

*

Die amerikanische Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, nach dem „niemand öfter als zweimal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden kann". Eine andere Bestimmung dieses Gesetzentwurfs verbietet, daß der Präsident, der während mehr als zwei Jahre im Amt war, für den Fall, daß sein Vorgänger seine Amtszeit nicht vollendet haben sollte, noch noch einmal gewählt wird. Man stellt fest, daß Präsident Truman durch diese Bestimmung nicht betroffen werden kann, da er ja zu der Zeit, in der der Gesetzentwurf eingebracht wurde, bereits im Amt war. Der Entwurf legt außerdem fest, daß keine Persönlichkeit, die auf Grund des Todes ihres Vorgängers Präsident wird, länger als 10 Jahre weniger einen Tag im Amt bleiben kann. Der vom Senat bereits angenommene Gesetzentwurf wird der 22. Abänderungszusatz zur amerikanischen Verfassung sein. Er muß von 75 Prozent der Staaten der USA. ratifiziert werden.

*

Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat den Gesetzentwurf gebilligt, durch den der amerikanischen Regierung ein 350-Millionen-Dollar-Kredit bewilligt werden soll, um den befreiten Ländern Hilfe leisten zu können.

*

Die amerikanische Regierung hat der jugoslawischen Regierung mitgeteilt, daß sie nicht beabsichtigt, Jugoslawien Kredite für den Ankauf von Lebensmitteln zu gewähren.

*

Der Oberste Gerichtshof des amerikanischen Staates Georgia ernannte Melvin Thomsoin zum Gouverneur des Staates Georgia und befahl dem augenblicklichen Gouverneur Talmadge, der sich nach dem Tode seines Vaters, des Staatsgouverneurs Eugen Talmadge, eigenmächtig die Regierungsgewalt angemaßt hatte, sein Amt niederzulegen.

*

Der „Daily Expreß" meldet daß die Ver

Die belgische Regierung will 15 000 Verschleppten aus der britischen Zone Deutschlands, die hauptsächlich in den Kohlengruben Beschäftigung finden sollen, die Einwanderungserlaubnis geben.

*

Der französische Ministerpräsident Ramadier hat eine Delegation der Union der saarländischen Gewerkschaften empfangen. Die Delegation hat sich mit dem Ministerpräsidenten über ihren Wunsch unterhalten, im Saargebiet die Einheit der Gewerkschaften verwirklicht zu sehen.

*

In Rom wurde vom französischen Arbeitsminister ein französisch-italienisches Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in Frankreich unterzeichnet.

*

Der französische Ueberseeminister Marius Moutet teilte mit, daß in Indochina durch halboffizielle Verhandlungen versucht wird, die Frage der drei indochinesischen Länder wenigstens provisorisch zu regeln.

*

Der „Internationale Ausschuß für die Prüfung europäischer Fragen" hat an Bidault ein Telegramm gerichtet, in welchem er dem französischen Außenminister seine Anerkennung für seine energische Haltung in der Frage der Uebervölkerung Deutschlands zum Ausdruck bringt.

Inland

Der Bischof von Mainz, Dr. Albert Stohr, der sich zur Zeit in Rom aufhält, sprach am Samstagabend über den Vatikansender zu der deutschen Jugend. Er rief sie auf zur Mitarbeit am Aufbau des Reiches Gottes und forderte Zusammenarbeit der Jugend aller Stände und aller Berufe innerhalb des Vaterlandes und auch über seine Grenzen hinaus. Ferner verlangte er gemeinsames Streben der deutschen Jugend mit den Jugendverbänden der europäischen Nachbarstaaten.

*

Der Berliner Erzbischof Kardinal von Preysing übermittelte den Vereinigten Staaten den herzlichen Dank des deutschen Volkes für die materielle Hilfe und die Nahrungsmittelsendungen, die Deutschland von Amerika gewährt werden.

*

Im Berliner Alliierten Kontrollrat finden z Zeit Besprechungen über einen regu-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 7

den Ankauf von Lebensmitteln zu gewähren.

*

Der Oberste Gerichtshof des amerikanischen Staates Georgia ernannte Melvin Thomsoin zum Gouverneur des Staates Georgia und befahl dem augenblicklichen Gouverneur Talmadge, der sich nach dem Tode seines Vaters, des Staatsgouverneurs Eugen Talmadge, eigenmächtig die Regierungsgewalt angemaßt hatte, sein Amt niederzulegen.

*

Der „Daily Expreß" meldet, daß die Vereinigten Staaten 140 Handelsschiffe, 40 „Victory" und 100 „Liberty-Schiffe" England überlassen werden.

*

Die Europäische Wirtschaftskommission hat das Recht, Untersuchungen über die wirtschaftlichen und technischen Probleme anzustellen. Und zwar nicht nur in den Ländern, die der Kommission angehören — also in allen Ländern Europas, die Mitglied der UN. sind und in den Vereinigten Staaten — sondern auch in den europäischen Ländern, die nicht Mitglieder der UN. sind.

heraus. Ferner verlangte er gemeinsames Streben der deutschen Jugend mit den Jugendverbänden der europäischen Nachbarstaaten.

*

Der Berliner Erzbischof Kardinal von Preysing übermittelte den Vereinigten Staaten den herzlichen Dank des deutschen Volkes für die materielle Hilfe und die Nahrungsmittelsendungen, die Deutschland von Amerika gewährt werden.

*

Im Berliner Alliierten Kontrollrat finden zur Zeit Besprechungen über einen regulären Flugdienst zwischen den vier Besatzungszonen statt. Die Benutzung der Fluglinien soll auch deutschen Zivilisten gestattet werden.

*

Die Telephon- und Telegrammverbindungen mit dem Ausland werden am 1. April für die deutschen Zivilpersonen in der britischen und amerikanischen Zone gestattet, wie die Ferndienstabteilung der britischen und amerikanischen Militärregierung mitteilt. Ausgenommen sind die Verbindungen mit Spanien und Japan. Es dürfen an dem Dienst teilhaben nur diejenigen Deutschen,

Von Habeneck zu Toscanini

Zum 80. Geburtstag des italienischen Dirigenten am 25. März

Das Leben Toscaninis umspannt die Geschichte des modernen Dirigenten. Als er zwei Jahre alt war, erschien Richard Wagners Schrift „Ueber das Dirigieren". Es geht darin um Fragen jenes seltsamen Musikerberufs, der selber keine Musik macht, aber andere beim Musizieren anleitet. Um das Geburtsjahr Toscaninis entbrannte noch der Kampf um Sinn und Geltung des Berufskapellmeisters. Der Prozeß der Emanzipierung war in vollem Gange. Wagners Urteil ist teils Kritik an dem bisher Geleisteten, teils Aufzeigen zukunftweisender Möglichkeiten. Aber im Innersten des Interesses steht ihm die Frage nach der geistigen Wiedergeburt des musikalischen Kunstwerks, das der Dirigent zum klingenden Leben wecken soll. Wagner findet eine Lösung „in der richtigen Erfassung des Melos". Die Instrumente müssen ihren Part „singen". Das ist aber nur möglich, wenn der Kapellmeister in der Lage ist „mit guter oder schlechter Stimme" seine Absicht gesanglich auszudrücken.

Sicherlich war der von Wagner angestrebte neue Vortragsstil abhängig von der Literatur der Zeit. Beeinflussend wirkte wohl aber auch der Wille der ausführenden Musiker. Wir denken nur an Weber, d[ie] ersten Kapellmeister im modernen S[inn], Mendelssohn, Berlioz und Liszt. Ihr Muster und Meister in der Orchestererziehung war ohne Zweifel Anton Franz Habeneck. Konzertmeister der Großen Oper in Paris. Mendelssohn nannte das Orchesterspiel Habenecks das beste, das man in der Welt hören könne. Die Voraussetzung der erzieherischen Arbeit Habenecks war das gewissenhafte Studium der Partituren, die er beherrschte wie selten einer. Die Aufführung der 9. Symphonie von Beethoven die Wagner in einen Taumel der Begeisterung versetzte und ihm das wahre Beethovenverständnis eröffnete, bereitete Habeneck in dreijähriger Probenarbeit vor. Habeneck war aber nicht nur der bedeutendste Beethovendirigent seiner Zeit, er widmete sich mit Leidenschaft auch der Aufführung der Zeitgenossen. Vor allem verdankt ihm Berlioz viel. Ueber Berlioz, Liszt und Wagner wurde dann auch Hans von Bülow, der erste deutsche Orchestererzieher bestimmenden Formats, beeinflußt.

Als in Deutschland die Aera Strauß, Mahler, Muck, Weingartner, Nikisch, Schuck begeisterte, war in Italien ein anderer Großer des Taktstockes ebenfalls auf den Plan getreten: Arturo Toscanini. Welchen Entwicklungsgang hat Toscanini genommen? Die Liebe des hochmusikalischen Knaben gehört dem Cello. Als Neunjähriger bezieht er das Konservatorium seiner Vaterstadt Parma. Hier erhält er eine allseitige musikalische Ausbildung. 1885 verläßt er als konzertreifer Cellist die Anstalt, um dann ein Jahr lang in diesem Fach tätig zu sein. Beim Umgang mit dem Orchester entdeckt er seine musikalische Führereigenschaft. Kurz entschlossen geht er als Dirigent nach Rio de Janeiro. Seine erste Tat war eine Aida-Aufführung. Nach Italien zurückgekehrt, gründete er in Turin das städtische Orchester. Als Dirigent der Ausstellungskonzerte 1898 erregte er solches Aufsehen, daß er im gleichen Jahre an die Mailänder Scala verpflichtet wurde. Er wurde für die Mailänder der nämliche Reformator des Orchesterspiels, wie es Habeneck für die Pariser war. Sein Ruhm wuchs. 1907 rief ihn New York an die Metropolitan-Oper. 1921 kehrte er an die Scala als künsterischer Oberleiter zurück. Aber es war ihm nicht vergönnt, seinen Lebensabend in der Heimat zu verbringen. Die politische Hetze des Faschismus zwang den Aufrechten 1938 wieder dazu, Mailand mit New York zu vertauschen. Aber es klingt uns noch der Jubel in den Ohren, mit dem der Heimgekehrte im vorigen Frühjahr in Italien empfangen wurde.

Wir hatten des öfteren das Glück, Toscanini in Proben beobachten zu können. Vor dem Einsatz ist er tief in sich versunken.

lätterkrieg in München

riffe gegen die Aerzte / Die Antwort Grönings

tbericht unseres Korrespondenten

tember. In München er Schlagzeile „Vom te unserer Zeit" ein das außerordentlich den Präsidenten der ekammer Dr. Weiler Aerzteschaft enthält. Herr Deeg, München, verantwortlich zeichg auf die vor einiger erausgabe „Grönings

eißt es unter anderem: ch aus ihrer größenität heraus. Wissen halbe Menschen sind? heblichkeit, Hochmut anken. Keine Liebe, te. Das ist die Tragik eute."

t ferner, in München von einem an verstehenden Arzt für orden und übt dann Methoden der Aerzte Gröning sei ihnen das aus dem Lexikon bet gar als krankhaftes Symptom werteten. Der Verfasser stellt die Frage an die Aerzte, warum sie nicht den Zusammenschluß ihres eigenen Könnens mit dem Grönings anstrebten: „Ueberwinden Sie die Tragik unserer Zeit, zeigen Sie Größe!"

„In Hessen ausgeschlossen"

FS. **Wiesbaden**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Das hessische Innenministerium spricht sich in einer Erklärung gegen eine staatliche Anerkennung Grönings aus. Seine Zulassung zur Heilbehandlung sei auch in Hessen mangels jeglicher Voraussetzungen ausgeschlossen. Alle Länder der deutschen Bundesrepublik, in denen Gröning aufgetreten sei, hätten ihm die berufliche Heilbehandlung untersagt und lediglich das Zugeständnis gemacht, den Beweis einer etwaigen Befähigung zur Heilung von Krankheiten, bei denen die Medizin versage, unter fachwissenschaftlicher Kontrolle zu erbringen. Mitglieder der medizinischen Fakultäten in Heidelberg und München hätten sich zur Nachuntersuchung seiner Fälle bereiterklärt. Trotz allen gegenteiligen Berichten in der Presse seien bisher keine echten Heilungen durch Gröning bestätigt worden.

toismus in der Pfalz"

Krise in der Kommunistischen Partei

ber. (HR.) Zu dem her Funktionäre aus Partei in Rheinlandetariat des Kommutandes, die beiden hätten im Auftrage sucht, in die Reihen Partei Verwirrung

standsmitglied Landbert Müller. Luder wieder in Briefen daß er ein partei-. Zur gleichen Zeit vorstand der Sozial- Material und Unistischen Partei überdie Aufnahme in die Partei zu erkaufen. istischen Erklärung näre und Mitglieder nregelmäßigkeiten in los zu melden. Nur ommunistische Partei werden, alle Zersetime zu ersticken. bert Müller ist Ludeustadt, Mitglied der mmunistischen Partei, die Sozialdemokraeten. Müller erklärt den sozialdemokra- unter den heutigen erantwortungsbewußte tei der Pfalz hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß Kultusminister Dr. Süsterhenn (CDU) den Augenblick für gekommen erachtet, einen Generalangriff gegen die seit Generationen in der Pfalz und in Rheinhessen bewährten christlichen Gemeinschaftsschulen einzuleiten. Diesen Bestrebungen wird die Freie Demokratische Partei schärfsten Widerstand entgegensetzen."

Vom Dienst suspendiert

Frankenthal, 30. September. (Südena.) Auf Veranlassung von Oberbürgermeister Dr. Kraus wurde der erste Beigeordnete der Stadt Frankenthal (Pfalz), Bürgermeister Bußjäger (FDP) vom Dienst suspendiert und ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet. Bürgermeister Bußjäger wird zum Vorwurf gemacht, streng vertrauliche Angelegenheiten aus einer geheimen Personalausschußsitzung einem daran beteiligten Außenstehenden mitgeteilt zu haben.

Simmern—Bingen—Mainz

Mainz, 30. September. (Eigener Bericht.) Zwischen Simmern und Mainz (über Bingen) ist vom 3. Oktober an eine Eisenbahnkraftomnibuslinie eingerichtet. Es werden täglich zwei Fahrten gemacht (Simmern ab 7.50 Uhr und 16.20 Uhr, Mainz an 9.55 und 18.15 Uhr, Mainz ab 7.00 und 15.25 Uhr, Simmern an 8.55 und 17.30 Uhr). Der genaue Fahrplan kann an den Haltestellen (Arge[n]-

Die Uhren zurückstellen!

Hamburg, 29. Dezember. (Südena.) In der Nacht zum Sonntag, dem 2. Oktober, werden in allen vier Besatzungszonen Deutschlands die Uhren um 3 Uhr auf 2 Uhr zurückgestellt. Damit ist die Sommerzeit beendet und die Normalzeit wieder eingeführt.

Mittel für 535 Wohnungen

bb. **Koblenz**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Wiederaufbauministerium hat erneut als dritte Verteilung aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe 1 295 000 D-Mark für den Bau von 535 Wohnungen ausgegeben. Damit sind nunmehr 3 487 000 D-Mark für den Bau von 1425 Wohnungen freigegeben worden, je Wohnung 2450 DM. 750 000 DM werden zur Wiederherstellung von Volksschulen in den Grenzkreisen aufgewandt.

Das Ministerium gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß entgegen verschiedenen Hinweisen bisher noch kein Stadt- und Landkreis einen einzigen Darlehensantrag vorgelegt habe. Dies sei um so auffälliger, da einige dieser Kreise besonders schwer durch den Krieg gelitten hätten. Mit Hilfe der bisher bewilligten 3,5 Millionen Mark sei ein neues Bauvolumen von rund 10,3 Millionen Mark erschlossen worden. Dies bedeute einen wesentlichen Beitrag zur Belebung des Baugewerbes und der allgemeinen Wirtschaft.

Anträge, die bis zum Freitag durch Landräte und Bürgermeister im Wiederaufbauministerium oder beim Treuhandfond für Grundpfandrechte eingehen, werden am darauffolgenden Mittwoch entschieden.

Die Bundesbehörden entscheiden

Mainz, 29. September. (Südena.) Die Pressestelle des französischen Oberkommissariats in Deutschland erklärt zu Pressemeldungen, das französische Oberkommissariat in Deutschland habe sich in keiner Weise zur Wahl der deutschen Hauptstadt geäußert. Das französische Oberkommissariat sei der Ansicht, daß die Entscheidung hierüber einzig und allein den deutschen Bundesbehörden zukomme.

Der neue Devisenhandel

Bz. **Frankfurt**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bank Deutscher Länder hat am Freitagabend über die Landeszentralbanken den Außenhandelsbanken nähere Weisungen über die zeitweilige Einstellung des Devisenverkehrs zugehen lassen. Rückwirkend vom 19. September, 00.00 Uhr, wird das neue Wertverhältnis von 23,8095 amerikanischen Dollar-Cents gleich einer Deutschen Mark in Kraft gesetzt. Der Devisenankauf wird sofort wieder aufgenommen. Als Umrechnungssätze gelten die neuen Kurse der verschiedenen Währungen. Der Devisenankauf wird bis zum 18. September einschließlich, ebenso wie Devisengutschriften auf der alten Basis von 3,33 Mark je Dollar abgerechnet. Vom 10. September an gilt der Ankaufkurs von 4,195 Mark.

Beim Devisenverkauf werden alle Devisenzahlungen, die bis zum 17. September eingezahlt worden sind, auf alter Kursbasis abgewickelt. Devisenbelastungen er-

Proze- und Hafkosten sowie die Bestattung von

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 7

lässigkeit nicht mehr erhoben werden kann, muß es als unbillig erscheinen, daß ihnen ihre Rechte weiterhin vorenthalten werden. Der Säuberungsentscheid wird sinnlos, wenn der Beamte, der ihn nach sehr eingehender Prüfung erhalten hat, weiterhin als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt wird.

Gerade der neue Staat braucht einen tüchtigen Nachwuchs, der vielfach aus den Beamtenfamilien selbst gestellt wurde. Man möge bedenken, daß durch die Behandlung der entnazifizierten Beamten besonders in Rheinland-Pfalz nicht allein Beamtensöhne, sondern die gesamten berufenen Kräfte der jungen Generation abgeschreckt werden, sich einer Beamtentätigkeit gleich welcher Art zu widmen.

In Württemberg-Baden sind in der letzten Zeit wieder nahezu 1200 Personen in den Staatsdienst eingestellt worden, die nach Kriegsende aus politischen Gründen entlassen worden waren. Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, überhaupt einmal einen Ueberblick über die Zahl der Berufsbeamten zu erhalten, die am ersten Januar dieses Jahres aus politischen Gründen noch entlassen waren. Es dürfte ferner interessieren, wieviele dieser Beamten seither wieder eingestellt, in den Ruhestand versetzt worden, verstorben oder sonstwie ausgeschieden sind. Und schließlich, da es Beamte gibt, die ihre besten Lebensjahre dem öffentlichen Dienst gewidmet haben und die sich jetzt besonders hart tun, sei die Frage gestellt: Wieviele der noch nicht wieder eingestellten Beamten waren bei ihrer Entlassung bereits fünfundzwanzig Jahre im Dienste? Die Beantwortung dieser Fragen dürfte vielleicht auch Aufschluß darüber geben, ob es richtig ist, daß es in manchen Aemtern immer noch nicht so recht klappen will, weil es in ihnen an durch Jahre hindurch eingearbeiteten Beamten fehlt.

Weder Rechthaberei noch Propaganda

Eine Demontage-Entschließung im Bundestag

Drahtbericht unseres Korrespondenten

y. **Bonn**, 30. Sept. Der Bundestag hat am Freitagnachmittag nach einer längeren Debatte mit großer Mehrheit einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über die Demontagen angenommen. In diesem Antrag heißt es unter anderem, die dauernden Demontagen verhinderten die Gesundung der Wirtschaft und bedeuteten eine unerträgliche Belastung des neuen demokratischen Staatswesens. In einer Zeit, in der mit Hilfe des Marshall-Planes alle Anstrengungen gemacht werden sollten, die bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte Europas zu erreichen, würden in Deutschland unentbehrliche Anlagen zerschlagen. Auf diese Weise werde der vom Marshallplan angestrebte Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz unmöglich gemacht. Dem deutschen Volke erschienen Demontagen und Beschränkung von Friedensindustrien als Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung. Die Alliierten hätten alle Möglichkeiten in der Hand, ihre Wünsche nach Sicherheit und Wiedergutmachung zu befriedigen, ohne Arbeitsplätze zu zerstören.

Das deutsche Volk danke insbesondere dem Senat der Vereinigten Staaten und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der amerikanischen Gewerkschaften im Ringen um die Abwendung dieser Zerstörungen. Seit dem Beschluß des Senats auf eine erneute Nachprüfung der Demontagelisten hätten sich jedoch Tempo und zerstörender Charakter der Demontagen verstärkt. Der Bundestag erhoffe von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, daß sie beschleunigt eine erneute Nachprüfung der Demontagelisten veranlaßten und bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Fabrikanlagen abbauten und die laufenden Demontagen stoppten.

Die Regierung wird verhandeln

Zwei kommunistische Anträge über die Amnestierung verurteilter deutscher Demontage-Verweigerer und die Erstattung von Prozeß- und Haftkosten sowie von Lohnausfall infolge Verweigerung von Demontage-Arbeit wurden durch einen mit Mehrheit angenommenen Zusatzantrag der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union/Christlich-Sozialen Union erledigt, der die Bundesregierung beauftragt, die notwendigen Verhandlungen mit den Alliierten zu führen.

Eine Regierungserklärung

Im Laufe der Debatte hat Arbeitsminister Storch eine Regierungserklärung verlesen, in der es unter anderem heißt, die Bundesregierung stehe der Not der Demontage-Verweigerer mit größter Aufgeschlossenheit und mit ernster Bereitwilligkeit zu durchgreifender Hilfe gegenüber. Um jedoch den Betroffenen nicht nur durch Worte, sondern durch Taten zu helfen, sei die Regierung der Auffassung, daß diese Angelegenheit einer ebenso schnellen wie gründlichen Ueberlegung bedürfe. Insbesondere müsse eine Form gefunden werden, die besatzungsrechtlich vertreten werden könne. Den Betroffenen dürfte am besten gedient sein, wenn die Erledigung dieser Fragen der Bundesregierung überlassen werde, weil von ihr am schnellsten geholfen werden könne.

Adenauer bittet um guten Willen

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der ebenfalls in der Debatte das Wort ergriff, erklärte, die Demontage-Proteste der Deutschen seien weder aus Rechthaberei noch aus Propaganda erfolgt, vielmehr seien wirtschaftliche und psychologische Gründe von allergrößter Bedeutung die Ursache des deutschen Widerstandes. Wenn das deutsche Volk den alliierten Beteuerungen glauben solle, daß die Absicht bestehe, Deutschland in das europäische Wirtschaftsleben einzugliedern, dann müsse die unberechtigte Zerstörung industrieller Werte in Deutschland aufhören. Bundeskanzler Dr. Adenauer richtete an die drei westlichen Alliierten die dringende Bitte, das Demontage-Problem so schnell als möglich zu lösen. Bei gutem Willen müsse eine Lösung gefunden werden, die dem alliierten Reparationsverlangen Rechnung trage, ohne das deutsche Volk zu verbittern.

Eine Resolution für Groß-Berlin

Der Bundestag beschloß schließlich mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und der Bayern-Partei eine Resolution für Groß-Berlin. Darin heißt es: „Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und in Zukunft ihre Hauptstadt wieder werden soll."

In der Entschließung bekennt sich der Bundestag ausdrücklich zu dem Artikel 23 des Grundgesetzes, der Berlin zu einem Bestandteil der Bundesrepublik erklärt. Er bitte die alliierten Mächte, ihren bisherigen Standpunkt noch einmal zu überprüfen und ihren Einspruch gegen die uneingeschränkte Anwendung dieses Artikels aufzugeben. Der Bundestag beauftrage die Regierung, geeignete Schritte bei den zuständigen alliierten Stellen zu unternehmen und über den Erfolg zu berichten.

Attlee hat noch das Vertrauen

Die Pfund-Abwertung vom Unterhaus gebilligt

London, 30. September. (AP.) Das englische Unterhaus hat am Donnerstagabend nach dreitägiger Debatte seine Sondersitzung über die Abwertung des Pfundes beendet und sich bis zum 18. Oktober vertagt. Der von der Regierung eingebrachte Antrag, der die Zustimmung des Hauses zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts forderte, wurde mit 342 gegen fünf Stimmen angenommen. Zuvor war ein Mißtrauensantrag der Opposition mit 350 gegen 212 Stimmen abgelehnt worden. Die fünf Abgeordneten, die sich gegen den Antrag der Regierung aussprachen, bilden die sogenannte „unabhängige Labour-Gruppe" unter Führung von Zilliacus, deren Mitglieder aus der Labourparty ausgeschlossen worden sind. Acht Abgeordnete, die den konservativen Abänderungsvorschlag abgelehnt hatten, sowie die Mitglieder der konservativen und der liberalen Opposition enthielten sich der Stimme.

Auch Ungarn kündigt

Budapest, 30. September. (AP.) Die ungarische Regierung hat am Freitag ihren Freundschafts- und Beistandspakt mit Jugoslawien widerrufen. Ungarn folgt damit dem Beispiel der Sowjetunion, die am Tage zuvor von ihrem Freundschaftspakt mit Jugoslawien zurückgetreten war. Wie Moskau, so erklärt auch Budapest, Marschall Tito habe den Freundschaftsvertrag verletzt und ihn auf diese Weise wertlos gemacht. Die jugoslawischen Verstöße seien jetzt durch den Hochverratsprozeß gegen den früheren ungarischen Außenminister Laszlo Rajk erwiesen worden.

Der polnische und der ungarische Botschafter in Belgrad haben am Donnerstag Jugoslawien verlassen. Von den diplomatischen Vertretern der Kominformländer ist jetzt nur noch der rumänische Gesandte in der Hauptstadt Jugoslawiens anwesend.

Die Waffenhilfe beginnt

Washington, 30. September. (Südena.) Wie aus amerikanischen Regierungskreisen mitgeteilt wird, werden die ersten Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten an die Staaten des Atlantikpaktes Mitte November beginnen. Etwa 200 amerikanische Militär-Sachverständige werden sich in Gruppen in die verschiedenen europäischen Hauptstädte begeben, und dort die Uebernahme der Lieferungen vorbereiten. Die erste Lieferung wird voraussichtlich Frankreich erhalten. Zunächst wird das Material den Reservebeständen entnommen werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Kraftfahrzeuge, Geschütze, Transport- und Nachrichtenmittel.

Die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben am Donnerstagabend das Auslandshilfsprogramm in Höhe von 5,8 Milliarden Dollar gebilligt. Nach der Unterzeichnung durch Präsident Truman erhält das Programm Gesetzeskraft. Von dem Gesamtbetrag von 5,8 Milliarden Dollar sind rund 3,8 Milliarden Dollar für das Europahilfsprogramm bestimmt.

„Wenn Frankreich fällt . . ."

Paris, 30. Sept. (Südena.) Das amerikanische Blatt „United Nations World" hat in dieser Woche eine Unterredung mit dem französischen Verteidigungsminister Ramadier veröffentlicht, in der dieser erklärt hat, wenn Frankreich besetzt würde, würden die Vereinigten Staaten schnell in die Defensive gedrängt, und es wäre zu spät, um eine Offensive auf dem Kontinent zu beginnen. „Wenn Frankreich fällt, ist der Westen verloren."

Ueber eine etwaige Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantik-Pakt sagte Ramadier, er sei kein Anhänger des Gedankens einer beschleunigten Ausdehnung des Paktes auf andere Länder, weil dies grundlegende Aenderungen dieses Paktes zur Folge haben würde.

Die französischen Herbstmanöver sind in der französischen Nordzone unter der Teilnahme von amerikanischen, britischen, belgischen und luxemburgischen Streitkräften seit Tagen im Gange.

Flugblätterkrieg in München

Jetzt Angriffe gegen die Aerzte / Die Antwort Grönings

Drahtbericht unseres Korrespondenten

We. **München**, 30. September. In München ist am Freitag unter der Schlagzeile „Vom Größenwahn der Aerzte unserer Zeit" ein Flugblatt erschienen, das außerordentlich heftige Angriffe gegen den Präsidenten der bayerischen Landesärztekammer Dr. Weiler und gegen die gesamte Aerzteschaft enthält. Das Blatt, für das ein Herr Deeg, München, Bahnpostlagernd, als verantwortlich zeichnet, ist als Erwiderung auf die vor einiger Zeit erschienene Sonderausgabe „Grönings Größenwahn" gedacht.

In dem Flugblatt heißt es unter anderem: „Treten Sie doch endlich aus ihrer größenwahnsinnigen Normalität heraus. Wissen Sie denn, daß Sie nur halbe Menschen sind? Mit Zynismus, Ueberheblichkeit, Hochmut begegnen Sie den Kranken. Keine Liebe, kein Mitleid, keine Güte. Das ist die Tragik des Aerztetums von heute."

Der Verfasser erklärt ferner, in München sei eine gesunde Frau von einem an verantwortlicher Stelle stehenden Arzt für geisteskrank erklärt worden und übt dann scharfe Kritik an den Methoden der Aerzte überhaupt. Anders als Gröning sei ihnen das Wort Demut nur noch aus dem Lexikon bekannt, wenn sie es nicht gar als krankhaftes Symptom werteten. Der Verfasser stellt die Frage an die Aerzte, warum sie nicht den Zusammenschluß ihres eigenen Könnens mit dem Grönings anstrebten: „Ueberwinden Sie die Tragik unserer Zeit, zeigen Sie Größe!"

„In Hessen ausgeschlossen"

FS. **Wiesbaden**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Das hessische Innenministerium spricht sich in einer Erklärung gegen eine staatliche Anerkennung Grönings aus. Seine Zulassung zur Heilbehandlung sei auch in Hessen mangels jeglicher Voraussetzungen ausgeschlossen. Alle Länder der deutschen Bundesrepublik, in denen Gröning aufgetreten sei, hätten ihm die berufliche Heilbehandlung untersagt und lediglich das Zugeständnis gemacht, den Beweis einer etwaigen Befähigung zur Heilung von Krankheiten, bei denen die Medizin versage, unter fachwissenschaftlicher Kontrolle zu erbringen. Mitglieder der medizinischen Fakultäten in Heidelberg und München hätten sich zur Nachuntersuchung seiner Fälle bereiterklärt. Trotz allen gegenteiligen Berichten in der Presse seien bisher keine echten Heilungen durch Gröning bestätigt worden.

„Titoismus in der Pfalz"

Krise in der Kommunistischen Partei

Koblenz, 30. September. (HR.) Zu dem Ausscheiden zweier hoher Funktionäre aus der Kommunistischen Partei in Rheinland-Pfalz erklärt das Sekretariat des Kommunistischen Parteivorstandes, die beiden ehemaligen Mitglieder hätten im Auftrage von Tito-Agenten versucht, in die Reihen der Kommunistischen Partei Verwirrung zu tragen.

Das ehemalige Vorstandsmitglied Landtagsabgeordneter Herbert Müller, Ludwigshafen, habe immer wieder in Briefen und Reden versichert, daß er ein parteiergebenes Mitglied sei. Zur gleichen Zeit habe er dem Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Material und Unterlagen der Kommunistischen Partei übergeben, um sich damit die Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei zu erkaufen.

In einer kommunistischen Erklärung werden alle Funktionäre und Mitglieder aufgefordert, alle Unregelmäßigkeiten in der Partei rücksichtslos zu melden. Nur dadurch könne die Kommunistische Partei in die Lage versetzt werden, alle Zersetzungsversuche im Keime zu ersticken.

Zusammen mit Herbert Müller ist Ludwig Manderschied, Neustadt, Mitglied der Landesleitung der Kommunistischen Partei, ausgeschieden und in die Sozialdemokratische Partei übergetreten. Müller erklärt in einem Schreiben an den sozialdemokratischen Vorstand, daß unter den heutigen Verhältnissen eine verantwortungsbewußte Arbeit für die Idee des Sozialismus in der Kommunistischen Partei unmöglich sei. Die Kommunistische Partei falle heute von einem Extrem in das andere. Ihr Kampf um die Verwirklichung ihrer Ziele verliere ständig an innerer Kraft und politischer Bedeutung.

Um die Gemeinschaftsschulen

Neustadt, 29. September. (Südena.) Der Bezirksverband Pfalz der Freien Demokratischen Partei veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Freie Demokratische Partei der Pfalz hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß Kultusminister Dr. Süsterhenn (CDU) den Augenblick für gekommen erachtet, einen Generalangriff gegen die seit Generationen in der Pfalz und in Rheinhessen bewährten christlichen Gemeinschaftsschulen einzuleiten. Diesen Bestrebungen wird die Freie Demokratische Partei schärfsten Widerstand entgegensetzen."

Vom Dienst suspendiert

Frankenthal, 30. September. (Südena.) Auf Veranlassung von Oberbürgermeister Dr. Kraus wurde der erste Beigeordnete der Stadt Frankenthal (Pfalz), Bürgermeister Bußjäger (FDP) vom Dienst suspendiert und ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet. Bürgermeister Bußjäger wird zum Vorwurf gemacht, streng vertrauliche Angelegenheiten aus einer geheimen Personalausschußsitzung einem daran beteiligten Außenstehenden mitgeteilt zu haben.

Simmern—Bingen—Mainz

Mainz, 30. September. (Eigener Bericht.) Zwischen Simmern und Mainz (über Bingen) ist vom 3. Oktober an eine Eisenbahnkraftomnibuslinie eingerichtet. Es werden täglich zwei Fahrten gemacht (Simmern ab 7.50 Uhr und 16.20 Uhr, Mainz an 9.55 und 18.15 Uhr, Mainz ab 7.00 und 15.25 Uhr, Simmern an 8.55 und 17.30 Uhr). Der genaue Fahrplan kann an den Haltestellen (Argenthal, Rheinböllen, Stromberg, Bingen, Kempten, Gaulsheim, Ockenheim, Gau-Algesheim, Ingelheim, Heidesheim, Uhlerborn, Budenheim, Mombach) und im Kraftomnibus eingesehen werden.

Eine Münchener Spruchkammer hat im Nachlaßverfahren gegen den ehemaligen Reichsjustizminister Dr. Gürtner die Einziehung des gesamten Nachlasses bis auf 3000,— DM bestimmt, da Gürtner zu Lebzeiten als Hauptschuldiger eingestuft worden wäre.

Die Uhren zurückstellen!

Hamburg, 29. Dezember. (Südena.) In der Nacht zum Sonntag, dem 2. Oktober, werden in allen vier Besatzungszonen Deutschlands die Uhren um 3 Uhr auf 2 Uhr zurückgestellt. Damit ist die Sommerzeit beendet und die Normalzeit wieder eingeführt.

Mittel für 535 Wohnungen

bb. **Koblenz**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Wiederaufbauministerium hat erneut als dritte Verteilung aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe 1 295 000 D-Mark für den Bau von 535 Wohnungen ausgegeben. Damit sind nunmehr 3 487 000 D-Mark für den Bau von 1425 Wohnungen freigegeben worden, je Wohnung 2450 DM. 750 000 DM werden zur Wiederherstellung von Volksschulen in den Grenzkreisen aufgewandt.

Das Ministerium gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß entgegen verschiedenen Hinweisen bisher noch kein Stadt- und Landkreis einen einzigen Darlehensantrag vorgelegt habe. Dies sei um so auffälliger, da einige dieser Kreise besonders schwer durch den Krieg gelitten hätten. Mit Hilfe der bisher bewilligten 3,5 Millionen Mark sei ein neues Bauvolumen von rund 10,3 Millionen Mark erschlossen worden. Dies bedeute einen wesentlichen Beitrag zur Belebung des Baugewerbes und der allgemeinen Wirtschaft.

Anträge, die bis zum Freitag durch Landräte und Bürgermeister im Wiederaufbauministerium oder beim Treuhandfond für Grundpfandrechte eingehen, werden am darauffolgenden Mittwoch entschieden.

Die Bundesbehörden entscheiden

Mainz, 29. September. (Südena.) Die Pressestelle des französischen Oberkommissariats in Deutschland erklärt zu Pressemeldungen, das französische Oberkommissariat in Deutschland habe sich in keiner Weise zur Wahl der deutschen Hauptstadt geäußert. Das französische Oberkommissariat sei der Ansicht, daß die Entscheidung hierüber einzig und allein den deutschen Bundesbehörden zukomme.

Der neue Devisenhandel

Bz. **Frankfurt**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bank Deutscher Länder hat am Freitagabend über die Landeszentralbanken den Außenhandelsbanken nähere Weisungen über die zeitweilige Einstellung des Devisenverkehrs zugehen lassen. Rückwirkend vom 19. September, 00.00 Uhr, wird das neue Wertverhältnis von 23,8095 amerikanischen Dollar-Cents gleich einer Deutschen Mark in Kraft gesetzt. Der Devisenankauf wird sofort wieder aufgenommen. Als Umrechnungssätze gelten die neuen Kurse der verschiedenen Währungen. Der Devisenankauf wird bis zum 18. September einschließlich, ebenso wie Devisengutschriften auf der alten Basis von 3,33 Mark je Dollar abgerechnet, Vom 10. September an gilt der Ankaufkurs von 4,195 Mark.

Beim Devisenverkauf werden alle Devisenzahlungen, die bis zum 17. September eingezahlt worden sind, auf alter Kursbasis abgewickelt. Devisenbelastungen erfolgen bis zum 18. September einschließlich zum alten Verkaufskurs von 3,337 Mark je Dollar. Ab 19. September wird zum neuen Verkaufskurs von 4,205 Mark je Dollar abgerechnet.

Josef Grohé, der ehemalige Gauleiter von Köln/Aachen, der bisher unter dem Verdacht des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Belgien festgehalten worden war, ist nach Deutschland gebracht worden, wo er sich demnächst wegen Zugehörigkeit zum Führerkorps der Partei zu verantworten haben wird.

WIRTSCHAFTSTEIL

Reklame-Kongreß

We. **München**. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Dr. Ehard hat am Donnerstag bei der Eröffnung des ersten Reklame-Kongresses nach dem Kriege siebenhundert deutsche und ausländische Delegierte in München begrüßt. Wirtschaftsminister Dr. Seidel hob die hervorragende Rolle der Werbung im nationalen und internationalen Wettbewerb hervor. Die Reklame sei das legitime Kind der freien Marktwirtschaft und privatwirtschaftlicher Unternehmerinitiative. Seit der Geldreform habe sie eine Renaissance erlebt, die den Wandel des westdeutschen Wirtschaftssystems besser veranschauliche, als es andere ökonomische Tatbestände tun könnten. Dr. Seidel machte ernste Bedenken gegen den von den Alliierten vorgeschlagenen neuen DM-Kurs geltend. Die Koppelung des Marktkurses mit den Kohlenpreisen sei ein unverständliches Interessendiktat, das eine gefährliche wirtschaftliche und damit letztlich politische Entwicklung einzuleiten vermöge. Die Armut und die Not des deutschen Volkes forderten eine lautere und saubere Werbung. Die Werbewirtschaft trage hier eine bedeutende Verantwortung zu dem endgültigen Erfolg der Exportanstrengungen. Der Zusammenschluß der deutschen Werbewirtschaft habe jetzt die Voraussetzung für die Wiedereingliederung Deutschlands in die internationale Zusammenarbeit im Werbewesen geschaffen.

DLG-Gütezeichen und Weinsiegel

Bz. **Frankfurt**. (Eigenbericht.) Zur Förderung der Qualitätserzeugung wird auf der ersten Deutschen Agrarmesse für Nahrungs- und Genußmittel in Frankfurt a. M. (18. bis 23. Oktober 1949) das DLG-Gütezeichen für Obst verliehen werden, Butter und Käse werden geprüft und prämiiert, ebenso werden die ausgestellten Flaschenweine meist aus dem Rheingau das sogenannte „Weinsiegel" erhalten. Dieses wird unter Kontrolle der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft nur an solche Weine verliehen werden, die sich durch eine fachmännige Kellerbehandlung auszeichnen, weiter müssen sie Gewähr für Haltbarkeit bieten. Das Weinsiegel ist das Kennzeichen sowohl des Tischweines als auch der bekannten deutschen Edelweine. Der ganze deutsche Wein soll später mit diesem Vertrauenszeichen ausgezeichnet werden.

Zunahme des Kartoffeljungkäfers

Bz. **Frankfurt**. (Eigenbericht.) Die sehr warme Witterung im Monat September hat eine bedenkliche Zunahme des Schädlingsbefalls in Westdeutschland verursacht, wie das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitteilt. So tritt gegenwärtig im Gegensatz zum Vorjahre der Kartoffeljungkäfer bis in die letzten Wochen verstärkt auf. An die Länderministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist daher die Aufforderung ergangen, eine Spätbehandlung gegen den Kartoffelkäfer durchführen zu lassen.

Amerikanische Getreidepreise

Die nordamerikanischen Getreidemärkte beschlossen die Berichtswoche auf höherem Kursstand. Das Geschäft war lebhaft. Das Agrarwirtschaftliche Institut des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums schätzt die Welternte an Brotgetreide für 1949 auf 204 Mill. longtons, gegenüber der Vorjahresernte von 213 Mill. longtons. Kanada hat unter Berücksichtigung der Abwertung des kanadischen Dollar im Einvernehmen mit dem Internationalen Weizenrat den Mindestpreis für 1949/50 für Northern Manitoba Nr. 1 auf 165 kan. cts je bushel erhöht.

		22. 9.	29. 9.
Chikago:	Weizen p. Dezember	213⅜	214
	Mais per Dezember	115⅝	118¼
	Hafer per Dezember	66⅝	67¾
Winnipeg:	Roggen per Oktober	146⅝	149¾

Obst- und Gemüsemarkt

Bz. **Frankfurt**. (Eigenbericht.) Zum Wochenschluß waren die Frankfurter Großmärkte in Gemüse und Obst reichlich versorgt. Aus dem Auslande waren neun Waggons eingetroffen. Bei regem Marktverkehr blieben die Preise gehalten, in mehreren Gemüsearten konnte der Markt nicht geräumt werden.

Am Gemüsemarkt wurde notiert: Blumenkohl erste Sorte 80 bis 100 DM, zweite 50 bis 80 DM und dritte 20 bis 50 DM, belgischer Blumenkohl 55 bis 65 DM. Tomaten 10 bis 14 (vorher 12 bis 15) DM, Karotten bei 5 bis 14 (9 bis 15) DM. Einmachgurken 20 bis 35 (30) DM, Treibhausgurken 35 bis 40 (40 bis 60) DM, Rosenkohl (erstmals notiert) 30 bis 40 DM. Kürbis 10 DM, Meerrettich 120 (zuletzt 150) DM, Rotkohl 5 bis 7 (6 bis 7) DM.

Am Obstmarkt kamen erstmals holländische Gärtnertrauben in bester Qualität mit 100 DM zum Angebot, sonst zogen die Traubenpreise etwas an. Deutsche Trauben 35 bis 40, französische 40 bis 46, italienische 50 bis 54 DM, ungarische 48 bis 50 DM. Zwetschen stiegen auf 48 bis 50 (40 bis 44) DM. Deutsche Tafeläpfel 15 bis 30 DM, Wirtschaftsäpfel 10 bis 15 DM, Birnen 15 bis 30 DM, belgische 21 bis 25 DM, Preiselbeeren schwedische 60 (65) DM, und finnländische 63 bis 64 DM. Pfirsiche billiger 15 bis 30 (15 bis 40) DM. Zucker-Melonen 60 DM.

Eierpreise verhältnismäßig fest

Bz. **Frankfurt**. (Eigenbericht.) Auf dem Eiermarkt haben sich in jüngster Zeit durch nicht unwesentliche Einfuhren die Endverbraucherpreise stabil gehalten. In den letzten Wochen stellte sich der durchschnittliche Preis auf 45 Pfennig.

Frankfurter Börsenkurse

Aktien	23. 9.	30. 9.
AEG.	10,13 bz	11,— bz
Chem. Albert	34,75 bz	36,25 bz
Degussa	35,5 bz	37,— bz
Dyckerhoff Zement	60,5	65,— bz
Heidelberger Zement	57,— bz	58,5 bz
Holzmann, Philipp	27,—	28,5
Kammgarn, Kaiserslautern	57,—	57,—
Kupferberg Sekt	28,—	28,5
Lindes Eismaschinen	49,— bz	49,75 bz
Mainzer Aktienbrauerei	32,5	32,5
Metallgesellschaft	32,88 bz	35,— bz
Siemens & Halske StA.	19,25 bz	19,5 bz
Zellstoff Waldhof	24,— bz	23,25 bz
Renten		
4% Frkf. Hypothek.-Bank-Pf.	7,88 bz	7,88 bz
4% Pfälz. Hypothek.-Bank-Pf.	7,75 bz	7,75 bz
4% Rhein. Hypoth.-Bank-Pf.	7,88 bz	7,88
4% Mainz von 26	8,—	8,—
4% Wiesbaden von 28	7,75	7,75

Chefredakteur Erich Dombrowski
Verantwortliche Redakteure: Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Ernst Samhaber (z. Z. Südamerika); Politik: Dr. Reinhold Zenz Fritz Walter; Feuilleton: Dr. Fritz Bouquet; Wirtschaft: Dr. Fritz Claus; Lokales: Bernhard Gnegel; Sport: Franz Krawutshke; Heimat: Willi Lindner. Chef vom Dienst: Hugo V. Seib.
Verlag: Mainzer Zeitungsverlags-G. m. b. H., Mainz. Druck: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will und Rothe KG., Mainz. Tel.-Sa.-Nr. 4371 Liz.-Nr. 217 d. Frz Mil.-Reg.
ANZEIGENPREISE: Lt. Preisliste Nr. 7 vom 1. 5. 1949.
BEZUGSPREIS je Monat: 2,90 DM durch Träger frei Haus; durch die Post 2,54 DM zuzüglich Zustellgeld. Wöchentlich 6 Ausgaben. - Postscheck: Ludwigshafen Nr. 234 43, Frankfurt am Main Nr. 228 40.
Bei Lieferungsbehinderungen infolge höherer Gewalt, Streik usw. besteht kein Anspruch auf Rückerstattung bzw. Ermäßigung des Bezugspreises. B

Allgemeine Zeitung
Neuer Mainzer Anzeiger

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sammel-Nr. 4371
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46-48, Fernspr. Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzungszonen: Mainz
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

HEUTE BEILAGE: Die AZ am Sonntag

...Tel. 4410 u. 4412 / Bad ...
...Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21. ...str. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, ...Ausk. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, ...laden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 2663

Nummer 228 | Samstag/Sonntag, 1./2. Oktober 1949 | Preis 15 Pfg.

Wettlauf / mit der Angst

Von **Erich Dombrowski**

Der erste Schreck über die Entdeckung, daß auch Rußland nunmehr über Atombomben verfügt, ist verflogen. Die Gemüter haben sich wieder etwas beruhigt. Nicht zuletzt, weil der Kreml versichern ließ, daß auch er gegen die Anwendung der Atomwaffe in einem Kriege sei und daß er im übrigen nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung des Friedens wünsche. Aus Amerika schallte das gleiche Echo herüber. Alles schön und gut. Aber was sind Zusicherungen, was Versprechungen, was selbst Verträge in dieser aufgewirbelten Zeit? Alle schleppen wir noch, ob jung oder alt, eine Vergangenheit mit uns herum, die uns mit ihrem tobenden Entsetzen beten und an keine menschlichen Schwüre mehr glauben gelehrt hat. Nun, nachdem die aus den Fugen geratene Welt wieder einigermaßen eingerenkt ist, sollte das Wort, das gegebene, auch wieder Geltung haben. Sollte. Aber die sogenannten realen Tatsachen verfügen immer noch mehr an Durchschlagskraft als bloße hingeredete oder hingeschriebene Worte. So werden wir die Beklemmung nicht los, daß wir einem durchaus ungewissen Schicksal ausgeliefert sind, auf dessen Walten wir wenig oder keinen Einfluß haben. Wir leben zwischen Ost und West. Zwischen Amerika und Sowjetrußland. Zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Mit anderen Worten: zwischen zwei unvereinbaren Weltanschauungen. Das wäre nicht weiter aufregend, wenn beide Parteien sich politisch auf sich selbst beschränkten und ihren natürlichen Ausdehnungs- und Geltungsdrang nach innen verströmen ließen. Aber das grundlegende Prinzip des russischen Kommunismus, das Lenin den Russen wieder und wieder einprägte, ist die Weltrevolution. Rußland allein könne für sich nicht den Kommunismus verwirklichen. Erst, wenn er ein Land nach dem anderen, schließlich die ganze Welt erfaßt habe, wenn eine Weltrevolution den Kapitalismus mit Stumpf und Stil ausgerottet habe, könne man sagen, man habe sein Ziel erreicht, seine Aufgabe vollbracht und brauche nicht mehr durch immer neue Zugeständnisse an eine anders geartete Umwelt das kommunistische Ideengut verwässern. Rußland wird also immer, von Fanatismus getrieben, in der Offensive sein. Amerika wird, um mit diesem Ausdruck die ganze westliche Welt kurz zu umreißen, in der Defensive, in der Verteidigung der menschlichen Freiheit gegenüber der kommunistischen Versklavung sein. Dieser friedenslose Zustand der beiden großen Machtballungen wird also, so oder so, bleiben. Wir werden weiter hilflos von einem Kompromiß zum andern taumeln, das gerade noch ein Nebeneinanderleben gestattet. Die Angst, daß dieser schmale Steg einer Verständigung von Fall zu Fall eines Tages zusammenbrechen kann, wird stets in unserer Brust bleiben, es sei denn, daß sich in der östlichen, in der kommunistischen Erdhälfte, von innen heraus eine Umwälzung anbahnte oder vollzöge. Sind Anzeichen dafür vorhanden? Ja, wenn man gewisse Auflockerungserscheinungen in den Satellitenstaaten, in Osteuropa und in Ostasien, überbewertet. Nein, solange nicht das totalitäre System Rußlands selbst von innen bedroht ist. Dafür liegen zur Zeit keine zu Buch schlagende Anzeichen vor, obwohl sich in Staaten der Diktatur oft über Nacht die Verhältnisse völlig verändern können, wie uns das die Geschichte auf mehr als einem Blatte zeigt. Aber es wäre töricht, auf solche historischen Vorgänge irgendeine praktische Politik aufbauen zu wollen. Tatsache ist zur Stunde nur, daß Rußland, um gewisse innere wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, Anschluß an den Westen sucht, ihn sich aber so teuer wie möglich abkaufen lassen möchte. Im Besitze des Atombomben-Geheimnisses hat es heute eine ungleich stärkere Ausgangs- und Verhandlungsbasis als je zuvor. Die Schalen der Waage halten sich das Gleichgewicht. Ein großes Spiel beginnt.

*

Was will Rußland, die Karten ausspielend, geben? Was will es dafür nehmen? Wirtschaftlich will es, um es auf einen klaren Nenner zu bringen, eine amerikanische Anleihe von fünf bis sechs Milliarden Dollar. Dafür will es seine Märkte dem östlichen Handel wieder öffnen, nicht zuletzt im Austauschverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland. Politisch will es, um des Friedens willen, ein völliges Desinteressenment der westlichen Alliierten an den osteuropäischen Ländern, so daß es in aller Ruhe das schwärende jugoslawische Geschwür, zur Warnung für alle heimlichen Abtrünnigen ausbrennen kann. Dafür will es dann, nach einem Beschlusse des Politbüros, diese Zugeständnisse machen: Kein Rückzug der Besatzungskräfte aus Deutschland vor dem ersten Januar 1952. Der Kontrollrat der vier Mächte soll wieder ins Leben treten. Seine Amtsdauer soll aber über das Jahr 1954 nicht hinausgehen. Allerdings soll (eine Beschränkung) es fortan zwei deutsche Regierungen, auf föderativer Grundlage, geben. Eine im Westen und eine im Osten. Soweit die russischen Vorschläge für die Neuordnung in Deutschland. In China ist der Kreml bereit, sich jeder direkten oder indirekten Einmischung zu enthalten und das Kominform in Peking aufzulösen. Kurz: Rußland ist, nach der Aufhebung der Berliner Blockade, willens, im Westen etwas weiter Leine zu lassen und im Osten Mao Tse-tung, wenigstens nach außen hin, bis zu einem gewissen Grade abzuschreiben, wenn Washington seinerseits Tito fallen läßt. Das ist die Situation. Unter diesem Vorzeichen ist Wyschinski zur Hauptversammlung der Vereinten Nationen und zur Besprechung der vier Außenminister nach Neuyork gekommen. Das Auftreten der Russen auf diesem internationalen Parkett ist daher nicht so turbulent wie bislang, nicht so auftrumpfend, nicht so schroff. Aber noch nichts deutet darauf hin, daß man sich sachlich bereits nähergekommen ist.

*

Auf beiden Seiten geht man unterdessen den Weg der Sicherungen, wie man sie auffaßt, unbeirrt weiter. In der deutschen Ostzone schwillt die von den Russen aufgezogene Volkspolizei allmählich zu einer modernen Armee an, die mit dem ganzen technischen Kriegsapparat, vom Maschinengewehr über Panzerwagen zur Luftwaffe, ausgestattet wird. Politisch sind alle Vorbereitungen getroffen, um den bereits aufgezogenen Deutschen Volkskongreß zu einem östlichen Bundesparlament auszugestalten und so die Voraussetzung für einen besonderen Ostdeutschen Staat zu schaffen. Wenn nur die Wahlen nicht wären! Die Stimmung der Bevölkerung ist alles andere als sowjetfreundlich. Die Sozialistische Einheitspartei, das dem Kreml hörige kommunistische Organ, macht gegenwärtig einen bedrohlichen Zersetzungsprozeß durch. Eine Säuberung folgt der anderen, und so ist es kein Wunder, daß die Wahlen, auch in den einzelnen Ländern, wieder und wieder hinausgeschoben werden, bis sich die Atmosphäre im russischen Sinne geklärt hat. Im Westen macht die innere Festigung, wirtschaftlich und politisch, im Schatten der Marshall-Hilfe, schnelle Fortschritte. Die überraschende Abwertung der meisten Währungen, um den Dollar herum, bereitet den Weg für einen wirtschafts- und handelspolitischen Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern Europas vor. Das Eis der Isolierung beginnt zu schmelzen. Selbst Großbritannien, das zu diesem natürlichen Entwicklungsvorgang Europas einen gewissen Abstand, mit Rücksicht auf die Verbundenheit mit seinem Weltreich, zu wahren versucht, wird über kurz oder lang sich in dieses werdende europäische Gefüge eingliedern müssen, weil die realen westeuropäischen Gesamtinteressen schließlich stärker sein werden als Vorstellungen von einer sich selbst befriedigenden Empire-Wirtschaft, die mehr und mehr der Vergangenheit angehörigen. Ueberdies steuert die gegenwärtige Arbeiter-Regierung immer tiefer in eine Krise hinein, die womöglich bei den kommenden Wahlen durch einen Sieg der Konservativen und Liberalen ihre Lösung finden wird. Da Winston Churchill, der unbestrittene Führer der Rechten, ein glühender Anhänger der Europa-Idee ist, würde nach einem solchen Parteisiege der europäische Gemeinschaftsgedanke einen weiteren kräftigen Anstoß bekommen. Parteipolitisch ausgedrückt würde das bedeuten, daß nicht eine sozialistisch-demokratische, sondern eine christlich-demokratische politische Linie durchgehend die Geschicke Westeuropas bestimmen würde.

*

Bleibt nach dieser inneren auch noch etwas über die äußere Sicherung Westeuropas zu sagen übrig. Der Nordatlantik-Pakt ist bereits auf die Beine gestellt. Der amerikanische Kongreß hat inzwischen die notwendige Milliarde für die militärische Ausrüstung der europäischen Länder bewilligt. Die Feststellung, daß auch Rußland jetzt über Atombomben verfügt, wird die in Aussicht genommenen militärischen Vorkehrungen beschleunigen. Wenn die Deutsche Bundesrepublik in einigen Monaten im Europa-Rat erscheint, wird auch die Frage akut werden, ob es dann nicht auch dem Nordatlantik-Pakt, dieser militärischen Sicherungsmaßnahme gegenüber den Russen, beitreten soll. Die Vorbedingung dafür wäre, daß es ein bestimmtes Truppenkontingent dafür zur Verfügung zu stellen hätte. Die Aussprache unter den Alliierten darüber hat bisher noch keinen offiziellen Charakter angenommen, obwohl inoffiziell darüber bereits viel und oft gesprochen wird, auch wenn die Oeffentlichkeit davon nur wenig erfährt. Die Wünsche gewisser Kreise der Alliierten, deutsche Divisionen wieder ins Leben zu rufen, verdichten sich indessen, nachdem die ostzonale Volkspolizei allmählich das Aussehen einer richtigen Armee bekommen hat. Diese Absichten, ob sie nun heute oder morgen verwirklicht werden, können im deutschen Volk nur recht gemischte Gefühle erwecken, und man tut wohl gut, dieses heiße Eisen nicht vorzeitig anzufassen. Aber die westlichen Mächte stehen nun einmal unter dem Druck der Besorgnis vor dem unberechenbaren östlichen Koloß, und sie handeln nach dem alten (abgewandelten) römischen Sprichwort: Willst du den Frieden, so sichere ihn. Und so versuchen sie, wirtschaftlich durch die Marshall-Hilfe, politisch durch die europäische Vereinigung und militärisch durch den Nordatlantik-Pakt sich zu sichern. Je stärker diese Sicherung, um so stärker ist auch ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen, die ihrerseits mit der Atombombe in der Hand als polternde Partner an den Verhandlungstisch treten. Alle haben sie ihre Aengste. Der Westen hat die Angst um den äußeren Frieden. Der Osten hat Angst um den inneren Frieden. So ist es ein Wettlauf der Angst, der sich heute vor unseren Augen abspielt.

Die Frage des Bundessitzes wieder vertagt

In geheimer Abstimmung ein Ausschuß beschlossen / Berichterstattung in drei Wochen

Drahtbericht unseres Korrespondenten

y. **Bonn**, 30. September. Der Bundestag hat am Freitagabend über die Frage des Sitzes der Bundesregierung beraten. Ueber die vorausgegangene Debatte über die Demontage und Berlin berichten wir an anderer Stelle. Die Debatte über den Bundessitz wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Zinn eröffnet. Er beantragte für die Sozialdemokratische Partei, die wesentlichen Bundesorgane nach Frankfurt zu verlegen. Dieser Antrag wurde durch einen gleichlautenden Antrag von Dr. Hilpert (Christlich-Demokratische Union) und anderen Abgeordneten der Regierungsparteien unterstützt. Zinn und Dr. Hilpert machten für eine Verlegung der Bundesorgane nach Frankfurt die erheblich höheren Kosten in Bonn geltend, die bei einer Uebersiedelung der Regierung nach Frankfurt entfallen würden. Der Abgeordnete Bucerius (Christl.-Demokratische Union) beantragte, den Antrag der Sozialdemokratischen Partei und Dr. Hilperts einem Ausschuß zu überweisen. Der Ausschuß solle aus 21 Abgeordneten bestehen und innerhalb von drei Wochen zu einem Ergebnis kommen, ob Bonn oder Frankfurt Sitz der Regierung sein solle.

In geheimer Abstimmung, an der sich 363 Abgeordnete beteiligten, stimmten 196 Abgeordnete mit Ja, 169 Abgeordnete mit Nein, bei sieben Enthaltungen. Damit ist der Antrag Bucerius auf Bildung eines Ausschusses zur Frage Bonn oder Frankfurt angenommen worden. Das Ergebnis der Untersuchungen dieses Ausschusses soll die Grundlage einer Abstimmung im Bundestag bilden.

Wird Mainz Landeshauptstadt?

Die Entscheidung im Oktober

bb. **Koblenz**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Aeltestenrat des Landtages und die Landesregierung waren am Freitag zu Besprechungen über die Frage zusammengekommen, welche Stadt endgültig Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz werden solle. In einem von der Staatskanzlei veröffentlichten Kommuniqué heißt es, es sei nicht der Zweck der Zusammenkunft gewesen, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu fällen. Dies solle dem Landtag zusammen mit der Landesregierung überlassen werden. Nachdem aber feststehe, daß die Entscheidung jetzt ausschließlich in die deutsche Zuständigkeit übergegangen sei, werde es übereinstimmend als erforderlich angesehen, bald einen Entschluß zu fassen.

Bei den Beratungen habe Einigung darüber geherrscht, daß die Frage ob Mainz oder Koblenz in erster Linie nach staatspolitischen und verwaltungstechnischen, nicht nach kommunalpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden solle. Deshalb dürfe die Angelegenheit auch keinesfalls zu einem öffentlichen Streitgespräch zwischen Mainz und Koblenz ausarten. Die Regierung und der Landtag würden bemüht sein, berechtigte kommunalpolitische Interessen der betroffenen Städte nicht unberücksichtigt zu lassen. Es sei beabsichtigt, im Laufe des Oktobers 1949 eine Entscheidung herbeizuführen.

Bestürzung über die Demontage

bb. **Koblenz**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Aeltestenrat des Landtages von Rheinland-Pfalz hat eine Erklärung des Ministerpräsidenten über die dem Lande drohenden Demontagen der Eisenwerke Kaiserslautern, der Charlottenhütte Niederscheiden und der Seifenfabrik Siegert, Neuwied, entgegengenommen. Der Aeltestenrat erklärt dazu, diese Mitteilung könne nur mit größter Bestürzung aufgenommen werden. Nicht nur Hunderten von deutschen Arbeiterfamilien würde die Existenzgrundlage genommen, sondern auch der Glaube an die Gerechtigkeit müsse im fünften Jahr nach der Beendigung des Krieges einen schweren Stoß erleiden.

Polizei in den Arbeitshallen

Kaiserslautern, 30. September. (AP.) Ein Sprecher des Betriebsrates der zur Demontage bestimmten Kaiserslauterner Eisenwerke hat am Freitag mitgeteilt, daß die Besprechungen zwischen französischen, englischen und deutschen Behörden über die Aussetzung der Demontage noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Die etwa 600 Arbeiter der Eisenwerke, die am Mittwoch nach der französischen Aufforderung, einige Maschinen selbst zu demontieren, in Streik getreten waren, sind noch nicht zu ihren Arbeitsplätzen zurückgekehrt. Die leeren Arbeitshallen werden zur Zeit von zehn deutschen Polizisten bewacht.

Weniger Minister in Hessen

FS. **Wiesbaden**, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Das hessische Kabinett hat sich in Bonn erneut mit der Frage einer Verwaltungsreform für Hessen befaßt. Eine Verminderung der Zahl der Ministerien stand im Vordergrund der Erörterungen. Wie Arbeitsminister Arndgen, Wirtschaftsminister Dr. Koch und Justizminister Zinn erklärten, wollen sie mit Rücksicht auf ihr Bundestagsmandat ihr Amt als Minister niederlegen. Der hessische Ministerpräsident, Stock, hat den Rücktritt der drei Minister zum 31. Oktober angenommen. Der hessische Finanzminister, Dr. Hilpert, wird in den nächsten Tagen sein Bundestagsmandat niederlegen. Das hessische Kabinett beschloß, die Zahl der hessischen Ministerien von acht auf fünf (einschließlich des Ministerpräsidenten) zu verringern.

Gespannte Lage in Berlin

Es geht um die Verwaltung der Eisenbahn

Drahtbericht unseres Korrespondenten

-er. **Berlin**, 30. September. Die angespannte Lage im Eisenbahnwesen der Berliner Westsektoren war in den letzten Tagen Gegenstand zahlreicher Erörterungen Berliner Politiker und alliierter Kreise. Durch ständige Verlagerungen von Eisenbahnmaterial aus den Westsektoren in den sowjetischen Sektor, durch die Stationierung von Bahnpolizei der Ostzone auf dem Bahngelände West-Berlins und durch die Weigerung der kommunistischen Reichsbahndirektion Berlin, die West-Berliner Eisenbahner voll in Westmark zu entlohnen, sah sich die Unabhängige Eisenbahner-Gewerkschaft nunmehr gezwungen, von den westlichen Stadtkommandanten eine endgültige Klärung zu fordern.

Den westlichen Kommandanten wurde von der Eisenbahnergewerkschaft mitgeteilt, daß durch die Zwischenfälle im West-Berliner Gebiet, die durch die Bahnpolizei der Ostzone u. durch den von der kommunistischen Reichsbahndirektion gebildeten und bewaffneten Eisenbahnwachdienst hervorgerufen würden, die sofortige Wiederbesetzung der West-Berliner S-Bahnhöfe durch Angehörige der rechtmäßigen Polizei notwendig geworden sei. Erst vor wenigen Tagen sei ein Funktionär der Gewerkschaft während einer Eisenbahnbetriebsversammlung von acht bewaffneten Zivilisten nach schweren körperlichen Mißhandlungen mit Handschellen gefesselt in den sowjetischen Sektor verschleppt worden. Ein größeres Aufgebot von Bahnpolizisten mit Hunden habe vorher das Versammlungsgebäude besetzt. Die Gewerkschaft erklärt ferner, daß ernste Zwischenfälle durchaus als möglich angesehen werden müßten, da die Erregung der Eisenbahner ständig im Steigen begriffen sei.

In diesem Zusammenhang taucht erneut die Frage nach einer eigenen West-Berliner Eisenbahnverwaltung auf. West-Berliner Eisenbahnerkreise hatten ihre Errichtung bereits vor einer Woche erwartet, als die Verlagerung der Güterwagen und der S-Bahnzüge aus dem Gebiet der Berliner Westsektoren angeordnet wurde. Oberbürgermeister Reuter kündigte in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag an, daß er die Westkommandanten um die Aufhebung der Exterritorialität für das West-Berliner Eisenbahngebiet gebeten habe. Auch in den Westsektoren Berlins untersteht das gesamte Bahngelände noch immer der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zum Abbruch der Viererbesprechungen in Berlin, zu dem es wegen der starren Haltung der Russen in der Frage der West-Berliner Eisenbahner gekommen ist, nimmt das Blatt der Roten Armee „Die tägliche Rundschau" in scharfer Form Stellung. Die Erklärung der Westkommandanten über die zeitweilige Einstellung der Kommandanturbesprechungen in Berlin beweise, daß sie den unklugen Versuch machten, mit den sowjetischen Behörden in ultimativer Form zu sprechen. Die Handlungsweise der westlichen Kommandanten könne nur als ein provokatorischer Versuch betrachtet werden.

Im Blickpunkt

*** Wenige Kapitel der jüngsten Zeit waren so wenig ruhmreich für das neuwerdende politische Leben unseres Staates wie der Streit um die vorläufige Bundeshauptstadt. Wohin alle Erwägungen der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit streben müssen, ist so deutlich, daß unter unbefangenen Menschen kaum noch davon gesprochen zu werden braucht. Dennoch geht seit Wochen und Monaten das Gespräch zwischen den verschiedenen Richtungen hin und her; dennoch ist auch gestern wieder im Bundestag ernsthaft darüber gestritten worden. Kommenden Geschlechtern wird es unbegreiflich erscheinen, daß über das Selbstverständliche so lange gesprochen worden ist.

Der Bundestag hat sich gestern nicht entschließen können, die Frage endgültig zu lösen. Er hat sie an einen Ausschuß verwiesen. Dieser wird Zahlen nachzuprüfen, Baupläne anzuschauen und Verkehrsverbindungen auszuproben haben. Bis er, bis dann wieder der Bundestag ihr Wort gesprochen haben, wird die Spannung, wird damit auch die schädliche Ungewißheit über den Sitz unserer obersten Verwaltungsbehörde andauern müssen. Und wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird, weiß heute noch niemand.

Bemerkenswert bleibt es auf jeden Fall, daß gestern in Bonn von neuem unabhängige Persönlichkeiten aufgetreten sind. Man sollte sich nicht scheuen, die Dinge beim Namen zu nennen: Herr Doktor Adenauer ist eine sehr starke Persönlichkeit, und er hat, nicht nur kraft seines Amtes, sondern vor allem kraft seines Willens einen ungewöhnlichen, fast herrscherlichen Einfluß in seiner Fraktion. Wäre es nicht so, es wäre nicht möglich gewesen, daß vor einem Vierteljahr alle Christlichen Demokraten für Bonn gestimmt haben. Diesmal ist die starre Fraktionsdisziplin durchbrochen worden. Unter den Augen des gestrengen Bundeskanzlers haben Angehörige seines eigenen politischen Lagers offen gesagt, daß sie in dieser wichtigen Frage ihre eigene Ansicht haben. Ob ihr Auftreten den Sieg des gesunden Menschenverstandes sichert, wissen wir nicht; aber als Beispiel ist ihr Verhalten hoffentlich nicht ohne Wert gewesen.

Vordringlich

zz Wenn der Landtag von Rheinland-Pfalz wie vorgesehen am 5. Oktober nach längerer Pause wieder zusammentritt, so erwartet ihn eine Fülle dringlicher Aufgaben, die erledigt sein wollen. So sind vor allem zahlreiche Gesetze denen der Doppelzone anzupassen, damit möglichst schnell eine Rechtsgleichheit im ganzen Bundesgebiet herbeigeführt wird.

Es gibt aber auch zwei vordringliche Aufgaben, und zwar zunächst die nochmalige Behandlung der Wohnraumabgabe. Man kann es sich wohl ersparen, erneut die Mängel dieses unsozialen Gesetzes anzuführen, das wirtschaftlich schlecht gestellte Bevölkerungsschichten mit einer empfindlichen Mieterhöhung belastet, die Abgeordneten und Gruppen von höheren Beamten aber, die man in Bayern mit dem Sammelbegriff „die Großkopfeten" zusammenfassen würde, mit einer besonderen Begünstigung bedenkt. Gegner der Wohnraumabgabe aus allen Bevölkerungskreisen, haben ihren Unwillen zum Ausdruck gebracht. Die Gewerkschaften, die meisten Parteien und vor allem die Kommunalbehörden sind dagegen, weil ihnen eine unübersehbare Arbeit aufgebürdet worden ist, von der sie sich wenig Nutzen versprechen können. In einer kleinen rheinischen Stadt hat der Bürgermeister bereits erklärt, er werde besondere Kräfte einstellen müssen, um die umständlichen Erhebungen vornehmen lassen zu können. Es liegen von mehreren Seiten Vorschläge vor, wie man die Wohnraumabgabe sozial erträglich und in der Berechnung einfacher machen könnte. Ohne weiteres dürfte aber dem Antrag der Christlich-Demokratischen Union in Trier an den Landesvorstand der Vorzug zu geben sein, der die Wohnraumabgabe solange ausgesetzt wissen will, bis der Finanzausgleich durch den Bund erfolgt sei. Die Begründung führt neben den allgemein erhobenen Einwänden noch die bemerkenswerte Befürchtung an, durch diese Sondersteuer werde der föderalistische Gedanke geschädigt.

Ebenso vordringlich wie die „Erledigung" der Wohnraumabgabe dürfte sein, daß der Landtag endlich die Wiedereinstellung der Beamten veranlaßt, deren Wiederverwendung der Säuberungsspruch weder verneint, noch beschränkt. Da bei ihnen der Einwand politischer Unzuver-

lässigkeit nicht mehr erhoben werden kann, muß es als unbillig erscheinen, daß ihnen ihre Rechte weiterhin vorenthalten werden. Der Säuberungsentscheid wird sinnlos, wenn der Beamte, der ihn nach sehr eingehender Prüfung erhalten hat, weiterhin als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt wird.

Gerade der neue Staat braucht einen tüchtigen Nachwuchs, der vielfach aus den Beamtenfamilien selbst gestellt wurde. Man möge bedenken, daß durch die Behandlung der entnazifizierten Beamten besonders in Rheinland-Pfalz nicht allein Beamtensöhne, sondern die gesamten berufenen Kräfte der jungen Generation abgeschreckt werden, sich einer Beamtentätigkeit gleich welcher Art zu widmen.

In Württemberg-Baden sind in der letzten Zeit wieder nahezu 1200 Personen in den Staatsdienst eingestellt worden, die nach Kriegsende aus politischen Gründen entlassen worden waren. Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, überhaupt einmal einen Ueberblick über die Zahl der Berufsbeamten zu erhalten, die am ersten Januar dieses Jahres aus politischen Gründen noch entlassen waren. Es dürfte ferner interessieren, wieviele dieser Beamten seither wieder eingestellt, in den Ruhestand versetzt worden, verstorben oder sonstwie ausgeschieden sind. Und schließlich, da es Beamte gibt, die ihre besten Lebensjahre dem öffentlichen Dienst gewidmet haben und die sich jetzt besonders hart tun, sei die Frage gestellt: Wieviele der noch nicht wieder eingestellten Beamten waren bei ihrer Entlassung bereits fünfundzwanzig Jahre im Dienste? Die Beantwortung dieser Fragen dürfte vielleicht auch Aufschluß darüber geben, ob es richtig ist, daß es in manchen Aemtern immer noch nicht so recht klappen will, weil es in ihnen an durch Jahre hindurch eingearbeiteten Beamten fehlt.

Weder Rechthaberei noch Propaganda

Eine Demontage-Entschließung im Bundestag

Drahtbericht unseres Korrespondenten

y. **Bonn**, 30. Sept. Der Bundestag hat am Freitagnachmittag nach einer längeren Debatte mit großer Mehrheit einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über die Demontagen angenommen. In diesem Antrag heißt es unter anderem, die dauernden Demontagen verhinderten die Gesundung der Wirtschaft und bedeuteten eine unerträgliche Belastung des neuen demokratischen Staatswesens. In einer Zeit, in der mit Hilfe des Marshall-Planes alle Anstrengungen gemacht werden sollten, die bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte Europas zu erreichen, würden in Deutschland unentbehrliche Anlagen zerschlagen. Auf diese Weise werde der vom Marshallplan angestrebte Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz unmöglich gemacht. Dem deutschen Volke erschienen Demontagen und Beschränkung von Friedensindustrien als Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung. Die Alliierten hätten alle Möglichkeiten in der Hand, ihre Wünsche nach Sicherheit und Wiedergutmachung zu befriedigen, ohne Arbeitsplätze zu zerstören.

Das deutsche Volk danke insbesondere dem Senat der Vereinigten Staaten und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der amerikanischen Gewerkschaften im Ringen um die Abwendung dieser Zerstörungen. Seit dem Beschluß des Senats auf eine erneute Nachprüfung der Demontagelisten hätten sich jedoch Tempo und zerstörender Charakter der Demontagen verstärkt. Der Bundestag erhoffe von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, daß sie beschleunigt eine erneute Nachprüfung der Demontagelisten veranlaßten und bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Fabrikanlagen abbauten und die laufenden Demontagen stoppten.

Die Regierung wird verhandeln

Zwei kommunistische Anträge über die Amnestierung verurteilter deutscher Demon- und mit ernster Bereitwilligkeit zu durchgreifender Hilfe gegenüber. Um jedoch den Betroffenen nicht nur durch Worte, sondern durch Taten zu helfen, sei die Regierung der Auffassung, daß diese Angelegenheit einer ebenso schnellen wie gründlichen Ueberlegung bedürfe. Insbesondere müsse eine Form gefunden werden, die besatzungsrechtlich vertreten werden könne. Den Betroffenen dürfte am besten gedient sein, wenn die Erledigung dieser Fragen der Bundesregierung überlassen werde, weil von ihr am schnellsten geholfen werden könne.

Adenauer bittet um guten Willen

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der ebenfalls in der Debatte das Wort ergriff, erklärte, die Demontage-Proteste der Deutschen seien weder aus Rechthaberei noch aus Propaganda erfolgt, vielmehr seien wirtschaftliche und psychologische Gründe von allergrößter Bedeutung die Ursache des deutschen Widerstandes. Wenn das deutsche Volk den alliierten Beteuerungen glauben solle, daß die Absicht bestehe, Deutschland in das europäische Wirtschaftsleben einzugliedern, dann müsse die unberechtigte Zerstörung industrieller Werte in Deutschland aufhören. Bundeskanzler Dr. Adenauer richtete an die drei westlichen Alliierten die dringende Bitte, das Demontage-Problem so schnell als möglich zu lösen. Bei gutem Willen müsse eine Lösung gefunden werden, die dem alliierten Reparationsverlangen Rechnung trage, ohne das deutsche Volk zu verbittern.

Eine Resolution für Groß-Berlin

Der Bundestag beschloß schließlich mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und der Bayern-Partei eine Resolution für Groß-Berlin. Darin heißt es: „Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem [illegible]

Flug

Jetzt An

Dra

We. **München**, 30. Se
ist am Freitag unter
Größenwahn der Aer
Flugblatt erschienen,
heftige Angriffe gegen
bayerischen Landesärz
und gegen die gesamte
Das Blatt, für das ein
Bahnpostlagernd, als
net, ist als Erwiderun
Zeit erschienene Son
Größenwahn" gedacht.

In dem Flugblatt h
„Treten Sie doch endl
wahnsinnigen Norma
Sie denn, daß Sie nur
Mit Zynismus, Ueber
begegnen Sie den K
kein Mitleid, keine G
des Aerztetums von

Der Verfasser erklä
sei eine gesunde Frau
antwortlicher Stelle
geisteskrank erklärt
scharfe Kritik an den
überhaupt. Anders als
Wort Demut nur noch
kannt, wenn sie es nic

„T

Koblenz, 30. Septer
Ausscheiden zweier h
der Kommunistischen
Pfalz erklärt das Sek
nistischen Parteivor
ehemaligen Mitglieder
von Tito-Agenten ve
der Kommunistische
zu tragen.

Das ehemalige Vo
tagsabgeordnete He
wigshafen, habe imm
und Reden versicher
ergebenes Mitglied s
habe er dem Bezirk
demokratischen Part
terlagen der Kommu
geben, um sich damit
Sozialdemokratische

In einer kommu
werden alle Funktio
aufgefordert, alle U
der Partei rücksicht
dadurch könne die K
in die Lage versetzt
zungsversuche im K

Zusammen mit He
wig Manderschied, M
Landesleitung der K
ausgeschieden und
tische Partei überget
in einem Schreiben
tischen Vorstand, da
Verhältnissen eine

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 8

Das neue Beamtenrecht

A.Z. 4.7.49.

Von Oberbürgermeister **Dr. Kraus**
Vorsitzender des Städteverbandes Rheinland-Pfalz

I.

Um das öffentliche Beamtentum und das Beamtenrecht ist es in der letzten Zeit wieder recht lebhaft geworden, zumal nachdem das Gesetz Nr. 15 der Militärregierung für die Verwaltungsangehörigen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für die Doppelzone neue beamtenrechtliche Grundsätze aufgestellt hat, die das gesamte Beamtenrecht und die Beamtengesetzgebung aller deutschen Länder entscheidend beeinflussen werden.

Durch das Gesetz der Militärregierung, an das sich in dieser Beziehung auch ein Gesetzesentwurf über den öffentlichen Dienst im Lande Hessen anschließt, verschwindet der Begriff des Angestellten im öffentlichen Dienstrecht. Man will in Zukunft nur noch Beamte und Arbeiter kennen, dagegen keine Angestellten mehr. Es gibt eine Menge Leute, die diese Entwicklung begrüßen und fördern. Ich persönlich bin durchaus gegenteiliger Meinung. Ich halte diese Entwicklung, trotz manchem, was man dafür sagen kann, für verhängnisvoll. Sie wird, auf lange Sicht gesehen, weder dem Berufsbeamtentum noch der Angestelltenschaft noch den öffentlichen Verwaltungen noch den Steuerzahlern dienen.

Was wird mit dieser uferlosen Ausdehnung des Beamtenbegriffes denn erreicht? Die Folge wird eine unerwünschte und in ihren Auswirkungen unheilvolle Verwässerung des gesamten Beamtenbegriffes sein. Es gibt dann eben in Zukunft nicht wie bisher Beamte auf Lebenszeit oder auf Widerruf, sondern vor allem auch das große Heer der Beamten auf Zeit und auf Kündigung, das heißt, alle Angestellten werden in Zukunft zwar Beamte heißen, aber sie werden nur solche auf Kündigung sein; das ist praktisch das gleiche wie bisher. Daraus erwachsen eine Reihe arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Zweifelsfragen. Bei der Beurteilung der ganzen Frage muß eins entscheidend ins Gewicht fallen: im Mittelpunkt der aus dieser Entwicklung sich ergebenden Diskussionen wird die Frage der sogenannten Dauerangestellten stehen, zumal diese dann diejenige Kategorie der kommenden neuen Beamtenschaft darstellen werden, aus der sehr viele in die Kategorie der Beamten auf Lebenszeit aufsteigen wollen und aufsteigen werden. Wer das Personalrecht der öffentlichen Verwaltungen und alle die sich daraus ergebenden Zweifelsfragen in der täglichen Praxis kennt, weiß, wie schwierig dieses Problem der Dauerangestellten ist. Ich fürchte, daß der neue Weg, wenn er so beschritten wird, wie man in Frankfurt begonnen hat und in Wiesbaden es zu beabsichtigen scheint, nur zu einer neuen, und zwar unheilvollen Verbeamtung der öffentlichen Verwaltung führen wird: Die Zahl derer, die Dauerangestellte sein wollen und auf diesem Wege früher oder später mit mehr oder weniger großer Hilfe der politischen Parteien dann Beamten auf Lebenszeit werden, wird wachsen. Damit werden auch die schon beinahe unerträglichen Pensionslasten der öffentlichen Verwaltungen ansteigen, alles Dinge, die nicht im Interesse der Sache und nicht im Sinne der öffentlichen Meinung liegen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß der Weg genau entgegengesetzt gegangen werden muß. Wir müssen wie in den Krisenjahren 1931/32 die öffentlichen Stellenpläne einer entscheidenden Revision unterziehen, die Zahl der echten Berufsbeamtenstellen auf ein Mindestmaß reduzieren und im übrigen für die große Anzahl der öffentlichen Angestellten ein neuzeitliches, sozial durchgebildetes Tarifvertragsrecht schaffen, wie es seinerzeit der kommunale Arbeitgeberverband Rhein-Main im sogenannten K. A. T. (Kommunal-Angestellten-Tarif) 1932 geschaffen hat. Ich bin grundsätzlich dagegen, daß man den Beamtenapparat künstlich aufbläht und dafür das moderne Tarifvertragsrecht der Angestellten preisgibt. Es wäre über diesen Punkt noch sehr viel zu sagen, ich bin aber der Meinung, daß bei gründlicher Ueberprüfung sowohl die Beamtenschaft als vor allem auch die Angestelltengewerkschaften die gleiche Meinung vertreten müssen.

II.

Ich habe aus verschiedenen Aeußerungen der letzten Zeit entnehmen müssen, daß auch sonst in der Diskussion über das neue Beamtenrecht sehr viel mit imponierenden Schlagwörtern gearbeitet wird, hinter denen aber nicht viel steckt und auf die nur diejenigen hereinfallen, die den Sachverhalt nicht genau und gründlich genug kennen. So habe ich vor einigen Tagen Auszüge aus einem Vortrag gelesen, den Ministerialdirektor Dr. Oppler von der Verwaltung in Frankfurt vor der Verwaltungsakademie in Speyer gehalten hat. Dabei wurde über eine Reihe von wichtigen modernen Grundsätzen des neuen Beamtenrechts gesprochen, als ob das alles neu sei und als ob es etwas Gleichwertiges bisher überhaupt nicht gegeben habe und somit gerade deshalb das Beamtenrecht neu gemacht werden müsse. Ich will auch hier nur zu einigen wenigen wichtigen Punkten meine Meinung aus nunmehr dreißigjähriger Erfahrung sagen:

Es wird in diesem Vortrag unter anderem davon gesprochen, daß die Schranken, die bisher zwischen den einzelnen Laufbahnen des öffentlichen Dienstes bestanden haben, nunmehr beseitigt seien. Der Referent sagte wörtlich: „Jeder hat nunmehr die gleiche Chance des Aufstieges, es besteht Gleichheit für alle." Ich kann mit dem besten Willen nicht einsehen, daß hiermit irgend etwas Neues geschaffen worden ist. Schon bisher galt in der Beamtenschaft, insbesondere in der Kommunalbeamtenschaft, gleiches Recht für alle, natürlich gleiche Fähigkeiten und gleiche Leistungen vorausgesetzt. Diesen Grundsatz hat schon seit Jahrzehnten insbesondere die kommunale Selbstverwaltung für sich in Anspruch genommen. Hier konnte jeder Beamtenanwärter, ganz gleich, aus welchen sozialen Kreisen er kam, ob von der Volksschule, der Oberrealschule oder dem Gymnasium, nach Können und Wissen seine Verwaltungsprüfungen ablegen und damit auf der Stufenleiter des kommunalen Beamtenstellenplanes von unten angefangen bis in die höchsten Spitzenstellungen des Verwaltungsdirektors, Finanzdirektors usw. aufsteigen. Ich gebe zu, daß dies zum Teil in den staatlichen Verwaltungen nicht ganz so war, dort auch nicht ganz so sein konnte, aber ich weiß mich zu erinnern, daß auch in den Ministerien und im Finanzdienst derartige Aufstiegsmöglichkeiten in immer stärkerem Maße vorhanden waren. Es ist erfreulich, wenn diese Möglichkeiten jetzt ausgebaut werden. Sie dürfen aber auf keinen Fall zu einer Verwässerung des Berufsbeamtentums führen und auf Kosten der Fähigkeiten und Leistungen gehen und vor allem: es müssen absolute Garantien dafür geschaffen werden, daß nur der tüchtige Fachbeamte in das Amt berufen wird und daß das Parteibuch- und Protektionsbeamtentum soweit irgendmöglich ausgeschaltet wird. Ich glaube aber nicht, daß dies durch die Ausschreibungs- und Prüfungspflicht und durch das staatliche Personalamt allein erreicht wird.

(Ein abschließender Bericht folgt.)

auf Weisung Moskaus wieder aufgehoben werden, und zu seiner geplanten Balkanföderation nahm Dimitroff selbst Stellung. Er erklärte reumütig, die Zeit sei noch nicht reif für solche Pläne. Die Männer, die wie Vizekönige arbeiten sollten im Auftrag des Kremls, hatten sich angeschickt, zu denken und zu handeln wie selbständige Könige. Vielleicht hat nur die tödliche Krankheit den glühenden Antifaschisten und begeisterten Bolschewisten damals vor der Entlarvung als „Trotzkisten" gerettet. Was in seinen Akten steht, weiß nur ein kleiner Kreis. Der Genosse Stalin und das Sowjetvolk wachten an seinem Sarg und erwiesen ihm die letzte Ehre. Woran er starb, darüber gab ein ärztliches Bulletin Auskunft: wie er starb, und warum er in der Nähe von Moskau sterben mußte wie soviele andere, bleibt vorläufig Geheimnis des Kreml.

Unbesetztes deutsches Land?

Der Sitz der Bundesregierung

Frankfurt, 3. Juli. (DUD.) Zur Charta der Hohen Kommission schreibt der Pressedienst der Christlich-Demokratischen Union:

„Endlich herrscht nun auch Klarheit darüber, ob die Bundesregierung die besonders von Dr. Adenauer immer wieder geforderte Bannmeile erhält, also ob ein gewisses Gebiet um den Bundessitz besatzungsfrei wird. Diese Frage ist nun eindeutig bejaht worden. In der Charta heißt es, das Hauptquartier der Hohen Kommission befinde sich am Sitze der deutschen Bundesregierung, der zusammen mit einem noch festzusetzenden Bezirk der Umgebung ein der Hohen Kommission direkt unterstelltes Sondergebiet darstellen werde, das zu keiner der einzelnen Besatzungszonen gehört. Aus der weiteren Bestimmung, daß die Besatzungsstreitkräfte in den bisherigen Besatzungszonen stationiert bleiben, ergibt sich, daß das Gebiet der Bundesregierung besatzungsfrei bleiben wird.

Zum ersten Male nach dem Zusammenbruch wird also deutsches Land von fremden Soldaten frei werden, wenngleich die Oberaufsicht der Hohen Kommission eine restliche Schranke für die völlige Souveränität bedeutet. Immerhin aber wird der Sitz der Bundesregierung ein rein ziviles Gebiet sein.

Der Grundgedanke für diese Regelung ist wohl, wie es auch in der Adenauerschen Konzeption zum Ausdruck kommt, eine Voraussetzung zu schaffen für ein möglichst unabhängiges Arbeiten der Bundesregierung und des Bundesparlaments. Vor allem brauchen diese deutschen Institutionen keine Rücksicht mehr zu nehmen auf die Wünsche einer einzelnen Besatzungsmacht, sondern die Bundesregierung hat es nur mehr mit einem Gremium der Besatzungsmächte zu tun. Das ist ein Fortschritt, der nicht nur äußerlichen Wert hat, sondern der in gewissem Rahmen die Möglichkeiten zu einer eigenen deutschen Gesamtpolitik gibt.

Gut unterrichtete deutsche und ausländische politische Kreise ziehen übrigens aus der Charta den Schluß, sie bedeute eine Art Vorentscheidung gegen Frankfurt als Bundessitz. Bei der Häufung von Dienststellen der Besatzungsstreitkräfte im Raume Frankfurt würde eine Neutralisierung dieses Raumes auf unverhältnismäßig große Schwierigkeiten stoßen, so argumentiert man. In Bonn etwa würden diese nicht auftreten, hier genüge eine Verlegung der belgischen Streitkräfte, die im Rahmen der gesamten militärischen Besatzungslage nur von untergeordneter Bedeutung seien. Allem Anschein nach habe man in Washington, London und Paris gewisse endgültige Schlüsse gezogen aus der in freier demokratischer Entscheidung getroffenen Regelung des Parlamentarischen Rates in der Frage des Bundessitzes."

Geistlicher Rat Goebel hat in Bremen die Rückführung der Flüchtlinge in ihre alte Heimat **gefordert.**

schlossen worden? Nicht mehr und nicht weniger als dies: über den Kopf des abwesenden und vorher nicht befragten Vierten im Bunde der Hauptalliierten, Tschiang Kai-schek, wurden einschneidende Entscheidungen auf Kosten Chinas gefällt. Nach der einleitenden Bestimmung, daß die Sowjetunion „zwei oder drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands und am Ende des Krieges in Europa in den Krieg gegen Japan auf der Seite der Alliierten eintreten soll" heißt es in dem entscheidenden Artikel 2: „Die früheren Rechte Rußlands, die durch den verräterischen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt worden sind, sollen wiederhergestellt werden." Im einzelnen werden dann aufgezählt: Rückgabe Südsachalins, Internationalisierung des mandschurischen Hafens von Dairen unter Anerkennung der „vorherrschenden Interessen der Sowjetunion", neue Verpachtung Port Arthurs als sowjetische Marinebasis, gemeinsame sowjetisch-chinesische Verwaltung der beiden großen mandschurischen Eisenbahnen, wie-

Richtlinien für

Beschlüsse der Christlich-Demok

Königswinter, 3. Juli. (Südena.) Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union/Christl.-Sozialen Union hat auf einer Tagung in Königswinter die Richtlinien der Partei zum Wahlkampf für die Wahl des Bundestages festgelegt. An der Konferenz nahmen unter dem Vorsitz von Dr. Adenauer etwa fünfundzwanzig Landesvorsitzende und sonstige führende Politiker der beiden Parteien teil.

Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Christlich-Demokratischen Union von Rheinland-Pfalz, Dr. Zimmer, erklärte nach der Konferenz, die Partei werde ihre kulturpolitischen Ziele und die Frankfurter wirtschaftspolitischen Erkenntnisse im Wahlkampf in den Vordergrund stellen. Sie werde eine Wirtschaftspolitik fordern, die gleichzeitig eine fortschrittliche Sozialpolitik ermögliche. Die Versammlung sei sich in dem Willen zu einer sachlichen Führung des Wahlkampfes einig gewesen. Die Frage des künftigen Sitzes der Bundesregierung betrachte die Partei als kein parteipolitisches, sondern als ein sachliches Problem.

Dr. Adenauer erklärte, es sei aus innen- und außenpolitischen Gründen untragbar, die Frage des Bundessitzes noch einmal aufzurollen. Der Parlamentarische Rat habe seinen Beschluß gefaßt, der nach demokratischem Empfinden nicht außer Kraft gesetzt werden könne. Von den Militärgouverneuren sei dies auch klar zum Ausdruck gebracht worden.

Ministerpräsident Altmeier von Rheinland-Pfalz berichtete über die Besprechungen der Länderchefs mit den Militärgouverneuren. Er sagte, die Mehrheit der Ministerpräsidenten habe den Vorschlag des hessischen Regierungschefs Stock abgelehnt, über den Ort des ersten Zusammenkommens des Bundestages erneut einen Beschluß zu fassen.

Für das Elternrecht

Prälat Dr. Böhler zum Grundgesetz

Fö. **Düsseldorf**, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die neugebildete staatspolitische Sektion der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands hat am Sonntag in Düsseldorf eine Tagung abgehalten, auf der neben Professor Erhard und Arbeitsminister Storch im Auftrage des Kölner Erzbischofs Prälat Dr. Böhler und Landtagspräsident Gockeln, der Vorsitzende der katholischen Arbeiterbewegung sprachen.

Prälat Dr. Böhler erklärte, die Katholische Kirche werde sich mit der Entscheidung des Parlamentarischen Rates über das Eltern-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 9

Beamte und Parlamente

A.Z. 5.7.49.

Von Oberbürgermeister **Dr. Kraus**
Vorsitzender des Städteverbandes Rheinland-Pfalz

Einen ersten Aufsatz über das neue Beamtenrecht veröffentlichten wir in der gestrigen Nummer.

In dem Vortrag Oppters wird dem neuen Beamtengesetz nachgerühmt, daß es den Beamten eine freiere Stellung als bisher einräume. Das Prinzip des starren Gehorsams werde durchbrochen zugunsten eigener Initiative, eigener Verantwortung und schöpferischer Mitarbeit. Ich kann wieder nicht einsehen, daß man dazu ein neues Beamtenrecht braucht. Vielmehr bin ich der Meinung, daß jeder, der das alte deutsche Berufsbeamtentum kennt, insbesondere aus der Zeit vor 1914, aber auch nach 1918, viele Beispiele anführen könnte, sowohl in der staatlichen Verwaltung wie insbesondere in der gerade auf diesem Gebiet vorbildlichen Gemeindeverwaltung, daß überall eigene Initiative, eigene Verantwortung und schöpferische Mitarbeit von unten bis oben in reichem Maße vorhanden waren. Gerade das war ja das qualitativ Wertvolle an dem deutschen Berufsbeamtentum. Natürlich ist sehr viel daran durch die Entwicklung in den Kriegen und insbesondere durch die nationalsozialistische Diktatur verdorben worden. Um aber diese alten wertvollen Faktoren wiederzugewinnen, brauchen wir kein neues Beamtenrecht und keine neuen Beamtengesetze. Wir haben lediglich das alte Beamtenrecht und die alten Beamtengesetze im sozialen Geist von heute zu erneuern, und da muß ich immer wieder vor dem Parteibuchbeamtentum warnen.

In seinem Vortrag meint Ministerialdirektor Dr. Oppler unter anderem: „Die Möglichkeit, ohne entsprechende Leistungen lebenslänglich an seinem Platze kleben zu bleiben, ist nunmehr dem Beamten genommen." Er meint damit die Möglichkeit einer Entlassung ohne Pension, wenn der Beamte in seinen Leistungen nicht den normalen Anforderungen entspricht. Wir rühren hier an ein sehr schwieriges und entscheidendes Problem des ganzen Berufsbeamtentums. Ich glaube aber, daß man dieses Problem am besten auf dem von mir oben aufgezeigten Weg lösen kann: Man bereinigt die öffentlichen Beamtenstellenpläne, man schafft eine Mindestzahl von wirklich notwendigen und mit Hoheitsaufgaben betrauten Beamtenstellen und beschäftigt das übrige Personal als Angestellte und Arbeiter, wie es normalerweise auch üblich war. Damit erzielt man zwei sehr gesunde, und auf die Dauer gesehen reinigende und befriedigende Wirkungen: durch die relativ geringe Zahl von wirklichen Berufsbeamten zwingt man diejenigen Behördenstellen und öffentlichen Körperschaften, die diese Stellen zu besetzen haben, zu einer wirklichen Auslese der fähigsten und tüchtigsten, die sich im großen und ganzen auch bewähren wird, im übrigen hat man es dann in der Hand, auf der einen Seite die besonders befähigten Angestellten gelegentlich in solche Beamtenstellen aufsteigen zu lassen und auf der anderen Seite die weniger Brauchbaren durch Brauchbarere zu ersetzen.

Werden diese Möglichkeiten durch ein starres Nur-Beamten-Prinzip abgelöst, so befürchte ich eine sinnlose und auf die Dauer untragbare Aufblähung des öffentlichen Beamten-Apparates.

III.

Besonders viel Staub aufgewirbelt hat die Frage des Wahlrechts, das heißt, der passiven Wählbarkeit der Beamten, nachdem zunächst in der Doppelzone und dann aber auch in der französischen Zone durch die Militärverwaltungen verfügt worden war, daß Beamte, die zum Bundestag gewählt werden, ihr Amt aufzugeben haben. Es ist ganz klar, daß derartige Bestimmungen, abgesehen von der verfassungsrechtlichen Frage, die Parlamente deshalb, weil eine ganze Reihe der besten und wertvollsten Abgeordneten als Sachbearbeiter auf den verschiedensten Gebieten ausfallen und noch mehr die Parteien, weil auch diese einen Teil ihrer fähigsten und vor allem fleißigsten Köpfe verlieren und insbesondere eine große Anzahl von Abgeordneten, die zur Ausübung ihres parlamentarischen Mandats Zeit hatten und die es sich leisten konnten, weil zu Hause das Gehalt weiterlief. Es ist jetzt noch nicht zu übersehen, wie sich die Parteien mit diesen Bestimmungen abfinden werden und ob infolgedessen die befürchtete Gefahr, daß die Parlamente in Zukunft nur noch aus Funktionären der Wirtschaft und Funktionären der Gewerkschaften bestehen werden, wirklich eintritt oder nicht.

Aber man muß bei all diesen Bedenken und Vorbehalten auch einmal die andere Seite betrachten, die den Anlaß zu den Verordnungen der Besatzungsmächte gegeben hat. Es war doch so, und dafür sind in der letzten Zeit genügend statistische Zahlen durch die Presse gegangen, daß die Zahl der beamteten Abgeordneten in den verschiedensten Parlamenten eine Höhe erreicht hatte, die mit wirklicher Demokratie nichts mehr oder jedenfalls nur noch sehr wenig zu tun hatte. Man darf doch nicht vergessen, daß schließlich die Hauptaufgaben der Parlamente, ganz gleichgültig ob Bund, Länder oder Gemeinden, die Kontrolle der Verwaltung der Bürokratie sein soll und die Bewilligung von Steuern und Ueberwachung der Art der Verwendung der Mittel. So ist die moderne Demokratie in England und in Frankreich entstanden und nur wenn sie diese ihre ursprüngliche Mission sauber und klar durchhält, behält sie ihre Existenzberechtigung. Man kann aber von einer sauberen Kontrolle wohl dann kaum mehr sprechen, wenn die Regierungen und die Behörden selbst durch alle möglichen Vertreter in den einzelnen Parteien, in den Parlamenten sitzen und dort ihre eigenen Gesetze machen und sich selbst und ihre Verwaltung kontrollieren. Es ist daher schon richtig und setzt sich hoffentlich als vernünftiger und gesunder Grundsatz durch, daß Beamte nicht Abgeordnete auf derselben Verwaltungsstufe sein können, das heißt, Bundesbeamte nicht Mitglieder des Bundestages, Landesbeamte nicht Mitglieder der Landtage und Gemeindebeamte nicht Mitglieder der Gemeindeparlamente. Wenn in den Verordnungen der Besatzungsmächte diese Neuregelung etwas stark übertrieben wurde, so nur deshalb, weil man einen scharfen Riegel vorschieben wollte, um die Parteien wieder etwas zur Besinnung auf echte und schöpferische Demokratie zu bringen. Denn es geht ja schließlich auf die Dauer nicht an und muß zum Zusammenbruch jeder vernünftigen demokratischen Selbstverwaltung führen, wenn zum Beispiel da und dort Gemeindebeamte oder Angestellte, die selbst Behördenleiter sind, und von der Stadt ihre Gehälter beziehen, tage- und wochenlang im Stadtrat und den städtischen Ausschüssen sitzen und dort ihren vorgesetzten Dezernenten und Bürgermeistern nur Schwierigkeiten machen. Das Gleiche gilt sinngemäß auf der Landes- und Reichsebene.

Konstruktionssieg als ein etwas zweifelhafter Erfolg.

nazi — nazorum

mft. Erst war es ein Spitzname, dann wurde es die despektierliche Bezeichnung eines offiziell geheiligten Standes, heute ist es in Umgangssprache und Schriftdeutsch zu einem normalen Gebrauchswort geworden: der Nazi. Der Nazi ist die Abkürzung des zungenbrecherischen Fremdwortes „Nationalsozialist", eines jener Fremdworte, deren Gebrauch Glückssache ist, was die Existenz zahlloser Spruchkammern beweist, die seit nahezu vier Jahren herauszufinden versuchen, wer und was ein weiland Nationalsozialist, heute Nazi, ist. Der aus zwei lateinischen Stämmen zusammengesetzte Nationalsozialist versackt allgemach im Unaussprechlichen, es bleibt der Nazi (nebenbei: immernoch mit einem Schmack Spott und Verachtung behaftet). Soweit der Singular. Wahrhaft interessant aber wirds erst beim Plural, derjenigen Form, durch die der Nazi zu dem wird, was ihm Gewicht verleiht, nämlich zum Kollektiv. Früher sprach man schlicht wegwerfend von „den Nazis", man hängte ein „s" an den Spitznamen, und der Plural war da. Heute, wo das Wort zu einem salonfähigen terminus technicus geworden ist, machen wir das vornehmer. Wir sagen „die Nazi", wobei das „i" sozusagen als lateinische Endung der ersten Person pluralis fungiert, so daß die Deklination eigentlich mit „nazorum, nazis, nazos, nazis" fortfahren müßte. „Die Nazi" hat etwas Distanzierendes, Humanistisches, es ist gleichsam von der Wissenschaft sanktioniert. Von welcher Wissenschaft? Der historischen vermutlich. Indem sich die Nazi in einer lateinischen Endung verkapseln, werden sie sozusagen zu einer geschichtlichen Tatsache. Was geschichtlich ist, das ist geschehen und somit abgeschlossen. In unserem Fall hoffentlich nicht nur pro forma, sondern auch de facto.

Gemeinsam baden

Rs. Im Schwimmbad Anacostia Park im südöstlichen Teil Washingtons ist das Baden zu einer ziemlich aufregenden Angelegenheit geworden, weil dort seit einiger Zeit Weiße und Schwarze an derselben Stelle ins Wasser gehen dürfen. Zuvor war das anders. Den verschiedenen Hautfarben waren verschiedene Plantschplätze zugewiesen, den Weißen oberhalb, den Schwarzen unterhalb, damit kein Nibelungenstreit ausbreche, wie der zwischen Krimhild und Brunhild im Wasser des Rheins. Nachdem die Barriere gefallen war, ist es dann auch keineswegs zu gemeinsamen schwarz-weißen Spielen gekommen, sondern zu sehr unfriedlichen Schlägereien, weil die Weißen die gesetzlich umgelegte Trennungswand wieder aufstellen wollen. Statt sich in den Wellen zu tummeln, rottet man sich auf beiden Seiten zusammen, schimpft aufeinander und droht sich mit Fäusten, so daß nur ein mächtiges Polizeiaufgebot den Ausbruch neuer Prügeleien verhindern kann. Nun ist der Polizei sogar nichts anderes übrig geblieben, als durch eine Kette von Autos und Motorrädern eine neue Scheidung der Rassen vorzunehmen. Es ist eben doch wesentlich leichter, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, zu proklamieren, als gemeinsam zu baden, wenn die Hautfarbe verschieden ist.

Die jugoslawische Regierung hat beschlossen, in der jugoslawischen Zone von Triest die jugoslawische Währung an die Stelle der Besatzungswährung zu setzen.

versehen ist. Wie anders ist das Bild, wenn der Dampfer an dem Zuckerhut vorbei sich langsam in die Guanabara-Bucht hineinschiebt! Ganz gleich, welche Jahres- und welche Tageszeit, der Eindruck ist immer überwältigend. Die unberührte Natur mit ihrem wechselnden Grün und dem großen Farbenspiel, vom Weiß der Brandungswellen bis zum Tiefdunkel der mächtigen Felsen, die die Bucht beherrschen, wirkt ebenso gewaltig wie die Stadt mit ihren in der Sonne schimmernden Gebäuden und Parkanlagen.

Im vorigen Jahrhundert war Rio de Janeiro eine heiße, ungesunde Stadt. Dann brach der Graf Rio Branco eine breite Allee quer durch die alten Straßen, durch die der frische Meereswind ungehindert Zugang bis in das Stadtinnere fand. Heute noch ist Rio Branco die Hauptgeschäftsstraße Rios, aber inzwischen haben sich die Wohnviertel hinausgeschoben, immer weiter an das Meer heran, um Luft und Kühle zu bekommen, und im Stadtkern erheben sich die modernen Wolkenkratzer mit Luftkühlung und allen Bequemlichkeiten der Technik.

Am Rande der Tropen ist so ein kleines Manhattan entstanden, ein Geschäfts- und Regierungsviertel, in dem sich eine Fülle von Menschen auf engem Raum zusammendrängt. Im Hinterland hat sich eine leistungsfähige Industrie angesiedelt, die die Bevölkerung rasch auf zwei Millionen hat ansteigen lassen. Diese Zahl wird sogar inzwischen überboten sein. Die alten Hügel in der Stadt mit ihren romantischen aber auch recht unhygienischen Negerhäusern sind verschwunden, abgetragen und eingeebnet, wobei der Sand dazu verwandt wurde, neues Gelände am Meer zu gewinnen. Als das Flugzeug wieder aufstieg, bot sich wieder das Bild der weit ins Land sich ziehenden Perlenschnüre der Straßenlampen. Die angestrahlte Christus-Statue auf dem höchsten Berg, dem Corcovado, breitet segnend ihre Arme aus. Wir sehen noch die hellerleuchtete Rio Branco Copacabana mit seinen eleganten Hotels und die Avenida Niemeyer, die sich die Meeresküste entlang zieht, und dann umfängt uns tiefe Dunkelheit.

Die Deutschen in Brasilien

Wir lassen Sao Paulo rechts liegen und nehmen in gewohnter Höhe von 16 000 Fuß Kurs auf Montevideo. So brauchen wir uns auch nicht um die Gebirge zu kümmern, die Sao Paulo von Rio abriegeln und die Eisenbahnfahrt zwischen diesen beiden größten Städten Brasiliens so romantisch gestalten.

Manchmal blitzt unter uns ein Lichtfunken von der Erde auf, wenn die Wolkenschicht sich etwas auflockert. Es ist jedoch unmöglich, von oben festzustellen, wo wir uns befinden. Der Karte nach müssen wir über das Gebiet fliegen, das seinen Aufschwung in hohem Maße der deutschen Einwanderung verdankt, über den Staaten Santa Catharina und Rio Grande do Sul. Ist der Lichterfleck dort unten Puerto Alegre? Wir denken an die Deutschen, die dort eine Generation lang im Urwald gearbeitet und gerodet haben, bis ihre Söhne, häufig erst die Enkel ernten durften, was die Väter gesät.

Das wurde während des letzten Krieges rasch vergessen. Die wilde Propaganda fegte über das Land, das Geraune, das von Nordamerika her gern verbreitet wurde, als stehe in Südamerika, insbesondere in Brasilien, eine mächtige „Fünfte Kolonne" deutscher Siedler bereit, um einem landenden deutschen Erobererheer die Wege zu weisen und den Sieg zu erleichtern. Damals hatten es die Deutschen schwer, nicht nur die Reichsdeutschen, sondern auch die eingesessenen Enkel der großen Pioniere, und zwar fing das schon lange vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 10

e Zeitung

Wirtschaftsblatt

POSTVERLAGSORT FÜR DIE AMERIKANISCHE UND DIE ENGLISCHE ZONE: WIESBADEN
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

pril 1948 — Preis 30 Pfennig

Z

promissen

tliche Zusammen-
Militärgouverneure
Mitarbeiter ver-
französische Zone
ständige vorsehen
ei-Zonen-Verwal-
worden, deutsche
nterstützung der
en.

en in Paris

Am Montag unter-
r Georges Bidault
uftmarschall Lord
en ein Abkommen
französischen und
s durch Militär-

Schadenersatz

na.) Der britische
b am Montag vor
daß die britische
einen Zusammen-
rzte britische Ver-
Sowjetunion Scha-
de. Nach dem Be-
rsuchungskommis-
das Verhalten des
ückzuführen.

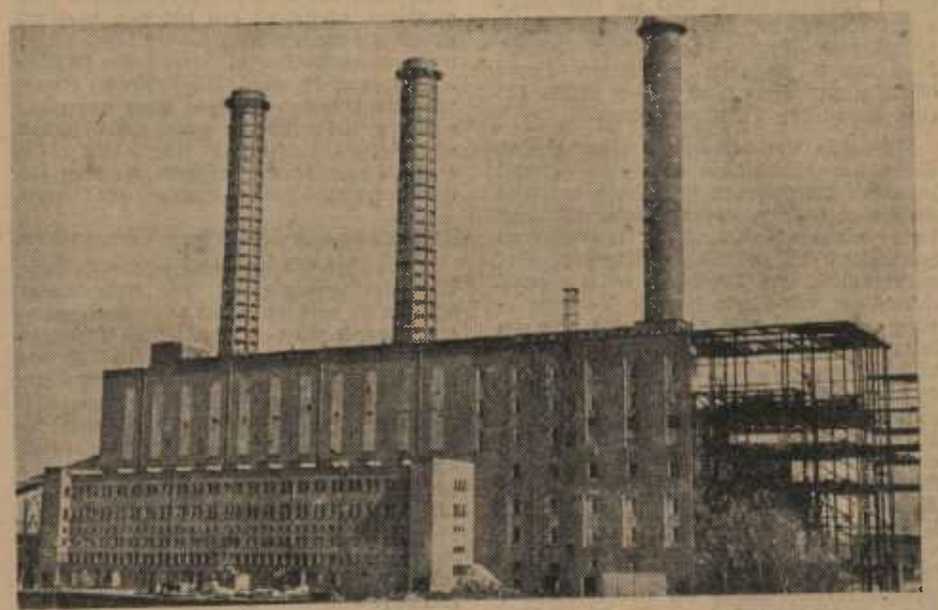
erung

ahle..

van Vorst

gemeldet. Eine
ung machte sich in
ereich der Latifun-
bar. Aber auch dort
wählten zum Bei-
t der Wahlberech-

ung bereitete Rom.
eptisch und wenig
nden Römer betei-
an der Wahl. Das



Das Berliner Kraftwerk West, mit einer Kapazität von 228 000 Kilowatt, das 1945 auf Befehl der Sowjetbehörden demontiert worden ist. Für den vom Zweimächtekontrollamt angeordneten Wiederaufbau sind 40 Millionen Reichsmark veranschlagt worden. Dena-Bild.

Fragen der Verwaltungsreform

Von Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus (Mainz)

Bei dem steigenden Interesse an der Verwaltungsreform lohnt sich wohl ein Blick auf die Entwicklung in Hessen, die bemerkenswerte Gefahrenpunkte auch für andere Länder enthält. In Hessen ist seit Frühjahr 1947 eine besondere Kabinettskommission an der Arbeit, die ihre Grundsätze und die Ergebnisse ihrer Beratungen in einer Denkschrift über die Verwaltungsreform in Hessen vorgelegt hat. Man hat im Zusammenhang mit der Gemeinde- und Kreisreform in Hessen den Standpunkt vertreten, daß man diese Reformen auf eine ruhigere Zeit verschieben solle, man hat auf die psychologischen Schwierigkeiten hingewiesen, die gegen jede Verwaltungsreform, gegen jede neue, moderne Kreiseinteilung und Verhältnisse in Rheinland-Pfalz und insbesondere auch der kommunale Spitzenverband der Landgemeinden an der rheinischen Bürgermeistereiverfassung fest. In diesen Dingen kommt es eben wesentlich auf geschichtliche Tradition und auf genaue Fachkenntnis an.

Für dringend notwendig wird die Bereinigung der Kreisverfassung und eine ganz neue Einteilung der Kreise in Hessen gehalten. Die Kommission ist einstimmig der Auffassung, daß eine neue Kreiseinteilung erforderlich sei, und zwar soll die Regelung dieser Frage sofort in Angriff genommen werden. Die Kommission hält grundsätzlich große Kreise mit einer Bevölkerung von mehr als 120 000 Einwohnern nicht für zweck-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 10

Allgemeine Zeitung

REDAKTION: MAINZ, MARGARETENGASSE
VERLAG: MAINZ, GR. BLEICHE 35, TEL. 4371
CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI

Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt

POSTVERLAGSORT FÜR DIE AMERIKANISCHE UND DIE ENGLISCHE ZONE: WIESBADEN
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

Nummer 40 | Dienstag, 20. April 1948 | Preis 30 Pfennig

Heute wieder Londoner Konferenz

Besprechungen der Westmächte über Westdeutschland — In Erwartung von Kompromissen

Paris, 20. April. (Kosmos.) Am heutigen Dienstag beginnt in London eine neue Konferenz der Westmächte über Deutschland, an der die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Benelux-Gruppe (Belgien, Niederlande, Luxemburg) teilnehmen werden. Diese Konferenz ist in gewisser Weise eine Fortsetzung der Londoner Deutschland-Besprechungen, die Ende Februar bis Anfang März dieses Jahres stattgefunden hat und nur zu einem prinzipiellen Einvernehmen über eine Reihe von Fragen, wie zum Beispiel die Schaffung einer internationalen Ruhrkontrolle, eines künftigen föderativen Aufbaues Deutschlands und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Doppelzone und der französischen Zone geführt haben, ohne daß es jedoch hierüber zu festen Vereinbarungen gekommen wäre. In der Zwischenzeit haben Sachverständige der beteiligten Westmächte in Berlin an der Ueberbrückung der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten und dem Zustandekommen eines einheitlichen Westmächte-Programms für Deutschland gearbeitet. Auf Grund dieser wichtigen Vorarbeiten soll nunmehr in London der Versuch gemacht werden, für das westdeutsche Problem eine Lösung zu finden und sich auf die Basis gegenseitiger Konzessionen über eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu verständigen.

Die Tagesordnung

Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung der kommenden Londoner Deutschland-Besprechungen:

1. Die Frage einer engen wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrstechnischen Zusammenarbeit zwischen den drei Westzonen;
2. die Schaffung einer internationalen Ruhrkontrolle unter Mitbeteiligung Deutschlands;
3. die Frage der künftigen Regierungsform Deutschlands und die dabei zu berücksichtigenden föderalistischen Gesichtspunkte;
4. die Frage einer Kollektiv-Versicherung gegen etwaige neue Aggressivabsichten von seiten Deutschlands;
5. die Frage der von Belgien, Holland und Luxemburg verlangten Grenzberichtigungen.

Man rechnet damit, daß die Londoner Deutschland-Besprechungen, an denen nicht die Außenminister, sondern ihre Stellvertreter teilnehmen, etwa zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen werden. Die französische Delegation besteht aus dem französischen Botschafter in London, Massigli, aus Couve de Murville, dem Chef der politischen Abteilung, und Herve Alphand, dem Chef der wirtschaftlichen Abteilung des Quai d'Orsay, ferner aus General Koenig und Botschafter de Saint Hardouin, dem politischen Ratgeber des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland. In französischen Regierungskreisen hofft man sehr, daß es diesmal gelingen werde, unter den Westmächten eine gemeinsame Linie für die künftig zu befolgende Deutschlandpolitik zu finden. Wie aus gut informierter Quelle in diesem Zusammenhang weiter verlautet, kann man aus dem Druck der Ereignisse auf eine tatsächliche Annäherung des französischen, britischen und amerikanischen Standpunktes in der deutschen Frage schließen. Sollten diese Anzeichen begründet sein, so kann man sagen, daß neue Konzessionen von allen Seiten gemacht werden dürften. Besonders was die wirtschaftliche Koordinierung der westlichen Besatzungszonen betrifft. Bekanntlich ist Frankreich seinerseits von vornherein nicht gegen eine Fusion eingestellt, und zwar unter der besonderen Bedingung, daß das föderalistische Prinzip die Grundlage für die politische Organisation Deutschlands bleibe.

Wie die „Times" berichtet, werden die Londoner Verhandlungen nicht öffentlich sein. Außerdem will das Londoner Blatt wissen, daß auch die deutsche Währungsreform als weiterer Punkt der Tagesordnung für die Besprechungen vorgesehen sei.

Auch Sachverständige der Doppelzone

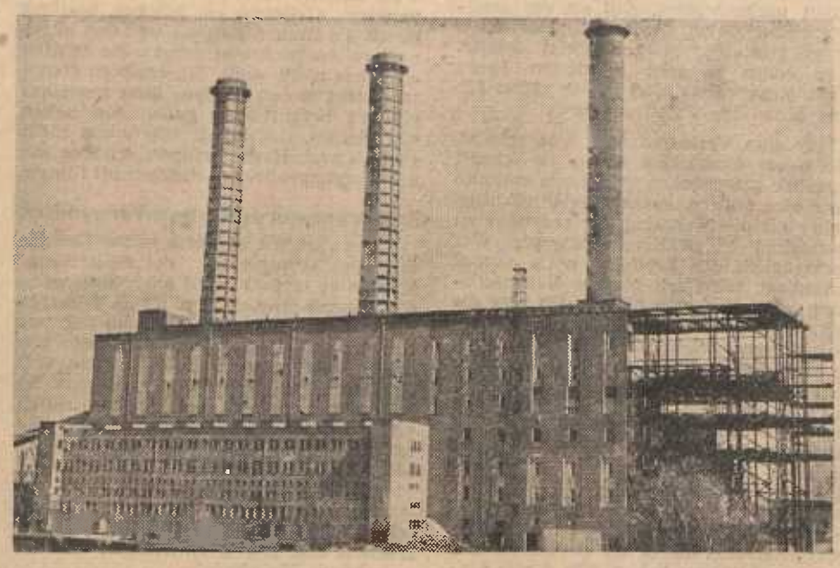
F. Frankfurt, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem bisher die Doppelzone in Paris auf den Arbeitssitzungen der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit nur durch die Militärgouverneure und deren ausländische Mitarbeiter vertreten war, während die französische Zone bereits deutsche Sachverständige vorsehen konnte, sind jetzt die Zwei-Zonen-Verwaltungen aufgefordert worden, deutsche Sachverständige zur Unterstützung der Gouverneure vorzuschlagen.

Luftfahrt-Abkommen in Paris

Paris, 19. April. (AFP.) Am Montag unterzeichneten Außenminister Georges Bidault für Frankreich und Luftmarschall Lord Tedder für Großbritannien ein Abkommen über das Ueberfliegen französischen und britischen Hoheitsgebietes durch Militärflugzeuge beider Länder.

England verlangt Schadenersatz

London, 19. April. (Dena.) Der britische Außenminister Bevin gab am Montag vor dem Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung für das durch einen Zusammenstoß über Berlin abgestürzte britische Verkehrsflugzeug von der Sowjetunion Schadenersatz verlangen werde. Nach dem Bericht der britischen Untersuchungskommission sei das Unglück auf das Verhalten des sowjetischen Fliegers zurückzuführen.



Das Berliner Kraftwerk West, mit einer Kapazität von 228 000 Kilowatt, das 1945 auf Befehl der Sowjetbehörden demontiert worden ist. Für den vom Zweimächtekontrollamt angeordneten Wiederaufbau sind 40 Millionen Reichsmark veranschlagt worden. Dena-Bild.

Die Mehrheit für die Regierung

Erste Ergebnisse von den italienischen Wahlen

Bericht unseres Mitarbeiters Josef Schmitz van Vorst

Am Montagabend, um 23.15 Uhr, wurde im italienischen Rundfunk die erste mit Spannung erwartete amtliche Mitteilung über den Ausfall der Parlamentswahlen bekanntgegeben. Aus dem Ergebnis der bereits vorliegenden Zählungen, so hieß es, gehe hervor, daß sich die Stimmen des Landes in klarer Mehrheit für die Regierung ausgesprochen hätten. Die ersten Teilwahlergebnisse aus Turin, Mailand, Venedig und Florenz, die anschließend verlesen wurden, bestätigen dieses Urteil in eindrucksvoller Weise. In diesen landschaftlich und bevölkerungsmäßig so verschiedenen Städten überragten die Stimmen der Christlichen Demokraten die der Volksfront um das Doppelte. Die zur Regierungsfront gehörende Partei der Saragat-Sozialisten trat als drittstärkste Partei bei den Anfangsergebnissen hervor. In Bologna, dem kommunistischen Bollwerk in Mittelitalien, lagen dagegen die Stimmen der Volksfront knapp in Führung, ebenso in der Industriestadt Alessandria in Nordwestitalien.

Die Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung im ganzen Land war außergewöhnlich hoch. Dennoch war sie unterschiedlich. Das Gefälle vom Norden nach Süden, das bereits am ersten Wahltage sichtbar geworden war, blieb auch am zweiten Tage bestehen. Der größte Andrang zu den Wahlurnen erfolgte in den volkreichen Gebieten Oberitaliens. Aus einigen Landgemeinden am Lago Maggiore und am Comer-See, dicht an der Schweizer Grenze, wurde eine Wahlbeteiligung von hundert Prozent gemeldet. Eine schwächere Wahlbeteiligung machte sich in den Abruzzen und im Bereich der Latifundien des Südens bemerkbar. Aber auch dort gab es Ausnahmen. So wählten zum Beispiel in Bari 94 Prozent der Wahlberechtigten.

Die große Ueberraschung bereitete Rom. Die als unpolitisch, skeptisch und wenig begeisterungsfähig geltenden Römer beteiligten sich zu 91 Prozent an der Wahl. Das römische Kleinbürgertum, das sogenannte Popolino, setzte sich in Bewegung. Es wirkte sich aus, daß Rom die Stadt des Papstes ist.

Kleinere Zwischenfälle

Nachdem der erste Wahltag im ganzen Land mit der Durchschnittsbeteiligung von 75 bis 80 Prozent geschlossen hatte, wählten in den Morgen- und Mittagsstunden des zweiten Wahltages weitere 10 bis 15 Prozent. Vor den Wahllokalen bemerkte man zwar nicht mehr die Schlangen wie am Sonntag. Man rechnet, daß von den 28.9 Millionen Wählern 25 Millionen zur Wahl gegangen sind. Im Gegensatz zum ersten Wahltag gab es einige kleinere Zwischenfälle. Vor Beginn der Wahlhandlungen wurden an acht verschiedenen Orten Anschläge auf Wahllokale versucht. Ein Ueberfall auf ein Waffenlager in der Nähe von Pavia konnte nach einem Feuergefecht zurückgewiesen werden.

Die Kommunistische Partei unternahm am Montag morgen einen stark beachteten politischen Vorstoß. Ihr römisches Hauptorgan „Unita" und die kommunistischen Provinzzeitungen erschienen mit Sonderausgaben, in denen gemeldet wurde, daß an verschiedenen Orten gefälschte Wahlzettel ausgegeben worden seien, in denen der Kreis der Christlich-Demokraten bereits mit einem Kreuz versehen gewesen sei. Innenminister Scelba stellte die Richtigkeit der Behauptung nicht in Abrede, wies aber darauf hin, daß es sich um vereinzelte Fälle handele; an anderen Orten seien kommunistische Wahlfälschungen festgestellt worden. Ob die Kommunisten ein weiter gestecktes Ziel mit ihren Veröffentlichungen verfolgen, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Um 19 Uhr wurde Italiens Innenminister vom italienischen Staatspräsidenten de Nicola zur Entgegennahme eines Berichtes über den Wahlverlauf empfangen. Der Staatspräsident drückte seine Genugtuung aus.

In einem Kommentar zu den ersten Wahlergebnissen schreibt die christlich-demokratische Parteizeitung „Popolo", der Sieg de Gasperis und seiner Partei übertreffe in seiner Größe alle Erwartungen. Die kommunistische Presse hingegen weist darauf hin, daß sie sich nicht so sehr von den Großstädten als von den Wahlergebnissen der Provinz einen Erfolg verspreche. di kommunistischen Blätter behaupten, daß 45 Prozent der Wähler für die Volksfront gestimmt hätten.

Moskau erhebt Anschuldigungen

Moskau, 20. April. (Südena.) Die sowjetrussische Agentur „Tass" spricht am heutigen Dienstagmorgen von umfangreichen Wahlfälschungen in Italien, die zum Erfolg der Regierungskoalition geführt hätten. Vor allem nimmt die Agentur daran Anstoß, daß die Wahlen unter starkem Schutz der Polizei vonstatten gegangen seien. Bereits am gestrigen Abend brachten auch jugoslawische Zeitungen Angriffe gegen die italienische Regierung, die der Unterstützung von Wahlfälschungen bezichtigt wird.

Fragen der Verwaltungsreform

Von Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus (Mainz)

Bei dem steigenden Interesse an der Verwaltungsreform lohnt sich wohl ein Blick auf die Entwicklung in Hessen, die bemerkenswerte Gefahrenpunkte auch für andere Länder enthält. In Hessen ist seit Frühjahr 1947 eine besondere Kabinettskommission an der Arbeit, die ihre Grundsätze und die Ergebnisse ihrer Beratungen in einer Denkschrift über die Verwaltungsreform in Hessen vorgelegt hat. Man hat im Zusammenhang mit der Gemeinde- und Kreisreform in Hessen den Standpunkt vertreten, daß man diese Reformen auf eine ruhigere Zeit verschieben solle, man hat auf die psychologischen Schwierigkeiten hingewiesen, die gegen jede Verwaltungsreform, gegen jede neue moderne Kreiseinteilung und gegen jeden Abbau von Behörden schon aus lokalen Gründen vorgebracht werden. Die Kabinettskommission hat aber die Ansicht vertreten, daß man auf solche vorübergehende Erregung der öffentlichen Meinung nicht allzu viel Rücksicht nehmen solle. Die Erfahrungen der letzten 25 Jahre hätten bewiesen, daß solche Erregungen und Proteste nicht nur sehr schnell abebbten, sondern daß selbst ihre Träger nach geraumer Zeit die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen anerkennten.

Dagegen muß einem anderen Gedankengang des hessischen Sachverständigen-Gutachtens grundsätzlich widersprochen werden. Das Gutachten wendet sich dagegen, daß Staatsverwaltung und kommunale Selbstverwaltung einander gegensätzlich gegenübergestellt werden. Es verweist darauf, daß die Länder-Ministerien in Zukunft viel mehr Verwaltungs- als reine Regierungsfunktion haben würden. Das Problem der Verwaltungsreform müsse unter dem Oberbegriff der Demokratie erfaßt werden. Um eine echte demokratische Volksherrschaft auszuüben, müsse der Volkswille in einer demokratischen Verwaltung auf allen Verwaltungsstufen und Zweigen kontinuierlich zum Ausdruck kommen. Damit entfalle politisch jeder Gegensatz zwischen Landes-, Bezirks-, Kreis- und Gemeindeverwaltung. Es erscheine daher an der Zeit, den Begriff einer besonderen der Staatsverwaltung entgegengesetzten Selbstverwaltung gänzlich aufzugeben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß auch in der Demokratie der Selbstverwaltung der Gemeinde eine besondere Aufgabe gegenüber der Staatsverwaltung zukommt. Die Staatsverwaltung wird trotz Landtagskontrolle und politischer Ministerwahl immer mehr oder weniger bürokratisch sein müssen; sie wird nie so volksnahe vom Bürger unmittelbar bestimmt und getragen sein können, wie dies in der Gemeindeverwaltung der Fall sein kann.

Der Bericht der Kabinettskommission befaßt sich besonders eingehend mit der Gemeinde- und Kreisreform, Beseitigung von Zwerggemeinden, Zusammenlegung von Gemeinden, Bildung von Gesamtgemeinden und Eingemeindungen. Oberster Grundsatz ist die Verlagerung des Schwergewichts der öffentlichen Verwaltung nach unten. „Es muß erreicht werden, so sagt der Bericht, „daß jedes Anliegen des Bürgers von der örtlichen Gemeindebehörde entgegengenommen und zumindest in einem Vorstadium erledigt werden kann." Voraussetzung für den Zusammenschluß von Gemeinden ist der örtliche, wirtschaftliche und soziale Zusammenhang. Der Bericht bezeichnet die Zusammenlegung von Gemeinden zur Erzielung besserer Verwaltungsleistungen auf einzelnen Gebieten für notwendig. Er möchte aber weder die Einführung der rheinischen Bürgermeistereiverfassung noch die Uebernahme der westfälischen Amtsverfassung empfehlen. Dagegen halten alle sachverständigen Kenner der Verhältnisse in Rheinland-Pfalz und insbesondere auch der kommunale Spitzenverband der Landgemeinden an der rheinischen Bürgermeistereiverfassung fest. In diesen Dingen kommt es eben wesentlich auf geschichtliche Tradition und auf genaue Fachkenntnis an.

Für dringend notwendig wird die Bereinigung der Kreisverfassung und eine ganz neue Einteilung der Kreise in Hessen gehalten. Die Kommission ist einstimmig der Auffassung, daß eine neue Kreiseinteilung erforderlich sei, und zwar soll die Regelung dieser Frage sofort in Angriff genommen werden. Die Kommission hält grundsätzlich große Kreise mit einer Bevölkerung von mehr als 120 000 Einwohnern nicht für zweckmäßig. Auf der anderen Seite erscheinen ihr Kreise mit weniger als 50 000 Einwohnern nicht vertretbar; sie seien zu leistungsschwach und können die Aufgaben nicht erfüllen.

Die Kommission ist ferner der Auffassung, daß die jetzige Einteilung des Landes in drei Regierungsbezirke unzweckmäßig sei und daß insbesondere die Teilung des Regierungsbezirks Darmstadt in zwei voneinander getrennte Gebietsteile nicht länger fortdauern dürfe. Man schlägt daher vor, das Land Hessen in einen Nord- und einen Südbezirk einzuteilen. Der Nordbezirk soll über etwa 1 Million, der Südbezirk 2,5 Millionen Einwohner umfassen. Gleichzeitig empfiehlt jedoch die Kommission mit Stimmenmehrheit die Abschaffung der Bezirksregierungen. Einig ist man sich darüber, daß es Aufgabe der Ministerien sei, zu regieren un nicht zu verwalten. Man zieht daraus die Konsequenz, daß die Verwaltungsaufgaben soweit als möglich nach unten verlagert werden müßten, und zwar mit Schwergewicht in die kommunale Selbstverwaltung. Die Mehrheit der Gutachterkommission glaubt, ohne Bezirksregierungen mit starken Kommunalverwaltungen und Kreisverwaltungen neben Arbeitsämtern, Finanzämtern und Gerichten auskommen zu können, während die Minderheit die Dazwischenschaltung von Bezirksregierungen als staatliche Mittelinstanz für notwendig hält. Man ist sich darüber einig, daß das künftige Deutsche Reich weniger unitarisch sein werde als die Weimarer Republik; es werde mehr föderalistisch aufgebaut sein. Die Ministerien der Länder sollen daher in noch stärkerem Maße als bisher wirkliche Ministerialaufgaben zu erledigen haben, sie sollen daher noch stärker von den eigentlichen Verwaltungsaufgaben freigehalten werden und sind deshalb auf eine staatliche Mittelinstanz angewiesen. Man will auch eine Konzentration der Ministerien, und zwar soll Hessen noch fünf Ministerien haben.

Früher oder später wird man sich auch in Rheinland-Pfalz mit den Fragen der Verwaltungsreform und der Vereinfachung der inneren Verwaltung beschäftigen müssen. Die nächsten Aufgaben sind hier natürlich noch weit schwieriger, weil es hier darum geht, vier schiedene Landesteile mit völlig verschiedener geschichtlicher und staatsrechtlicher Entwicklung zusammen zu schweißen. Trotzdem müssen die Probleme angepackt werden mit dem oberfachung der inneren Verwaltung besten Ziel einer weitgehenden Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung. Auch hierbei wird die Frage der Notwendigkeit der Bezirksregierungen als staatlicher Mittelinstanzen im Vordergrund der Diskussion stehen, und wenn man sie bejaht, wird man eine wesentliche Vereinfachung sowohl in der Zahl der Ministerien wie der Bezirksregierungen für notwendig halten.

Erklärung über das Protokoll „M"

„Die Echtheit des Dokuments ist als zweifelhaft anzusehen"

London, 20. April. (BBC.) Der britische Staatsminister Mac Neil gab am Montag im Unterhaus eine Erklärung über das sogenannte Protokoll „M" ab; ein Dokument, das einen kommunistischen Aktionsplan für Westdeutschland zu enthalten schien. Der Minister führte aus, die erste Veröffentlichung dieses Dokuments sei im Januar durch die deutsche Presse erfolgt. (Der Berliner „Kurier" brachte seinerzeit eine Sonderausgabe über das Protokoll.) Die britischen Behörden in Berlin hätten nach der ersten Untersuchung keinen Grund gesehen, die Echtheit des Protokolls anzuzweifeln.

Im Verlaufe einer weiteren, eingehenden Untersuchung sie ein Deutscher gefragt worden, der erklärte, er habe das Dokument verfaßt. Daher müsse die Echtheit des Dokuments jetzt als zweifelhaft angesehen werden. Staatsminister Mac Neil fuhr fort, gewisse Vorfälle in Deutschland, die dem Inhalte des Dokuments entsprächen, stellten starke Anhaltspunkte dar, daß in dem Dokument Anweisungen zusammengestellt worden seien, die aus maßgebenden kommunistischen Quellen stammten. Diese Auffassung werde durch Informationen bestätigt, die sich im Besitz der britischen Regierung befänden.

Proteststreik in Oberhausen

Fö. **Oberhausen**, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Einen Proteststreik gegen die Nominierung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Guten-Hoffnungshütte, Dr. Hermann Reusch, für den Ueberwachungs- und Steuerausschuß der Stahlindustrie in der britischen Zone führten am Montagvormittag rund 5000 Arbeiter der Hüttenwerke AG., Oberhausen, durch. Wie die Betriebsleitung mitteilt, verlangen die Arbeiter, daß Reusch sofort zurückberufen werde. Reusch sei ein erklärter Gegner der Entflechtungen und seine Nominierung für den Sachverständigenausschuß schließe jede Möglichkeit aus, die verflochtenen Werke zu sozialisieren.

Ein Hirtenbrief zur Wahl

D. **Wiesbaden**, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Bischöfe von Mainz, Limburg und Fulda haben zu den am 25. April in Hessen stattfindenden Gemeindewahlen einen Hirtenbrief erlassen, der am Sonntag in allen katholischen Kirchen Hessens verlesen wurde. Die Bischöfe betonen, daß es bei diesen Wahlen um die Interessen der Gemeinden und der Kreise gehe, die den einzelnen am allernächsten berührten. Zwar brächten solche Wahlen erfahrungsgemäß auch die meisten persönlichen Streitigkeiten mit sich, entscheidend müßten aber immer die im Hintergrund stehenden Grundsätze von größerer Tragweite sein. Auch in den Gemeinden gehe es um Gewissen und Moral, wahre Kultur und Gerechtigkeit. Dessen müßten sich alle Wähler bewußt sein und vor allen Dingen auch die Wahlmüden, die mit ihrem Fernbleiben das Feld den zielbewußten Gegnern des Christentums und der Kirche überließen. Wer zu Hause bleibe, habe auch das Recht verloren, sich über schlimme Zeiten zu beklagen. Immer klarer zeichneten sich die Fronten ab, hie Christ — dort Antichrist.

Der „Plan M"

he. Die kommunistischen Blätter feiern in triumphalen Artikeln, daß der „Plan M" als eine Fälschung entlarvt worden ist. Kein Besonnener wird ihnen das verdenken können. Sich darüber zu täuschen, daß die Aufdeckung des wahren Sachverhalts eine Schlappe im antikommunistischen Feldzug bedeutet, wäre eine Verkennung der Tatsache. Selbstverständlich haben diejenigen Kreise, die das „Protokoll M" zuerst für die Veröffentlichung freigaben, in gutem Glauben gehandelt. Aber es wird ihnen schwer fallen nachzuweisen, daß sie die genügende Sorgfalt bei der Prüfung des ihnen vorgelegten Textes beobachtet haben. Man sollte es zum mindesten heute offen aussprechen, daß dieser „Plan M" eine böswillige Fälschung war.

Nur eine Verleumdung? Uns scheint, die ganze Geschichte dieses so schnell legendär gewordenen Protokolls enthalte noch eine andere, kaum minder wichtige Lehre als die Mahnung zur unbedingten Sauberkeit im politischen Kampfe. Wer nachträglich das Protokoll noch einmal durchliest, wird mit einiger Verwunderung feststellen, wie plump sich hier die kommunistischen Führer offenbaren. Soviel Ungeschicklichkeit im Ausplaudern, so viele Redensarten, die ihren Gegnern geradezu nach dem Munde geschrieben zu sein scheinen — woher nahm man eigentlich das Recht, diese Torheiten bei ihnen vorauszusetzen? Es ist eine der ältesten Erfahrungen des politischen Kampfes, daß man seine Gegner nicht unterschätzen soll. Nicht nur die Verfertiger des Protokolls, sondern auch diejenigen Kreise, die es der Oeffentlichkeit übergeben haben, haben sich dieser Unterschätzung in einem beträchtlichen Maße schuldig gemacht. Der Kommunismus wäre nicht eine so große Gefahr, wenn seine Führer nicht so intelligent wären. Je eher man das einsieht, umso eher hütet man sich vor neuen Niederlagen.

In der ganzen Affäre des „Protokolls M" gibt es nur einen erfreulichen Punkt: die Freiwilligkeit, mit der die englische Regierung die Fälschung schließlich doch festgestellt und sogleich mitgeteilt hat. Dies zeigt die Vorzüge eines echten Rechtsstaates wieder in hellem Lichte. Die Frage ist erlaubt, welches totalitäre Regime es über sich gebracht hätte, von sich aus der Welt mitzuteilen, daß man selber eine Fälschung begünstigt habe. Schade nur, daß es nicht ein Vierteljahr früher gelungen ist, den Fälscher zu überführen. Ein bitterer Geschmack auf der Zunge wäre der Welt damit erspart geblieben.

Der Entbindungs-Jeep

Rs. Den Helden der „Flegeljahre" hat Jean Paul einen juristisch bewanderten Vater gegeben, der den Zwillingen Wult und Walt nicht viel, aber dafür jedem eine besondere Staatsangehörigkeit mit ins Leben geben konnte. Da die Landesgrenze mitten durch das Zimmer lief, in dem das Bett der Mutter stand, so schob der Vater, nachdem der erste Zwilling das Licht der Welt erblickt hatte, das Bett auf die andere Seite des Zimmers und damit in ein anderes Territorium. Es ist eine Fügung des Schicksals, welche Staatsangehörigkeit der Säugling erhält, heute mehr denn je, und das wußte auch ein junger deutscher Vater in München, dessen Kind auf dem eiligen Weg zur Klinik in einem hilfsbereit gelichenen Jeep zur Welt gekommen war. Er wollte diese Chance nützen, um seinen Sprößling aus der mageren deutschen in die fette amerikanische Existenz hinüberzuretten und beantragte, weil ein Jeep amerikanisches Territorium sei, bei der amerikanischen Militärregierung in Bayern, das Kind als Bürger der Vereinigten Staaten anzuerkennen. Die Militärregierung hat abgelehnt. Ein Jeep ist offenbar kein exterritoriales Gebiet, sonst würde bestimmt ein Massenansturm auf solche fahrbare amerikanische Entbindungsheime einsetzen.

Amerika lechzt nach Vertrauen

Von Harold J. Laski

New York, Mitte April.

Kaum, daß der Dampfer Southampton verlassen hat, merkt man den Unterschied zwischen den Amerikanern und den übrigen Passagieren. Die Amerikaner freuen sich darauf, nach Hause zu kommen. Sie sind überzeugt, die Tage, da Europa die führende Stellung in der Welt inne hatte, seien vorüber. Sie sind verwirrt, vielleicht ein bißchen bestürzt durch die Ruinen Europas und den allgemeinen Anstrich von Armut. Sie fühlten sich dort nicht wohl. Sie erlebten etwas, was nicht in den Rahmen ihrer amerikanischen Erfahrungen paßt. Sie haben das Gefühl, das Schiff würde sie nicht einfach nach Hause bringen, sondern aus der Vergangenheit in die Zukunft führen.

Begegnung mit dem armen Verwandten

Europa ist wie eine alte, reiche Familie, die jetzt verarmt ist; die Amerikaner können es einfach nicht aushalten, wenn die Europäer ihnen von ihrem früheren Reichtum erzählen. Sie kommen sich wie ein junger Mann vor, der das alte Stammhaus seiner Familie besucht und es halb verfallen vorfindet. Europa ist interessant, und es lag ihnen wirklich viel daran, es kennenzulernen. Aber sie wollten es aus der Entfernung betrachten. Sie sind voller Mitgefühl und Freundlichkeit gegen Europa und voll guten Willens. Aber es war tote Geschichte für sie, und Amerika war die Zukunft und jene schöpferische, vielversprechende Unbekannte.

Bereits am zweiten Tag fingen sie jedoch an, das zu sein, was heute so viele Amerikaner sind — zutiefst unsicher, erfüllt von dem Gefühl, Kräften ausgeliefert zu sein, die sie nicht kontrollieren können, beunruhigt über das Morgen, und noch mehr über das Uebermorgen.

Man kann nicht umhin, diese amerikanischen Mitreisenden zu lieben. Sie sind so von innen heraus großzügig, bemühen sich so sehr, freundlich zu sein, vereinen auf so sonderbare Art Freundlicheit und Grausamkeit. Sie haben alles in Kategorien und Redensarten zusammengefaßt, die ihnen ihren Seelenfrieden geben sollen. Für sie gibt es nur gut und schlecht. Rußland ist schlecht; Kommunismus ist schlecht; Imperialismus ist schlecht; Demokratie ist gut.

Verwirrung

Die Demokratie muß, koste es, was es wolle, verteidigt werden. Die Feinde der Demokratie (besonders der höchsten Form der Demokratie, wie sie in Amerika besteht) arbeiten in der ganzen Welt gegen sie, unterminieren ständig ihre Fundamente, werden von ihrem Expansionsbestreben vorwärtsgetrieben.

Sie halten Amerika für den Hüter der Freiheit der Welt. Das ständig zunehmende Gerede vom Krieg mit Rußland bekümmert sie; und doch haben sie sich schon fast damit abgefunden, daß er unvermeidlich ist. Sie sind bestürzt über die Formen, die der amerikanische Wahlkampf annimmt. Sie lehnen alle republikanischen und alle demokratischen Kandidaten ab; besonders wollen sie von General McArthur nichts wissen und scheinen auch Gouverneur Dewey nicht zu wollen. Sie glauben, Henry Wallace beging einen großen Fehler, als er sich aufstellen ließ und sie würden sich gern darüber klar werden, ob sie es eigentlich begrüßen, daß General Eisenhower nicht kandidiert. Oder wird er doch kandidieren?

Und sie vertrauen fest darauf, daß es keine Depression geben wird. Oder wird es doch eine geben? Das europäische Hilfsprogramm erscheint jedem Amerikaner, der Europa gesehen hat, als eine Notwendigkeit. Südstaatler, Leute aus dem Mittelwesten und Bewohner der pazifischen Küste — ich fand keinen einzigen Isolationisten unter ihnen, und keiner scheut sich vor der Last, die der Marshall-Plan mit sich bringt, einer wirklichen Last. Aber sie sind besorgt wegen seiner Folgen, auch wenn sie seine Notwendigkeit betonen. Sie sind klug genug, den Krieg zu fürchten, auch wenn sie ihn voraussehen. Sie warten ängstlich auf eine Bestätigung, daß irgendwo, an irgendeinem Horizont, ein Silberstreifen aufgetaucht ist. Sie können nicht verstehen, wie es so weit kommen konnte. Sie sind überzeugt, irgend jemand sollte irgend etwas tun.

Ich wollte, ich fände die Worte, um ihre innere Verwirrung bezüglich der Preise, der Inflation, der Außenpolitik, der Aussichten für ihre Kinder zu beschreiben. Und fast jede Unterhaltung endete mit einer Bemerkung wie zum Beispiel der: „Die Welt ist so kompliziert!", oder: „Man muß sich wirklich fragen, ob es nach dem nächsten Krieg tatsächlich Frieden geben wird." Trotz ihres Mitleids für Europa suchen sie Trost für Amerika.

Fragen

Nur ein Umstand aber, fand ich, gibt ihnen wirklich Trost. Die Hälfte der Passagiere befanden sich auf dem Wege in eine neue Heimat — Amerika, Mexiko, Kanada, Neuseeland, Australien. Also bedeutete das: je weiter man von Europa entfernt war, um so näher war man der Sicherheit. Oder war das nur ein Traum? Würde Europa (das fragte mich ein Mann aus Milwaukee) aus dem nächsten Krieg herausbleiben können? Würde sich der Kampf in den weiten Steppen Rußlands — von Japan aus vorgetragen — abspielen? Könnte Rußland in die Vereinigten Staaten eindringen? Ob ich glaubte, daß die Russen wirklich Atomwaffen hätten?

Ein in Amerika geborener Tscheche meinte, es sei an der Zeit, daß die Völker ihre Regierungen dazu anhielten, den Frieden zu verwirklichen. Ein amerikanischer Italiener erwiderte ihm zornig, die Kommunisten seien die Quelle allen Uebels. Eine andere Gruppe, die eifrig diskutierte, beschuldigte die Schulen und die Presse, Stalin und Präsident Truman zu gleichen Teilen. Alle hatten Vertrauen zu Außenminister Marshall. Einige glaubten, Winston Churchill sollte wieder an die Macht kommen. Sie stießen sich daran, daß Großbritannien eine sozialistische Regierung hat, die offensichtlich nicht an die Bedeutung des freien Unternehmertums für Amerika glaubt. Sie hatten keine wirkliche Vorstellung von Premierminister Attlee. Sie wußten etwas von Bevin, aber nicht viel Gutes. Sir Stafford Cripps war nur ein Name für sie. Ich glaube nicht, daß mehr als drei oder vier europäische Staatsmänner wirklich etwas für sie bedeuteten.

Das goldene Zeitalter

Und doch wollten sie so gerne Bescheid wissen. Sie waren so voller guten Willens. Sie waren sich darüber klar, daß sie im Zeitalter des Zornes und der Furcht lebten. Sie sprachen alle von den Vorkriegsjahren wie von einem goldenen, längst vergangenen Zeitalter; die jüngeren Leute wollten Abenteuer, aber nicht das Abenteuer, in einem Fuchsbau im Dschungel zu sitzen. Die älteren Leute blickten auf die Zukunft wie Ueberlebende auf einem Floß, von dem ihnen gesagt worden war, daß es nicht sinken könne, woran sie aber nicht glauben. Sie wollen feste Werte. Sie wollen, morgen solle wie heute sein. Sie sind auf Risiken vorbereitet, aber sie wollen keine Gefahr. Alle Probleme sind zu groß für sie, und sie suchen Unterstützung. Sie lechzen nach jemandem, der ihnen Vertrauen einflößt, der für sie Entscheidungen trifft. Sie wollen überall Freiheit und überall Demokratie, aber das scheint nicht mehr so einfach zu sein, wie einer der Passagiere es ausdrückte.

Als New Yorks Silhouette sich majestätisch am Horizont erhob, strahlten sie. Wie stolz waren sie auf New Yorks massive Schönheit, und wie eifrig erklärten sie einem, daß New York nichts sei: man sollte Des Moines sehen, oder San Diego, oder Seattle, oder die Wälder von Vermont. Ich stand neben einem älteren Industriellen, der sich zu mir umdrehte und mit etwas heiserer Stimme sagte: „Gott, es ist ein Land des Friedens und des Ueberflusses!" Und nach einigem Ueberlegen fügte er hinzu: „Warum kann es nicht so bleiben?"

Ich antwortete nicht; ich hielt es für eine rhetorische Frage. Aber er wiederholte sie. „Warum kann es nicht so bleiben? Niemand will den Krieg. Es gibt genug für uns alle. Wir haben Wissenschaft und Technik und die Macht, alles zu schaffen, was des Menschen Herz begehrt. Warum kann nicht Frieden sein?"

Er sah mich an, als müßte ich imstande sein, meine Antwort in einem Satz zusammenzufassen. Ich sagte ihm, der Weg zum Frieden sei lange und verwickelt. Ich werde nicht so leicht vergessen, was er darauf erwiderte: „Wir einfachen Leute haben nie den Krieg gewollt." Ich glaube, das trifft auf die „einfachen Leute" überall in der Welt zu . . .

Studentische Berater

R.F. Der Mangel an Dozenten und die Ueberfüllung der Universitäten haben dazu geführt, daß vielen Studenten die persönliche Begegnung mit den Lehrenden versagt bleibt. Vor allem in den ersten Semestern sieht sich der junge Student angesichts der überwältigenden Vielfalt der Vorlesungen oft außerstande, einen Zugang zu dem erwählten Wissensgebiet zu finden. Allgemeines vom Speziellen zu scheiden, kurz: einen Studienplan aufzustellen. Dazu kommt die Unkenntnis der Hochschul-Verfassung und -Organisation und die Ungewißheit über die Eignung für das angestrebte Studienziel. Auch die Methodik wissenschaftlichen Arbeitens ist dem „Mulus" meist unbekannt. Aus einer begreiflichen Scheu finden nur wenige junge Studenten den Mut, sich fragend und vertrauend an einen älteren Kommilitonen oder einen Assistenten zu wenden. Wertvolle Zeit wird dabei vertan, um in mühsamer Weise Erfahrungen zu sammeln und Einblick zu gewinnen.

Ein Vorschlag, der an der Technischen Universität Berlin gemacht wurde, will dem abhelfen. Aus den Kandidaten-Semestern sollen Studenten nach Persönlichkeit, wissenschaftlichem Können und pädagogischem Vermögen ausgewählt werden, die ihre jüngeren Kommilitonen in kleinen Gruppen vom Eintritt in die Universität bis zu den Vorexamen, vorzüglich während der ersten Semester, betreuen. Sie sollen die Studienanfänger in das Leben der Universität einführen und ihnen beratend bei der Wahl der Studienfächer und des Studienganges zur Seite stehen. In Diskussionen und Aussprachen „im Rahmen der Fächer der allgemeinen Bildung" sollen die Studenten zu eigener Meinungsbildung angeregt werden und den Wert unbefangenen Meinungsaustausches erkennen lernen. Es wird vorgeschlagen, den Beratern ein Ehrenstipendium und freies Studium zu gewähren.

Ob ein solcher Plan verwirklicht werden kann, sollte vor allem von pädagogischen Erwägungen abhängen. Wir meinen jedenfalls, daß er einen Ausweg aus der schwierigen Situation anzeigt, in der sich die deutschen Universitäten gegenüber ihren Studenten befinden.

Stimmen der Anderen

Der siebzehnte Partner

Die Aufnahme Westdeutschlands in den Marshall-Plan gibt der französischen Presse Anlaß zu ausführlichen Betrachtungen.

Die dem französischen Außenminister nahestehende Zeitung „L'AUBE" betont, daß die westlichen Besatzungszonen auf der Pariser Konferenz nicht durch eigene Delegierte, sondern durch die Oberbefehlshaber der alliierten Mächte vertreten sind, und schreibt: „Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel besteht nur für gewisse Kommissionen, wo deutsche Experten, vor allem der Doppelzone, deutsche Interessen vertreten können, deren Verwaltung den Deutschen anvertraut wurde."

Im „FIGARO" bedauert François-Poncet, daß Deutschland nicht selber, und zwar durch eigene Vertreter, seine Unterschrift unter die Konvention der europäischen Zusammenarbeit gesetzt habe. Er schreibt, er verstehe zwar die hier noch vorhandenen Bedenken, man müsse sie jedoch überwinden, wenn man entschlossen sei, Westdeutschland nunmehr wirklich einen Platz in dem Kreise der europäischen Länder einzuräumen, wenn man seiner Bevölkerung die Perspektive eröffnen wolle, auf gleichem Fuß an dem Leben der freien Völker, die sich in einer Föderation Westeuropas zusammengeschlossen haben, teilzunehmen, und wenn man sie so den Bemühungen der bolschewistischen Propaganda entziehen wolle. Diese Partie müsse und könne gewonnen werden, man dürfe sie jedoch nicht nur zur Hälfte spielen.

Die kommunistische „HUMANITE" ist entrüstet, daß Deutschland nunmehr gewissermaßen als siebzehnter Partner in den Kreis der Marshall-Plan-Länder aufgenommen wurde. Das Blatt schreibt: „Welcher Patriot, welcher Demokrat und Franzose fühlt sich nicht in seiner Seele und seinem Herzen getroffen von der Tatsache, daß man sich heute, fast drei Jahre nach dem Sieg über den Faschismus, anschickt, in den Sälen des Außenministeriums ehemalige Nazis als Delegierte zu empfangen". Und dies, so sagt das kommunistische Blatt, „um unter der Führung der Vereinigten Staaten gemeinsam mit Westdeutschland einen militärischen Block zu bilden und auf diese Weise, wie General de Gaulle gesagt hat, den Deutschen einen Ausweg, eine Rolle und Hoffnung zu geben". Ja, man habe sogar „beschlossen, aus Paris, aus dem Paris der Befreiung, dem Paris der Widerstandsbewegung, den Sitz von Sachverständigenausschüssen zu machen, wo die Hitleraner und die Freunde Bidaults Seite an Seite sitzen werden".

Tschiang Kai-schek als Christ

„Die Gegenwart" veröffentlicht einen Aufsatz „Kuomintang und Kommunismus", dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Von führenden Chinesen sind unter anderem heute Marschall Tschiang Kai-scheck, Dr. T. V. Sung, Dr. H. H. Kung und ihre Frauen Christen. In einer Weihnachtsansprache hat der Marschall christliche Gedanken stark betont. Er sagte unter anderem: „Ein besonders kühn hervortretender Zug unserer neuen Verfassung ist die dem chinesischen Volke gegebene Garantie jener Freiheit und Würde des Individuums, die Grundlagen des christlichen Glaubens sind. Das Leben Jesu auf Erden bestand aus Mißgeschick und nichtendenwollendem Unglück. Und doch, wie ungeheuer war schließlich sein Erfolg, wie unbedingt sein endlicher Triumph über seine Verräter. In China haben wir während der letzten Jahre unabsehbare Verluste durch Krieg und Rebellion erlitten. Wir haben Entstellung und grausamste Verleumdung in ihrer schwärzesten Form gekannt... Aber wir werden gestärkt durch die Ueberzeugung, daß diese Prüfungen, wenn wir ihnen männlich entgegentreten, schließlich zur Selbsterneuerung führen werden. Wir schöpfen Kraft aus dem christlichen Glauben an den schließlichen Triumph der Kräfte der Rechtlichkeit über die der Finsternis und des Bösen." Es wäre falsch, diese (in einem Lande mit höchstens ein paar Millionen Christen) bemerkenswerte Ansprache mit dem Kommentar abzutun, sie sei mit einer allzu deutlichen Absicht nach dem christlichen Amerika gehalten worden, ebenso wie es falsch wäre, wollte man die marxistischen Aeußerungen der Kommunisten als für Moskau gehalten abfertigen. Aber es ist vielleicht typisch für unsere Zeit, daß solche Demonstrationen heute eine Doppelbedeutung zu haben scheinen."

Feuilleton

Auch die Toten wissen es nicht

Erzählung von **Werner Stelly**

Die Kinder liegen im Bett, zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen, Kläuschen und Inge. Inge ist vier Jahre alt und Kläuschen, der Kleine, zwei Jahre, auch Klausimann oder manchmal Männchen genannt. Sie haben zu Abend gegessen, und die Mutter hat sie ins Bett gebracht. Jetzt ist die Frau, auf einen Sprung, sagte sie, zur Nachbarin. Sie erwartet in nicht allzu ferner Zeit ein drittes Kind. Sie sprechen schon manchmal darüber, was es wohl sein wird, noch ein Junge oder noch ein Mädchen. Aber es ist nicht mehr so aufregend wie beim ersten oder zweiten Kind. Der Frau ist es im Grunde gleich, aber sie möchte wohl doch lieber, daß es ein Junge würde, mit Jungen hat man nicht soviel Wirtschaft wie mit Mädchen, vor allem wenn sie älter werden, mit Jungen ist es leichter. Der Mann, nun ja, er hat sich noch nicht entschieden, er möchte ganz gern ein zweites Mädchen, aber er hat auch nichts gegen einen zweiten Jungen einzuwenden. Man wird ja sehen.

Der Mann kommt aus dem Schlafzimmer, wo er noch einmal nach den Kindern gesehen hat. Sie schlafen schon, jedes in seinem Bettchen; Kläuschen, der Kleine, ganz zusammengerollt auf der linken Seite, die rechte Hand zur Faust geballt vor dem Mund, damit er Zeige- und Mittelfinger gleich bereit hat, wenn er aufwacht und lutschen möchte, rotbäckig und frisch duftend, Inge, die sich der Würde bewußt ist, die ihr die zwei Jahre Altersunterschied gegenüber dem Bruder geben, hat die Puppe Tobi umarmt und liegt auf der rechten Seite. Der Mann sieht noch einmal in jedes Bettchen und auf die Kinder hinab und denkt, wo stellen wir bloß ein drittes Kinderbett auf, (er hat das schon öfter gedacht, und sie haben auch schon darüber gesprochen), zuerst nehmen wir den Korb, und dann werden wir schon sehen. Er schließt die Tür und geht ins Wohnzimmer.

Es ist ein hübsches Zimmer, nicht sehr groß, aber behaglich und nett möbliert. Ein niedriger Bücherschrank an der einen Wand, voll guter Bücher. (Wir wollen sie nicht alle aufzählen, aber einige wollen wir doch erwähnen.) Von Goethe „Die Wahlverwandtschaften" und der „Faust", beide in der schönen Insel-Ausgabe, „Die Aphorismen zur Lebensweisheit" von Schopenhauer, von Nietzsche „Der Zarathustra", „Niels Lyne" von Jens Peter Jacobsen, etwas von Dostojewski, „Der Idiot" und „Schuld und Sühne", von Gorki, „Die Mutter", das eine und das andere von Eichendorff, Carossa, Thomas Mann („Zauberberg", „Buddenbrooks" und „Tonio Kröger"), von Knut Hamsun „Viktoria" und „Pan", und Amerikaner, keine Franzosen und Engländer, doch von Balzac „Tante Lisbeth" und zwei Bände von Rolland, und an Engländern „Das Bildnis des Dorian Gray" von Oscar Wilde und ein paar Stücke von Shakespeare, und Amerikaner, Whitman und Hemingway, Saroyan und Thomas Wolfe, Steinbeck und Faulkner. Es sind noch mehr Bücher im Schrank. Aber das mag genügen. Er hat sie alle gelesen. Er liest gern.

Weiter, an der anderen Wand, gegenüber dem Bücherschrank, steht eine Couch, davor ein niedriger Tisch mit zwei bequemen Sesseln, eine Stehlampe daneben, auf einem Hocker ein Radioapparat. An den Wänden hängen Bilder von van Gogh, die Sonnenblumen und die Brücke, und der Hase, die Akelei und das kleine Rasenstück von Dürer, alles gute Drucke. Ein hübsches Zimmer. Auf der Fensterbank steht eine blühende Begonie und eine Geranie, ebenfalls in Blüte. Aus dem Fenster sieht man auf einen Tennisplatz. Sie spielen draußen. Man hört die Schläge, das schnelle Laufen der Spieler und die Rufe des Schiedsrichters, der auf einem hohen Bock am Netz sitzt, Einstand oder Vorteil oder vierzig fünfzehn.

Der Mann kommt ins Zimmer und setzt sich auf die Couch. Auf dem Tisch liegt ein Heft. Er denkt, das wird doch noch ein bißchen dauern, bis sie wiederkommt, und nimmt das Heft. Er schlägt es auf, irgendwo in der Mitte, und blättert ein paar Seiten, bis er den Anfang einer Geschichte findet. Sie heißt: „Wie ich starb und lebend wiederkehrte". Er liest den Titel und denkt, nanu, was ist das denn? Ach, denkt er, das ist so 'ne Geschichte, sowas Übersinnliches, das starb und lebend wiederkehrte? Das ist sicher sowas Uebersinnliches, denkt er, sowas mit Toten und so, wie sie jetzt auf der Bühne erscheinen, wo die Toten so tun, als wären sie gar nicht tot. Und er fühlt einen Widerstand, eine Abneigung, er hat ein Gefühl dumpfen Widerwillens, er möchte jetzt lieber etwas anderes lesen, etwas, das mehr zu seiner Stimmung paßt, die draußen scheint, zu den Rufen des Schiedsrichters auf dem hohen Bock, zu den weißen Anzügen der Tennisspieler, zu der Tatsache, daß er jetzt hier sitzt und auf seine Frau wartet, die auf einen Sprung zur Nachbarin ist, um zu fragen, ob sie heute abend mal nach den Kindern sieht, wenn sie im Kino sind. Sie wollen ins Kino. Wenn seine Frau zurückkommt, wollen sie essen und dann ins Kino gehen. Es soll ein netter Film sein, Bekannte, die ihn sahen, sagten es.

Nein, er möchte lieber etwas anderes lesen. Aber dann liest er doch die nächsten Zeilen, die zwischen der Ueberschrift und dem Anfang der Geschichte stehen. Es sind drei Zeilen, in anderer Schrift, sie sind etwas eingerückt. „Der schwerverwundete Rotarmist Valentin Cherepanow starb in einem Feldlazarett bei Witebsk. Hier erzählt er, wie er durch die Kunst der russischen Aerzte dem Leben wiedergegeben worden ist".

Er lehnt sich zurück, bis sein Rücken die Wand berührt, dann denkt er daran, daß er mit seinem Kopf nicht an die Tapete kommen darf, weil seine Haare fettig sind, und weil es einen dunklen, fettigen Fleck auf der Tapete gibt, wenn er den Kopf anlehnt. Er nimmt ein Kissen und legt es sich hinter den Kopf. Er hält das Heft in der Hand und beginnt zu lesen. Er liest die ganze Geschichte. Sie liest sich flüssig, es ist ein gut geschriebener Bericht, mit leichter Hand zu Papier gebracht. Nachdem er ihn gelesen hat, legt er das Heft auf den Tisch zurück. Er hört die Rufe von draußen. Einstand, ruft der Schiedsrichter von seinem hohen Bock. Er hört den Aufschlag der Bälle und das schnelle Hin- und Herlaufen der Spieler. Er sieht nach der Uhr, die auf dem Bücherschrank steht. Es wird Zeit denkt er, daß sie zurückkommt, wir müssen essen, wenn wir noch ins Kino wollen. Was sie immer zu reden haben, denkt er, sie können kein Ende finden, wenn sie einmal anfangen zu erzählen.

Da klingelt es. Er bleibt noch einen Augenblick sitzen. Dann geht er zur Tür und öffnet seiner Frau. Sie kommt herein und geht in die Küche. Er setzt sich wieder im Zimmer auf die Couch. Er hört sie durch die offene Tür in der Küche das Gas anstecken und mit Töpfen hantieren. Nach einiger Zeit kommt sie ins Zimmer, deckt den Tisch und bringt das Essen. Sie setzt sich ihm gegenüber.

„Na", fragt er, „was sagt sie?"

„Ja", erwidert die junge Frau, „ich habe ihr den Schlüssel gelassen. Sie will nach den Kindern sehen, wenn wir weg sind".

Sie essen. „Weißt du", sagte er, „was ich eben gelesen habe?"

„Nein. Wie soll ich das wissen?"

„Von einem, der starb und wieder lebendig wurde".

„So, sagte sie und ißt. Es macht auf sie keinen Eindruck".

(Schluß folgt.)

NOTIZEN

WISSENSCHAFT

Zur Erinnerung an die Entdeckung des Radiums vor fünfzig Jahren durch Pierre und Marie Curie veranstaltete die „Amerikanische Gesellschaft für Krebsbekämpfung" in Philadelphia eine Feier, bei der auch Eve Curie, die Tochter des Entdekkers, anwesend war. Ihr wurde bei dieser Gelegenheit eine Spende in Höhe von zehntausend Dollars überreicht, die der französischen Krebsforschung zur Verfügung gestellt werden soll.

LITERATUR

Der Verleger Kurt Desch ist von der British Broadcasting Corporation und dem PEN-Club, London, eingeladen worden, aus Anlaß der ersten deutschen Buchausstellung in London Ende April einen Vortrag über die „Entwicklung des deutschen Verlagswesens seit 1945" im britischen Rundfunk zu halten.

FILM

„Das Lied von Bernadette", der 20th Century-Fox-Film nach dem Roman von Franz Werfel, wird zur Zeit in Geiselgasteig synchronisiert. Unter der Regie von Kurt Hoffmann sprechen Elfi Bayer, Eva Vaitl, Rudolf Vogel, Paul Dahlke, Robert Michal die führenden Rollen. H. W.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 11

Allgemein Zeitung

REDAKTION: MAINZ, MARGARETENGASSE
VERLAG: MAINZ, GR. BLEICHE 35, TEL. 4371
CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI

Hauptausgabe mit

GER Geschäftsst.: Alzey, Fischmarkt 4/Kreuznach, Mannheim. Str. 130/Bingen, Salzstr. 21/Idar-Oberstein, Bahnhofstr. 36/Ingelheim, Bing. Str. 92/Simmern, Oberstr. 14/Worms, Gaustr. 44

Nummer 40 — Dienstag, 20. A — Nr. 27 / Preis 20 Pfg.

Heute wieder Londoner Konferen

Besprechungen der Westmächte über Westdeutschland — In Erwartung von Kon

Paris, 20. April. (Kosmos.) Am heutigen Dienstag beginnt in London eine neue Konferenz der Westmächte über Deutschland, an der die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Benelux-Gruppe (Belgien, Niederlande, Luxemburg) teilnehmen werden. Diese Konferenz ist in gewisser Weise eine Fortsetzung der Londoner Deutschland-Besprechungen, die Ende Februar bis Anfang März dieses Jahres stattgefunden hat und nur zu einem prinzipiellen Einvernehmen über eine Reihe von Fragen, wie zum Beispiel die Schaffung einer internationalen Ruhrkontrolle, eines künftigen föderativen Aufbaues Deutschlands und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Doppelzone und der französischen Zone geführt haben, ohne daß es jedoch hierüber zu festen Vereinbarungen gekommen wäre. In der Zwischenzeit haben Sachverständige der beteiligten Westmächte in Berlin an der Ueberbrückung der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten und dem Zustandekommen eines einheitlichen Westmächte-Programms für Deutschland gearbeitet. Auf Grund dieser wichtigen Vorarbeiten soll nunmehr in London der Versuch gemacht werden, für das westdeutsche Problem eine Lösung zu finden und sich auf die Basis gegenseitiger Konzessionen über eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu verständigen.

Die Tagesordnung

Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung der kommenden Londoner Deutschland-Besprechungen:

1. Die Frage einer engen wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrstechnischen Zusammenarbeit zwischen den drei Westzonen;
2. die Schaffung einer internationalen

Westmächten eine gemeinsame Linie für die künftig zu befolgende Deutschlandpolitik zu finden. Wie aus gut informierter Quelle in diesem Zusammenhang weiter verlautet, kann man aus dem Druck der Ereignisse auf eine tatsächliche Annäherung des französischen, britischen und amerikanischen Standpunktes in der deutschen Frage schließen. Sollten diese Anzeichen begründet sein, so kann man sagen, daß neue Konzessionen von allen Seiten gemacht werden dürften. Besonders was die wirtschaftliche Koordinierung der westlichen Besatzungszonen betrifft. Bekanntlich ist Frankreich seinerseits von vornherein nicht gegen eine Fusion eingestellt, und zwar unter der besonderen Bedingung, daß das föderalistische Prinzip die Grundlage für die politische Organisation Deutschlands bleibe.

Wie die „Times" berichtet, werden die Londoner Verhandlungen nicht öffentlich sein. Außerdem will das Londoner Blatt wissen, daß auch die deutsche Währungsreform als weiterer Punkt der Tagesordnung für die Besprechungen vorgesehen sei.

Auch Sachverständige der Doppelzone

F. **Frankfurt**, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem bisher die Doppelzone in Paris auf den Arbeitssitzungen der Organi-

sation für die wirtscha
arbeit nur durch die
und deren ausländisch
treten war, während di
bereits deutsche Sachv
konnte, sind jetzt die Z
tungen aufgefordert
Sachverständige zur
Gouverneure vorzuschla

Luftfahrt-Abkomm

Paris, 19. April. (AFP.)
zeichneten Außenminist
für Frankreich und
Tedder für Großbritan
über das Ueberfliegen
britischen Hoheitsgebie
flugzeuge beider Länd

England verlangt

London, 19. April. (
Außenminister Bevin g
dem Unterhaus bekann
Regierung für das durc
stoß über Berlin abgest
kehrsflugzeug von der
denersatz verlangen we
richt der britischen Un
sion sei das Unglück au
sowjetischen Fliegers z

Die Mehrheit für die Regi

Erste Ergebnisse von den italienischen W

Bericht unseres Mitarbeiters Josef Schmitz

Am Montagabend, um 23.15 Uhr, wurde im italienischen Rundfunk die erste mit Spannung erwartete amtliche Mitteilung über den Ausfall der Parlamentswahlen bekanntgegeben. Aus dem Ergebnis der bereits vorliegenden Zählungen, so hieß es, gehe hervor, daß sich die Stimmen des Landes in klarer Mehrheit für die Regierung ausgesprochen hätten. Die ersten Teilwahlergebnisse aus Turin, Mailand, Vene-

von hundert Prozen
schwächere Wahlbeteili
den Abruzzen und im
dien des Südens beme
gab es Ausnahmen.
spiel in Bari 94 Pro
tigten.

Die große Ueberras
Die als unpolitisch,
begeisterungsfähig ge
Italien sich zu 91 Pro

ber Berlin

mmenkunft der Gouverneure

nicht in den britischen Flugverkehr mit Berlin einmischen werde, hat General Robertson seinen Befehl wieder zurückgezogen, daß jedes Flugzeug, das nach Berlin kommt oder die Stadt verläßt, Jagdschutz erhalten soll. Es wird angenommen, daß nach dieser Erklärung auch die amerikanischen Behörden die Anordnung auf Jagdfliegergeleit aufheben werden. Bereits vor der Konferenz zwischen den beiden Oberbefehlshabern hatte die russische Militärverwaltung in Berlin ihrem tiefen Bedauern über den Flugzeugabsturz Ausdruck gegeben.

Ein Empfang bei Montgomery

Die Spannung, die zwischen den Alliierten Militärbehörden durch die verschärften Kontrollmaßnahmen der sowjetischen Militärregierung entstanden war, hatte über das Wochenende eine wesentliche Entlastung erfahren. Nach Unterredungen zwischen dem stellvertretenden britischen Militärgouverneur und sowjetischen Dienststellen war der alliierte Güterzugverkehr zwischen dem Westen und Berlin wieder aufgenommen worden. Auch der zivile Interzonenverkehr verlief in dem seitherigen Rahmen weiter. Die Interzonenomnibusse und der zivile Flugdienst haben den Verkehr wieder aufgenommen.

Der stellvertretende britische Militärgouverneur nahm das russische Angebot an, über die Frage der Reisebeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen zu verhandeln. An den Besprechungen sollten jedoch alle vier Besatzungsmächte teilnehmen.

Der britische Militärgouverneur für Deutschland, General Robertson, ist in Begleitung des britischen Luftfahrtministers Henderson ohne Zwischenfall auf dem Schienenweg nach Berlin zurückgekehrt. General Robertson wird heute abend einen Empfang für den britischen Generalstabschef, Feldmarschall Montgomery, in Berlin veranstalten, der seine Deutschlandreise angetreten hat. Bei dieser Gelegenheit werden sämtliche alliierten Militärbefehlshaber wieder zusammentreffen.

Luftverkehr geht weiter

In der Besprechung am Montagabend versicherte Marschall Sokolowski General Robertson, daß die sowjetische Militärverwaltung nicht die Absicht habe, die Benutzung des Luftkorridors zwischen den westlichen Zonen und Berlin in irgend einer Weise zu gefährden. General, Robertson wies Marschall Sokolowski darauf hin, es erschienen ihm Zusicherungen über die künftige Haltung der sowjetischen Militärverwaltung äußerst wichtig. Die Zusammenkunft zwischen dem britischen Feldmarschall Montgomery und den alliierten Militärbefehlshabern, so wird von britischer Seite versichert, soll durch die letzten Ereignisse nicht beeinflußt werden. Auch der Flugverkehr London—Berlin wird weiter aufrechterhalten.

Nahrungseinfuhr

N. Z. 6.4.48.

Beamter und Stadtrat

EK. Diese Frage stammt nicht erst von heute, sie war schon vor 1933 in den verschiedenen Landesteilen Deutschlands Gegenstand lebhafter politischer Debatten, insbesondere jedesmal dann, wenn es sich vor Gemeindewahlen darum handelte, ob städtische Bedienstete — Beamte, Angestellte und Arbeiter — auf die Kandidatenliste der Parteien zum Stadtrat gesetzt werden sollen. Schon damals waren die Meinungen geteilt; es entspann sich ein heftiges Für und Wider auch in den Kreisen der verschiedenen Gewerkschaften. Schon damals neigte die öffentliche Meinung sehr stark dazu, Beamte und überhaupt Bedienstete der Städte als Stadträte abzulehnen, und zwar weil man das Gefühl hatte, daß derartige Mandate mit einer sauberen Ausübung der Demokratie nicht vereinbar seien und daß die Kontrolltätigkeit der Stadträte über die städtische Verwaltung durch diese Mandate verfälscht wird.

Im neuen Gemeindewahlgesetz in Nord-Württemberg/Nord-Baden vom 30. Oktober 1947 heißt es im Artikel 6: „Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde und der Aufsichtsbehörde können dem Gemeinderat nicht angehören, Ausnahmen sind zugelassen." Der Regierungsentwurf der neuen Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz besagt in seinem § 52: „Gemeindebedienstete (Beamte, Angestellte und Arbeiter) können nicht Mitglied der Gemeidevertretung sein." Man hat also hier die gleichlautende Bestimmung wie in Württemberg / Baden übernommen, allerdings ohne Ausnahmen zuzulassen. Es hat manches für sich, derartige Ausnahmen vorzusehen, zumal da in der heutigen Uebergangszeit die eine oder andere Partei durch Mangel an geeigneten Persönlichkeiten sich gezwungen sehen könnte, Gemeindefunktionäre als Kandidaten aufzustellen. Aber sobald man Ausnahmen zuläßt, ergeben sich wiederum eine Reihe von Schwierigkeiten. Das Grundprinzip wird durchbrochen, und es wird im Einzelfall für die entscheidende Behörde sehr schwierig, wenn nicht geradezu unmöglich sein, eine richtige und alle Teile befriedigende Entscheidung zu treffen. Das hat sich in der Praxis bereits gezeigt. In Württemberg-Baden sind trotz des Artikels 6 in Städten und in Landgemeinden Gemeindebedienstete als Gemeinderatskandidaten aufgestellt und zum Teil auch gewählt worden. In Stuttgart hat der Oberbürgermeister das Innenministerium um Genehmigung der Gewählten ersucht, darunter war auch ein Beamter des Innenministeriums, also der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung wurde erteilt mit einer Ausnahme; der Vorsitzende des Betriebsräteausschusses der Stadt Stuttgart erhielt die Genehmigung nicht. Das Ministerium hat entschieden, daß dieser nicht gleichzeitig das Amt eines Gemeinderatsmitglieds ausüben kann. In Karlsruhe übergab der Stadtrat einen Streitfall in dieser Sache zur Entscheidung dem Landesdirektor des Innern, dieser überließ die

bertson wies Marschall Sokolowski darauf hin, es erschienen ihm Zusicherungen über die künftige Haltung der sowjetischen Militärverwaltung äußerst wichtig. Die Zusammenkunft zwischen dem britischen Feldmarschall Montgomery und den alliierten Militärbefehlshabern, so wird von britischer Seite versichert, soll durch die letzten Ereignisse nicht beeinflußt werden. Auch der Flugverkehr London—Berlin wird weiter aufrechterhalten.

Nahrungseinfuhr

en Plan in der Doppelzone

Es folgen Zucker, Oelsaaten und Futtergetreide. Die einzelnen Ziffern des Planes sind noch Gegenstand laufender Beratung zwischen den deutschen Stellen und den alliierten Besatzungsmächten.

Die Gemeindewahlen in England

London. (BBC.) Die Ergebnisse der gegenwärtigen Gemeindewahlen in England und Wales zeigen einen Ruck nach rechts. Ueber dreitausend Sitze in fünfhundert Städten und ländlichen Bezirken sind zu besetzen. Die Konservativen erklärten, ihre Kandidaten hätten bis jetzt einen Gewinn von fast 130 Sitzen erzielt. Die Arbeiterpartei habe 68 Sitze verloren.

Ende des Bergarbeiterstreiks

Washington. (Südena-AFP.) Die 400 000 streikenden Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten wurden durch gerichtliche Verfügung aufgefordert, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft John Lewis hatte bereits vorher den Bergarbeitern anheimgestellt, den Streik zu beenden. John Lewis und die Besitzer der Kohlengruben sind für den 12. April zu Verhandlungen vorgeladen.

Die Engländer verlassen Palästina

New York. (Dena.) Der britische Delegierte bei den Vereinten Nationen betonte, eine Verlängerung der britischen Verwaltung in Palästina nach dem 15. Mai käme nicht in Frage. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wird sich am 16. April auf einer Sondersitzung erneut mit dem Palästina-Problem beschäftigen. Es wird erwartet, daß der amerikanische Vorschlag, Palästina vorübergehend der Treuhänderschaft der Vereinten Nationen zu unterstellen, die notwendige Zweidrittel-Mehrheit finden wird.

Harte Kämpfe in Griechenland

Athen. (Südena-AFP.) In den Bergen des Nordepirus hat die Offensive der Regierungstruppen die Form von erbitterten Nahkämpfen angenommen. Die Partisanen verfügen in diesem Gebiet über sehr günstige, gut ausgebaute Stellungen mit betonierten Bunkern. Auch in Mazedonien, in Böotien und auf dem Peloponnes gehen die Kämpfe mit wechselndem Erfolge weiter.

In Italien beteiligen sich 96 Parteien an den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag. Der Wahlkampf wird mit besonderer Heftigkeit geführt. Ueber 200 000 Personen, davon 180 000 Angehörige der Polizei, sind für den Ordnungsdienst am Wahltag eingesetzt.

gewählt worden. In Stuttgart hat der Oberbürgermeister das Innenministerium um Genehmigung der Gewählten ersucht, darunter war auch ein Beamter des Innenministeriums, also der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung wurde erteilt mit einer Ausnahme; der Vorsitzende des Betriebsräteausschusses der Stadt Stuttgart erhielt die Genehmigung nicht. Das Ministerium hat entschieden, daß dieser nicht gleichzeitig das Amt eines Gemeinderatsmitglieds ausüben kann. In Karlsruhe übergab der Stadtrat einen Streitfall in dieser Sache zur Entscheidung dem Landesdirektor des Innern, dieser überließ die Entscheidung wiederum dem Stadtrat, der dann die Genehmigung versagte. Schon dieser Anfang läßt Zweifel darüber aufkommen, ob es richtig sei, Ausnahmen zu gestatten.

Die Frage, ob städtische Beamte Stadträte sein können, wird den Hauptausschuß des Landtags und wahrscheinlich auch den Landtag eingehend beschäftigen, zumal da sich inzwischen die kommunalen Spitzenverbände, die Parteien und die zuständigen Fachgewerkschaften dieser Frage bemächtigt haben. In seiner Januar-Tagung in Bingen hat der Städteverband Rheinland-Pfalz einstimmig beschlossen, dem Regierungsentwurf zuzustimmen mit der Maßgabe, daß diese Bestimmungen auch auf die Bediensteten der Aufsichtsbehörde Anwendung zu finden haben. In einer späteren Tagung des Städteverbandes in Speyer wurden dann gegen die Bestimmungen verschiedene Bedenken geltend gemacht. Man hat von einer nochmaligen Abstimmung Abstand genommen und es dem Landtag überlassen, die Entscheidung zu treffen. Wie man hört, soll inzwischen der zuständige Landtagsausschuß diese Bestimmung des Regierungsentwurfs ganz gestrichen haben, so daß also auch in Zukunft Gemeindebeamte ohne jede Beschränkung Stadträte sein können. Man führte dafür auch verfassungsrechtliche Bedenken ins Feld, die aber von anderer Seite als nicht stichhaltig wieder bestritten wurden. Es wird sehr wichtig sein, die Weiterentwicklung dieser Frage aufmerksam zu beobachten.

Natürlich kann man sagen, daß Demokratie gleiches Recht für alle bedeute, daß daher jeder, der im übrigen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen entspricht, zu allen Aemtern und damit auch zum Stadtratsmandat wählbar sein müsse, so daß man eine Ausnahmebestimmung gegen Gemeindebedienstete und vor allem städtische Beamte nicht vertreten könne. Aber wie in so vielen Fällen kann man alles übertreiben, auch die Demokratie und damit in der Praxis das Gegenteil erreichen, der echten Demokratie schaden und sie ernstlich in Gefahr bringen. Man darf auch nicht den Fehler machen, daß man so wichtige Fragen nur theoretisch behandelt, man muß sie aus der Praxis sehen. Es geht ja nicht darum, ob man dagegen sei, daß da und dort auch einmal ein tüchtiger, wertvoller und besonders befähigter Gemeindebeamter oder Angestellter auch Stadtrat werde, sondern es muß verhindert werden, daß allmählich immer mehr Stadtratssitze von angestellten Funktionären der Städte selbst besetzt werden, so daß schließlich ein Drittel, ja die Hälfte der Stadträte aus Gemeindebediensteten besteht oder aus Bediensteten öffentlicher Körperschaften, darunter der Stadtverwaltung, der Aufsichtsbehörde und dergleichen mehr.

Dazu kommen dann die großen Schwierigkeiten der Praxis, die nur der kennt, der jahre- und jahrzehnelang in Stadtverwaltungen gearbeitet hat und in städtischen Ausschüssen, Kommissionen und Deputationen tätig war. Die Hauptarbeit des Stadtrats als Verwaltungsorgan und als Kontrollorgan vollzieht sich schließlich in großen Städten in den verschiedensten Ausschüssen. Wie soll man aber die wichtigsten Ausschüsse besetzen, wenn dem Stadtrat eine größere Anzahl von Funktionären der Stadtverwaltung angehören, die dann, wenn sie in solchen Ausschüssen sitzen, in dauernde Gewissenskonflikte kommen, weil sie entweder die Interessen der Verwaltung zu vertreten haben, deren Angestellte sie sind, oder aber, weil sie stark parteigebunden sind, die Weisungen ihrer Partei und Fraktionsführer befolgen müssen und dadurch notgedrungen in sehr vielen Fällen sich gegen die Interessen ihrer Stadtverwaltung stellen müssen?

Wenn man alles Für und Wider sachlich betrachtet überlegt, wird man schon im Interesse der Stärkung der Qualität der kommunalen Selbstverwaltung dahin kommen müssen, daß man sich für die in Württemberg-Baden getroffene Regelung entscheidet: daß nämlich Gemeindebedienstete nicht gleichzeitig Stadträte ihrer Anstellungsgemeinde sein können. Es wäre bedauerlich, wenn der Landtag diese Bestimmung zu Fall brächte, es müßte dann im Interesse der Sauberkeit der kommunalen Demokratie verlangt werden, daß wenigstens die großen Parteien von sich aus so viel Selbstdisziplin üben, daß sie nur in ganz beschränkten Einzelfällen und mit größter Zurückhaltung Stadtratsmandate an Beamte und Angestellte der eigenen Stadtverwaltung vergeben.

AUS RHEINLAND-PFALZ

Die nächste Landtagssitzung

Koblenz. (Eigene Meldung.) Morgen, Mittwoch, tritt der Landtag von Rheinland-Pfalz zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf der umfangreichen Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzes über die neue Gemeindeordnung, die bereits den Hauptausschuß in verschiedenen Sitzungen beschäftigt hat. (Ueber den Inhalt der neuen Gesetzesvorlage haben wir in unserer Ausgabe vom 20. März berichtet). In zweiter und dritter Lesung soll das Gesetz zur Versorgung der Opfer des Krieges (Landesversorgungsgesetz) verabschiedet werden. Die Parteien haben eine Anzahl von Anfragen und Anträgen gestellt. Die Sitzung dauert voraussichtlich drei Tage.

Zutcilung von Sensen

Koblenz. (Eigene Meldung.) Die landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz erhalten in diesen Tagen über die Landwirtschaftsschulen Bezugsmarken für Sensen. Der Vorbestellabschnitt muß vom Landwirt unterzeichnet werden und bleibt beim Handel. Der Bezugsabschnitt selbst ist vom Händler abzustempeln und gilt als Berechtigungsausweis zum Bezug einer Sense. Bis zum 10. April müssen die Vorbestellmarken beim Handel abgegeben sein. Ein Gesamteinkauf durch die Ortsbürgermeister ist nach einer Bekanntgabe des Landwirtschaftsministeriums unzulässig. Die Sensen werden von vier großen Herstellerfirmen bis Ende Juli geliefert.

Spare mit dem Pflanzgut!

Koblenz. (Eigene Meldung.) Das Saatgut, über das die Landwirtschaft verfügen kann, ist auch in diesem Jahre wieder sehr knapp. Es muß deshalb mit den zur Verfügung stehenden Saatgutmengen äußerst sparsam umgegangen werden. Besonders trifft dies für das Kartoffelpflanzgut zu. Das Landwirtschaftsministerium hält es für völlig unangebracht, daß je Morgen zwölf Zentner Saatkartoffeln verbraucht werden. Es soll deshalb zu einer größeren Pflanzweite gegriffen werden. Große Knollen müssen durchgeschnitten werden und vor dem Auspflanzen einige Tage liegen, damit sich neue Zellschichten als Ersatz für die Schale bilden.

Neue Baustellen in der Pfalz

P. Neustadt. (Eigene Meldung.) Der Gouverneur der Pfalz, Brozen-Favereau, sprach auf einer Besuchsfahrt durch die Städte der Pfalz in Kaiserslautern und Landau zu den führenden Persönlichkeiten der Kreise über die vordringlichen Gegenwartsfragen. Er konnte hierbei versichern, daß sich die Ernährung nach Ueberwindung der Schwierigkeiten, die Ernährungsnot, die Beschaffung von Schuhen und Kleidern, namentlich für Jugendliche, die Umstellung der Beschlagnahmung, der Rückgang der Milch- und Fleischversorgung. Der Gouverneur, in dessen Begleitung sich auch Vertreter der Regierung und Dienststellenleiter der Verwaltungsbehörden befanden, gab die Zusicherung, daß er alles in seinen Kräften stehende tun werde, um Nöte und Härten zu lindern.

Einführung von Zehner-Karten

Mainz. (Eigene Meldung.) Im Bezirk der Eisenbahndirektion Mainz wurden versuchsweise bei größeren Bahnhöfen und im lebhafteren Nachbarortsverkehr vereinfachte Fahrkarten für zehn Fahrten eingeführt. Diese Zehnerkarten gelten nur für bestimmte Verkehrsverbindungen und bieten keine Verbilligung im Fahrpreis. Für Reisende, die öfters die gleiche Streoke benutzen müssen, ersparen sie jedoch das Anstehen an den Schaltern. Die neuen Zehnerkarten gelten zunächst für zwei Monate und können von verschiedenen Personen abwechselnd in beiden Richtungen benutzt werden. Die Verbindungen, für die Zehnerkarten ausgegeben werden, sind an den Bahnhöfen ersichtlich.

Saatkartoffeln eingetroffen

Koblenz. (Südena.) In den letzten Tagen sind dreißig Waggons mit fünfhundert Tonnen Saatkartoffeln aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden für Rheinland-Pfalz eingetroffen. Weitere Einfuhren werden erwartet.

Kirchen- und Friedhofschändung

Koblenz. (Südena.) In der Pfarrkirche in Nieder-Stadtfeld in der Eifel wurde der Tabernakel der katholischen Pfarrkirche gewaltsam erbrochen und die Monstranz geraubt.

Auf dem jüdischen Friedhof in Koben an der Mosel wurden nachts sechs Grabsteinplatten gewaltsam zertrümmert. Im Rhein-Mosel-Gebiet ist dies binnen kurzer Zeit der fünfte Fall einer Schändung jüdischer Friedhöfe.

Die Wirtin Horst Wessels im Kz.

Koblenz. (Eigene Meldung.) Vor dem Gericht in Neuwied wird am Freitag, der Prozeß gegen den ehemaligen Gartenbauinspektor der Gartenbauschule Meisenheim bei Neuwied wieder aufgenommen. Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die frühere Wirtin Horst Wessels in Berlin, Frau Salm, war während der Nazizeit vom

werden. Es soll deshalb zu einer größeren Pflanzweite gegriffen werden. Große Knollen müssen durchgeschnitten werden und vor dem Auspflanzen einige Tage liegen, damit sich neue Zellschichten als Ersatz für die Schale bilden.

Neue Baustellen in der Pfalz

P. **Neustadt.** (Eigene Meldung.) Der Gouverneur der Pfalz, Brozen-Favereau, sprach auf einer Besuchsfahrt durch die Städte der Pfalz in Kaiserslautern und Landau zu den führenden Persönlichkeiten der Kreise über die vordringlichen Gegenwartsfragen. Er konnte hierbei versichern, daß sich die Ernährung nach Ueberwindung der drei kritischen Monate wesentlich bessern werde. Der Marshallplan werde 450 zusätzliche Kalorien pro Kopf und Tag bringen. In der Baustoff- und Ziegelbeschaffung solle auf der Stelle geholfen werden. Nach Besichtigung der Trümmerstätten in Kaiserslautern und Landau übergab der Gouverneur den Oberbürgermeistern 275 Deblockagescheine, auf Grund deren in Kaiserslautern 150 und in Landau 125 neue Baustellen sofort in Angriff genommen werden können In lebhafter Aussprache wurden mit Freimut und im Geiste voller Loyalität alle wesentlichen Fragen besprochen, die heute die Gemüter bewegen: Die Zuteilung von Bau-

der Mosel wurden nachts sechs Grabsteinplatten gewaltsam zertrümmert. Im Rhein-Mosel-Gebiet ist dies binnen kurzer Zeit der fünfte Fall einer Schändung jüdischer Friedhöfe.

Die Wirtin Horst Wessels im Kz.

Koblenz. (Eigene Meldung.) Vor dem Gericht in Neuwied wird am Freitag, der Prozeß gegen den ehemaligen Gartenbauinspektor der Gartenbauschule Meisenheim bei Neuwied wieder aufgenommen. Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die frühere Wirtin Horst Wessels in Berlin, Frau Salm, war während der Nazizeit vom Moabiter Gericht zu einer Gefängnisstrafe wegen antifaschistischer Betätigung verurteilt worden. Sie hatte nach Verbüßung ihrer Strafe ihren Wohnsitz nach Mainz verlegt, kam aber 1940 erneut vor Gericht, da sie auf einer Bahnfahrt abfällige Bemerkungen über das Naziregime gemacht hatte. Frau Salm war dann bis 1942 wieder im Gefängnis und kam anschließend in das berüchtigte Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Von dort wurde sie in das Kz-Lager Bergen-Belsen überführt, wo sie 1945 ermordet wurde. Der Denunziant von Frau Salm, der angeklagte Gartenbauinspektor, wird sich nun wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten haben.

Ein Stückchen Papier

ROMAN VON KARLERNST KNATZ

37)

Noch dazu waren an jenem Vormittag im Museum Zeit und Umstände nicht geeignet für plötzliche, persönliche Erlebnisse. Einige Schritte von ihr entfernt lag ein toter Mensch. Iris begriff sich nachträglich nicht. Wäre dann wenigstens nichts weiter erfolgt. Dann blieb es ein Zwischenfall, der zwar befremdlich und unerklärlich war, den man aber einfach auf sich beruhen lassen konnte. Statt dessen kam die aufregende Unterhaltung in der Untergrundbahn. Und sie war Wied seitdem auch noch ein paarmal begegnet. Ein netter Mensch war er, dieser junge Chemiker, der immer bescheiden, wohlerzogen, zurückhaltend blieb und doch so natürlich und anregend über alles zu sprechen verstand.

Natürlich — jawohl! bis auf den dunklen Vorfall, durch den sie sich beide kennen lernten. Versuchte Iris ihn darüber zum Sprechen zu bringen, so wurde er verschlossen, lächerlich geheimnisvoll, aufreizend und unzugänglich. Es war ihr nicht gelungen, Klarheit über die Hintergründe dieses Verhaltens zu bekommen. Nach wie vor hatte sie das beunruhigende Gefühl, von einem Menschen, den sie kaum kannte, in peinliche, ja, vielleicht gefährliche Dinge verwickelt zu werden.

Hätte Iris Gerten etwas von dem rätselfreudigen Herrn gewußt, der sie und Joachim Wied in der Untergrundbahn beobachtete, so wäre sie noch weit unruhiger und empörter geworden, als sie es ohnehin schon war. Aber sie ahnte nichts von ihm und wußte allerdings erst recht nicht, daß dieser Schatten, der eine Weile den Chemiker begleitete, inzwischen wieder verschwunden war. Der Schatten hieß schlicht „Müller" und zwar, zur Unterscheidung von einem gleichfalls im Bereich der Polizeidirektion tätigen Namensvetter: Müller II. Dieser erschien einige Tage nach Uebernahme seines Auftrages bei Drast zur Berichterstattung. Müller II berichtete, besagter Joachim Wied, Dr. der Chemie, wohnhaft da und da, sei seiner Meinung nach ein harmloser Bürger und gebe, wenigstens vorderhand, keinen Anlaß zum Verdacht.

„Der Herr Doktor hat zur Zeit keine feste Tätigkeit, deshalb geht und fährt er jetzt ziemlich viel spazieren. Das ist aber auch alles. Ich habe eigentlich nichts finden können, weshalb man ihm auf die Finger sehen müßte. Einmal verlor ich ihn aus den Augen. Das war, als er in eines der großen Bürohäuser am Alexanderplatz ging, in denen man sich sehr leicht verläuft. Ich habe die Firmen, die dort sitzen, durchgeprüft. Es ist nichts Verdächtiges darunter."

„Keine Berührung mit Leuten, die nicht zu seinem Beruf und Stand passen?" fragte Drast.

„Nicht die mindeste", erklärte Müller II, der andächtig eine von den Drastschen Brasils genoß.

„Das Pech mit dem Bürohaus hatte ich übrigens an dem Tage, als ich den Wied davor bewahrte, für einen Schwarzfahrer gehalten zu werden." Er erzählte den Vorfall mit dem nicht vorhandenen Fahrschein. „Wied unterhielt sich mit einer jungen Dame, und aus einigen Worten, die ich auffing, ging hervor, daß die beiden über den Einbruch im Museum sprachen. Aber das war unmittelbar nach dem Verbrechen, als der Fall zu den Gesprächsthemen des Tages gehörte."

„Das junge Mädchen war vermutlich die Tochter des Sachverständigen Rudolf Gerten", erklärte Drast, „hatten Sie den Eindruck, daß zwischen den beiden eine engere Beziehung besteht?"

Müller II lächelte gutmütig. „Zwischen den beiden? Na sie schienen sich zu streiten, aber ich glaube so, wie das zwischen jungen Leuten häufig ist. Sie ist hübsch, und ihm ist das aufgefallen. So pflegt das ja zuzugehen."

„Sie meinen also, wir können die Beobachtung bald wieder einstellen?"

„Das habe ich nicht zu entscheiden, aber persönlich wäre ich dafür. Ausreißen wird der Mann bestimmt nicht." Auf Grund

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 12

Zeitung

R ANZEIGERS

REDAKTION: MARGARETENGASSE 2
TELEFON-NUMMER 29

Preis 40 Pfennig

Zur Beobachtung der am 20. Mai eintretenden totalen Sonnenfinsternis starteten zwölf hervorragende amerikanische Astronomen und Physiker nach Brasilien. DENA/INP

Selbstverwaltung / Verfassung

Von Oberbürgermeister Dr. Kraus (Mainz)

A.Z.(u.M.)
17.4.47

„Demokratie bedeutet, daß jeder einzelne unablässig dabei mithilft!".

Dieses Wort aus der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit hat einen tiefen Sinn, es verdient, bis in die letzte Konsequenz hinein durchdacht zu werden. Wahre Demokratie lehnt nicht nur jede Art von Tyrannisierung ab, jede Diktatur, jeden Absolutismus; sie lehnt auch jedes uniforme soziale und politische Denken ab, sie will lebendige, organische Demokratie sein. Täuschen wir uns nicht über die Tragik und Problematik der Gegenwart: Die Proletarisierung der Fliegergeschädigten und Ausgebombten, der Ostflüchtlinge, der Beruf- und Existenzlosgewordenen bedeutet zunehmende Vermassung und damit das Gegenteil von gesunder Demokratie. Um so wichtiger ist, daß möglichst viele echte, gesunde und arbeitsfähige Selbstverwaltungskörper in die demokratische Verfassung eingebaut werden, Selbstverwaltungskörper mit starkem, bodenständigem Eigenleben, damit möglichst vielen Staatsbürgern Gelegenheit gegeben wird zu eigenem politischem Denken und Handeln. Damit soll gleichzeitig der Staat vor jeder Erstarrung in ödem, geistlosem Ahnenmechanismus, in Zen-

der Gnade und Gunst der Ministerial-Bürokratie abhängig sein; sie muß vielmehr verfassungsmäßig gegenüber der Selbstverwaltung verpflichtet werden. Dazu gehört auch das Vertretungsrecht der kommunalen Selbstverwaltung im Staatsrat. Wenn man schon den Staatsrat neben dem Landtag schafft, dann müssen in ihm die Städte und Kreise als solche genau so vertreten sein wie die Wirtschaft und Wissenschaft. Es darf nicht dem Zufall überlassen werden, ob und welche Persönlichkeiten aus dem kommunalen Leben auf der Liste irgendeiner Partei in den Landtag gewählt werden, die großen Städte und die Vorsitzenden des Städtetags und des Landgemeindetags müssen vielmehr kraft ihres Amtes dem Staatsrat angehören.

Inzwischen ist vom Verfassungs-Ausschuß in erster Lesung hier grundlegend den Ansprüchen und berechtigten Forderungen der Städte Rechnung getragen worden. Nach der neuen Fassung gehören jetzt die Oberbürgermeister der vier größten Städte kraft ihres Amtes dem Staatsrat an, dazu kommen weitere zehn Vertreter der Stadt- und Landkreise. Man hat damit die bisherige un-

der Gegenwart: Die Proletarisierung der Fliegergeschädigten und Ausgebombten, der Ostflüchtlinge, der Berufs- und Existenzlosgewordenen bedeutet zunehmende Vermassung und damit das Gegenteil von gesunder Demokratie. Um so wichtiger ist, daß möglichst viele echte, gesunde und arbeitsfähige Selbstverwaltungskörper in die demokratische Verfassung eingebaut werden, Selbstverwaltungskörper mit starkem, bodenständigem Eigenleben, damit möglichst vielen Staatsbürgern Gelegenheit gegeben wird zu eigenem politischem Denken und Handeln. Damit soll gleichzeitig der Staat vor jeder Erstarrung in ödem, geistlosem Aktenmechanismus, in Zentralismus und Bürokratie bewahrt werden. Mag man im einzelnen seine besonderen Bedenken haben und manches anders sehen und wollen, man muß dem vorliegenden Verfassungsentwurf für Rheinland-Pfalz zuerkennen, daß er sich redlich bemüht, die Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie organisch zu gliedern und alle wichtigen Faktoren des öffentlichen Lebens zur politischen Verantwortung und Willensbildung heranzuziehen..

Neben der Selbstverwaltung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Hochschulen wird die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände in einem besonderen Abschnitt der Verfassung verankert (im ursprünglichen Entwurf von Rheinland-Pfalz Artikel 53—58, jetzt Artikel 50). In der ursprünglichen Fassung hat man das Recht auf Selbstverwaltung als natürliches Recht anerkannt, unableitbar und unabdingbar, man hat die gemeindliche Selbstverwaltung als Grundlage der Demokratie erklärt. In der jetzigen Fassung der ersten Lesung hat man den Stoff wesentlich zusammengestrichen und auch auf kurze, klare und eindeutige Fassung beschränkt, und zwar:

das Recht der Selbstverwaltung wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährleistet;

die Einheitlichkeit der örtlichen Verwaltung wird ausdrücklich anerkannt, es heißt wörtlich:

„Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen, öffentlichen Verwaltung";

die Staatsaufsicht wird auf die Aufgabe der Überwachung beschränkt, daß die kommunale Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird. Es fehlt jetzt nur

das Recht auf Gehör vor Erlaß von Gesetzen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen, in denen wesentliche Interessen der kommunalen Verbände berührt werden. Diese Forderung ist lebenswichtig und unabdingbar. Es ist nicht einzusehen, warum man den Städten und Landkreisen nicht ganz grundsätzlich das verfassungsmäßige Recht zuerkennen will, vor Erlaß aller Gesetze und Verordnungen, die sie betreffen, gehört zu werden. Hier darf die kommunale Selbstverwaltung nicht von nalen Leben auf der Liste irgendeiner Partei in den Landtag gewählt werden, die großen Städte und die Vorsitzenden des Städtetags und des Landgemeindetags müssen vielmehr kraft ihres Amtes dem Staatsrat angehören.

Inzwischen ist vom Verfassungs-Ausschuß in erster Lesung hier grundlegend den Ansprüchen und berechtigten Forderungen der Städte Rechnung getragen worden. Nach der neuen Fassung gehören jetzt die Oberbürgermeister der vier größten Städte kraft ihres Amtes dem Staatsrat an, dazu kommen weitere zehn Vertreter der Stadt- und Landkreise. Man hat damit die bisherige unglückselige Konstruktion der Vertreter der sogenannten „Heimatlandschaften", die durch die Regierungsbezirksräte gewählt werden sollten, fallen gelassen, was außerordentlich zu begrüßen ist.

*

Die Verfassung beschäftigt sich in 25 Artikeln mit der Wirtschafts- und Sozialordnung. Sie bemüht sich, die Demokratie mit sozialem Geist zu erfüllen und neben und innerhalb der rein politischen Demokratie eine wirtschaftliche Demokratie aufzubauen.. Aus der Natur der Sache heraus werden gerade über diese Vorschläge und Formulierungen die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Je nach der grundsätzlichen Einstellung zu diesen Dingen werden die einen den Entwurf als reaktionär und nicht weitgehend genug ablehnen, die anderen werden Bedenken haben, weil die eingeräumten Rechte eine revolutionäre Entwicklung einleiten und fördern könnten. Eine positive Sozialisierung bringt diese Verfassung nicht — im Gegensatz zu Artikel 41 der Hessischen Verfassung —, aber sie erkennt dem Staat das Recht zu: „privatrechtliche Schlüsselunternehmungen in Gemeineigentum zu überführen, wenn mit diesen Unternehmungen eine so große Macht verknüpft ist, daß sie ohne Gefährdung des Gemeinwohls der Privathand nicht überantwortet bleiben können" (Artikel 63). Besonders interessant ist, daß dieser gleiche Verfassungsartikel bestimmt, daß bei dieser Ueberführung in Gemeineigentum die Gemeinden, Gemeindeverbände und Genossenschaften mit beteiligt werden sollen.

Das unterste Organ der sozialen Demokratie bilden die Betriebsräte, deren Aufgabe und Befugnisse etwa denen des früheren Betriebsrätegesetzes entsprechen. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung als solche wird fachlich und regional gegliedert; fachlich in den sogenannten Wirtschaftsgemeinschaften der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, regional in den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Bauernkammern und Kammern der freien Berufe der einzelnen Regierungsbezirke. In allen diesen Organen müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein. Dieser Aufbau gipfelt in der Landeswirtschaftskammer. Sie setzt sich zusammen aus je acht Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Bau-

ernkammern sowie zwei Vertretern der freien Berufe. Die Landwirtschaftskammer soll wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe begutachten; sie kann dem Landtag Gesetzentwürfe unterbreiten und soll von der Regierung bei allen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung gehört werden.

Dem kritischen Betrachter kommt hier unwillkürlich die Frage, ob diese Landeswirtschaftskammer überhaupt notwendig ist, ob hier nicht unnötig überorganisiert wird, ob es nicht genügen würde, wenn die Wirtschaft durch geeignete Kammervertreter im Staatsrat mitwirkt, der ja ohnedies gegenüber allen Gesetzen der Regierung und des Landtags die Aufgabe der Begutachtung und das Vorschlagsrecht hat. Damit könnte diese an sich sehr wünschenswerte berufsständische Ordnung klarer, einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, was gerade heute auch Zeit und Kraftersparnis bedeutet. Man könnte also ohne Landeswirtschaftskammer auskommen, und der Staatsrat, in dem ja die Vertreter der Wirtschaft mitwirken, hätte die Möglichkeit, durch besondere Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschüsse die wichtige Funktion der wirtschaftlichen Beratung der Landesregierung und des Landtags zu übernehmen.

*

Die Verfassung von Rheinland-Pfalz bekennt sich grundsätzlich zum Zwei-Kammer-System; sie stellt neben den aus allgemeinen politischen Wahlen hervorgegangenen Landtag den Staatsrat. Es soll hier nicht auf die Zusammensetzung des Staatsrats im einzelnen eingegangen werden. Hier wäre manches Kritische zu sagen, aber der Grundsatz, daß neben dem Landtag eine Vertretung der kommunalen Selbstverwaltung und der Berufsstände als beratendes Organ in die Gesetzgebung und Staatsverwaltung eingeschaltet wird, ist richtig und gesund und verdient die aufmerksame Beachtung aller, die es mit der Demokratie ernst und ehrlich meinen. Von allen Seiten werden gegen die Bildung dieses Staatsrates politische und soziale Bedenken erhoben, nicht nur aus sozialistischen Kreisen, auch aus den Kreisen des Bürgertums, auch des christlichen Bürgertums. Es scheint beinahe so, als ob sich in dieser Frage des Staatsrats die Fronten der Ja- und Nein-Sager gegenüber der Verfassung scheiden. Das ist um so auffallender und beachtlicher, als doch gerade die katholischen Christen durch Tradition und höchste Autorität auf die berufsständische soziale Ordnung ausgerichtet sind. Wenn man aber schon berufsständische Ordnung will, dann kann man auch nicht grundsätzlich gegen die Mitwirkung eines berufsständisch orientierten Staatsrats in Gesetzgebung und Verwaltung sein. Oder will man etwa berufsständische Ordnung mit politischer Reaktion gleichsetzen! Es ist gänzlich abwegig, immer wieder die Gefahr an die Wand zu malen, daß sozial und wirtschaftlich reaktionäre Kreise im Staatsrat Einfluß gewinnen und besonders gegenüber der politischen Volksvertretung hemmend und störend wirken könnten. Es sind ja doch schließlich die gleichen Staatsbürger, die zum Landtag wählen und die sich in der kommunalen Verwaltung, in den Wirtschaftskammern und in den berufsständischen Verbänden bestätigen. Im übrigen werden schon die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die Arbeitervertreter in den Wirtschaftskammern dafür sorgen, daß in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung reaktionäre Tendenzen nicht die Oberhand gewinnen. Ganz abgesehen davon, daß doch gerade bei uns in Rheinland-Pfalz auch der größte Teil der Industriellen und Kaufleute als durchaus liberal und demokratisch im besten Sinne des Wortes angesprochen werden muß.

Wichtig ist grundsätzlich, daß in der Gesetzgebungsarbeit nicht nur die politischen Weltanschauungen und Parteiprogramme, sondern auch die Erfahrungen, das Wissen und die Sachkenntnis des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu Worte kommen, und zwar nicht nur durch einzelne Persönlichkeiten, die zufällig auf irgendeiner Liste oder als Vertreter irgendeiner Fraktion in den Landtag kommen, sondern durch Persönlichkeiten, die kraft ihres Amtes als Vertreter von Selbstverwaltungskörpern und Berufsständen sprechen und arbeiten und als fachliche und sachliche Berater der Regierung und des Landtags verantwortlich wirken. Das und nur das ist der Sinn und Zweck des Staatsrats, der die Gesetzgebungsarbeit zu begutachten hat und in wichtigen Fragen den Landtag zur nochmaligen Durchberatung und gegebenenfalls zur entscheidenden Zweidrittel-Mehrheit zwingen kann. Das kann für die Wertschätzung und vor allem für die Dauerhaftigkeit und Wertbeständigkeit der Demokratie, auf lange Sicht gesehen, nur von Vorteil sein.

Paraguay

ok. In Paraguay wird wieder einmal erbittert gekämpft. Wieder einmal, denn die Geschichte dieses kleinen, in der Mitte Südamerikas liegenden Landes ist überreich an Kriegen und Revolutionen. Seitdem in der Mitte des 18. Jahrhunderts der berühmte Jesuitenstaat zusammengebrochen war und sich aus seinen Resten das heutige Paraguay entwickelte, haben die Unruhen beinahe nie aufgehört. Entweder herrschten Kriege gegen die Nachbarstaaten Argentinien, Brasilien und Urugay, zuletzt noch der bekannte blutige Gran-Chaco-Krieg gegen Bolivien, oder die diktatorischen Machthaber des Landes mußten sich gegen die Aufstände der unterdrückten Volksgruppen, teils mit, teils ohne Erfolg, zur Wehr setzen. Die Paraguayaner, Mischlinge aus Weißen und Indios, haben sich in dieser kriegerischen Entwicklung zu einem Volk entwickelt, das an „Heroismus" nichts fehlen läßt. So waren in dem 1872 beendeten Kriege mit Brasilien

er, wie ja fast alle Diktatoren, durch eine „Wahl", die nur den einen Schönheitsfehler hatte, daß er der einzige Kandidat war, und von den 100 000 Wahlberechtigten 70 000 auf ihr Wahlrecht mehr oder weniger freiwillig verzichteten. Er stützt sich auf die sogenannte „Fronte de Guerra" (Kriegsfront), eine antidemokratische Offiziersvereinigung. Immerhin hat Morinigo bis zum Februar dieses Jahres ein Koalitionskabinett geduldet. An diesem Tage „entdeckte" seine Geheimpolizei ein „Kommunistenkomplott", das dann den billigen Vorwand für die Schaffung der unumschränkten Diktatur bot. Der Herr Präsident traf seine Maßnahmen und schickte zunächst einmal seine Familie und sein Vermögen nach Buenos Aires. Der Aufstand ließ nicht lange auf sich warten, und nun hat er größeren Umfang angenommen. Massenkundgebungen von Arbeitern und Soldaten, die natürlich von der diktatorischen Regierung als Kommunisten verschrien werden, fanden in Assuncion statt, der Anführer der Rebellen, ein Oberst Solchaza, versprach in einem Auf-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 13

Zeitung

ANZEIGERS

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 35
TELEFON-NUMMER 29

Preis 40 Pfennig

hört. Entweder herrschten Kriege gegen die Nachbarstaaten Argentinien, Brasilien und Urugay, zuletzt noch der bekannte blutige Gran-Chaco-Krieg gegen Bolivien, oder die diktatorischen Machthaber des Landes mußten sich gegen die Aufstände der unterdrückten Volksgruppen, teils mit, teils ohne Erfolg, zur Wehr setzen. Die Paraguayaner, Mischlinge aus Weißen und Indios, haben sich in dieser kriegerischen Entwicklung zu einem Volk entwickelt, das an „Heroismus" nichts fehlen läßt. So waren in dem 1872 beendeten Kriege mit Brasilien und Argentinien fast alle waffenfähigen Männer gefallen und die gesamte Einwohnerzahl auf ein rundes Viertel des Vorkriegsstandes zurückgegangen. Diesem Charakter des Landes entspricht es, daß Paraguay mit seiner einen Million Einwohner zur Zeit nicht weniger als 60 000 Mann unter den Waffen hat, zu denen noch eine Polizeitruppe von 15 000 Mann und eine Flugwaffe von 125 Maschinen kommt. 1935 war der Chaco-Krieg zu Ende. Seitdem hat es in Paraguay nicht weniger als fünf Revolutionen gegeben.

Der Mann, um den es heute geht, heißt Higinio Morinigo, ist natürlich ein General, trägt eine weiße, schwer mit Gold verbrämte Uniform und führt seit sechs Jahren die Regierung. Zur Macht kam Generalpolizei ein „Kommunistenkomplott", das dann den billigen Vorwand für die Schaffung der unumschränkten Diktatur bot. Der Herr Präsident traf seine Maßnahmen und schickte zunächst einmal seine Familie und sein Vermögen nach Buenos Aires. Der Aufstand ließ nicht lange auf sich warten, und nun hat er größeren Umfang angenommen. Massenkundgebungen von Arbeitern und Soldaten, die natürlich von der diktatorischen Regierung als Kommunisten verschrien werden, fanden in Assuncion statt, der Anführer der Rebellen, ein Oberst Solchaza, versprach in einem Aufruf freie Wahlen, eine neue Verfassung und die Errichtung einer demokratischen Republik. In den letzten Tagen hört man von heftigen Kämpfen, von Erfolgen der Aufständischen, von Luftangriffen. Der bedrängte Diktator scheint von Argentinien Hilfe zu erwarten. Oberst Perone, der dort ein oft faschistisch gescholtenes Regime halb sozialistischen und halb kirchlichen Gepräges führt, dürfte wohl kaum diese Hoffnungen erfüllen.

Paraguay aber wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis es erkannt hat, daß — auch im innersten Südamerika — die Zeit für Diktaturen und militaristische Cliquen-Herrschaft vorbei ist, wenn man zu gesunden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kommen will.

Hjalmar Schacht

FWB. In diesen Tagen wird vor der Spruchkammer in Nürnberg und später in Stuttgart gegen Dr. Hjalmar Schacht verhandelt. Schon einmal hat der ehemalige Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister des Dritten Reiches im Scheinwerferlicht der Prozesse gestanden. Damals, vor einem Jahr, war es das internationale Militärtribunal von Nürnberg. Mit einem für das deutsche Volk unverständlichen Freispruch in der Tasche konnte Schacht im vergangenen Herbst die Schranken des Gerichtshofs verlassen. Das Tribunal war zu dem Urteil gekommen, es sei „nicht über einen vernünftigen Zweifel hinaus erwiesen worden, daß Schacht von den Angriffsplänen Hitlers wußte, als er das Aufrüstungsprogramm in seinen Anfängen unterstützte". Auf dieses Urteil pocht nun heute Schacht. Mit einer kaum glaublichen Arroganz steht er vor seinen Anklägern. Jegliche Anklage gegen ihn versucht er in einen Angriff auf das Nürnberger Urteil umzumünzen und als Mißachtung dieses bedeutenden Richterspruchs auszulegen. Ob er sich dabei aber einmal überlegt hat, in welchem Verhältnis seine entscheidende Rolle unter Hitler zu der des kleinen Mannes von der Straße gesehen werden muß, der lediglich nach 1933 einmal Gelder für die Partei einkassiert und sich nunmehr dafür vor einer Spruchkammer zu verantworten hat? Es scheint nicht so, als sei ihm jemals dieser Vergleich aufgegangen. Ja, es ist, als sei nahezu alles bei ihm in Vergessenheit geraten, was vor der Machtübernahme und dann vor allem auch später von ihm für den Nationalsozialismus getan worden ist. Oder — sollte diese Arroganz gegenüber der Spruchkammer nur gespielt sein, um das zu verbergen, was er nur zu gut selber wissen müßte?

Es mag noch verständlich sein, daß Herr Schacht jetzt, wie vor einem Jahre, eine Fülle schwerster Anklagen gegen Hitler vorbringt. Sie treffen durchaus das Richtige, deswegen können sie aber noch lange nicht sein eigenes Verhalten rechtfertigen. Wie aber kommt ausgerechnet er dazu, sich als guten Demokraten zu bezeichnen? Gewiß, es läßt sich nicht leugnen, daß er 1923 vom Reichspräsidenten als Kandidat der Linken gegen den Widerstand der Rechten zum Reichsbankpräsidenten ernannt worden ist. Ebensowenig kann Herr Schacht aber abstreiten, daß er bereits 1924 anfing, seine Ausgangsposition zu verlassen, und sich gegen eine großzügige Sozialpolitik der damaligen Regierungen wandte. Hand in Hand ging damit eine Annäherung an die Kreise der Rechten, mit denen gemeinsam er dann dem parlamentarisch-demokratischen System den Kampf ansagte. Als äußeres Zeichen dieser inneren Wandlung folgte daraufhin 1926 sein Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei. 1930 sah man ihn bereits als Propagandisten des Hakenkreuzes im Ausland, wo sein Name und seine großen Fähigkeiten bis dahin unbestritten waren. In nicht weniger als vierzig Reden versuchte er in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Regierung Brüning in Mißkredit zu bringen. Reisen nach Dänemark, Schweden und in die Schweiz während des darauffolgenden Jahres verfolgten den gleichen Zweck. In Deutschland

Außenminister Marshall (links) wird von Fred M. Vinson (rechts) vor Präsident Truman (Mitte) vereidigt. AFP. Bild

Die Stimme der Städte

Von Oberbürgermeister **Dr. Kraus**

A.Z. (a.M.)
6.2.47

I.

Der unglückliche Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden wird für Deutschland immer unerträglicher, eine baldige Klärung, Bereinigung und Befriedung der Verhältnisse wird immer notwendiger. In diesem Jahre soll der Friedensvertrag für Deutschland nun geschaffen werden, jedenfalls hoffen und wünschen wir es dringend, nachdem die Verhandlungen der Großmächte auf den 10. März in Moskau angesetzt sind. Ob zu diesen Besprechungen früher oder später deutsche Vertreter hinzugezogn werden, so wie es jetzt für eine Delegation Oesterreichs beschlossen wurde? Bestimmte Beschlüsse liegen darüber noch nicht vor.

Es soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden auf die ausgezeichneten Grundsätze, die Lord Beveridge in seiner Schrift „Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft" schon 1944 aufgestellt hat und die jetzt 1946 in deutscher Sprache veröffentlicht wurde:

„Drei Dinge wird bei Ende dieses Krieges jeder Mensch brauchen, wenn brauchbarem Material an die Hand zu gehen. Wer den Umfang, die Schwierigkeiten und die Kompliziertheit internationaler Verhandlungen und Konferenzen kennt, weiß, wie wichtig es ist, daß im richtigen Moment zu den entscheidungsreifen Fragen das notwendige Tatsachen- und Zahlenmaterial greifbar zur Verfügung steht, und zwar in einer Form, die absolute Brauchbarkeit, Vollständigkeit und Zuverlässigkeit garantiert. Der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart hat in einer grundlegenden Rede einige der wichtigsten Fragen umrissen, um die es geht und auf deren Lösung die Städte durch ihre Mitarbeit Einfluß nehmen wollen. Im Anschluß an seine grundlegenden und bedeutsamen Ausführungen und an die Arbeitsrichtlinien, die sich die Tagung für die Mitarbeit an diesen Fragen gegeben hat, lohnt es sich, einmal einige besonders vordringliche Sorgen und Nöte der deutschen Städte herauszugreifen und sie im Zusammenhang mit diesen Friedensvorbereitungen zu beleuchten.

deutsche Vertreter hinzugczogn werden, so wie es jetzt für cine Delcgation Oestereichs beschlossen wurde? Bestimmte Beschlüsse liegen darüber noch nicht vor.

Es soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden auf dic ausgczeichneten Grundsätze, die Lord Beveridge in seiner Schrift „Vollbeschäftigung in einer freicn Gesellschaft" schon 1944 aufgestellt hat und die jctzt 1946 in deutscher Sprache veröffentlicht wurde:

„Drei Dinge wird bei Ende dieses Krieges jeder Mensch brauchen, wenn nicht alle Opfer und Anstrengungen der Kriegszeit umsonst gewesen sein sollen. Drei Bedingungen müssen erfüllt werden, die ein würdiges Leben für uns und unsere Kinder erst möglich machen. Als Erstes brauchen wir einen gesicherten und dauerhaften Frieden, auf daß die Menschen aller Völker fortan ohne Krieg und ohne die Angst vor Krieg leben können. Als Zweites brauchen wir, daß jedem arbeitsfähigen Menschen, gleich ob Mann oder Frau, die Möglichkeit zur Arbeit und Verdienst geboten werde, und als Drittes brauchen wir, daß für jeden Menschen eine menschenwürdige Existenz und der Unterhalt der von ihm wirtschaftlich Abhängigen sichergestellt sei, wenn er aus irgend einem Grunde nicht arbeiten kann. Diese drei — dauerhafter Friede, Arbeit für den der arbeiten kann und ein Einkommen für den, der nicht arbeiten kann —, sind die unerläßlichen Vorbedingungen eines würdigen Lebens. Frei sein von Krieg und der Furcht vor Krieg, frei sein vor Müßiggang und der Furcht vor unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, frei sein von Not und der Furcht vor Not; dieses sind die grundlegenden Freiheiten, sie sind die Aufgaben, die wir unter allen Umständen mit unerschütterlicher Entschlossenheit verfolgen müssen."

Das sind goldene Worte und man möchte nur wünschen, daß sie von jedem verantwortlichen Staatsmann, der am kommenden Frieden mitzubestimmen hat, wohl durchdacht und beachtet werden.

II.

Die deutschen Städte sind am meisten an den Friedensfragen interessiert, denn in ihnen konzentriert sich am stärksten und am unmittelbarsten die Gegenwartsnot der deutschen Lande: Bombenschäden, Kriegszerstörungen, Nahrungsmangel, Brennstoffnot, Vernichtung der Arbeitsplätze, Besatzung, Demontage von industriellen und gewerblichen Betrieben; alles Dinge, die die deutschen Städte heute zu gefährlichen Zentren des Massenelendes machen. Das sind daher die Sorgen und Nöte, mit denen sich die Stadtverwaltungen Tag und Nacht unter Aufbietung all ihrer Kräfte und ihres Verantwortungsbewußtseins beschäftigen. Die deutschen Städte haben auf einer Tagung in Stuttgart zu diesen Lebens- und Existenzfragen des Staates eingehend Stellung genommen, sie haben sich darüber hinaus den zuständigen Regierungsstellen zur Verfügung gestellt, um diesen mit sachverständigem Rat und der wichtigsten Fragen unterrissen, um die es geht und auf deren Lösung die Städte durch ihre Mitarbeit Einfluß nehmen wollen. Im Anschluß an seine grundlegenden und bedeutsamen Ausführungen und an die Arbeitsrichtlinien, die sich die Tagung für die Mitarbeit an diesen Fragen gegeben hat, lohnt es sich, einmal einige besonders vordringliche Sorgen und Nöte der deutschen Städte herauszugreifen und sie im Zusammenhang mit diesen Friedensvorbereitungen zu beleuchten.

An der Spitze steht die Ernährungsfrage. Der Friedenvertrag muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Deutschen leben und nicht nur vegetieren können, daß sie die Kraft haben, Wiedergutmachungen zu leisten. Es gilt hier, die nackten Tatsachen aufzuzeigen, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Ernährung, Einfuhrbedarf und Exportnotwendigkeiten klarzulegen. Neben der völlig unzureichenden Ernährung besteht der Mangel an ausreichendem Wohnraum, an Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen aller Art sowie an Bekleidung. Das sind die gegenwärtigen Soziallasten der breiten proletarischen Schichten des deutschen Volkes, besonders in den ausgebombten Städten, wo fast keiner mehr über das verfügt, was ein Leben überhaupt lebenswert macht. Es ist eine vordringliche Aufgabe gerade der Städte, durch Zusammenstellung von zuverlässigem und übersichtlichem Zahlenmaterial ein klares und eindeutiges Bild über den gegenwärtigen Lebensstandard der verschiedenen städtischen Bevölkerungsgruppen, verglichen mit entsprechenden Zahlen vor 1933, zu geben.

Ein weiteres großes Kapitel des sozialen Elendes unserer Tage ist die Wohnungsnot; sie ist auch auf dem flachen Lande stark, oft unerträglich groß, aber in den Städten nimmt sie Ausmaße an, die im Zusammenhang mit den anderen städtischen Elendsfaktoren nicht lange mehr erträglich sind. Es wird notwendig sein, daß die deutschen Städte genaue Statistiken über den Grad der Zerstörungen vorlegen. Wohl haben sich da und dort die Verhältnisse gegenüber der ersten Notzeit 1945 etwas gebessert dadurch, daß die Städte mit Kraft und Energie darangegangen sind, diese Schäden auszubessern und die nur leicht oder mittelschwer beschädigten Wohnungen wieder instandzusetzen. Natürlich wird diese Arbeit fortgesetzt werden, aber je mehr die Gebäude zerstört sind, um so schwieriger wird die Instandsetzung. Nicht nur, weil das verfügbare Material immer knapper wird, sondern vor allem, weil es kaum mehr möglich ist, das Finanzierungsproblem bei den gegenwärtigen Baukosten zu lösen, wenn man nicht gleichzeitig dem Hauseigentümer durch entsprechende Vorschüsse auf seine Kriegsschäden sowie durch Bürgschaften, Zinsverbilligungen und dergleichen die notwendigen Mittel an die Hand gibt.

Damit ragt aber diese Frage hinein in die großen Finanz- und Währungszusammenhänge und damit in die wichtigsten Gegenstände der kommenden Friedensverhandlungen.

Schwer lastet auf der deutschen Wirtschaft und den arbeitenden Menschen die Arbeitsplatz-Vernichtung durch Kriegseinwirkungen aller Art, Zonenabgrenzung, Entmilitarisierung, Stilllegungen, Demontage und Reparationsmaßnahmen sowie durch verschlechterte Grenzverhältnisse. Alles das sind entscheidende Hindernisse im wirtschaftlichen Wiederaufbau der Städte. Durch all diese Ereignisse, Zerstörungen und Eingriffe sind Millionen industrielle Arbeitsplätze verlorengegangen, sie sind durch landwirtschaftliche Arbeitsplätze niemals zu ersetzen. Es ist nicht damit getan, daß diese Tatsachen immer wieder behauptet und in allgemeiner Form festgestellt und wiederholt werden, es wird vielmehr Aufgabe der Städte sein, im Zusammenhang mit den Industrie- und Handelskammern dafür übersichtliches Zahlenmaterial vorzulegen und einige besonders krasse und typische Beispiele für unmögliche Situationen herauszustellen. So wird es eine vordringliche äußerst lebenswichtige Aufgabe der Stadt Mainz sein, die besondere Lage, die durch die Abtrennung der rechtsrheinischen Stadtteile und durch die Zonenteilung geschaffen wurde und die sich täglich auf allen Lebensgebieten auch im Wiederaufbau nachteilig auswirkt, entsprechend darzustellen und bei den kommenden Verhandlungen für die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Nöte Verständnis zu erzielen. Es kann ja schließlich nicht angehen, daß durch die Zufälligkeit von militärischen Zonengrenzen auf die Dauer die wirtschaftliche und steuerliche Lebensfähigkeit einer Stadt wie Mainz zerstört wird. Aber auch hier ist es nicht mit allgemeinen Behauptungen und Feststellungen getan; es wird Aufgabe der Stadtverwaltung sein, hier beschleunigt brauchbare Unterlagen und Nachweise zu liefern.

Eine weitere schwere Sorge ist das Ansteigen der Zahl der arbeitsunfähigen Menschen (Alte, Kranke, Kinder) gegenüber den produktiven Altersklassen, die durch Tod, Verwundung und Kriegsgefangenschaft ausgefallen sind. Die Städte werden durch ihre Sozialetats ganz besonders in der Lage sein, dafür aufschlußreiches Zahlenmaterial zusammenzustellen; das wird eine erschreckende Elendsbilanz werden, die schwerste Zukunftsgefahren aufzeigt. Aber es nützt alles nichts, diese Gefahren müssen klar aufgezeigt und besprochen werden, und alle, die verantwortlich damit zu tun haben, müssen sich darüber klar sein, daß eines Tages spätere Generationen von ihnen Rechenschaft verlangen werden. Mit Recht hat der Referent auf dem Städtetag in Stuttgart darauf hingewiesen, daß für die Ernährung und wirtschaftliche Sicherung des deutschen Volkes in Zukunft eine bedeutend geringere Zahl von Arbeitskräften bereitstehen wird. Diese geringere Zahl muß eine bedeutend größere Zahl von Menschen ernähren und deren materielle Existenz sicherstellen. Dieses bevölkerungspolitische Problem, das zugleich ein Arbeitseinsatz-Problem erster Ordnung ist, muß mit besonderer Sorgfalt untersucht werden. Es sind wieder die Städte, deren Bevölkerung überaltert ist, die Städte müssen steigend ungeheure Aufwendungen für die Fürsorge machen, und alle bevölkerungspolitischen Nöte wirken sich in den Städten am stärksten aus. Wir hören immer wieder aus dem Mund hervorragender Staatsmänner der Welt, daß es nicht ihre Absicht ist, aus Deutschland ein ewiges Notstandsgebiet in Europa zu schaffen, schon deshalb nicht, weil damit ein ständiger Gefahrenherd geschaffen würde, der schließlich eines Tages Europa in den Abgrund reißen müßte. Jedenfalls sind die deutschen Städte bereit, das ihrige zur Schaffung eines wirklich dauerhaften und für alle Teile erträglichen Friedens beizutragen. Die Stadtverwaltungen werden sich neben der schweren und fast übermenschlichen Tagesarbeit, die heute auf ihnen lastet, bemühen, zu allen diesen wichtigen kommenden Lebensfragen zuverlässiges und übersichtlich gegliedertes Material mit brauchbaren Zahlenunterlagen, Auswertungen und Vorschlägen zusammenzutragen. Sie unterstellen dabei als selbstverständlich, daß die Länder-Regierungen diese Arbeit dankbar begrüßen und sich der Ergebnisse gerne bedienen werden.

Orthodoxe Kirche
in Russland

Von **Dr. August Schuchert** (Mainz)

Die Geschichte der orthodoxen Kirche Rußlands ist uns fast nur in vagen Umrissen bekannt, obwohl ihr Verlauf reich an dramatischen Spannungen war und mancherlei Parallelen zu den Höhepunkten der römischen Kirchengeschichte vorhanden sind. Sowohl der abendländische Investiturstreit wie auch das welterschütternde Ereignis der Reformation des 16. Jahrhunderts haben in der orthodoxen Kirche Rußlands ihre Gegenstücke, wenn auch von geringerer Auswirkung. Immerhin hat Moskau nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 als das „dritte und letzte Rom", das heißt als Sitz der wahren Orthodoxie, für den gläubigen Russen auch in der Gegenwart eine uns kaum vorstellbare religiöse Bedeutung, die über den kirchlichen Raum hinaus sein politisches Denken weitgehend beeinflußt. Moskau fühlte sich nach dem Versagen [illegible] Sonderzügen mit allen Ehrenerweisen. Diese Tatsache bezeugt die Absicht, die Bande zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und den übrigen östlichen Kirchen enger zu knüpfen. Diesem Ziele dienten auch die Gegenbesuche, die der Moskauer Patriarch Alexius seinen außer-russischen Wählern machte.

Aber auch die orthodoxen Russen in Westeuropa, selbst die Gruppe der 1917 aus Rußland geflüchteten Elite, die an Zahl zwar geringer, aber geistig rege, gebildet und intelligent ist, hat nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die Aussöhnung mit dem Patriarchen in Moskau angebahnt. Sowohl die Anhänger des Metropoliten Seraphim, also ehemalige zaristische Kreise und ihre Nachkommen, wie auch die einflußreichere Gruppe um den Metropoliten Eulogius in Paris zeigt den Wunsch, das Schisma mit Moskau zu beenden. Als Eulogius im Sommer 1946 starb, schickte Alexius von Moskau sofort zwei Abgesandte nach Frankreich und ernannte den Metropoliten Seraphim zum Nachfolger, so daß eine Einigung aller orthodoxen Russen auch außerhalb Rußlands unter dem Patriarchen von Moskau bald Wirklichkeit zu werden

des 16. Jahrhunderts haben in der orthodoxen Kirche Rußlands ihre Gegenstücke, wenn auch von geringerer Auswirkung. Immerhin hat Moskau nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 als das „dritte und letzte Rom", das heißt als Sitz der wahren Orthodoxie, für den gläubigen Russen auch in der Gegenwart eine uns kaum vorstellbare religiöse Bedeutung, die über den kirchlichen Raum hinaus sein politisches Denken weitgehend beeinflußt. Moskau fühlte sich nach dem Versagen Konstantinopels verpflichtet und berechtigt, das kirchliche Erbe des zweiten Rom am Bosporus anzutreten. In seiner Gedächtnisrede auf Puschkin sah Dostojewsky darin die Mission Rußlands, den Kampf zwischen dem Osten und Westen zu beschließen, das heißt zwischen Mohammedanern und Latinismus. Darin erkannte er Rußlands historische Pflicht, da eine Trennung des Ostens und Westens im Sinne eines Antagonismus als Feindschaft im christlichen Rußland keinen Boden gewinnen könne.

Wer um diese Zusammenhänge des Religösen und Politischen in der russischen Vergangenheit weiß, wer vor allem die Ideologie der russisch-orthodoxen Kirche kennt, war auf ein Sichfinden der Orthodoxie und des Kreml trotz mancherlei Gegensätze gefaßt. Dieser Augenblick scheint nun gekommen. Bereits 1917 war der seit 1721 unter Peter dem Großen die russische Kirche in staatskirchlicher Bevormundung regierende „Heilige Synod" wieder abgeschafft und an seiner Stelle durch das allrussische Konzil, an dem 87 Bischöfe teilnehmen, das Patriarchat von Moskau für ganz Rußland wieder aufgerichtet worden. Zum Oberhaupt der russischen Orthodoxie wurde Patriarch Tychon († 1925) kanonisch gewählt. Ueber das innere geistische Leben dieser Kirche in den letzten Jahren ist kein sicheres Urteil zu gewinnen. Es scheint sich aber zu bewahrheiten, daß die Kriegserlebnisse zu einer gesteigerten Religiosität in der orthodoxen Kirche geführt haben und manche wieder zu ihr zurückgekehrt sind oder zu ihr den Weg aus dem Materialismus gefunden haben.

Es ist heute noch nicht feststellbar, ob nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die orthodoxe Kirche in der Erkenntnis des günstigen Augenblicks sich dem Inhaber der Staatsgewalt genähert oder ob umgekehrt der bolschewistische Staat die orthodoxe Kirche gesucht hat. Vielleicht beides. Jedenfalls war vor etwa einem Jahr die Wahl des neuen Moskauer Patriarchen Alexius unter Umständen erfolgt, die plötzlich die Stellung der orthodoxen Kirche in Rußland in einem neuen Licht zeigten. Die nichtrussischen Patriarchen der östlichen Kirchen, die zur Wahl eingeladen waren, wurden in eigenen Sonderzügen von der Grenze nach Moskau geleitet, wo das „Konklave" stattfand. Nach erfolgter Wahl empfing Marschall Stalin die Wähler einzeln in Privataudienz. Auch die Rückfahrt der Patriarchen erfolgte in

Metropoliten Seraphim, also ehemalige zaristische Kreise und ihre Nachkommen, wie auch die einflußreichere Gruppe um den Metropoliten Eulogius in Paris zeigt den Wunsch, das Schisma mit Moskau zu beenden. Als Eulogius im Sommer 1946 starb, schickte Alexius von Moskau sofort zwei Abgesandte nach Frankreich und ernannte den Metropoliten Seraphim zum Nachfolger, so daß eine Einigung aller orthodoxen Russen auch außerhalb Rußlands unter dem Patriarchen von Moskau bald Wirklichkeit zu werden scheint. In fast allen Hauptstädten Europas residieren bereits Vertreter des Moskauer Patriarchen Alexius, um die Belange der Russisch-Orthodoxen zu wahren. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitteilung von Bedeutung, daß die mit Rom unierte Kirche der Ukraine um Wiederaufnahme in die orthodoxe Kirche Rußlands gebeten haben soll, obwohl die Rückführung nur möglich wurde nach Beseitigung aller mit Rom unierten Bischöfe.

Mit dieser Entwicklung steht im inneren Zusammenhang, daß sich neuerdings die bulgarische orthodoxe Kirche der Jurisdiktion des Patriarchen von Moskau unterworfen hat. Ebenso unterstellte sich die an sich unbedeutende orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei der Jurisdiktion von Moskau. Da diese Kirche aus ihren eigenen Reihen keinen Bischof stellen konnte, wurde ein Russe zum Bischof ernannt. Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß selbst die rumänische Kirche, als erste nicht-slavische, sich neuerdings Moskaus Jurisdiktion unterworfen hat. Ueberhaupt zeigen die orthodoxen Kirchen auf dem Balkan und im nahen Osten unter der Führung Moskaus ein wachsendes Selbstbewußtsein.

Diese Tatsachen lassen den Weg erkennen, auf dem die Aussöhnung oder Annäherung zwischen Kreml und Orthodoxie erfolgte, es waren zweifellos wichtige Fragen der Außenpolitik. Hier zeigt sich, daß Kreml und Orthodoxie das gleiche Ziel verfolgen. Natürlich wird die augenblickliche Verbundenheit beider Faktoren als geistiges Symptom verschieden beurteilt werden, je nach dem Standpunkt des Kritikers. Die einen werden glauben, die Verbindung sei ein Scheinmanöver und diene nur augenblicklichen Interessen beider. Andere werden diese Annäherung den Versuch einer Synthese zwischen Orthodoxie und Kommunismus sehen. Tatsache bleibt, daß Rußland durch die orthodoxe Kirche, insbesondere durch die Person des Patriarchen Alexius von Moskau und aller Russen, weit über seine Grenzen hinausgreift. Ob damit die russische Kirche auch wieder auf den russischen Menschen und das russiche Volk übergreifen wird und kann, ist noch nicht abzusehen. Unionwünsche oder Bestrebungen der römischen Kirche haben unter diesen Umständen nur wenig Aussicht auf Erfüllung, solange sie in der politischen oder kirchenpolitischen Sphäre bleiben müssen und nicht die Herzen berühren.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 13

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 14

27.11.1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen. Ich erwarte also Ihren Anruf wegen eines etwaigen Besuches.

Die Unterredung von Dr.Gartorius mit dem Kultusministerium wurde um eine Woche verschoben.

Vor wenigen Tagen erfuhr ich, daß Schwester Margarit hier sei und als ich am folgenden Tag versuchte, sie zu erreichen, war sie schon wieder abgereist. Ihre Adresse ist:

Davos/Platz T.S.H.

(diese 3 Buchstaben bedeuten Turgauische-Schaffhausensche-Heilstätte)

Anbei eine Liste der neuen Mitglieder.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich

Ihr stets ergebener

nicht kennt.

A.Z. 27.11.53.

Die Beweisaufnahme im Frankenthaler Baugesellschaftsprozeß wurde nach sechswöchiger Verhandlungsdauer abgeschlossen. Die Strafanträge des Staatsanwalts und die Plädoyers der Verteidigung sind Mitte nächster Woche zu erwarten.

Der Frankenthaler Prozeß

Frankenthal, 22. November. (lrp) Die Beweisaufnahme im Frankenthaler Baugesellschafts-Prozeß konnte noch nicht abgeschlossen werden. Der Staatsanwalt reichte wiederum eine Reihe von Anträgen ein, die beweisen sollen, daß die Baugesellschaft durch ihren früheren Geschäftsführer Thiery einen Schaden von 400 000 Mark erlitt, weil er die Bauaufträge ohne Ausschreibungen vergeben habe. Der Staatsanwalt will auch beweisen, daß Dr. Kraus schon zu Beginn des Jahres 1950 von der prekären Finanzlage der Gesellschaft gewußt habe. Die Verhandlung wird sich wahrscheinlich noch zehn Tage hinziehen, weil das Gericht noch eine Reihe **von Zeugen** vernehmen will.

A.Z. 23.11.53

Ist das betriebswirtschaftlich?

A.Z. 7.11.53

Immer wieder freue ich mich, daß die „Allmeine Zeitung" ihre Aufgabe darin sieht, sich besonders intensiv mit Mißständen in unserer Stadtverwaltung zu befassen, wenn die Reaktion der betroffenen Stelle ausbleibt oder ungenügend ist. Auch für unsere Straßenbahn trifft dies zu.

Ist es vielleicht betriebswirtschaftlich richtig gehandelt, wenn auf bestimmten Omnibus-Linien „Einmannbetrieb" gefahren wird, die Fahrgäste unnötig warten und die Fahrzeit künstlich verlängert wird? Entspricht es dem Rationalprinzip, zu gewissen Zeiten zwei Obusse auf der Strecke Ritterstraße — Münsterplatz gleichzeitig hintereinander laufen zu lassen, wenn der nachfolgende z. B. sonntags leer ist?

Was nutzen den Fahrgast unleserlich gewordene Fahrpläne? Was soll er mit einem Fahrplanheft, das das Datum des 15. Oktober 1951 trägt, aber durch so viele Ergänzungsblätter und Zettel nur noch schwer verständlich ist? In anderen Großstädten kann man alle halben Jahre für wenige Pfennige ein auf den neuesten Stand gebrachtes Heft kaufen.

K.S.

gemeinern. A.Z. 4.11.53.

Der Frankenthaler Prozeß

AZ - Frankenthal, 3. November. (Eigener Bericht.) Durch die Vernehmung des 2. Beigeordneten der Stadt Frankenthal, Albert Müller (SPD), wurden die beiden Angeklagten, Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus und Geschäftsführer Konrad Thiery in erheblichem Maße im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft belastet. Müller, der seit 1945 bei der Baugesellschaft als Prokurist beschäftigt ist, erklärte, Thiery habe nach der Prüfung durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz noch verschiedene Protokolle „ergänzt". Müller ist zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Rheinland-Pfalz.

Oberbürgermeister Dr. Kraus habe im Dezember 1950 Protokolle von Aufsichtsratssitzungen unterschrieben — an denen er gar nicht teilgenommen habe. Bei einer früheren Unterredung habe er selbst Oberbürgermeister Dr. Kraus auch darauf hingewiesen, daß er für seine herrschaftliche Wohnung monatlich nicht 170 Mark sondern auf Grund der 179 qm Wohnfläche — 710 Mark Miete zahlen müsse. Darauf erklärte Dr. Kraus: „Lassen Sie mein Haus aus Ihrem Munde!"

Der Frankenthaler Prozeß

AZ. **Frankenthal**, 11. November. (Eigener Bericht.) Im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft wurde bei der Vernehmung weiterer Sachverständiger der angeklagte Geschäftsführer Konrad Thiery erheblich belastet. A.Z. 12.11.53.

Architekt von Heesen, den die Verteidigung zu Beginn des Prozesses abgelehnt hatte, erstattete ein sehr prägnantes Gutachten, in dem er nachwies, daß die Frankenthaler Baugesellschaft viel zu teuer gearbeitet habe. Im Vergleich zu den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen Ludwigshafen und Speyer seien bei einzelnen Positionen in Frankenthal Mehrkosten bis zu 83 Prozent bezahlt worden. Während die Kostenüberschreitungen bei einem sozialen, zur Flüchtlingsunterbringung bestimmten Wohnhaus nur 800 Mark betrugen, seien beim „Luxuswohnhaus" in der Friedrich-Ebert-Straße 145 000 Mark, beim Anwesen Herderstraße 25 insgesamt 49 000 Mark festgestellt worden. Danach beliefen sich die Baukosten je qm Wohnfläche in einem normalen Haus der Frankenthaler Baugesellschaft auf 212, in Thierys Luxuswohnung jedoch auf 740 Mark.

Der Verbandsprüfer der Südwestdeutschen Wohnungsunternehmen, Dr. Lindemann (Frankfurt), stellte fest, daß der Aufsichtsrat unter Vorsitz von Dr. Emil Kraus seine Prüfungspflicht nicht sorgfältig ausgeübt habe. Von der Währungsreform bis Juli 1952 sei keine einzige Buchprüfung vorgenommen worden. Nach Ansicht von Dr. Lindemann ließ auch die Geschäftsführung von Thiery in vielen Punkten zu wünschen übrig.

Der nach der Abberufung von Thiery eingesetzte Geschäftsführer Lang (Neustadt) sagte, er habe eine Baugesellschaft vorgefunden, die im Frühsommer 1951 am Ende ihrer Kraft war — nicht nur wegen der erheblichen Finanzschwierigkeiten, sondern auch wegen der schweren Vertrauenskrise bei den Handwerkern und auch bei der Regierung. Er bestätigte Dr. Kraus auf dessen Wunsch, daß er im Frühjahr 1951 alles versucht habe, zusätzliche Gelder zur Beseitigung der Krise aufzutreiben.

Presse wird „Luxushäuser" in Frankenthal besichtigen

AZ-Frankenthal, 6. November. (Eigener Bericht.) Im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft erklärte ein Referent der Landes-Preisbildungsstelle Rheinland-Pfalz in Mainz, die Wohnhäuser der Baugesellschaft zeigten zwar hinsichtlich der Bauweise eine solide Ausführung, doch seien kostensparende Erkenntnisse der modernen Bautechnik nicht angewendet worden.

Im Gegensatz zu den Sachverständigen Dr. Brecht, Köln, und Dr. Haschinski, Frankfurt, erklärte der Zeuge weiter, das von dem angeklagten Geschäftsführer Thiery unter Ausschluß des Submissionsweges angewandte Verfahren zur Vergebung von Bauaufträgen sei keineswegs dazu angetan gewesen, die Baukosten zu senken. Ein Angestellter der Frankenthaler Baugesellschaft sagte im Zeugenstand, er habe die Mieten für das Luxuswohnhaus Herderstraße 25 deshalb nicht aufstellen können, weil ihm Thiery — der Mieter — keinen entsprechenden Auftrag gegeben habe und er das Haus selbst gar nicht kannte.

Der Leiter der Frankenthaler Stadtsparkasse, Direktor Butscher, umriß allgemein die Stellung des Oberbürgermeisters Dr. Kraus im Aufsichts- und Verwaltungsrat. Es seien ihm keine unlauteren Vorfälle bekannt geworden.

Das Gericht stellte die Entscheidung über die Zulässigkeit einer Frage des Staatsanwaltes zurück, ob es richtig sei und zutreffe, daß Geschäftsführer Thiery für drei Richtfeste der Baugesellschaft im Sommer 1950 insgesamt etwa 10 100 DM verrechnete.

Landgerichtsrat Galgenmüller teilte als Vorsitzender der Großen Strafkammer mit, daß die Besichtigung verschiedener Wohnungen und der beiden „Luxuswohnhäuser" am Montag in Anwesenheit der vor einer Woche ausgeschlossenen Regierungs- und Pressevertreter wiederholt werden soll.

Weitere Zeugenaussagen im Frankenthaler Prozeß

AZ. - Frankenthal, 4. November. (Eigener Bericht.) Die Große Strafkammer des Frankenthaler Landgerichts hörte im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft den Geschäftsführer des Gesamtverbandes sämtlicher gemeinnütziger deutscher Wohnungsunternehmen, Dr. Brecht (Köln), als Zeugen und Sachverständigen. Er erklärte, bei den gemeinnützigen Baugesellschaften habe sich der Grundsatz gebildet, daß mit dem Bau eines Hauses auch dann begonnen werden dürfe, wenn die Finanzierung noch nicht endgültig gesichert sei. Gerade in der heutigen „turbulenten" Zeit gelinge kaum, vor Baubeginn die gesamte Finanzierung.

Dr. Brecht erklärte weiter, die Leistungen der Frankenthaler Baugesellschaft hätten für das Land Rheinland-Pfalz immer als überdurchschnittlich gut und beispielgebend gegolten. Eine Erhöhung des geringen Stammkapitals sei zwar besser, aber auf keinen Fall dringend erforderlich gewesen. Als völlig richtig für die damaligen Verhältnisse bezeichnete der Zeuge Thierys Versuch, zusammen mit den Fachinnungen der Handwerker Richtpreise auszuarbeiten, weil dabei niedrigere Preise wie bei einer Ausschreibung erreicht wurden. Für das Luxuswohnhaus Friedrich-Ebert-Straße 5 hätte man höhere Mieten erheben sollen, weil es dadurch möglich gewesen wäre, einen Teil der erheblichen Mehrbaukosten zu decken.

Ministerialrat a. D. Dr. Jaschinski, früher beim Wiederaufbauministerium in Mainz, schilderte den Angeklagten Thiery als einen brauchbaren Menschen, der auch bei der Regierung immer in gutem Ruf gestanden habe, weil er dem Wiederaufbauministerium eine Fülle nützlicher Anregungen gab. Soweit es die Regierung nach den eingereichten Unterlagen überblicken konnte seien die Bauprojekte der Frankenthaler Baugesellschaft auch durchfinanziert gewesen. Die Frankenthaler Baugesellschaft habe das Pech gehabt, mit einer Landesbausparkasse abzuschließen, die 1950 selbst in große Schwierigkeiten geriet. Dr. Jaschinski stellte fest, er habe in seiner langjährigen Praxis schon schlimmere Fälle" erlebt, die jedoch alle unter Abwendung des Konkurses saniert werden konnten.

A.Z. 5.11.53.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 20

Frankenthaler Urteil vorläufig nicht rechtskräftig

Neustadt/Weinstraße, 28. Dezember. (lh) Das Urteil im sogenannten Frankenthaler Baugesellschaftsprozeß wird vorläufig nicht rechtskräftig werden. Dies gab Staatsanwalt Wanger vom Frankenthaler Landgericht bekannt, der gegen das Urteil Berufung eingelegt hat. Der Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus war in dem Prozeß am 11. Dezember freigesprochen worden, während der ehemalige Geschäftsführer der Gesellschaft, Thiery, neun Monate Gefängnis erhielt. Von der pfälzischen Bezirksregierung in Neustadt wird ergänzend mitgeteilt, daß eine Ueberprüfung des Urteils durch die Aufsichtsbehörde der Bezirksregierung in der nächsten Zeit noch nicht zu erwarten sei, nachdem die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt habe.

A.Z. 29.12.53.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 21

Stein als Bremsklotz v

Vier Schwer- und ein Leichtver

Früh morgens wurde auf der Saarstraße ein Personenwagen durch einen Stein, der auf der Fahrbahn gelegen hatte, aus der Fahrtrichtung gebracht. Der Wagen prallte gegen einen Lastwagen, dessen Fahrer den Stein als Bremsklotz benutzt hatte. Bei dem Zusammenstoß zog sich der Fahrer des Personenwagens erhebliche Verletzungen zu. Sein Fahrzeug wurde so schwer beschädigt, daß es abgeschleppt werden mußte. Mit leichteren Verletzungen kam eine Frau davon, die auf dem Sozius eines Motorrads gesessen hatte, dessen Fahrer mittags im Kaiser-Wilhelm-Ring mit einem Dreiradlieferwagen zusammenstieß.

Auf der Kreuzung Philippschanze und Pariser Straße wurde spät abends eine Frau von einem Personenwagen angefahren, als

Der Frankenthaler Prozeß

Frankenthal, 25. November. (SF) Im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft nahm Oberbürgermeister Dr. Kraus zu dem Vorwurf Stellung, er habe die Flüchtlingsunterbringung vernachlässigt. Der Stadtrat habe sich, so betonte der Oberbürgermeister, in sieben Sitzungen mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt und eigens einen Oberinspektor für die Unterbringung eingesetzt. Außerdem seien mit einem Kostenaufwand von 3,7 Millionen Mark 321 Wohnungen errichtet worden. Demgegenüber stellte Regierungsamtmann Seuß fest, daß die Stadt Frankenthal keinerlei Vorbereitungen getroffen hätte. Es sei auch nicht richtig, daß der später durch das Sozialministerium eingesetzte Staatskommissar in unterbelegte Altbauten nur sieben Familien eingewiesen hätte; in Wirklichkeit seien es 263 Personen gewesen. A.Z. 26.11.53.

Der Regierungspräsident der Pfalz, Dr. Pfeiffer, gab bekannt, daß die Bezirksleitung erst dann überprüfen werde, ob auf dem Dienstwege gegen den im Baugesellschaftsprozeß angeklagten Oberbürgermeister Dr. Kraus, vorgegangen werde, wenn die Zweite Große Strafkammer des Gerichtes ein Urteil gefällt habe. Der bisherige Verlauf des Prozesses habe noch kein Eingreifen der Aufsichtsbehörde als notwendig erscheinen lassen.

A.Z. 8.12.53

„Fall Kraus" noch ungeklärt

De. **Mainz**, 7. Dezember. (Eigener Bericht.) Unmittelbar nach Erhebung der öffentlichen Klage gegen den Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Kraus habe die Bezirksregierung der Pfalz ein förmliches Verfahren eingeleitet, das nach den Bestimmungen der Reichsdienststrafordnung bis zur Beendigung des strafgerichtlichen Verfahrens ausgesetzt worden sei. Dies erklärte Innenminister Dr. Zimmer auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Schmidt. Die Achtung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden habe es als sachgemäß erscheinen lassen, von der einschneidenden Maßnahme der vorläufigen Dienstenthebung oder der Beurlaubung eines vom Stadtrat gewählten Oberbürgermeisters nur dann Gebrauch zu machen, wenn Umstände dies zwingend veranlaßten. In dem vorliegenden Falle habe sich die Bezirksregierung der Pfalz dazu nach pflichtgemäßer Prüfung nicht entschließen können, da die Klärung des besonders umfangreichen und schwierigen Tatbestandes abgewartet werden sollte.

Rechtliche Bedenken in der Frage der Erteilung von Aussagegenehmigungen durch die Oberbürgermeister während des gegen ihn schwebenden Prozesses könnten nur für Fälle bestehen, in denen der Oberbürgermeister die Genehmigung einem Zeugen verweigern sollte. Ein Fall dieser Art sei aber bisher nicht eingetreten.

•

Freispruch wegen erwiesener Unschuld forderte im Frankenthaler Baugeselischaftsprozeß der Verteidiger, Justizrat Wagner, für den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden und Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Kraus. Wagner begründete seine Forderung damit, daß Dr. Kraus weder nach dem GmbH.-Gesetz, noch nach dem Aktiengesellschaftsgesetz und dem Strafgesetzbuch schuldig sei. Es könne außerdem nicht festgestellt werden, daß Dr. Kraus seine Aufsichtspflicht verletzt habe. Das Gericht wird am kommenden Freitag das Urteil verkünden.

profitieren. A.Z. 2./12.53.

Die Strafanträge im Frankenthaler Bauprozeß

Frankenthal, 1. Dezember. (rp) Im Frankenthaler Baugesellschaftsprozeß beantragte vor der Zweiten Großen Strafkammer Staatsanwalt Wanger wegen fortgesetzter Untreue und Verstoßes gegen das GmbH-Gesetz für den Angeklagten Konrad Thiery ein Jahr und neun Monate Gefängnis, und für Dr. Emil Kraus wegen des gleichen Deliktes eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und eine Geldstrafe von 1000 Mark. Der Staatsanwalt hielt sowohl Thiery, den ehemaligen Geschäftsführer, und Oberbürgermeister Dr. Kraus, den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Baugesellschaft, im Sinne der Anklage für schuldig.

Die Sozialversicherung

StAMZ, NL Oppenheim / 93 - 24

Freispruch für Oberbürgermeister Kraus

A.Z. 12.12.53.

Das Urteil im Frankenthaler Baugesellschafts-Prozeß

Frankenthal, 11. Dezember. (lrp) Von der Strafkammer des Frankenthaler Landgerichtes wurde im sogenannten Frankenthaler Baugesellschaftsprozeß der Oberbürgermeister von Frankenthal und frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Frankenthaler Baugesellschaft, Dr. Emil Kraus, in zwei Anklagepunkten wegen erwiesener Unschuld und in einem weiteren Anklagepunkt mangels Beweises freigesprochen. Der mitangeklagte ehemalige Geschäftsführer der Gesellschaft, Konrad Thiery, wurde wegen zweier verschiedener Vergehen der „gesellschaftlichen Untreue" (Verstoß gegen das GmbH.-Gesetz) zu acht Monaten Gefängnis bei dreijähriger Bewährungsfrist und zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Gericht berücksichtigte für Kraus, daß dieser neben seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister 16 weitere Aemter und Posten in zum Teil maßgeblichen Gremien kommunalpolitischer Art innehat, die ihn sehr in Anspruch nahmen.

Thiery habe sich der vorsätzlichen Vermögensschädigung beim Bau von zwei Wohnhäusern schuldig gemacht, die außerhalb des allgemeinen Bauprogramms errichtet worden seien. Hierbei habe er zweckwidrig Mittel aus dem Treuhandfonds verwandt. Ferner seien die beiden Häuser mit einem übermäßigen Aufwand eingerichtet worden.

damit die Rettung ihrer Freiheit zu unterstützen oder in der Vereinzelung zu verbleiben, „um, der eine heute, der andere morgen, russischer Satellitenstaat zu werden".

Bundeskanzler Adenauer für Samstag zu einem Essen am Quai d'Orsay eingeladen. Im Verlauf dieser Zusammenkunft werden die beiden Staatsmänner erneut die Saarfrage besprechen.

Bonn erwägt Bundeszwang

Neuer Appell der Bundesregierung: Keine Weihnachts

Drahtbericht unseres Bonner Korrespon

Da. **Bonn**, 11. Dezember. Die Bundesregierung hat bei den Landesregierungen von Bayern und Hessen schriftlich angefragt, ob sie nunmehr an die öffentlich Bediensteten Weihnachtszuwendungen auszahlen wollen. Falls die Antworten dies bestätigen sollten, könnte die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates gegen beide Länder den Weg des Bundeszwanges beschreiten, jedoch ist hierüber noch keine Entscheidung getroffen worden.

Hessen wird darauf hingewiesen, daß die Karlsruher Urteilsbegründung zwar die Selbstverantwortung der Landesregierungen bestätigt, diese aber auch an ihre Pflicht zur

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 25

Dienststrafverfahren nur ausgesetzt

Neustadt/Weinstraße, 17. Dezember. (lrp) Der Regierungspräsident der Pfalz, Dr. Pfeiffer, gab bekannt, daß gegen den Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Kraus sofort ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden sei, als man von der Erhebung der Anklage im Frankenthaler Baugesellschaftsprozeß erfahren habe. Das Dienststrafverfahren sei bis zum rechtskräftigen Abschluß des gerichtlichen Verfahrens ausgesetzt worden. Das rechtskräftige Urteil liege bei der Aufsichtsbehörde noch nicht vor.

A·Z·18·12·53

tere Expedition nach Mexiko aufbrechen. Diese rege Forschertätgkeit konnte sich nicht zuletzt dank der hervorragenden Leitung des Mainzer Institutes für Völkerkunde durch Professor Dr. Friedrich entwikkeln. Sie beweist aufs neue den hohen wissenschaftlichen Ruf, den unsere Universität seit ihrem Bestehen im In- und Ausland genießt. -tt.

LBAR LESS aus der Schweiz
maheilsalbe

von Rheinland-Pfalz hin.

Der Frankenthaler Prozeß

Na. Mainz, 13. November. (Eigener Bericht) Der Abgeordnete Otto Schmidt (SPD) befaßt sich in einer Kleinen Anfrage mit dem Frankenthaler Baugenossenschafts-Prozeß. Der mitangeklagte Oberbürgermeister Dr. Kraus habe in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister kurioserweise wiederholt von dem Gerichtsvorsitzenden gebeten werden müssen, den städtischen Beamten, die als Zeugen vernommen wurden, die erforderliche Aussagegenehmigung zu erteilen. Die breiteste Oeffentlichkeit könne diese Vorgänge nicht verstehen. Der Abgeordnete Schmidt fragt daher den Innenminister, warum bei der Schwere der gegen Dr. Kraus erhobenen Vowürfe diesem nicht gemäß § 51 des Selbstverwaltungsgesetzes und des § 6 des Landesbeamtengesetzes die weitere Führung der Dienstgeschäfte verboten und ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei.

Der Frankenthaler Prozeß

Frankenthal, 10. November. (Eigener Bericht.) Im Prozeß um die Krise der Frankenthaler Baugesellschaft erklärte Architekt Weiß als Sachverständiger, das „Luxuswohnhaus" Herderstraße 25 sei in die höchste Bauklasse einzuordnen, weil es eine überreiche Ausstattung besitze. Das Haus Friedrich-Ebert-Straße 5, in dem außer Dr. Kraus noch zwei Industriedirektoren wohnen, sei in einem herrschaftlichen Großraumstil errichtet worden. Während die Baukosten bei 240 000 Mark lagen, erreiche der Ertragswert lediglich 80 000 Mark. Um das Haus rentabel zu gestalten, müsse die monatliche Miete auf etwa 500 Mark je Wohnung festgelegt werden; sie betrage aber nur 170 Mark pro Monat.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme sagte der Sachverständige, Wirtschaftsjurist Dr. Schmitt, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft habe sich im Sommer 1951 in solchen finanziellen Schwierigkeiten befunden, daß der Konkurs nur durch den raschen Eingriff der Regierung und durch sonstige Sanierungsmaßnahmen habe abgewendet werden können. Nach dem Gutachten lagen damals unbezahlte Handwerkerrechnungen von insgesamt 560 000 Mark sowie eine Wechselverpflichtung über 150 000 Mark vor. Die Sanierung der Frankenthaler Baugesellschaft sei dadurch erschwert worden, daß die Landesregierung keine weiteren Mittel gewährte, weil früher zugewiesene Gelder zweckentfremdend verwendet wurden. Im Zuge der Soforthilfsmaßnahmen sei es gelungen, Bauspardarlehen in Höhe von 300 000 Mark flüssig zu machen und der Baugesellschaft nach und nach weitere 320 000 Mark zuzuführen. Auch heute seien die Schwierigkeiten der Frankenthaler Baugesellschaft noch nicht restlos überwunden.

Die beiden Angeklagten Dr. Kraus und Geschäftsführer Thiery erklärten zu dem Gutachten, daß sie selbst vor ihrer Abberufung alle Maßnahmen zur Sicherung der Gesellschaft sorgfältig vorbereitet hätten. Die Sanierung sei deshalb gescheitert, weil durch die „Pressekampagne" eine Vertrauenskrise heraufbeschworen worden sei.

Sozialdemokratische Stellungnahme

Als stärkste Fraktion des Frankenthaler Stadtrates nahmen die Sozialdemokraten in einer Sondersitzung zum Verhalten von Oberbürgermeister Dr. Kraus im Prozeß Stellung. Die Fraktion erörterte die Tatsache, daß Dr. Kraus auch während des Prozesses laufend Amtshandlungen vornehme, wobei er im Gerichtssaal verschiedenen städtischen Beamten und Angestellten als ihr Vorgesetzter die Aussagegenehmigung erteile.

Auf Anfrage des sozialdemokratischen Fraktionsführers, was er weiterhin zu tun gedenke, teilte Dr. Kraus mit, er habe bereits während der Vorverhandlung die Absicht gehabt, auf die Dauer der Hauptverhandlung seine Amtsgeschäfte niederzulegen. Sein Verteidiger, Justizrat Wager (SPD), Ludwigshafen, habe ihm davon jedoch abgeraten. Aus diesem Grunde werde er auch weiterhin seine Amtsgeschäfte wahrnehmen. A.Z. 11.11.53.

Dr. Kraus für Einschränkung zweckgebundener Mittel

Frankenthal, 18. Januar. (X) Der Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Kraus erklärte, es sei notwendig, die öffentlichen, verbilligten Wohnungsbaumittel nicht mehr wie bisher fast ausschließlich zweckgebunden auszuschütten. Allein in Frankenthal würden nach den bis jetzt für 1954 fertiggestellten Bauanträgen eine Million DM verbilligte öffentliche Mittel gebraucht werden. Bisher seien jedoch nur 300 000 DM für allgemeine Bauvorhaben vorhanden.

A.Z. 19.1.54.

Der Bund der Steuerzahler Rheinland-

nach dem Druckfehl
„psychologischer Kau
bunden sei.
Um jede Mißdeutun
tigen, finden a l l e K
halb anschließend d
der Gebrauchsanweis
in Frage stehenden

1 Teelöffel Spül-F
Spülschüssel, dan
zugeben. Üppiger S
verblüffender Spül

„Für Frankenthal untragbar geworden"

A.Z. 21.1.54

Sozialdemokraten verlangen Abberufung von Dr. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 29

w **Frankenthal**, 20. Januar. (Eigener Bericht.) Zum Abschluß der öffentlichen Frankenthaler Stadtratssitzung, die einen tumultartigen Verlauf nahm, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, der Stadtrat möge beschließen, daß Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus seine Amtsgeschäfte sofort niederlege und seinen Posten zur Verfügung stelle. Gleichzeitig betonte die sozialdemokratische Fraktion, Dr. Kraus sei im Zusammenhang mit dem Baugesellschaftsprozeß so erheblich belastet, daß er als Oberbürgermeister von Frankenthal untragbar geworden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion begründete ihren Antrag damit, daß in dem von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Revisionsverfahren und vor allem auch im Dienststrafverfahren der Regierung noch weitere Untersuchungen zu erwarten seien. Unter diesen Umständen könne es nicht verantwortet werden, Dr. Kraus weiter in seiner Stellung zu belassen. Den Frankenthaler Stadtrat würde zumindest eine erhebliche moralische Schuld treffen, wenn es dem Oberbürgermeister bei Weiterführung seiner Amtsgeschäfte möglich wäre, sich darauf Vorteile für den weiteren Verlauf des Dienststrafverfahrens und des Strafprozesses zu verschaffen. Die Bevölkerung der Stadt Frankenthal bringe schon lange kein Verständnis mehr dafür auf, daß sowohl der Stadtrat als auch die Regierung einen Mann im Dienst ließen, der unter schwerster strafrechtlicher Anklage stehe.

Oberbürgermeister Dr. Kraus war von diesem Antrag genau so überrascht wie die Fraktionen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Dr. Kraus erklärte energisch, er werde diesen Antrag unter keinen Umständen zur Abstimmung stellen, weil die rechtlichen Voraussetzungen dazu nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht gegeben seien. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion stelle gleichzeitig einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren dar, weil ihm bis jetzt noch kein schriftliches Urteil des Frankenthaler Landgerichts zugestellt worden sei. Nach dieser Erklärung des Oberbürgermeisters verließen die beiden Fraktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen den Saal und machten dadurch den Stadtrat beschlußunfähig.

fleissiger Helfer

die der Hausfrau täglich kostbare Zeit beim Spülen und Abwaschen spart, die ihr Geschirr ohne lästiges Scheuern und Reiben blitzblank spült und alles schrankfertig abtrocknet

in jedem Paket

Doppelpaket -.58

Verlangen Sie kostenlos eine Probe Spül-REI und Druckschriften von der REI-Chemie G.m.b.H. BOPPARD/RHEIN, Postfach

SR 353

Landesbausparkasse Hessen
Niederlassung Darmstadt, Paulusplatz 1
finanziert günstig: Neubau, Umbau, Wiederaufbau, Hauskauf usw.
Auskunft und Beratung Bezirks-Leiter W. Frommer, Nieder-Olm, Tel. Nr. 84

Haarsorgen?
Ausfall, Schuppen, drohende Glatze! Senden Sie ausgekämmtes Haar ohne Kosten für Sie an das Haarkosmetische Labor Frankfurt/M. 1, Fach 249/65.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 30

16.11.1953

Falls mein Besuch Ihnen zur Ablenkung genehm ist, kann ich gern für eine Stunde.

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,

F r a n k e n t h a l

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Mit Ihrem Anruf hatte ich mich herzlich gefreut. Meine Gedanken sind viel bei Ihnen. Wie gern möchte ich Ihnen helfen ! Aber wie ? Wie schwach ist doch der Mensch. Mein Glaube möge Ihnen helfen.

Mit Dr. Sartorius hatte ich am vergangenen Freitag eine kurze Besprechung mit dem Erfolg, daß er beim Kultusministerium feststellen wird, ob vor Weihnachten die geplante Tagung in Neustadt noch durchgeführt werden kann. Sobald ich eine neue Nachricht in dieser Angelegenheit von Sartorius erhalte,, werde ich Sie verständigen.

Mit vielen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 31

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 17.11.1953
FERNRUF 2011

Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Michel O p p e n h e i m
Regierungsrat a.D.

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 16.11.1953 und die darin zum Ausdruck gebrachte Gesinnung. Sie haben recht: Wie schwach ist doch der Mensch! Bis jetzt habe ich den Prozess gut durchgestanden. Ich habe auch immer noch die Überzeugung, dass die Gerechtigkeit siegen wird, da ich mir wirklich keiner Schuld im Sinne der Anklage bewusst bin. Ich darf annehmen,dass auch das Ergebnis der Beweisaufnahme diese Beurteilung rechtfertigt. Dies wird mir auch von zahlreichen Persönlichkeiten mit gutem Urteil bestätigt. Wenn alles gut geht, soll Ende dieser Woche die Beweisaufnahme abgeschlossen werden, sodass in der nächsten Woche die Plädoyers durchgeführt werden können und bis Ende November die Hauptverhandlung abgeschlossen werden kann. Ich hoffe, dass dann das Urteil noch vor Weihnachten ergehen wird. Es wäre natürlich sehr nett von Ihnen, wenn Sie einmal auf eine Stunde hierher kommen könnten. Da ich z.Zt. mit der Vorbereitung der Plädoyers für die Anwälte noch stark überlastet bin, würde ich vorschlagen, dass wir zunächst die Plädoyers und den Abschluss der Hauptverhandlungen abwarten. Ich würde Sie dann wieder anrufen und mit Ihnen für Ende November oder Anfang Dezember einen Termin ausmachen. Vielleicht kann ich dann auch einmal nach Mainz kommen.
Wegen der Tagung in Neustadt würde ich der Meinung sein, dass man dies erst etwa Mitte/Ende Januar 1954 abhalten solle, da erfahrungsgemäss die Schulen vor Weihnachten mit Veranstaltungen aller Art überlastet sind und zweifellos im Januar mehr Ruhe für eine solche Sache vorhanden wäre. Im übrigen hoffe ich, bis dahin wieder in alter Aktivität mich auch dieser Arbeit

widmen zu können.

Grüssen Sie bitte alle Freunde in Mainz recht herzlich von mir, wobei ich gleichzeitig für alle guten Wünsche, die mir von verschiedenen Seiten zugehen, aufrichtig und herzlich danke.

Ich verbleibe mit den herzlichsten Grüssen von Haus zu Haus

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 32

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 10.Okt.1953
FERNRUF 2011

Herrn
Reg.Rat a.D. Oppenheim

M a i n z
Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Sie haben leider gestern vergebens auf mich gewartet. Ich hatte, wie ich Ihrer Frau am Telephon sagte, vor, nachmittags kurz bei Ihnen im Krankenhaus vorbeizukommen und mich nach Ihrem Befinden zu erkundigen. Leider ist gestern alles durcheinander gelaufen. Dazu kam, dass ich nachmittags keinen Wagen zur Verfügung hatte, da meine Frau und meine Tochter damit nach Frankfurt gefahren sind, sodass es mir nicht mehr möglich war, Sie zu besuchen. Bis 4 Uhr hatte ich im Innenministerium zu tun, war dann bei Herrn Dombrowski in der Wohnung und bin mit diesem in die Verlagsanstalt gefahren, wo ich erst sehr spät weggekommen bin, sodass ich dann nach Hause fuhr. Mit Freude habe ich von Ihrer Frau erfahren, dass es Ihnen wieder besser geht und dass Sie wahrscheinlich in einigen Tagen wieder zu Hause sein werden. Hoffentlich bleiben keine ernsteren Folgen zurück. Ich wünsche Ihnen jedenfalls rasche und gute Genesung und hoffe, bald wieder einmal von Ihnen zu hören. Wie Sie wissen beginnt am 14. Oktober die Prozeßsache Baugesellschaft bei der Strafkammer des Landgerichts. Ich werde durch diesen Prozeß etwa zwei bis drei Wochen völlig beansprucht sein, da mit Ausnahme des Samstag täglich Sitzungen stattfinden werden und ich in den Abendstunden noch das Notwendigste auf dem Büro bearbeiten muss. In dieser Zeit kann ich also für Sitzungen und Besprechungen auswärts nicht zur Verfügung stehen. Ich hoffe, dass auch diese bittere Periode bald und gut für mich vorbei sein wird und verbleibe nochmals mit den besten Wünschen für Ihre Gesundheit

in alter Freundschaft

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 33

N.Z. 30.7.53

Verfahren gegen Frankenthaler Oberbürgermeister eingeleitet

Frankenthal, 29. Juli (NZ). — Das Landgericht Frankenthal hat ein Hauptverfahren gegen den Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Frankenthal, Konrad Thiery, und den ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gesellschaft, den Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, fortgesetzt gegen die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes verstoßen zu haben. Außerdem seien Baumaßnahmen durchgeführt worden, die mit der Zielsetzung der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft nicht in Einklang zu bringen seien. Dadurch habe man die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, so daß eine hochgradige Illiquidität eingetreten sei. Der Prozeß gegen Dr. Kraus und Konrad Thiery wird in Kürze beginnen und voraussichtlich drei Wochen dauern.

Vor dem Frankenthaler Stadtrat hat Oberbürgermeister Dr. Kraus, der dem Präsidium des Städtetages von Rheinland-Pfalz angehört, eine Erklärung abgegeben, in der er versicherte, daß er sich keiner Verfehlungen bewußt sei.

Passagierverkehr in Bremen verdoppelt. Bremen (NZ). — Der Passagierverkehr nach Übersee über die neue Fahrgastanlage an der Columbus-Kaje in Bremerhaven und der Passagierverkehr der stadtbremischen Häfen nach europäischen Ländern hatte sich im ersten Halbjahr 1953 mit 29 166 Personen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (rund 16 080) fast verdoppelt. Während des Jahres

Rohstoffnotierungen vom 28. Juli 1953

GETREIDE: Chikago, Weizen, redwinter, loco 192 bis 194⅞, per Sept. 194½—⅝, Mais, Nr. 2, mixed, loco 158 bis 160, per Sept. 145⅞—146, Hafer, Nr. 2, white, per Sept. 73¾, per Dez. 74⅞—75, Roggen, Nr. 2, per Sept. 120¼—¾, per Dez. 126¾—127. **Winnipeg,** Weizen-Exportpreis, North. Nr. 1, 204⅞. **SCHMALZ:** Chikago, prime steam, loco 12,50. **ERDNUSSÖL:** raffiniert, fob Schiff 23½. **ZUCKER:** New York, Kontrakt Nr. 4, loco 3,00, per Sept. 3,58. **KAFFEE:** New York, Kontrakt „S", per Sept. 60.55, per Dez. 59.33. **KAKAO:** New York, Accra loco 38,00, per Sept. 32,84 u. 2. **BAUMWOLLE:** New York, middl. 15/16 inch. loco 34,25, per Okt. 33.97, per Dez. 34,27—28. **Alexandria,** Karnak, long staple good. Handel ausgesetzt. Ashmouni, short st. g., Handel ausgesetzt. **WOLLE:** New York, Kammzge., 64er top, per Oktober 190.5/191.0, per Dezember 187.2/187.7. **RINDERHÄUTE:** New York, naßgesalzen, per Oktober 16,75. **KAUTSCHUK:** New York, RSS Nr. 1, per Sept. 22.30/40. **London,** RSS Nr. 1, loco 13⅜. **METALLE:** New York, Aluminium, 99%, 21,50. Zinn „A" u. straits 79.50, Blei, gew. N. Y., 14, Antimon fob Laredo 34½. Kupfer, Weltexp., 29,50—36,15, Silber 85¼, Zink, East St. Louis, 11—½, Platin 93—95, Gold 35. **London,** Zinn, Kasse 578½—580, 3 Monate 578½—580. **Singapore,** Zinn, cif europ. Häfen, 60 Tage 596½.

Berliner Wechselstubenkurs vom 29. Juli
100 DM (Ost) = 19,31 DM (West)

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 34

31. Juli 1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c. Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l ,

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Auf Anfordern erhielt ich von Herrn Dr. Sartorius einen Durchschlag des Protokolls. Ich habe ihn heute an Herrn Dr. Ewald nach Kreuznach gesandt mit der Bitte, das Protokoll nach Durchsicht an Sie weiter zu senden. Ich bitte Sie, das Protokoll später an mich zurückzugeben, damit ich es zu den Akten nehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 35

Michel Oppenheim
Reg.-Rat a.D.

Mainz, den 21.11.1952
Am Stiftswingert 19

Fräulein
Maria F e r n e k e ß ,
F r a n k e n t h a l
Stadtverwaltung, Rathaus

Sehr verehrtes Fräulein Fernekeß !

Der Herr Oberbürgermeister ist unterrichtet, daß ich mich mit nachstehender Bitte an Sie wende.

Seit längerer Zeit warte ich auf gewisse Unterlagen betreffend Vorgeschichte der Universität in Mainz, die der Herr Oberbürgermeister mir mitteilen wollte. Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie von Zeit zu Zeit Ihren Chef an die Angelegenheit erinnern wollten, aber bitte recht freundlich, damit er auch reagiert.

Zu Gegendiensten stehe ich gern zur Verfügung. Sollten Sie eine Urlaubsverlangerung oder eine Gehaltserhöhung wünschen, bin ich gern bereit, dies zu unterstützen. Ich fürchte aber, daß Sie leichter meinen Wünschen entsprechen können als ich den etwaigen Ihrigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr sehr ergebener

A.Z. 19.10.53.

Der Frankenthaler Prozeß

AZ. **Frankenthal**, 18. Oktober. (Eigener Bericht.) Im Prozeß gegen den Geschäftsführer und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Frankenthal gab der Angeklagte Thiery zu, daß bei der Ausführung von Schreinerarbeiten beim Wohnungsbauprogramm 1950 in einem Fall das Angebot Frankenthaler Handwerker mit 20 000 Mark berücksichtigt wurde, während Wormser Firmen ein Angebot von nur 15 000 Mark eingereicht hatten. Der Aufsichtsrat habe diesem Zuschlag trotz der Mehrkosten von 5000 Mark im Hinblick auf eine sonst drohende Arbeitslosigkeit zugestimmt.

Einen breiten Raum in der bisherigen Verhandlung nahm die Finanzierung verschiedener Bauprogramme in Anspruch. In einem Fall wurde durch das Gericht nachgewiesen, daß im Voranschlag an reinen Baukosten 98 000 Mark eingesetzt waren, die Endabrechnung ergab jedoch auf Grund von Sonderwünschen der Mieter eine Bausumme von 138 000 Mark, zu denen noch weitere 30 000 Mark für Baugeländebeschaffung kamen.

Im Laufe der Verhandlung nahm Staatsanwalt Wanger scharf dagegen Stellung, daß ihm der Verteidiger von Oberbürgermeister Dr. Kraus, Justizrat F. W. Wagner, SPD-Bundestagsabgeordneter, bei der Erörterung kommunalpolitischer Fragen empfohlen habe, eine seiner parteipolitischen Versammlungen zu besuchen!

Landespolitik Rheinland-Pfalz

A.Z. 29.10.53.

„Vergnügungsverein führte besser Buch"

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 37

Seltsame Feststellungen im Frankenthaler Bauprozeß

Frankenthal, 28. Oktober. (Eigener Bericht) Mehrere Mitglieder des Stadtrates, die gleichzeitig dem Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Baugesellschaft angehören, wurden im Prozeß um die Krise der Gesellschaft von der Großen Strafkammer des Landgerichtes vernommen. Einer der Zeugen erklärte, Oberbürgermeister Dr. Kraus sei zwar formell Vorsitzender des Bauausschusses gewesen, habe es jedoch niemals für notwendig gefunden, einer Sitzung beizuwohnen! Der gleiche Zeuge versicherte, Geschäftsführer Thiery habe die Absichten des Bauausschusses dadurch ignoriert, daß die Bauaufträge nicht mehr im Submissionswege ausgeschrieben, sondern frei nach eigenem Ermessen vergeben wurden.

Ein früherer kommunistischer Stadtrat bemängelte die kurze Frist, die bei der Einladung zu den Aufsichtsratssitzungen gegeben war.

Durch die Vernehmung weiterer Zeugen konnte die festgestellte Protokollfälschung noch nicht geklärt werden. Es wurde lediglich geklärt, daß das fragliche Protokoll von einem Prokuristen der Baugesellschaft ausfertigt wurde. Die Abfassung der Sitzungsprotokolle veranlaßte den Vorsitzenden der Strafkammer zu dem Hinweis, daß jeder Vergnügungsverein besser Buch führe als es Geschäftsführer Thiery selbst dort tat, wo es um Millionenbeträge ging.

Der Bauunternehmer Sauer belastete Thiery insofern, als dieser beim Bau des Wohnhauses Friedrich-Ebert-Straße 5 den gesamten umbauten Raum nur mit 1960 Kubikmeter angenommen habe, während in Wirklichkeit 2600 Kubikmeter Raum bebaut wurden. Ein Kapitalfehler habe auch darin gelegen, daß Thiery den Kubikmeterpreis mit 40 Mark annahm, während die tatsächlichen Kosten 68 Mark betrugen! Auf Vorhalt des Verteidigers konnte Sauer nachweisen, daß er eine Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung besaß, wonach er auch als Mitglied des Aufsichtsrates berechtigt war, Bauaufträge der Baugesellschaft zu übernehmen und auszuführen.

Im Verlaufe eines Kreuzverhörs wollte Dr. Kraus von dem Zeugen wissen, warum er den Aufsichtsrat nicht darüber informiert habe, daß beim Bau des Hauses Friedrich-Ebert-Straße 5 erhebliche Mehrkosten entstanden waren, nachdem Sauer zugab, den wirklichen Sachverhalt frühzeitig festgestellt zu haben. Die Ausrede des Zeugen, er habe deshalb nichts gesagt, weil er sich sonst so sehr aufregte (!) und weil er im Aufsichtsrat als „Unruhestifter" galt, fing der Vorsitzende mit der Bemerkung ab, daß Sauer dann eben aus dem Aufsichtsrat hätte herausbleiben müssen!

Auf Grund dieser bedenklichen Feststellungen konnte sich das Gericht zum ersten Male nicht entschließen, ein Aufsichtsratsmitglied zu beeidigen.

Am Volkstrauertag, 15. November, wird in Gau-Bischofsheim in einer Gedenkstunde

Nachbarkreise

Bei einer Jubiläumsfeier des Kreisvereins Kreuznach des Gaststätten- und Beherbergungsverbandes wurden viele Kreuznacher Hoteliers und Gaststättenbesitzer mit der silbernen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Erhebliche Straßenschäden entstanden im Wörrstadter Ortsteil „Katzeport", wo es zwischen den „blauen" und „roten" Manöververbänden der Amerikaner zu lebhafter Kampftätigkeit kam. Von den aufmarschierenden Panzern wurden die Bürgersteige wie Papier zerknüllt und an die Hauswände gedrückt.

Für 1300 Mark Schmuck gestohlen wurde in Worms. Die Diebe hatten zwischen 19 und 22 Uhr in einer belebten Straße den Schaukasten eines Juweliergeschäfts mit einem Nachschlüssel geöffnet.

Bürgermeister Weber aus Dittelsheim, Kreis Worms, ist auf der Straße von einem Herzschlag getroffen worden und war sofort tot.

Die „Edeka"-Großhandel EGmbH., Bingen, errichtete im Stadtteil Bingen-Gaulsheim, nahe der Bundesstraße 9, ein großes 70 Meter langes Lager- und Bürohaus, dessen Richtfest kürzlich gefeiert wurde.

steine im Essenheimer Judenfriedhof vermerkte. Diese Notiz erreichte einen aus Essenheim gebürtigen amerikanischen Staatsbürger, dessen Schwester in dieser rheinhessischen Gemeinde im Jahre 1907 beerdigt wurde und der sich auf die Meldung hin aus den USA. an die hiesige Bürgermeisterei wandte und in einem Schreiben seiner Freude über die Instandsetzung der Gräber Ausdruck gab. Gleichzeitig ließ er den beiden Arbeitern eine Anerkennung zukommen und sicherte der weiteren Pflege des Friedhofs seine Unterstützung zu. AW.

Sportverein für Sörgenloch

Seit einigen Wochen haben die Bemühungen der am Sport interessierten Bürger von Sörgenloch, einen Sportverein zu gründen, festere Formen angenommen. Danach steht zu erwarten, daß auch diese Gemeinde, die bis jetzt weder einen Sportverein, noch einen Sportplatz besaß, das Versäumnis der Vergangenheit nachholt. Man wird sich am Freitag, 30. Oktober, um 20.30 Uhr in der Gastwirtschaft Simon treffen, um die Gründung eines Turn- und Sportvereins zu verwirklichen. Alle Freunde des Sportes und die Förderer dieses örtlichen Bemühens sind zu dieser öffentlichen Gründungsversammlung eingeladen.

G. H.

A.Z. 27.10.53.

Thiery gab ungedeckte Wechsel

Bemerkenswerte Feststellungen im Frankenthaler Bauprozeß

SAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 38

AZ - **Frankenthal**, 26. Oktober (Eigener Bericht.) Im Prozeß um die Frankenthaler Baugesellschaft wurde bei der Vernehmung weiterer Zeugen eine Protokollfälschung aufgedeckt, deren Urheber noch nicht festzustellen war. Das fragliche Protokoll, eine Abschrift, die mit der Unterschrift des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden gezeichnet ist, wurde von dem Angeklagten Thiery vorgelegt. Landgerichtsrat Galgenmüller bedauerte in diesem Zusammenhang, daß bei dem früheren Geschäftsführer keine Haussuchung stattgefunden habe.

Verschiedene Mitglieder des Aufsichtsrates versicherten im Zeugenstand, daß sie niemals dem kostspieligen Bau der hinter ihrem Rücken erstellten Luxuswohnung Herderstraße 25 zugestimmt hätten.

Der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. David (Regensburg), war der Ansicht, daß der Oberbürgermeister eine repräsentative Wohnung brauchte — dabei seien die wirklich entstandenen Kosten aber vermeidbar gewesen. Die Zuckerfabrik habe Dr. Kraus in einer erst 1949 gebauten Villa eine entsprechende Wohnung angeboten und sich auch bereit erklärt, die durch Benützung durch die französische Besatzungsmacht entstandenen Beschädigungen zu beseitigen. Nachdem die Abänderungswünsche der Familie des Oberbürgermeisters jedoch eine Summe von 18 000 Mark (Anm.: für eine Wohnung in einem Neubau) erforderlich gemacht hätten, habe die Zuckerfabrik ihr Angebot zurückgenommen.

„Ich hatte das Gefühl und die Meinung, daß Thiery den Aufsichtsrat durch rasche Zahlenverlesung bluffen wollte. In mir entstand auch der Eindruck, als hätten sich Thiery und Oberbürgermeister Dr. Kraus gegenseitig die Bälle zugeworfen und vor den Sitzungen vereinbart, was gesprochen werden sollte", erklärte Dr. David. Sein persönliches Verhältnis zu Dr. Kraus sei höflich und kühl, aber bestimmt von dem Willen zu guter Zusammenarbeit gewesen.

Der als Zeuge gehörte Bauunternehmer Sauer hatte in einer Haupt- und Finanzausschußsitzung den Oberbürgermeister gefragt, welche Gelder für den Bau des Hauses Friedrich-Ebert-Straße 5 verwendet würden, weil er den Verdacht hatte, daß dabei zweckbestimmte Mittel für sozialen Wohnungsbau genommen wurden. Oberbürgermeister Dr. Kraus habe ihm einen Betrag von 120 000 Mark genannt, während der Zeuge zur gleichen Zeit schon wußte, daß Baukosten über 230 000 Mark aufgelaufen waren. Er habe es jedoch unterlassen, den Sachverhalt in der gleichen Sitzung klarzustellen, weil er den Oberbürgermeister nicht blamieren wollte.

Der gleiche Zeuge hatte dem Angeklagten Thiery auch einmal darüber Vorhaltungen gemacht, daß die Baugesellschaft viele ungedeckte Wechsel ausgab, die teilweise bis zu fünfmal verlängert werden mußten, weil kein Geld da war. Auf diese Vorhaltung habe Thiery gesagt, daß vielleicht doch bald eine kleine Inflation komme — und dann sei auch die Baugesellschaft gleich über dem Berg ...

Lieber zuwenig

als zuviel von der geschmeidigen KINESSA-Schuh-Pasta auftragen. Nachweislich genügen 2–3 mm der reinen Terpentinöl-Hartwachsqualität, um einem Schuh lackartigen Hochglanz zu geben.

KINESSA

SCHUH-PASTA

Mainz:
Drogerie Ackermann, Gaustraße 55
Drogerie Delle, Klarastraße 19
Drogerie Fußwinkel, Graben 2
Drogerie Kepplinger, Pfandhausstraße 3
Drogerie Künstler, Forsterstraße 19
Drogerie Krug, Ecke Bopp- u. Kurfürstenstr.
Drogerie Landmann, Martin-Luther-Str. 75
Drogerie Lorey, Gaustraße 15
Drogerie Massing, Neckarstraße 2
Drogerie Mees, Höfchen 2
Drogerie Rupp, Kaiser-Wilhelm-Ring 79 und Kaiser-Karl-Ring 11
Drogerie Schollmayer, Augustinerstraße 32
Schwarzwald-Drogerie, Zanggasse 17
Bretzenheim: Drogerie Jayme
Gonsenheim: Drogerie Becker
Kastel: Drogerie Ziegler
Mombach: Drogerie Mai, Drogerie Norkus
Weisenau: Drogerie Schlenger
Budenheim: Drogerie Veit

Eine Ehe wird glücklich

wenn die Partner in der gleichen Geisteswelt leben, aber nicht ganz gleiche Charaktere und Temperamente haben. Welche Partner zusammenpassen, ergibt mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit die Handschriftendeutung

WALTER CLAR

Bad Kreuznach, Kurhausstraße 12

Graphologe seit 1910
gerichtl. Sachverständiger

Prospekte kostenlos

Der Erfolg

Die ausgenutzte Insertionsfläche einer Anzeige muß auch eine optische Wirkung erzielen. Nicht allein der Text soll überzeugend sein, auch die typographische Gestaltung trägt zum Insertionserfolg bei. Wir bitten deshalb, Ihre Anzeigenmanuskripte rechtzeitig einzusenden.

...entscheidend

Marktbe...
lesen Sie ...
landwirtsch...

Der ...

Verlangen Sie ...

BESTE...

Unfrankiert in ...
DER LANDBO...

Ich/Wir bestelle(n) ... auf Widerruf die ... wirtschaft

Der ...

zum ... 1,-

Anschrift: .....

.....

.....

.....

Datum: .....

A.Z. 28.10.53

Frankenthaler Baugesellschaft wieder saniert?

Frankenthal, 27. Oktober. (SF) Im Prozeß um die Frankenthaler Baugesellschaft erklärte am Montag Oberbürgermeister Dr. Kraus, daß sich die in Illiquidität geratene Baugesellschaft aus eigenen Mitteln wieder saniert habe.

Dr. Meiborg vom rheinland-pfälzischen Sozialministerium sagte als Zeuge aus, daß die Frankenthaler Gesellschaft als ein seriöses Unternehmen gegolten und Thiery in Kreisen seiner Kollegen gutes Ansehen genossen habe. Die Gerüchte um die schlechte Lage der Gesellschaft hätten eine alarmierende Bestätigung im Juni 1951 gefunden, als eine Handwerkerabordnung aus Frankenthal Forderungen in einer Gesamthöhe von achthunderttausend Mark geltend gemacht habe. Die Teilnehmer der Abordnung hätten erklärt, Thiery sei am Zusammenbruch der Gesellschaft schuld. Er, Meiborg, habe dann eine Konferenz in Frankenthal einberufen und gefordert, daß Thiery als Geschäftsführer abberufen werde. Außerdem hätte Dr. Kraus vorerst seinen Posten als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft niederlegen sollen.

presse. Die Landwirtschaftsschulen und Beratungsstellen müßten viel stärker das System der „Kleinen Nachrichten" verfolgen. Als Abschluß der Tagung sprach Dipl.-Landw. Ludwig, Bad Godesberg, über „Der Flanellograph als Hilfsmittel in der Wirtschaftsberatung".

Intendanturweinabgabe nur ein Kompromiß

Das Landesgesetz zur Entschädigung der durch die Intendanturweinabgabe geschädigten Winzer sei der Versuch eines Kompromisses, stellte Bundestagsabgeordneter Gibbert, Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Nassau, fest. Nur ein Bruchteil des „abverfügten" Weines werde erfaßt, und nur ein Teil des Weines

kommenden Jahr

gschaften des Bundes

ichtlinien für die Uebernahme und Abwicklung skutiert werden, hat in Frankfurt die Bürg- Filmbürgschafts-Richtlinien für 1953 bekannt-

Angebot von etwa 100 deutschen Filmen zu rechnen.

Liebig wies auf die Notwendigkeit hin, den deutschen Filmexport wieder auf

A·Z. **Der Bauprozeß**

23/6 Sü in Frankenthal

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 40

Frankenthal, 21. Oktober. (X) Der Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Frankenthal, Konrad Thiery, verwickelte sich am Dienstag vor dem Frankenthaler Landgericht mehrmals in Widersprüche, als der Bau seines Wohnhauses erörtert wurde, das ursprünglich mit 30 000 Mark veranschlagt war, dessen Gesamtbaukosten jedoch über 70 000 Mark betrugen. Landgerichtsrat Geigenmüller hielt dem Angeklagten vor, daß dieses Projekt nicht durchfinanziert gewesen sei. Die vorgeschriebenen Baubücher seien offensichtlich erst angelegt worden, als die Baugesellschaft jede Uebersicht verloren habe. Die Angaben des Angeklagten, er habe sich das Haus nach seinen Sonderwünschen eingerichtet und die erheblichen Mehrkosten in Kauf genommen, weil er das Haus später käuflich erwerben wollte, wies das Gericht als unglaubhaft zurück. Thiery sei nicht einmal in der Lage gewesen, die Zinsen des mit 70 000 Mark veranschlagten Kaufpreises zu zahlen.

Oberbürgermeister Dr. Kraus erklärte hierzu, ihm sei lediglich bekannt gewesen, daß der Aufsichtsrat den Bau eines Wohnhauses für Thiery mit einem Kostenaufwand von 30 000 Mark zugestimmt habe. Ueber die entstandenen Mehrkosten sei der Aufsichtsrat nicht unterrichtet gewesen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 41

 A.Z. 23.10.53.

Prozeß-Protokolle sind wieder da!

„Ein Unbekannter legte sie in den Schrank der Staatsanwaltschaft"

AZ – **Frankenthal**, 22. Oktober. (Eigener Bericht.) Bei der Erörterung weiterer Anklagepunkte im Prozeß um die Gemeinnützige Frankenthaler Wohnungsbaugesellschaft, erklärte der Angeklagte, Geschäftsführer Thiery, er habe sich auch ohne Genehmigung des Aufsichtsrates für berechtigt gehalten, der ihm anvertrauten Kasse einen Vorschuß von insgesamt 1900 Mark zu entnehmen. Thiery stützte sich darauf, daß er von der Baugesellschaft als Arbeitgeber einen solchen Vorschuß verlangen konnte, weil er sich um die Gesellschaft große Verdienste erworben habe. Die eigenhändige Entnahme eines Entschädigungsvorschusses für den Verlust seiner Einrichtungen bei einem Luftangriff begründete Thiery damit, daß er als Geschäftsführer berechtigt gewesen sei, frei über eine Summe bis zu 10 000 Mark zu verfügen.

Ob der Angeklagte Thiery auch dabei über die Bestimmungen seiner Geschäftsanweisung hinausging, als er Professor Müller von der Technischen Hochschule Karlsruhe ohne jede Zustimmung des Aufsichtsrates mit der Ausarbeitung eines Sanierungsplanes für die Bebauung von Trümmergebieten im Stadtkern Frankenthal beauftragte und für die entstandenen Unkosten später den Betrag von 2000 Mark auszahlte, soll durch die Vernehmung der Zeugen in den nächsten Verhandlungstagen geklärt werden.

Mit einer Ueberraschung begann die Donnerstag-Verhandlung. Der Gerichtsvorsitzende gab bekannt, daß die im Gericht verschwundenen Originalprotokolle von den Aufsichtsratssitzungen der Wohnungsbaugesellschaft wieder zur Verfügung stehen. Sie sind am Donnerstagmorgen um 6 Uhr von einem Angestellten des Gerichts in der auch als Aufenthaltsraum benutzten Telefonzentrale aufgefunden worden. „Gestern abend waren sie aber noch nicht da." Ein Unbekannter habe außerhalb der Dienstzeit die Protokolle wieder herbeigeschafft und sei „so unhöflich gewesen, sie in den Schrank der Staatsanwaltschaft zu legen."

Der Staatsanwalt erklärte, daß er sich bemühen wolle, den Unbekannten zu finden.

ch, Mainz-Kastel. Hans Schimpf, Kaufmann, Mainz-Weisenau
Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführe
eten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird di
lschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Ge
tsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten
Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Riesen-Auswahl
in fertigen
Pelzmänteln
u. Maßanfertigungen
in allen Preislagen,
bequeme Raten.
Thies-Pelze
Ecke Kleebach

Klaviere und Harmoniums
gebraucht, zu ver-

DORTMUNDER HANSA-BIER
Zu beziehen durch:
Phil. Heil
Fabrik alkoholfreier Getränke
Mainz, Münsterstraße 5¹/₁₀, Ruf 73 58

Briefmarken-Sammlung
größ. Objekt u. Raritäten kauft
WENZEL, Frankfurt/M.
Neue Mainzer Straße 16, Tel. 9 24 65

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 42

AZ. 21.10.52

Akten spurlos verschwunden

Oberbürgermeister Dr. Kraus von einer Anklage entlastet

AZ. **Frankenthal**, 20. Oktober. (Eigener Bericht.) Zu Beginn des 4. Verhandlungstages im sogenannten „Prozeß um die Frankenthaler Baugesellschaft" machte der Gerichtsvorsitzende die sensationelle Mitteilung, daß einige als zusätzliches Beweismaterial angeforderte Schriftstücke spurlos verschwunden sind. Es handelt sich dabei um verschiedene Originalprotokolle von Sitzungen des Aufsichtsrates der Baugesellschaft. Landgerichtsrat Galgenmüller, der dabei bedauerte, daß die rheinland-pfälzische Justiz eben noch keine sicheren „Panzerschränke" besitze, konnte an Hand des Aktennachweises lediglich feststellen, daß die fraglichen Protokolle zuletzt bei der Staatsanwaltschaft lagen.

Justizrat F. W. Wagner legte als Verteidiger von Oberbürgermeister Dr. Kraus diese dadurch geschaffene Situation dahin aus, daß er sich — je nach Würdigung der noch vorhandenen Protokoll-Abschriften — alle weiteren Schritte vorbehalten müsse.

Durch Beiziehung weiteren Beweismaterials konnte Oberbürgermeister Dr. Kraus von dem Anklagepunkt, leere Versprechungen bei der Finanzierung von Wohnungsbauprojekten gemacht zu haben, entlastet werden. Das Gericht stellte nämlich fest, daß Dr. Kraus durch Beschluß des Haupt- und Finanzausschusses ermächtigt war, den Geldgebern zu versichern, die Stadt Frankenthal werde, wenn es erforderlich erscheine, sogenannte „Zinsverbilligungs-Zuschüsse" bis zu 150 000 Mark jährlich bereitstellen. Die irrtümliche Ansicht war dadurch entstanden, daß der Stadtrat diesen Ausschußbeschluß noch nicht beraten hatte.

Im Verlauf des vierten Verhandlungstages wurde eingehend die Vorgeschichte des von der Anklage als „Luxuswohnung" bezeichneten Anwesens Friedrich-Ebert-Straße 5 behandelt. Oberbürgermeister Dr. Kraus setzte sich dagegen zur Wehr, daß dieses Anwesen als „Villa des Oberbürgermeisters" bezeichnet wird. Neben ihm wohnten noch zwei Direktoren von Frankenthaler Industriefirmen in dem gleichen Haus. Es sei auch nicht richtig, daß seine Frau kostspielige Abänderungswünsche geltend gemacht habe. Ihre „Sonderwünsche" hätten vielmehr dem Prinzip der Sparsamkeit und der modernen Zweckdienlichkeit entsprochen.

Geschäftsführer Thiery sagte, das Wohnhaus in der Friedrich-Ebert-Straße 5, das ursprünglich mit 119 000 Mark veranschlagt war, nach der Fertigstellung jedoch 260 000 Mark kostete, sei nach den Wünschen der Frankenthaler Industrie gebaut worden. Die leitenden Direktoren der betreffenden Firma hätten sich nicht nur bereit erklärt, die entstehenden Mehrkosten zu übernehmen, sondern später sogar das Haus zu kaufen. Die Verhandlungen, die einen Kaufpreis von 200 000 Mark vorsahen, seien nur daran gescheitert, daß er — Thiery — seines Amtes enthoben und als Geschäftsführer abberufen wurde.

Höchste Zweifel aller Prozeßbeteiligten rief eine detaillierte Aufstellung über die Baukosten des umstrittenen Wohnhauses Friedrich-Ebert-Straße 5 hervor. Es sei unglaublich, so stellten Geschäftsführer Thiery fest, daß bei den reinen Baukosten von 200 000 Mark zusätzliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 60 000 Mark entstanden seien. Der Hinweis in der detaillierten Kostenzusammenstellung, daß für die Beschaffung von 60 000 Mark an Hypotheken und Darlehen ein Betrag von 30 000 Mark (!) aufgewendet werden mußte, lasse sich nur durch „Doppelbuchungen" erklären. Eine Klärung dieser umstrittenen Fragen wird aber erst durch die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen erfolgen. Das Gericht hat zum Abschluß des 4. Verhandlungstages jedoch darauf hingewiesen, daß der „Baugesellschaftsprozeß" noch länger dauern wird, als man ursprünglich annahm. Die ersten Zeugen mußten aus verschiedenen Gründen bereits zu einem späteren Zeitpunkt umgeladen werden.

Bundesminister Franz Josef Strauß äußerte Bedenken wegen des Entgegenkommens gegenüber den Freien Demokraten. Der Bundeskanzler betonte in der Fraktionssitzung, daß die Regierungsfront möglichst weit ausgedehnt worden sei, um stabile Verhältnisse zu schaffen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Bundestagspräsident Dr. Ehlers der 117 529 deutschen Kriegsgefangenen, die noch nicht in die Heimat zurückgekehrt seien. 103 000 befänden sich in der Sowjetunion, von ihnen hätten 16 000 bisher Nachricht gegeben. Der Bundestag gebe seiner Freude darüber Ausdruck, daß jetzt einige tausend Gefangene zurückgekehrt seien und versichere den Angehörigen der noch nicht zurückgekehrten sein tiefes Mitgefühl.

Nach diesen Gedanken nahm Bundestagspräsident Dr. Ehlers die Vereidigung des Bundeskanzlers und der Bundesminister vor, die einzeln vortraten und ihre Verpflichtung durch Handschlag und die religiöse Eidesformel bekräftigten.

...ch Triest

...t / Kundgebungen in Rom

Die demonstrierenden Studenten führten Spruchbänder mit Aufschriften wie „Tito an den Galgen", „Triest ist italienisch" und „Das für Triest vergossene Blut darf nicht umsonst geflossen sein" mit sich. In Sprechchören wurde der unverzügliche Einmarsch italienischer Truppen in Triest gefordert.

Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte auf seiner Pressekonferenz, die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten sich nicht mit dem Gedanken beschäftigt, ihre Haltung zu dem Beschluß zu ändern, daß ihre Streitkräfte aus der Triester A-Zone abgezogen werden und daß das Gebiet den Italienern übergeben wird.

zahlern begriffen. Die meisten erinnern sich noch, daß man vor dem ersten Bundestag mit elf Ministern auskam, und daß Dr. Adenauer, als er im Jahre 1949 vierzehn Ministerien schuf, die Gemüter mit der Erklärung beruhigte, die neuen Ministerien seien nur zeitbedingt und würden bald wieder verschwinden. Nun sind aus den vierzehn jetzt neunzehn geworden, und bald können es bei der Schaffung eines Verteidigungsministeriums zwanzig sein. Da fragt der Bürger mit vollem Recht, ob eine so hohe Anzahl von Ministerien auch wirklich sachlich begründet ist, oder ob die Vermehrung der Ministersessel nur dazu diente, den Postenhunger zu befriedigen — und zwar so sehr, daß die Minister bei der Eröffnung der Bundesratssitzung nicht einmal Platz fanden. Die Schaffung eines Familien-Ministeriums und die Bildung von vier Ministerien für nicht näher bezeichnete Sonderaufgaben mutet manchen auf Sparsamkeit bedachten Wähler als zu gekünstelt an, zumal da sie anführen können, daß die Weltmacht Amerika einschließlich ihres Präsidenten und Vizepräsidenten mit elf Ministerien auskommt.

Der Bundeskanzler konnte aber die allzu Bedenklichen beruhigen. Er erklärte dem Volke, daß auch bei dem erweiterten Kabinett mit äußerster Sparsamkeit gewirtschaftet werden würde und daß keine wesentlichen Neubelastungen entstünden. Es wird schwer sein, dieses Versprechen zu halten, wenn man bedenkt, daß bei äußerster Einschränkung jedes neue Ministerium von vorneherein mit zweihunderttausend Mark belastet wird, ohne die sicher notwendig werdenden Ausgaben für Bauten und Einrichtungen. Es ist deshalb zu verstehen, daß der Bundesfinanzminister sich anfänglich mit Händen und Füßen gegen diese Millionen-Mehrausgaben sträubte. Wie zuversichtlich der Kanzler aber ist, geht auch daraus hervor, daß er trotz dieser Mehrbelastungen dem Volke eine durchgreifende Steuerreform, den Rentnern, Hinterbliebenen und Invaliden weitere Hilfe und eine umfassende Sozialreform für weiteste Bevölkerungsschichten in Aussicht stellte. Eine echte

A.Z. 17.10.53

Zuviel Aemter in einer Hand

Warnende Feststellungen im Frankenthaler Bauprozeß

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 43

mh. **Frankenthal**, 16. Oktober. (Eigener Bericht.) Am zweiten Verhandlungstag gegen den Frankenthaler Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus und den Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft wurden die beiden Angeklagten von der Großen Strafkammer ausführlich zur Person vernommen.

Dabei wurde dem Geschäftsführer Konrad Thiery vorgehalten, daß er bei seinem Geschäftsgebaren verschiedenen Aufgaben und Pflichten nicht nachgekommen war. Sowohl Dr. Kraus als auch Thiery erklärten, daß sie eine Vielzahl öffentlicher Ämter und Posten ehrenamtlich bekleideten. (Dr. Kraus unter anderem Mitglied und Vorsitzender von Städteverband Rheinland-Pfalz, Deutscher Städtetag, Kommunale Arbeitsrechtliche Vereinigung, Internationale Bürgermeisterunion zur deutsch-französischen Verständigung, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar und andere.)

Bei der eingehenden Erörterung des Wohnungsbauprogrammes 1950, das zusammen 321 Wohnungseinheiten umfaßte, erklärte Oberbürgermeister Dr. Kraus, daß die Stadt Frankenthal damals nicht nur 1500 Wohnungsuchende hatte, sondern durch Eilverfügung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums noch 1200 Flüchtlinge habe aufnehmen müssen. Trotz umfangreichen Baumaßnahmen und gewaltigen Anstrengungen sei es aber bis heute noch nicht gelungen, die restlichen 100 Flüchtlinge aus den Massenlagern herauszubringen und in menschenwürdige Wohnungen einzuweisen. Dieses „Kunststück" sei auch dem von der Regierung in Frankenthal eingesetzten Staatskommissar nicht gelungen.

Oberbürgermeister Dr. Kraus versicherte, nur weil er die Maßnahmen des Sozialministeriums als „groben Unfug" bezeichnete, auf zweimaligen Beschluß des Stadtrates bei der bayerischen Landesregierung Erleichterung gesucht und um eine Verschiebung der angekündigten Flüchtlingstransporte gebeten habe, sei gegen ihn ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden.

Auch der Angeklagte Thiery berief sich auf die Vielzahl der von ihm bekleideten Ämter, die es ihm bei unzureichendem Personal nicht möglich machten, allen Verpflichtungen als Geschäftsführer nachzukommen. Im Gegensatz dazu wurde jedoch im Gutachten des Südwestdeutschen Wohnungsbauverbandes festgestellt, daß das Personal der Frankenthaler Baugesellschaft überbesetzt war! Thiery unterstrich seinen Fleiß mit der Feststellung, daß er allein nach Dienstschluß 17 000 notarielle Unterschriften geleistet und nach dem schweren Luftangriff mit 200 Helfern rund 15 000 ausgebombte Frankenthaler wieder in eine Wohnung gebracht habe.

Sendet laufend
nsmittel-Pakete
in die
WJETZONE
– Vermittlung – Beratung
Sie bitte kostenlos und un-
lich Drucksachen von uns!
Hilfswerk
CHE HELFEN DEUTSCHEN"
DÜSSELDORF 1
9130 - Bilker-Allee 175

In Apotheken u. Drogerien Fl. 2.90

WIR LIEFERN IHNEN:

		Wöchentl. Rate
Oberbett mit Kissen . .	59,50	3,—
Wollmatratze	55,—	2,50
Federkernmatratze . .	98,—	5,—
Orig. Schlaraffia-Matr. .	102,—	5,50
Wolldecken, kamelhaarf.	35,—	2,—
Wollsteppdecken, Seidebez.	29,50	1,50
Tagesdecken, Seidebezug	75,—	4,—
Daunensteppdecken, Seidebezug	155,—	9,—

VERLANGEN SIE NOCH HEUTE UNSER MUSTERANGEBOT!

Schwäbischer Bettenversand Neuburg/Donau

„Nicoton", altbewährt gegen
ssen
n Apotheken.

n
siv!
ndere"
orheit
eln zu
Leben
n!

des Bauernverbandes und
Fachartikel bringt die
der Wochenzeitung

Der Land

Verlangen Sie unverbindlich

„DER LAN
Mainz-Rhein,

BESTELLS

Unfrankiert in Umschlag einsen
DER LANDBOTE, Mainz,

Ich/Wir bestelle(n) ab sofort bis
auf Widerruf die Wochenzeitun
wirtschaft

Der Land

zum monatlichen
1.— DM zuzügli

Anschrift: .....

.....

.....

.....

Datum: .....

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 44

Der Frankenthaler Bauprozeß

9.Z. 16.10.53

Wurde die Gesellschaft um 700 000 DM geschädigt?

mh. **Frankenthal,** 15. Oktober. (Eigener Bericht.) Die mit großer Spannung erwartete Hauptverhandlung gegen den früheren Geschäftsführer der Frankenthaler Baugesellschaft, Konrad Thiery und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus, die sich beide wegen Untreue und Verstoßes gegen das GmbH-Gesetz zu verantworten haben, begann vor der Großen Strafkammer des Frankenthaler Landgerichts mit eingehenden Debatten zwischen dem Verteidiger, dem Gericht und dem Staatsanwalt über prozessuale Fragen.

Bereits vor Eintritt in die Vernehmung der Angeklagten hatte der Verteidiger von Dr. Kraus, Justizrat und MdB Wagner (Ludwigshafen), den Bausachverständigen, Architekt von Heesen, abgelehnt. Dieser Antrag, der später schriftlich niedergelegt wurde, stützte sich darauf, daß von Heesen nicht die erforderlichen Sach- und Fachkenntnisse besitze, um die wichtigen Fragen des Prozesses, der über das weitere Schicksal zweier in der Öffentlichkeit stehender Menschen entscheide, eindeutig und objektiv zu beantworten.

In einer ausführlichen Begründung stellte der Verteidiger fest, das eingereichte Gutachten des Architekten von Heesen sei nicht nur laienhaft und ungenügend gewesen, sondern habe auch den Kern der Sache nicht getroffen. Im übrigen müsse von Heesen auch als befangen abgelehnt werden, weil er sich in seinem Gutachten eindeutig gegen die gemeinnützigen Baugesellschaften allgemein ausgesprochen habe. Nach mehrstündiger Beratung lehnte das Gericht diesen Antrag ab und bestellte von Heesen erneut als Sachverständigen.

Zuvor hatte Staatsanwalt Wanger in scharfen Worten erklärt, in diesem Prozeß gehe es nicht um das Wesen der Baugesellschaft, sondern um die beiden Repräsentanten dieser Gesellschaft, die die Frankenthaler Baugesellschaft in Mißkredit brachten. Gleichzeitig verwahrte sich der Staatsanwalt dagegen, daß der kritisierte Sachverständige von Heesen vor seiner Vernehmung Zeugnis über seine bisherige Tätigkeit, Leistung und Befähigung ablegen sollte!

Aus dem 35 Seiten umfassenden Eröffnungsbeschluß ging hervor, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch nur durch das Einschreiten des Sozialministeriums Rheinland-Pfalz und durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel habe abgewendet werden können. Die im Jahre 1951 auftretende Zahlungsunfähigkeit der Frankenthaler Baugesellschaft sei nicht durch die Koreakrise und durch die Verteuerung der Baumaterialien, sondern auf die unverständliche Geschäftshandhabung des Angeklagten Thiery und die Vernachlässigung der Aufsichts- und Überwachungspflicht des Angeklagten Dr. Kraus zurückzuführen.

Schuld an der Rückentwicklung der Gesellschaft sei ferner das satzungswidrige Gebaren des Angeklagten Thiery bei der Vergabe von Bauaufträgen gewesen. Allein dadurch, daß die Bauprojekte nicht ausgeschrieben wurden, sei der Gesellschaft ein Schaden von insgesamt etwa 700 000 DM entstanden. In dem Eröffnungsbeschluß wurden auch die beiden „Luxuswohnungen", die sich die Angeklagten erstellen ließen, erwähnt. Während ursprünglich Baukosten in Höhe von zusammen 144 000 DM vorgesehen waren, wies die Endabrechnung einen Betrag von 337 000 DM auf. Der Baugesellschaft entstand später ein weiterer Verlust von fast 200 000 DM, weil die beiden „Luxushäuser" weit unter dem wirklichen Wert abgestoßen werden mußten.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 45

Gebr. Schreibtisch zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. Mz 8280a an d. AZ., Mainz.

Unterricht

Wer erteilt Quartan.

Nachhilfe

in Französisch? Schüler kommt ins Haus. Angeb. mit Preis u. Mz 1631 an die AZ., Mainz.

Wohn.-Markt

Wohnungen

in jeder Größe, mit BKZ, f. vorgemerkte Interess. lfd. gesucht Telefon 83-557 Presse - Beobachter, Bonifatiusstr. 3

Sel bstfahrer

gen ab
Pfennig
leih Weinel
46 - Ruf 47 05

Wohnlage Mombach oder Stadt. Off. u. Mz 8206 an die AZ, Mainz

Stud. sucht Zimmer.

Bevorzugt Bretzenheim oder Nähe Krankenhaus. Off. u. Mz 8269 an die AZ., Mainz.

den übrigen Gesellschaftern unter unveränderter Firma fortgeführt.
Mainz, den 7. Oktober 1953 **Amtsgericht**

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Wiesbaden

Öffentliche Ausschreibung Ho 27

Die Lieferung von Möbeleinrichtungen für den Bau IV der Städt. Krankenanstalten in Wiesbaden soll vergeben werden.
Die Verdingungsunterlagen sind auf Zimmer 311 für 1,— DM erhältlich.
Eröffnungstermin: Donnerstag, den 29. Oktober 1953, vormittags 9.30 Uhr, bei der Zentralen Verdingungsstelle, Kl. Wilhelmstraße 1—3, Zimmer 427.

Städt. Hochbau- und Maschinenamt
Kl. Wilhelmstr. 1—3 (Zimmer 311)

Suche
für sofort
möbl.Zimmer
möglichst Stadt. Angebote an
H. Wenzel, Mainz,
Binger Straße 22.

Kinderloses, berufstätiges Ehepaar
sucht
Neubauwohnung
bestehend aus 2 Zimmern, Küche und Bad, evtl. gegen Bkz., zum baldigen Bezug. Ausführliche Angebote erbeten unter Mz 1630 an die Allgemeine Zeitung, Mainz

Lande.

Frankenthaler Prozeß

Frankenthal, 14. Oktober. (lrp) Vor der Zweiten Großen Strafkammer des Frankenthaler Landgerichtes hat der Prozeß gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Frankenthal, Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus, und den Direktor der Gesellschaft, Konad Thiery, begonnen. Der Verteidiger von Oberbürgermeister Kraus ist Justizrat Friedrich Wilhelm Wagner. Der Prozeß wird etwa drei Wochen andauern. 35 Zeugen sind geladen. A·2·15.10.53

A·Z
14.10.
53

Prozeß gegen eine Baugesellschaft

Anklage gegen den Geschäftsführer und Vorsitzenden des Aufsichtsrates

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 46

Frankenthal, 13. Oktober. (Eig. Bericht.) Vor dem Frankenthaler Landgericht beginnt Mittwoch ein Prozeß, der zweifellos Aufsehen erregen wird.

Wie bereits früher berichtet, war die Frankenthaler Baugesellschaft, die in den ersten Nachkriegsjahren ein beachtliches Wohnungsbauprogramm verwirklichte und allein seit der Währungsreform 375 Häuser mit insgesamt über 1300 Wohnungseinheiten errichtete, im Jahre 1951 hochgradig illiquid geworden und konnte nur durch das Einspringen der Landesregierung in letzter Minute vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Wo lagen die Ursachen dieser falschen Entwicklung? Diese Frage bildet das Leitmotiv des jetzt beginnenden Prozesses, in dessen Mittelpunkt der frühere Geschäftsführer der Frankenthaler Baugesellschaft, Konrad Thiery, als Angeklagter steht. Auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft, Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, ist zur Verantwortung gezogen.

Der Umfang dieses Prozesses ergibt sich schon daraus, daß sich das Ermittlungsverfahren über ein Jahr erstreckte und jetzt eine Verhandlungsdauer von drei Wochen vorgesehen ist. Die 2. Große Strafkammer, die unter Vorsitz von Landgerichtsrat Galgenmüller steht, hat fast vierzig Zeugen sowie eine große Anzahl — meist sehr prominenter — Sachverständiger geladen. Die Anklage, die von Staatsanwalt Wanger vertreten wird, wirft den Angeklagten ein „fortgesetztes Vergehen gegen das GmbH.-Gesetz" vor.

Die finanzielle Krise der Frankenthaler Baugesellschaft, die mit Beginn des Rechnungsjahres 1952 dadurch ihren Höhepunkt erreichte, daß neben anderen laufenden Verbindlichkeiten auch unbezahlte Handwerkerrechnungen in großer Höhe vorlagen, ist — nach der Anklageschrift — in erster Linie auf eine Reihe von Pflichtwidrigkeiten und Verstößen gegen den Gesellschaftsvertrag, gegen die Geschäftsanweisung, gegen die Bestimmungen des Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetzes und gegen das GmbH.-Gesetz zurückzuführen.

Entgegen den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaues soll der Angeklagte Thiery die Arbeiten für das Wohnungsbauprogramm 1950 ohne vorherige Ausschreibung vergeben haben. Dadurch seien nicht nur höhere Baukosten entstanden, sondern es sei auch nicht rechtzeitig ein Überblick über die wirklichen Gestehungskosten der einzelnen Bauten gewonnen worden. Dem Angeklagten Thiery wird weiter vorgeworfen, daß er die jeweiligen Baukosten nur abschätzte und in allen Fällen einen zu niedrigen Preis für den Kubikmeter umbauten Raumes zugrunde legte. Allein dadurch sei der Baugesellschaft ein Betrag von 400 000 Mark verlorengegangen.

war, im dichten Unterholz liegend, bereits stark verwest und von Wild angefressen.

-ma-

Durch Kohlenoxydgas vergiftet

Der Monteur einer Kölner Firma und ein fünfzehnjähriger Lehrling aus Köln waren im Keller eines Gebäudes auf der Zitadelle in Mainz mit Isolierungsarbeiten an einer Zentralheizungsanlage beschäftigt. Sie arbeiteten bis nach Mitternacht und legten sich dann in dem Arbeitsraum zum Schlaf nieder. Früh morgens wurden beide bewußtlos aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Der Monteur war am folgenden

Oberhessische Bauernwurst
FEINKOST-KLEIN Bahnhofstraße 1,
gegenüber der Hauptpost, Telefon 74 21

Abend wieder wohlauf, aber der Lehrling starb am gleichen Tag, wahrscheinlich an Vergiftung durch Kohlenoxydgas. rt.

Erhängt aufgefunden

Im Kellerraum eines Neubaues in der Kaiserstraße wurde vormittags ein Arbeiter mittleren Alters, der in Mombach ansässig gewesen war, erhängt aufgefunden. Ermitt-

ein Motorradfahrer auf einen vor ihm fahrenden Personenwagen auf. Der Anprall war so heftig, daß der Motorradfahrer erheblich verletzt wurde. Er fand Aufnahme in einem Krankenhaus.

Ohne Verletzte ging es bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personenwagen und einem Omnibus vormittags an der Einmündung der Heugasse in die Rheinstraße ab. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. rt.

Muntere Kapriole

Die Städtische Sparkasse hatte Fo

Die von den Kreissparkassen in Alzey, Bingen und Mainz sowie von der Städtischen Sparkasse Mainz gebildete Auslosungsgemeinschaft der Prämiensparer nahm am Montagnachmittag die Auslosung der Prämien für den Sparmonat September vor. Auslosungsort war diesmal die Städtische Sparkasse Mainz, die zu diesem Zweck ihren mit Blumen geschmückten Schalterraum zur Verfügung stellte.

Zu der unter der Aufsicht von Notar Köbler (Mainz) stehenden Auslosung waren die Direktoren aller in der Auslosungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Geldinstitute und eine große Zahl von Prämiensparern erschienen, die der feierlichen Handlung interessiert folgten. Direktor Scheil von der Städtischen Sparkasse Mainz führte einleitend aus, daß die am 1. Januar 1953 in der Bundesrepublik registrierten 800 000 Prämiensparer bis zum 1. Juli 1953 auf einundeinviertel Million angewachsen seien. Allein in der Auslosungsgemeinschaft Alzey, Bingen und Mainz seien die Prämiensparer im vergangenen Monat um 800 auf 7625 angewachsen.

An den Lostrommeln walteteten sodann zwei Waisenkinder ihres Amtes. Aber der Haupttreffer von 1000 Mark ließ lange auf sich warten. Er beglückte einen Familienvater mit drei Kindern, der in Mainz to

A.Z. 29.5.53

Der Städteverband tagte

Das Ziel ist eine gute und billige Verwaltung

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 47

Na. **Neustadt/Weinstraße**, 28. Mai. (Eigener Bericht.) Der Städteverband Rheinland-Pfalz, der insgesamt zwölf kreisfreie und 29 kreisangehörige Städte des Landes umfaßt, hielt hier seine diesjährige Arbeitstagung ab.

Oberbürgermeister Dr. Kraus (Frankenthal) gab dabei einen Ueberblick über die Wünsche des Städteverbandes für die kommende Novelle zum Selbstverwaltungsgesetz. Das Selbstverwaltungsgesetz in Rheinland-Pfalz gehöre zu den besten im Bundesgebiet. Ganze Abschnitte des im Jahre 1948 vom Landtag beschlossenen Gesetzes hätten andere Länder nachher übernommen.

Der Städteverband wünsche unter anderem, daß die Pflicht des Staates, für staatliche Aufgaben, die den Städten überwiesen werden, auch die Kosten und die übrige Verantwortung zu tragen, schärfer formuliert werde. Die Demokratie solle nicht so aufd ie Spitze getrieben werden, daß sie zum Unsinn werde. Dies gelte unter anderem für den Vorschlag, den Haushaltsentwurf als „Satzung" zu betrachten und ihn schon bevor er vom Stadtrat beschlossen werde, öffentlich auszulegen, was dann nach seiner Annahme durch den Stadtrat nochmals zu geschehen habe. Das bedeute eine gang erhebliche Erschwerung der Arbeit und Zeitverlust.

Ein ganz besonderes Anliegen der heute noch kreisangehörigen Städte im Lande sei es, durch die Novelle den Weg zur Kreisfreiheit eröffnet zu bekommen. Wenn man schon nicht soweit entgegenkommen wolle, daß überhaupt die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern kreisfrei gemacht würden, so solle man wenigstens der Anregung des Städteverbandes folgen und sie zwar steuerlich und anderweitig im Kreis lassen die Kommunalaufsicht aber an den Regierungspräsidenten übertragen. Schon früher hätten die Städte Idar-Oberstein und Bad Kreuznach diesen Wunsch geäußert, ohne aber damit zum Ziel kommen zu können.

Der Bürgermeister der Stadt Neuwied unterstrich diesen Wunsch nachdrücklich. Dieses Ziel werde aber kaum erreicht werden, da diese Städte praktisch die melkenden Kühe für die Landkreise seien. Sie brächten ein Drittel bis zur Hälfte der gesamten Kreisumlage ein. Der Instanzenzug vom Stadtbürgermeister über den Landrat und den Regierungspräsidenten zum Innenministerium und wieder zurück sei viel zu lang und darum viel zu kostspielig.

Auch Bürgermeister Stollenwerck (Boppard), wies darauf hin, daß die Städte in dem einen Fall Partner des Kreises, im anderen Falle aber ihm unterstellt seien, ein Zustand, der zweifellos nicht als logisch angesehen werden könne.

Vorher hatte Oberbürgermeister a. D. Dr. Ziebill als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages über die Arbeit seiner Bundesorganisation berichtet. Er kündigte sür die Selbstverwaltung schwere Zeiten an. Zwar seien die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden in letzter Zeit eindeutig gestiegen man verkenne jedoch sehr oft, daß diese Einnahmensteigerung ein einmaliger Fall sei, der sich nicht leicht wiederholen werde. Es handele sich vor allem um die Rückstände an Gewerbesteuer, die den Städten in den letzten zwei Jahren zugeflossen seien. Die Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge dürfe nicht dazu führen, daß die anderen Flüchtlinge und die Evakuierten dadurch zurückgesetzt würden.

Der Leiter der kommunalen Gemeinschaftsstelle beim Deutschen Städtetag, Bürgermeister Dr. Badenhoop, erklärte, ein Partikularismus sowohl der Dezernate als auch der Aemter innerhalb der Stadtverwaltungen dürfe nicht Platz greifen. Das Ziel sei eine gute und billige Verwaltung.

Öffentliche Ausschreibung

ür den Wiederaufbau des Verwaltungsgebäudes des Wasser- und Schiffahrtsamtes Mainz in Wiesbaden-Kastel.
ie Vergabe der Schreinerarbeiten (Türen und Fenster) wird

Verkäufe

Kleinklaviere
Grotrian - Steinweg - Jbach - Förster - Sauter - Steingraeber
Auch Teilzahlung.
PIANO-SCHULZ,
Wiesbaden,
Zietenring 7.

Fahrräder

Fahrrad-Anhänger

Anzahlung
von 40.- DM an

Wochenraten
von 5.- DM an

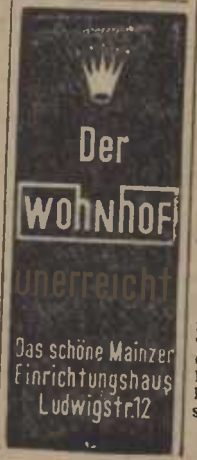
PINKERT
Schusterstraße 14.

Gebr. guterhaltener
Roeder-Küchenherd
m. Kohlenkasten,
Junker-Badeofen
neuwertig, preiswert zu verkaufen.
Schwoll, Motorräder,
Hinter dem Theater.

Photo-apparat
Kodak - Retina, Ia, preisw. zu verkauf.
Wolfgang Kegel,
Bodenheim a. Rh.
Rathausstraße 9.

Klavier
Blüthner, kreuzsaitig gut erhalt., nur 650.-
Piano-Schulz
Wiesbaden,
Zietenring 7.

Damen- und Herren-
Sportrad
(gebraucht)
billig zu verkaufen.
Lessingstr. 3, I. lks.



StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 48

EUROPÄISCHES Bürgermeistertreffen

Akt des Glaubens und der Hoffnung

Der fünfte Kongreß der Internationalen Union der Bürgermeister für deutsch-französische Verständigung und die Annäherung der europäischen Völker in dem französischen Badeort La Baule an der Atlantikküste vereinigte hundert Bürgermeister, in der Mehrzahl Franzosen, Deutsche, Oesterreicher und Schweizer sowie einige Italiener. Deutschland war u. a. durch den Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kolb, den Stuttgarter Oberbürgermeister Klett, den Baden-Badener Oberbürgermeister Schlapper, die Bürgermeister von Frankenthal, Bremerhaven, Fürth usw. vertreten. N. Fürth Nord 3.10.53.

Nach der Eröffnungsansprache hieß der Bürgermeister von La Baule, Senator Dubois, die Kongreßteilnehmer willkommen. Nachdem er die Anwesenheit der deutschen Bürgermeister als einen „Akt des Glaubens und der Hoffnung" bezeichnet hatte, erklärte er: „Der Weltfriede wird nicht künstlich von oben herab geschaffen, sondern von unten aus, von der Basis der Gemeinde, die die Mutterzelle der Nation bildet. Wenn sich alle Bürgermeister der Welt die Hände reichen wollten, wäre die Verwaltung eines geeinten Europas leichter, und zwar nicht nur zum Schutz gegen die Kriegsgefahr, sondern auch für einen edleren Zweck, nämlich die Erhaltung der geistigen Werte unserer westlichen Zivilisation."

Der Frankenthaler Bürgermeister Krauß dankte seinen französischen Kollegen für die viertägige Studienreise, zu der sie ihre ausländischen Kollegen eingeladen hatten. Besonders beeindruckt sei er von dem Empfang in St. Nazaire, der durch den Krieg am meisten verwüsteten Stadt Frankreichs, gewesen.

Der französische Bürgermeister Poher, der anschließend das Wort nahm, meinte, es sei möglich, zugleich Patriot und Anhänger Europas zu sein. Man müsse zunächst versuchen, sich gegenseitig zu verstehen und zu achten.

Als letzter Redner der Eröffnungssitzung sprach der Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, der die Ueberzeugung ausdrückte, daß die Mehrheit der Franzosen und der Deutschen den Frieden, die Arbeit und das Wohlergehen wünscht. Hier, wo Vertreter der Regierungsparteien und der Opposition anwesend sind, seien alle einig, um für die Annäherung der Völker zu arbeiten. Zu diesem Zweck müsse mit Geduld und Beharrlichkeit in den Gemeinden eine neue Moral, ein neues Klima geschaffen werden.

Zum Abschluß seiner Tagung beschloß der Kongreß, auf die beiderseitigen Regierungen einzuwirken, zwischen Deutschland und Frankreich endgültig Visa, Pässe und unnötige Zollkontrollen abzuschaffen. Die Bürgermeister faßten eine Reihe praktischer Beschlüsse, durch die Freundschaftsfahrten zwischen Frankreich und Deutschland und insbesondere der Austausch von Jugendlichen erleichtert und gefördert werden sollen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 49

Michel Oppenheim

Mainz, den 14.Juli 1953
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,

F r a n k e n t h a l

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Nach Rücksprache mit Herrn Thesen hatte ich für eine kommunalpolitische Monatsschrift -den Namen weiß ich leider nicht- beiliegende Zeilen anlässlich Ihres 60.Geburtstages verfasst. Da bereits von anderer Seite eine viel kürzere Würdigung eingetroffen war, konnte mein Opus nicht mehr Verwendung finden. Für die Menschheit ist hierdurch kein Schaden entstanden. Damit Sie aber wissen, daß ich anläßlich Ihres Geburtstages etwas geschrieben habe, erlaube ich mir, Ihnen beiliegend einen Durchschlag zu senden.

Mit großem Bedauern habe ich von den Ärgerlichkeiten, mit denen Sie wieder einmal belästigt werden, Kenntnis genommen. Durch Zufall habe ich hier etwas erfahren, was ich Ihnen möglichst bald mitteilen möchte. Um einen Termin mit Ihnen zu verabreden, rief ich vor etwa 10 Tagen in Frankenthal an , ohne daran zu denken, daß Sie in Urlaub waren.

Ich nehme an, daß Sie jetzt bald wieder einmal nach Mainz kommen und bitte Sie, mich

rechtzeitig zu verständigen. Was ich Ihnen mitteilen möchte, eignet sich nicht für eine schriftliche Übermittlung.

Inzwischen habe ich eine Besprechung zwischen der Firma Chemische Albert und Professor Dr.K e r n (org.-chemisches Institut) herbeigeführt. Die interessante Besprechung dauerte 4 Stunden und wird hoffentlich auch ihre Früchte tragen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich stets

Ihr

Einlage

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 50

STÄDTEVERBAND RHEINLAND-PFALZ
DER GESCHÄFTSFÜHRER

MAINZ, den 9.7.1953
Geschäftsstelle:
Mainz, Stadthaus, Am Pulverturm 13
Telefon-Nr 8141, Nebenstelle 4300
Bankkonto-Nr. 6026 bei der Städt. Sparkasse, Mainz

Herrn
Regierungsrat Oppenheim,

M a i n z .

Am Stiftswingert 19

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom 3.7.53 | Aktenzeichen | Bei Antwort bitte angeben

Betreff:

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Wunschgemäss lasse ich Ihnen anbei Abdruck des von Ihnen angefertigten Manuskripts zur gefl. weiteren Veranlassung zugehen.

Anl.

Mit freundlicher Begrüssung!
Ihr ergebener

Verwaltungsrat.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 51

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 3.Juli 1953
Am Stiftswingert 19

Herrn
Verwaltungsrat Thesen ,
M a i n z ,
Am Pulverturm

Sehr geehrter Herr Verwaltungsrat !

Nach Rückkehr von einer regenreichen Reise fand ich Ihre Mitteilung vom 18.Juni vor. Ich hatte Sie damals so verstanden, daß Sie einen Beitrag angemeldet haben.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mein kleines Manuskript zurückerhalten könnten, ich möchte es gern Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus noch als nachträgliches Geburtstagsgeschenk zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 52

STÄDTEVERBAND RHEINLAND-PFALZ
DER GESCHÄFTSFÜHRER

MAINZ, den 18.6.1953
Geschäftsstelle:
Mainz, Stadthaus, Am Pulverturm 13
Telefon-Nr 8141, Nebenstelle 4300
Bankkonto-Nr. 6026 bei der Städt. Sparkasse, Mainz

Herrn
Regierungsrat a.D.
Oppenheim,

M a i n z .
Am Stiftswingert 19.

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Aktenzeichen

Bei Antwort bitte angeben

Betreff:

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Der Deutsche Städtetag hat uns am 16.ds.Mts. mitgeteilt, dass es ihm nicht mehr möglich ist, die von Ihnen angefertigte Würdigung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus aus Anlass seines 60. Geburtstages in seiner Zeitschrift zu ver=öffentlichen, nachdem bereits eine von der Schriftleitung des Deutschen Städtetages ver=fasste Notiz in der letzten Nummer erschienen war. Abdruck dieser Notiz folgt zur gefl. Kenntnisnahme anbei.

1 Anl.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Ihr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 53

Oberbürgermeister Dr. Kraus unter Anklage?

A-Z. 4.6.52

Frankenthal, 5. Juni. (Eigener Bericht.) Der Oberstaatsanwalt Frankenthal hat gegen den Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus und den Baudirektor Thiery wegen Untreue gegenüber der Gemeinnützigen Baugesellschaft Frankenthal GmbH. Anklage erhoben. Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie u. a. durch eigennützige und zweckfremde Baumaßnahmen erhebliche öffentliche Gelder des sozialen Wohnungsbaues verwirtschaftet und die Finanzkrise bei der Baugesellschaft verschuldet hätten.

A.Z. 26.53.

Dr. Kraus erklärt: „Von jeder Untreue frei"

Frankenthal, 7. Juni. (lrp) Der Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal, Dr. Emil Kraus, gegen den von der Oberstaatsanwaltschaft Frankenthal wegen Untreue Anklage erhoben worden ist, erklärte, er werde nächsten Mittwoch zu der Anklage im Frankenthaler Stadtrat eine Erklärung abgeben. Er wolle in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen, könne aber die Versicherung abgeben, daß er sich „von jeder Untreue frei" fühle.

Dr. Kraus wird beschuldigt, für den sozialen Wohnungsbau bestimmte Gelder nicht bestimmungsgemäß eingesetzt zu haben.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 55

1. Juni 1953

Folgende neue Mitglieder wurden geworben :

Zweite Märzhälfte 1953

	Jahres beitrag:	Spende:
Dr.Richard Höh, Steinalben/Pfalz, Hermersbergerstr.1	DM 5.--	
Stadtverwaltung Alzey (Bürgermeister Bechtolsheimer)	30.--	
Generalkonsul a.D.Karl August Balser, Lehrbeauftragter der Techn.Hochschule, Darmstadt	10.--	
Dr.Pierre Bouteille, College de Bernay, Bernay (Eure) Frankreich	5.--	
Dr.Alfred Baumgärtner, Wiesbaden, Mittelheimerstr.7	5.--	
Frl.Dr.Marlis Zilken, Mainz, Gartenfeldstr.4	5.--	

April 1953 :

Dr.Pierre Maillard. Douai/Nord (Frankreich) 28, Rue du onze novembre	5.--	
Dr.Klara Stoevesandt, Kassel-Wilhelmshöhe Kuhbergstrasse 28	5.--	
Dr.Ernst Vix, Darmstadt, Karlstrasse 74	5.--	DM 8.--
Lotz & Soherr, Mainz, Höfchen	20.--	
Rechtsanwalt Gerd Wohlleben, Ingelheim, Neuweg 8	10.--	
Stadtverwaltung Koblenz	50.--	
" Wittlich	20.--	
" Grünstadt a.d.Weinstrasse	50.--	
Dr.Alfons Spielhoff, Essen-Hüttenscheid	5.--	
Dr.Jacobi, Darmstadt-Arheilgen.Stadtweg 11	5.--	" 3.--
Frl.Dr.Waltraud von Pfeffer, Wiesbaden, Lortzingstr.7	5.--	
Dr.Helmut Steiner, Ludwigshafen, Gutenbergstrasse 63	5.--	
Stadtverwaltung Bad-Kreuznach	20.--	
Dt.Eberhard Thamm, Siegburg, Ringstrasse 24	5.--	
Leonhard C.Freiherr von Heyl, Nonnenhof b/Bobenheim (Worms)	10.--	
Frau Dr.Margrit Goetze, Speyer, St.Germanstr. 14	5.--	

M a i 1953:

Stadtverwaltung L a n d a u	50.--	
Ingrid Moller-Racké, Mainz, Flesserstr.25	5.--	

1. Juni 1953

Blatt 2

	Jahresbeitrag:	Spende:
Hildegard Schorr, Mz.-Ginsheim, Hauptstr.20	DM 2.--	
cand.rer.nat.P.Sigbert Wagener, Mainz, Himmelsgasse 18	" 2.--	
Helmut Mayer, Mainz, Bauerngasse 9	" 2.--	
Heinjoachim Kinkel, Schwalbach /Ts., Bahnstr.7	" 2.--	
Josef Schönherr, Ingelheim, Jungfernpfad 8	" 2.--	
Helmut Sturm, Heidesheim, Wackernheimerstr.30	" 2.--	
Erhard Thomas, Wiesbaden, Kapellenstr.16	" 2.--	
Karlheinz Schömann, Mz.-Bretzenheim, Klauerstraße 9	" 2.--	
M. Federhen, Mainz, Hopfengarten 5	" 2.--	
Franz Pauly, Adenau, Gassenpösch 4	" 2.--	
Ricarda Immel, Ober-Olm, Altes Forsthaus	" 2.--	
Verena Immel " "	" 2.--	
Ernesta Betz, Bingen, Nahestrasse 9	" 2.--	
Stadtverwaltung F r a n k e n t h a l	" 50.--	
Dr. Walter Heist, Mainz, Lessingstrasse 25	" 10.--	
Clara Mahlberg, " Hafenstrasse 19	" 10.--	
Dr.Georg M. Illert, Trier, Krausstrasse 6	" 5.--	
Ministerpräsident a.D. Dr.Wilhelm B o d e n, Mainz, Drususwall 76	" 20.--	
Frau Oberbürgermeister Dr. Külb, Mainz, Albansberg 16	" 10.--	
Dr.Wilhelm Jung, Solingen-Ohligs, Grenzstr.33	" 5.--	DM 5.--
Stadtverwaltung S c h i f f e r s t a d t	" 20.--	
Dr. Groß, Worms, Renzstrasse 27	" 12.--	
Landeszentralbank für Rheinland-Pfalz, Mainz, Kaiserstrasse 52	" 300.--	
Helga Krämer, St.Georgen/Schwarzwald, Bahnhofstrasse 11	" 5.--	
Professor Dr. Horst Schwalm, Direktor der Univ.-Frauenklinik, Mainz, Langenbeckstr.1		

Herrn Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s, Frankenthal

Herrn Dr. Hermann Eibel, Mainz-Gonsenheim, Kapellenstrasse 8

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 57

lassung in die örtlichen Lehrlingsheime, während die Mädels vorerst noch im Kinderheim bleiben, bis Pforzheim auch ein Mädchenlehrlingsheim mit ausreichendem Platz haben wird.

10-Jahres-Aufbauplan in Gelsenkirchen

Oberstadtdirektor Hülsmann legte dem Haupt- und Finanzausschuß einen Mehrjahresplan vor, der einen Überblick der Bauvorhaben bis zum Jahre 1962 geben will. Es handelt sich um 88 im einzelnen aufgeführte Baumaßnahmen, für die im ganzen — über 10 Jahre verteilt — ein Bedarf von 209 046 200 DM veranschlagt wird. Für Neuordnungsmaßnahmen werden die notwendigen Aufwendungen auf 20 Millionen DM geschätzt, für Hochbaumaßnahmen (Schulen verschiedenster Gattungen, Theaterneubau, Kinderkrankenhaus, neue Feuerwache, neue Großmarkthallen, Badeanstalt (im Ortsteil Buer) auf 121 759 000 DM, für Tiefbaumaßnahmen auf 63 683 000 DM, für gärtnerische Anlagen auf 3,6 Millionen DM. Über die Reihenfolge der einzelnen Projekte, deren Beginn im Rahmen dieses Mehrjahresplanes vor- und zurückverlegt werden kann, wird sich die Stadtverordnetenversammlung noch schlüssig zu werden haben.

Carl Schuricht Ehrenbürger von Wiesbaden

Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Wiesbaden hat einstimmig beschlossen, Generalmusikdirektor Carl Schuricht das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wiesbaden zu verleihen.

PERSÖNLICHE NACHRICHTEN

Goldenes Dienstjubiläum

Gemeindedirektor Jacob Eich in Rodenkirchen/Rhein, zur Zeit geschäftsführender Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, konnte am 15. 4. 1953 auf eine fünfzigjährige Tätigkeit im kommunalen Dienst zurückblicken. Am 21. Dezember 1888 in Sürth geboren, begann er seine berufliche Ausbildung im Jahre 1903 bei der Gemeindekasse Rondorf bei Rodenkirchen. Im Laufe der Jahre gewann er Einblick in die Arbeit verschiedener Gemeindeverwaltungen und stellte seine Erfahrungen nach der Heimkehr aus dem ersten Weltkrieg 1919 wieder der Heimatgemeinde als Rentmeister zur Verfügung. Von 1923 bis 1933 wirkte er dort gleichzeitig als ehrenamtlicher Erster Beigeordneter. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er nahezu einstimmig zum Gemeindedirektor der über 21 000 Einwohner zählenden Gemeinde Rondorf, Amtssitz Rodenkirchen, gewählt.

Dr. Pünder 65 Jahre alt

Oberdirektor a. D. Dr. Hermann Pünder vollendete am 1. April 1953 sein 65. Lebensjahr. In Würdigung seiner Verdienste um den Aufbau des Vereinigten Wirtschaftsgebietes überreichte ihm an diesem Tage der Bundespräsident das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln brachte ihre Anerkennung seiner Bemühungen um die allgemeine Kultur- und Wissenschaftspflege durch die Verleihung des Ehrendoktors zum Ausdruck.
Dr. Pünders glanzvolle Verwaltungslaufbahn führte ihn in der Weimarer Republik bis auf den Posten eines Staatssekretärs und Chefs der Reichskanzlei. Im Jahre 1932, nach Bildung des Kabinetts Papen, schied er freiwillig aus der Reichskanzlei aus, wurde als Regierungspräsident nach Münster versetzt und dort 1933 aus politischen Gründen entlassen. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und mußte die Zeit bis zum Ende des Krieges im Konzentrationslager verbringen. Nach dem Kriege war Dr. Pünder zunächst von 1945 bis 1948 Oberbürgermeister von Köln. Als Mitbegründer des neuen Deutschen Städtetages war er federführendes Mitglied des Präsidiums und wurde bei seinem Ausscheiden als Oberbürgermeister zu dessen Ehrenmitglied gewählt. Dr. Pünder ist auch heute noch der deutschen Selbstverwaltung als Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses des Bundestages und als Mitglied des kommunalen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarates vielfältig verbunden.

Oberbürgermeister Dr. Kraus 60 Jahre alt

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal in der Pfalz, Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, wird am 29. Mai 60 Jahre alt. Er ist 1893 in Konstanz geboren und war nach dem Studium der Philosophie, Germanistik und Nationalökonomie zunächst Chefredakteur an der „Heidelberger Volkszeitung", dann als Geschäftsführer des Zentralverbandes und der AFA in Mannheim tätig. 1925 wurde er Bürgermeister der Stadt Kehl a. Rh. und Vorstandsmitglied des Badischen Städteverbandes, 1929 Beigeordneter und Bürgermeister der Stadt Mainz. 1933 entließ man ihn wegen „nationaler und politischer Unzuverlässigkeit". Nach Rückkehr aus amerikanischer Gefangenschaft im August 1945 berief ihn die Bevölkerung der Stadt Mainz zum Oberbürgermeister. Während seiner Amtszeit verlieh die Johannes-Gutenberg-Universität ihm die Würde eines Ehrendoktors.
1949 wurde Dr. Kraus auf die Dauer von 12 Jahren zum Oberbürgermeister von Frankenthal gewählt.
Dr. Kraus ist Gründer des Städteverbandes Rheinland-Pfalz, dessen Vorsitzender er von 1946 bis 1950 war. Außerdem gehörte er dem Präsidium des Deutschen Städtetages an. Er arbeitet aktiv in den verschiedensten Gremien und in den Fachausschüssen der kommunalen Spitzenverbände, in der Kommunalen Arbeitsrechtlichen Vereinigung, der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar und in der deutsch-französischen Bürgermeisterunion. Zeit seines Lebens ist Dr. Kraus, notfalls auch kämpferisch, für den Gedanken der echten kommunalen Selbstverwaltung eingetreten.

Personalveränderungen

Gelsenkirchen: Als Nachfolger des am 23. 8. 1952 gestorbenen Stadtrats Adolf Vogt wählte die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung am 27. März den bisherigen Leiter des städtischen Volksbildungswerkes, Volkshochschuldirektor Johannes Hoffmann, auf 12 Jahre zum Schul- und Kulturdezernenten.

Osnabrück: An Stelle des am 31. 8. 1952 wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getretenen Oberstadtdirektors Dr. Willi Vollbrecht hat der Rat der Stadt Osnabrück den bisherigen Oberstadtdirektor von Wolfsburg, Herrn Dr. Dr. Wegner, auf die Dauer von 12 Jahren zum Oberstadtdirektor gewählt. – Auf die Dauer von 12 Jahren zum Stadtkämmerer gewährt wurde der Städt. Rechtsrat z. Wv. Dr. Herbert Senff.

Wuppertal: Der bisherige Stadtverordnete Wille Goeke wurde mit Wirkung vom 1. 4. 1953 für die Dauer von 12 Jahren zum Stadtdirektor und Kulturdezernenten der Stadt Wuppertal gewählt.

munalen Spitzenverbände vor der gesetzlichen Regelung der die Selbstverwaltungskörperschaften berührenden Fragen bleibt unberührt."

Der Katalog ist nicht vollständig. Es wird erstrebt, daß *alle kommunal-wichtigen Fragen auch dann dem kommunalen Beirat zugeleitet werden, wenn sie sich auf andere Gebiete erstrecken,* wie etwa das Kreisrecht, das Landesverwaltungsgesetz usw.
Auch Vorgänge, die nicht unmittelbar im Arbeitsbereich des Innenministeriums liegen, wie etwa Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, Flüchtlingsunterbringung usw. sollten durch diesen kommunalen Beirat geschleust werden, dem damit Gelegenheit gegeben wäre, in einem möglichst frühen Stadium (etwa beim Entwurf eines Gesetzes) mitwirken zu können. *Hn.*

AUS DEM STÄDTETAG

Beitritt zum Deutschen Städtetag

Zum 1. April 1953 ist die Stadt Erlangen (kreisfreie Stadt mit 47 980 Einwohnern) dem Deutschen Städtetag als unmittelbare Mitgliedstadt beigetreten.

Der Bundespräsident Gast des Präsidiums

Bundespräsident Professor Heuß war am 27. 3. 1953 im Bonner Haus der Stadt Berlin Gast des Präsidiums des Deutschen Städtetages, das damit eine frühere Einladung des Bundespräsidenten erwiderte. In Vertretung des in Amerika weilenden Präsidenten, Reg. Bürgermeisters Reuter, begrüßte Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Schwering, Köln, den hohen Gast und erinnerte besonders an dessen Tätigkeit als Schöneberger Stadtverordneter und an seine bleibende Verbindung mit den kommunalen Aufgaben und Sorgen. Diese Verbundenheit bestätigte der Bundespräsident in einer herzlichen Erwiderung und in ausführlicher Unterhaltung mit den Mitgliedern des Präsidiums.

AUS DEM STÄDTEBUND

8. Sitzung des Hauptausschusses

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtebundes tritt am 22./23. Mai 1953 in Heppenheim zu seiner 8. Sitzung zusammen. Vorher wird der Hauptvorstand zu seiner 16. Sitzung zusammentreten.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Internationaler Gemeindekongreß in Wien

Der 11. Kongreß des Internationalen Gemeindeverbandes, der alle zwei Jahre zu großen Tagungen zusammentritt, wird vom 15. bis 20. 6. 1953 in Wien stattfinden. Er soll als Hauptgegenstand das Thema „Die große Stadt und die kleine Gemeinde, ihre Kraft und ihre Schwäche" behandeln. Zur Vorbereitung sind in den einzelnen Mitgliedverbänden Umfragen gehalten worden, deren Ergebnis in Wien zusammenfassend vorgetragen und erörtert werden sollen. Als deutsche Nationalberichterstatter sind Oberstadtdirektor Dr. Hensel, Düsseldorf, und Oberbürgermeister Dr. Wiebel, Kaufbeuren, benannt worden. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag, die dem Internationalen Gemeindeverband angehören, werden eine Abordnung nach Wien entsenden. Mit der Tagung wird auch eine Sitzung des Exekutivkomitees verbunden sein, in dem Deutschland durch den Regierenden Bürgermeister Dr. Reuter, Berlin, vertreten ist.

STATISTIK

Die erwerbsfähige Bevölkerung bis 1961

Die Vorausberechnungen über die Entwicklung der Bevölkerung sind eine der wesentlichen Aufgaben der modernen Statistik. Für die Verwaltung besonders bedeutsam ist die Besetzung der 15—65jährigen, wie sie kürzlich vom Statistischen Bundesamt in „Wirtschaft und Statistik" 1953, Heft 2, S. 65 ff., für das Jahrzehnt 1951/61 gezeichnet worden ist. Aus diesen Altersgruppen ergeben sich Rückschlüsse für die Zahl der Schulabgänger, den Nachwuchs für das Berufsleben und bis zu einem gewissen Grade auch für das Ausscheiden aus dem Berufsleben. Das Statistische Bundesamt rechnet mit einer Zunahme der Bevölkerung in diesem „erwerbsfähigen" Alter von 32 auf 34 Millionen.
Die Berechnung bezieht sich nur auf die Veränderung in der Bevölkerung nach den Geburten und Sterbefällen. Nicht berücksichtigt ist dabei der Zuwanderungsüberschuß, der nach den Erfahrungen der letzten Jahre im Bundesgebiet zu erwarten ist. Bw.

AUS DEM LEBEN DER STÄDTE

Ein Familien-Kinderheim

Das neue Kinderheim der Stadt Pforzheim wurde mit dem ersten Bauabschnitt am 21. März seiner Bestimmung übergeben. Pforzheim besaß früher ein Waisenhaus, das Schulkinder und Jugendliche aufnahm, und ein Kinderheim für Klein- und Schulkinder. Beides ging durch die Kriegsereignisse verloren. Ein altes Pfarrhaus wurde notdürftig als Ersatz eingerichtet. Für den dringend erforderlichen Neubau stand von vornherein der Entschluß fest: er sollte nicht wie früher nach großen und kleinen Kindern, Buben- und Mädelgruppen getrennt, sondern er sollte ein Heim familienähnlichen Charakters werden. Alle Erfahrungen, die in Pforzheim in der Praxis gemacht wurden, kamen dem Planen des neuen Hauses zugute. Es hat im ersten Bauabschnitt, der nun fertiggestellt ist, Platz für zwei Familien: eine große von 18 (notfalls 20) und eine kleinere von 15 bis 17 Kindern von 3 bis 14 Jahren beiderlei Geschlechts. Je eine Kindergärtnerin, unterstützt von einer Helferin, übernimmt die Stelle der Pflegemutter in den Familien; sie frühstückt mit den Kindern, schickt die Großen zur Schule und überläßt dann, um in Ruhe ihr „Hauswesen" zu versehen, die Kleinen dem „Kindergarten" im Hause. Zum Mittagessen findet sich alles im gemeinsamen Speisesaal ein. Dann geht jedes in seine Familie, wo im großen Wohnzimmer gespielt oder gelesen und im kleineren Raum daneben in Ruhe die Schulaufgaben gemacht werden. Das Vesper wird in der Familienküche bereitet und im eigenen Wohnraum eingenommen. Abends trifft sich alles im Eßraum zum Abendbrot und zum gemeinsamen Abendlied. Der Aufbau der Kinderfamilien ist aus erzieherischen Gründen ohne Unterschied nach Alter, Geschlecht und Konfession gemischt. Im neuen Haus finden Vollwaisen, Kinder aus geschiedenen Ehen, aus schlechten häuslichen Verhältnissen und dergleichen eine Heimat. Die Buben kommen nach ihrer Schulent-

Landespolitik Rheinland-Pfalz A.Z. 22.4.53.

Wo bleibt die Verwaltungsreform?

Oberbürgermeister Dr. Kraus über grundlegende Forderungen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 58

-ck. **Mainz**, 21. April. (Eigener Bericht.) In einer Versammlung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen sprach der Oberbürgermeister von Frankenthal, Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, über Verwaltungsreform.

Der Redner sagte, man gewinne den Eindruck, daß die Landesregierung von Rheinland-Pfalz die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform verneine. Zum Beweis würde ein Vergleich gezogen zwischen den Tageseingängen und Personalzahlen von 1914 und heute, wobei sich im rheinlandpfälzischen Landesdurchschnitt die Tageseingänge um das 7,5fache erhöht hätten, während die Personalzahlen nur eine 4,8-fache Vermehrung ergäben.

Demgegenüber verträten der Städteverband, die kommunalen Spitzenverbände und auch er selbst die Auffassung, daß eine Verwaltungsreform immer aktuell sei und dies ganz besonders in einer Zeit, in der in der Deutschen Bundesrepublik die Personalausgaben der öffentlichen Hand zehn Milliarden DM betrügen.

Im November 1949 habe die Landesregierung unter Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Oeftering eine Sechserkommission bestellt, die den Stand der Verwaltung und die Möglichkeit der Verwaltungsreform prüfen sollte. Wie diese Organisation festgestellt habe, betrage die Personalerhöhung gegenüber 1938 auf der kommunalen Ebene Anfang 1950 rund ein Fünftel und im staatlichen Sektor das Zwei- bis Dreifache. Die materiell vergleichbare Steigerung betrage 14 Prozent.

Die sogenannte Sechserkommission habe eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Verwaltungsreform ausgearbeitet, insbesondere auch über die Neuabgrenzung der Zuständigkeiten und über eine weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung. Ein ausführliches Gutachten mit Vorschlägen sei im Oktober 1950 der Landesregierung in Vorlage gebracht worden. Bisher sei jedoch von dieser in bezug auf die Verwaltungsreform nichts unternommen worden. Auch die Hauptwirtschaftskammer habe zum Ausdruck gebracht, es erscheine doppelt dringlich, daß insbesondere Länder wie Rheinland-Pfalz, die Zuschußgebiete seien, ein Vorbild für äußerste Sparsamkeit und Rationalität in der Verwaltung geben. Der Deutsche Städtetag habe sich sehr eingehend mit einer Verwaltungsreform auf Bundesebene befaßt und betont, daß eine umfassende Verwaltungsreform die Neuordnung des Verhältnisses Bund / Länder und auch eine territoriale Neubildung der Länder zur Voraussetzung haben müsse.

Ein beachtlicher Widerstand gegen eine Verwaltungsreform sei der Ressortegoismus aller Instanzen nach dem bekannten Grundsatz: Wenn man Arbeit sucht, findet man sie, selbst wenn es überflüssige Arbeit ist. Die lebenswichtigen Belange der Länder dürften nicht beeinträchtigt werden. Die Frage sei, was man in diesem Sinne als lebenswichtig anerkennen müsse. Es sollte ein möglichst großer verwaltungsfreier Raum um den Bürger geschaffen werden, indem von Staat und Gemeinde nur das verwaltet wird, was wirklich verwaltet werden müsse, und nicht mehr. Möglichst viel Arbeit müsse in der untersten Stufe erledigt werden und möglichst viele Aufgaben müßten in die Sphäre der Selbstverwaltung hinübergeleitet werden.

Besonders zu beanstanden sei das Formular-Unwesen in der Bauwirtschaft und in der Bauverwaltung. Es müsse eine globale Verteilung der Mittel erfolgen. Voraussetzung für eine Verwaltungsreform sei ganz allgemein ein Aufgabenabbau und eine Aufgabenverlagerung nach unten. Jeder müsse sich an seiner Stelle dagegen wehren, daß neue Aufgaben eingeführt würden, die nicht unbedingt notwendig seien.

Als grundlegende Forderung für eine Verwaltungsreform bezeichnete Dr. Kraus ein qualifiziertes Berufsbeamtentum. Die Abfassung der Gesetze müsse besser sein als zur Zeit. Sie würden oft mangelhaft vorbereitet und schlecht abgefaßt, daß in Dutzenden von Ausführungsverordnungen, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen usw. die Materie erst geregelt werden müßte. Grundlegend seien zu fordern eine Kreisreform, der Abbau der Mittelinstanzen, eine Länderreform und eine Neugliederung der deutschen Länder.

Die Kreise seien in ihrer Größe und Leistungsfähigkeit den heutigen wirtschaftlichen, geographischen und Verkehrsverhältnissen anzupassen. Die Mittelinstanzen — die Regierungspräsidien — müßten verringert und ihre Aufgaben auf die Stadt- und Landkreise verlagert werden. Eine Reform müßte die Vielzahl der Länder beseitigen und dafür einige wenige große, wirtschaftlich in sich ausgeglichene und finanziell leistungs- und tatkräftige Länder entstehen lassen. Vor allem aber müßten der Länderparlamentarismus und die Länderkabinette auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Es sei damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die Erörterung um die Durchführung des Artikels 29 des Grundgesetzes anhebe. Es werde dann notwendig sein, daß auch die kommunalen Spitzenverbände und die Wirtschaft zu dieser Frage ihre Auffassung eindeutig kundtun.

eitung, Mainz, Große Bleiche

-Ges. hat für die Stadt Mainz
ein größeres
kasso zu vergeben
s., zielbew. Herren, die in der
sind, den bereits vorhandenen
nd zu betreuen, und weiter aus-
ien, woll. sich meld. unt. H 12 364
ANNONCEN-EXP. CARL GABLER,
xtfurt am Main, Börsenstraße 2-4.
achkräfte werden bevorzugt.

Solides
ausmeister-Ehepaar
(Mann kriegsbeschädigt)
gesucht. Die Frau müßte Putz-
ten übernehmen. Eine schöne
ung wird gestellt. Schriftliche
ote unter Mz 3853 an die AZ,
Mainz, Große Bleiche

Ihr
eim-
ater!
ARL
ECK
füllt
die
BEL
ume!
STERPL
NTER D.
ILM
LAST

Herr.-Friseur
sucht
SALON EICHBLADT
Mz.-Gonsenheim
Rheinstr. 53
(Nähe Kaserne)

Junger, tüchtiger
Holzküfer
für in Kost u. Logis, der sich auch im Weinfach ausbilden kann, n. Gau-Algesheim gesucht. Off. unter Mz 4475 an die Allg. Zeitung, Mainz

Weibliche

Arzthaushalt sucht eine tüchtige, zuverlässige
Hausgehilfin
d. firm i. d. Küche ist
Dr. Karl Wantzen
Gau Algesheim Rh.
Ockenheimer Str. 45

distinnen
für Krankenversicherung ges. Off. u. Mz 3866 an AZ., Mainz

Frau od. Mädchen
für Haushalt gesucht
Mütz,
Rochusstraße 13

Führendes Milch- u. Feinkostgeschäft sucht ein
Lehrmädchen
für den Verkauf und eine junge berufsschulfreie, flotte
Verkäuferin
Ausf. Bew. unt. Mz 3869 an AZ., Mainz

Hausgehilfin
nicht unt. 25 Jahr. zum bald. Eintritt in einen 3-Zimm.-Haushalt (Neubau) Wiesbad. Hergenhahnstr. An selbständig. Arbeiten gewöhnt, eig. Zimmer vorhanden. Zuschr. erb. unt. Mz 5323a an AZ., Mainz

Stell.-Gesuche

Kleinrentner, 58 J., noch rüstig, ehrlich u. zuverlässig, sucht Posten als
Bürodiener
Lagerhalter od. ähnliches, auch f. halbt. Off. unter Mz 5313a an die AZ., Mainz

Selbständiger
Schreiner
sucht Stellung als Betriebsschreiner
Off. unter Mz 5299 an die AZ., Mainz

im Fach.
Off. unter Mz 5321 an die AZ., Mainz

Verschiedenes

F. Velicky
Kleidervermittlung
An- und Verkauf von getragenen Kleidern
Mainz
Stefansberg 5

Echte Perslaner-Klauen-Mäntel
ab 469 DM. Großer Import eingetroffen, deshalb so billig. Riesenauswahl in fertigen Pelzen. Sichern Sie sich die schönst. Felle durch kleine Anzahlung. Barzahlung: 5 Proz
THIES-PELZE
Ecke Kleebach

Piano-
Rep. u. Stimmungen
Willi Müller
Lessingstraße 13
Klavierbauer

Trockenes Anfeuerholz
EIS-KLEIN
Kais.-Karl-Ring 15/30
Telefon 4336

Verloren

Lederetui
mit zwei Schlüsseln am Samstagnachmitt. auf dem Wege Kreyßigstr.—Bismarckpl.
verloren!
Abzugeb. Allg. Zeitg. (Schalterhalle)

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 59

Liebe Frau Dombrowski.

Leider der Schreiber dieses Artikels, der ist für mein Kassenärztliches Fachgebiet zuständig sein. Ich schicke ihn für heute "Das Rückenleiden" schon so schädlich. Und über diese Fachgebiet, wird ich vorerst nachsehen sein, für Ihre Zeitung einige zeilen, wenn es nicht mehr Ihnen Ihre Unterstützung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mainz 26.5.53.

StAMZ, NL Oppenheim 79,3 - 60

Emil Kraus 60 Jahre

Dr. Dr. h. c. Emil Kraus, der heutige Oberbürgermeister von Frankenthal und ehedem in der gleichen Position in Mainz, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß sollen wenigstens in großen Umrissen an dieser Stelle die Verdienste dieses weitblickenden Kommunalpolitikers und verantwortungsfreudigen Beamten gewürdigt werden. A.Z. 28.5.53.

Den Anfang machte Emil Kraus als Journalist, als Chefredakteur der „Heidelberger Volkszeitung". 1929 führte ihn zum erstenmal sein Weg nach Mainz. Hier leitete er als Beigeordneter (Bürgermeister) neben dem Personal- auch das Wohlfahrtsdezernat, das in den damaligen Krisenjahren besonders hohe Anforderungen an ihn stellte. 1933 war angesichts der politischen Ueberzeugung von Emil Kraus und seines ehrlichen Kampfeseifers für die kommunale Selbstverwaltung keine Möglichkeit mehr zur Mitarbeit. Er baute sich eine neue Existenz als Steuer- und Wirtschaftsberater, mußte dann allerdings bald Soldat werden.

Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ernannte ihn die Besatzungsbehörde zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz, und auch der Stadtrat bestätigte ihn späterhin einstimmig (bei sechs Stimmenthaltungen) in diesem Amt. Unter der Federführung von Emil Kraus wurde 1947 der Städteverband Rheinland-Pfalz gegründet, dessen Vorsitzender Dr. Kraus bis 1951 war. In der gleichen Zeit gehörte er auch dem Präsidium des Deutschen Städtetages an. Kraus ist ferner Mitbegründer der Kommunalen arbeitsrechtlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz und Arbeitsrichter beim Obersten Arbeitsgericht in Neustadt. Außerdem hat er sich um das Prüfungswesen der Gemeindebamten besondere Verdienste erworben.

Kraus setzte sich darüber hinaus energisch für jede internationale Zusammenarbeit ein und sorgte durch sein aktives Eingreifen dafür, daß die alte Mainzer Universität neu gegründet wurde, die ihm seinerseits den Doktortitel ehrenhalber verlieh.

Viele Mainzer werden heute ihres ehemaligen Oberbürgermeisters dankbar gedenken, der in unermüdlichem Schaffensdrang den Grund für ein neues Mainz aus Schutt und Trümmern legte.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 61

1.

MAINZ

Polizeiposten gefordert

H. H. - Kaum hatte die Sonne die Wasser von Rhein und Main so weit erwärmt, daß man unbeschadet ein kühles Bad nehmen konnte, so meldete die Polizei auch bereits die ersten Opfer des „nassen Todes". Geradezu erschreckend war die große Zahl nach diesem Beginn der Badesaison.

Auch vom Rheinufer zwischen Eisenbahnbrücke und Winterhafenkopf ist der Ertrinkungstod eines 18jährigen Mädchens gemeldet worden, das den Tod gefunden hatte, als es zwischen zwei ankernde Schiffe geraten war. Es ist nicht der erste tödliche Badeunfall, der sich an dieser Stelle ereignet hat. Deshalb muß erneut und eindringlich darauf hingewiesen werden, wie gefährlich gerade dort das „wilde" Baden im Rhein ist, weil die dort ständig ankernden Schiffe nicht nur als solche eine Gefahr für die Schwimmer bedeuten, sondern auch die Sicht und damit die Rettungsmöglichkeiten erschweren.

Das Baden im offenen Rhein ist im Weichbild der Stadt nach wie vor verboten. Offensichtlich aber hat die Polizei keine Möglichkeit, dieses wilde Baden überall tatsächlich zu unterbinden. Das ist erklärlich. Da sich nun aber am Strom zwischen Eisenbahnbrücke und Winterhafenkopf immer wieder Ertrinkungsfälle häufen, scheint es uns angebracht, wenigstens an dieser Stelle das Badeverbot mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, scharfe Kontrollen durchzuführen und Verbotsübertretungen streng zu bestrafen. Es geht schließlich um Menschenleben.

Wer an Sommertagen über den Winterhafendamm gegangen ist, wird bestätigen können, welch einen Umfang dort das wilde Baden genommen hat. Die Bootspritschen der Mainzer Kanu-Vereinigung und des Mainzer Ruder-Vereins waren von Badenden dicht besetzt, so daß die Sportler kaum ihre Boote zu Wasser bringen konnten, die Pritschen wurden wiederholt schwer beschädigt und Kinder aller [illegible]

1.) ~~Ob. d. d. h. c. E. Kr., Frankenthal vollendet am 29.5.53 das 60. Lebensjahr. Der weit über sein engeres Heimat bekannte Kommunalbeamte brandete sein Studium der Philosophie, Germanistik und Nationalökonomie mit der Promotion zum Doktor der Philosophie. Nach 6jähriger Tätigkeit als Chefredakteur der Heidelberger Volkszeitung, wurde er 1925 zum Bürgermeister von Kehl gewählt.~~ (1929 wurde er zum Beigeordneten (Bürgermeister) nach Mainz berufen. Neben dem Personaldezernat leitete er für das Wohlfahrtsdezernat, das in den damaligen Kriegsjahren besondere Anforderungen an den Gegenwärtigen stellte. Daß Kraus nach seiner politischen Einstellung, nach seinem menschlichen Gefühl und als ehrlicher Kämpfer für die Kommunale Selbstverwaltung ~~nach der Machtergreifung~~ dem 30.1.1933 nicht mehr mitarbeiten konnte, war selbstverständlich. ~~Nach ein Jahr~~ Schon ~~bald~~ in ersten Jahren der neuen Zeit wurde seine ~~Amtszeit~~ Tätigkeit als Bürgermeister für beendet erklärt.

Als er sich dann ein neues Existenz als Bauer- und Wirtschaftsberater aufgebaut hatte, ~~wurde~~ wurde er ~~zum~~ durch die Einberufung zum Kriegsdienst ~~einberufen~~ zum zweiten Male ~~der~~ seine wirtschaftlichen Grundlage.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 63

Betr.: Oberbürgermeister Dr. Dr.h.c. Emil Kraus, Frankenthal.

Oberbürgermeister Dr. Dr.h.c. Emil Kraus, Frankenthal, vollendet am 29. Mai 1953 das 6o. Lebensjahr. Der weithin bekannte Kommunal=beamte und eifrige Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung studierte Philosophie, Germanistik und Nationalökonomie. Das Studium schloss er mit der Promotion zum Doktor der Philosophie ab. Dr. Kraus war von 1919 bis 1925 zunächst Chefredakteur der Heidelberger Volkszeitung und Geschäftsführer des Zentralver=bandes der Angestellten. 1925 trat er in den kommunalen Dienst über. Er wurde Bürgermeister in Kehl. Von dort aus wurde er im Jahre 1929 zum Beigeordneten (Bürgermeister) nach Mainz berufen. Hier hat er u.a. das schwierige Personaldezernat und das in den Krisenjahren 193o bis 1932 nicht minder schwierige Wohlfahrts=dezernat geleitet. Als erfahrener Arbeitsrechtler hat er dem Rhein-Mainischen Bezirksarbeitgeberverband der Gemeinden und Gemeindeverbände in dieser Zeit seine wertvolle Kraft geliehen. 1933 wurde seine Amtszeit als Bürgermeister von Mainz für beendet erklärt. Anschliessend betätigte sich Dr. Kraus als Steuer- und Wirtschaftsberater bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst.

3.) Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde Dr.Kraus am 17. August 1945 durch die Besatzungsbehörde zum Oberbürger=meister der Stadt Mainz ernannt und in der Stadtratssitzung vom 22. September 1946 bei 6 Stimmenthaltungen einstimmig zum Ober=bürgermeister der Stadt Mainz gewählt. Unter seiner Federführung wurde im Jahre 1947 der Städteverband Rheinland-Pfalz gegründet, dessen Vorsitzender Dr. Kraus bis zum Jahre 1951 war. In der gleichen Zeit gehörte er dem Präsidium des DeutschenStädtetages an. Dr. Kraus ist auch Mitbegründer der Kommunalen arbeitsrecht=lichen Vereinigung Rheinland-Pfalz und Arbeitsrichter beim Obersten Arbeitsgericht in Neustadt. Um das Prüfungswesen der

./.

Gemeindebeamten hat er sich besondere Verdienste erworben.
Die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz ernannte den um die Errichtung der Universität sehr verdienten Oberbürgermeister ehrenhalber zum Doktor der Rechtswissenschaften. Seit dem Frühjahr 1949 ist Dr. Kraus Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 65

17.8.50 Lehrmeisterin an der Gasschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer

[der Kampf der] Kommunale [u] Selbstverwaltung [um die finanzielle Existenz der Gemeinde]

Mitglied der deutsch-französischen Bürgermeisterkonferenz

6.6.52 } Prozeß um Zurückerstattung von Erstausstattungsgeldern
20.1.53 } Vergleich

4) Als ~~[illegible]~~ weitblickender Kommunalpolitiker hat er sich energisch für jede internationale Zusammenarbeit eingesetzt. Seine Arbeit bei der Neuorganisierung der Steuben-Schurz Gesellschaft und bei der Gründung der deutsch-französischen Bürgermeister-Union (später: internationale Bürgermeister-Union), ~~deren Präsidium~~ wurde durch seine Wahl in die ~~[illegible]~~ Vorstände beide Vereinigungen ~~[illegible]~~ allseitig anerkannt.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 66

5.) Mit der Neugründung der alten Mainzer Universität als J. G.-Universität im Jahre 1946 ~~an~~ in der Name des damaligen Ob. immer verbunden bleiben. ~~Nur~~ Seinem sehr aktiven Eingreifen war es zu verdanken, daß die Uni. nach Mainz kam ~~und nur~~ ~~durch die Zuverfügungstellung~~ ~~stadt. Dienststellen und~~ ~~vorlegsweise~~ ~~stadt. Gelder glückte es in nur wenigen Monaten das begonnene Werk fertig zu stellen~~

Dann in wenigen Monaten ~~dann~~ das begonnene Werk zu ~~beenden~~ ~~fertig zu stellen~~, war nur darauf zurückzuführen, daß Kraus unter persönlicher Verantwortung stadt. Dienststellen und ~~zu Lage~~ im Anfang ~~und~~ vorlegsweise ~~und~~ stadt. Mittel ~~Gelder~~ zur Verfügung stellte. Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit wirkten hier zusammen und führten ~~[illegible]~~ überraschend schnell zum zumeist Erfolg.

Zum Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit am Aufbau der Universität erhielt er nach Eröffnung der Uni ~~[illegible]~~ ~~zum Doktor der Rechtswissen~~ den Doktortitel der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

~~Seit 1949~~ Im Frühjahr 1949 wurde Kr. zum Ob. v. Fr. gewählt. Mögen diesem bewußten Bauungsgebietiker, diesem verantwortungsfreudigen Beamten, diesem kulturell interessierten Menschen noch viele Jahre voller Arbeitskraft beschieden sein zum seine Befriedigung und zum Wohl aller Bellen, für die er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt.

6.) — wenn einer Kranz gesprochen wird, muß auch seiner Verbindung gedacht werden, die ~~[illegible]~~

~~[illegible]~~ stets (immer) unerschütterlich auf die Zeichner [illegible] ~~[illegible]~~

Heimat zeigte sich an seinem Werke anläßlich der Eröffnung der J.G.-Universität am 22. Mai 1946, an sein Vortrag über die Kriegsschuldfrage ~~[illegible]~~ in dem er die unverblümt[e] [illegible] bemerkte und den er auf Wunsch mehrfach wiederholen mußte, an seine ~~[illegible]~~ Festrede für Carl Zuckmayer, den er als den Dichter feierte, „der zu der Zeit, als andere Große unserer Literatur weltweit schweigen und abseits standen, sich all diesen menschlich zu begreiflichen Ressentiments zum Trotz ausdrücklichst zu seiner Heimat, zu Deutschland bekannt hat“ und schließlich an den Vortrag über „Aktuelle [illegible]fragen“, den Kr. im Januar 1952 (im [illegible] i. Mainz gehalten hat. auf Einladung des Allgemeinen [illegible] ~~nicht [illegible]~~. In diesem Vortrag hat er mit ~~[illegible]~~ Freimütigkeit alle Fragen, die den [illegible] betreffen, eingehend erörtert.

Besonders freimütig [illegible] bei diesem Vortrag seine Meinung ~~[illegible]~~ gegen die starke [illegible] [illegible] ~~[illegible]~~ [illegible] ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ [illegible] daß [illegible] nicht gleichzeitig ein [illegible] einer [illegible] sitzen ~~[illegible]~~ darf.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 67

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 68

13.Mai 1953

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil Kraus ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die Schlacht wäre also geschlagen und wir können mit dem Verlauf des 9.Mai zufrieden sein.

Das Schreiben des Herrn Sternjakob gebe ich Ihnen anbei zurück, da Sie um die Rückgabe gebeten hatten. Ich habe dementsprechend von hier aus nicht gedankt.

Bei dieser Gelegenheit mache ich darauf aufmerksam, daß nach meinen Listen und nach meiner Kartothek Herr Sternjakob noch kein Mitglied ist. Ich füge eine Anmeldekarte bei mit der Bitte zu veranlassen, daß das Formular von Herrn Sternjakob ausgefüllt und hier her gesandt wird.

Wegen des 3.Juni erhielt ich ein umfangreiches Schreiben von Dr.Sartorius und habe alles veranlasst, um was er mich gebeten hat. Die Einladungen zum 3.Juni sind im Druck, ich hoffe, daß sie noch in dieser Woche zur Post kommen. Die Veranstaltung findet statt in dem

Raum hinter dem auditorium maximum .
Mit Ministerialdirektor Dr. B e c k e r
habe ich vorgestern gesprochen, er wird
am 3.Juni wahrscheinlich nicht hier sein
können.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

1 Brief
1 Anmeldekarte

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 69

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 4.Mai 53
FERNRUF 2011

Herrn
Reg.Rat a.D. Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz

Lieber Herr Oppenheim!

Nachdem wir heute morgen in unserem Telefongespräch unterbrochen wurden, möchte ich Ihnen ganz kurz bestätigen: Sie werden also den Vorstand auf den 9.Mai, vormittags 10.15 Uhr zu einer Vorstandssitzung einladen. Bei dieser Gelegenheit hoffe ich die Sache Dr.Eibel bereinigen zu können, zumal nachdem mir Dr.Eibel in seinem Schreiben vom 22.3. wiederholt bestätigt hat, dass bei der Unterredung in Worms keinerlei Absicht bestanden hatte, Sie irgendwie zu kränken oder Ihnen zu nahe zu treten. Wie ich Ihnen schon mitteilte, hatte ich inzwischen auch Gelegenheit, die Sache mit Herrn Dr.Sartorius durchzugehen. Ich hoffe auf glatte Bereinigung und werde anschliessend Gelegenheit nehmen, den Rektor mündlich und nachträglich schriftlich zu unterrichten.
Legen Sie mir bitte die Tatsache, dass ich nicht mehr zu einer Vorbesprechung zu Ihnen komme nicht als Interesselosigkeit aus. Ich bin ja selbst von meinen Terminen gehetzt und in dieser Woche derart mit Sitzungen überlastet, dass ich kaum das notwendigste hier auf meinem Büro arbeiten kann. Wir müssen also die Sache schon gleichzeitig am Samstagvormittag miterledigen. Ich nehme aber an, dass wir in der dreiviertelstündigen Vorstandssitzung bequem Zeit dazu haben.

Die Programme habe ich heute morgen erhalten und weitergeleitet. Ich hoffe auf guten Besuch.

Also auf Wiedersehen am Samstag, den 9., 10.15 in der Uni. Sollte vorher noch etwas zu besprechen sein, so bitte ich um Ihren Anruf.

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 70

2.Mai 1953

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil Kraus ,
F r a n k e n t h a l

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Zu meinem lebhaften Bedauern habe ich erfahren, daß Sie vor dem 9.Mai nicht mehr nach Mainz kommen können.

Wie die bewußte Angelegenheit nun weitergeführt werden soll, bleibt mir zunächst schleierhaft.

Auf Ihren ausdrücklichen Wunsch hin blieb ich nicht auf dem Datum 1.April bestehen. Ich hatte Ihnen damals zugesagt das Jahrbuch druckfertig zu machen und die Mitgliederversammlung vorzubereiten. Beides ist meinerseits geschehen

Eine conditio sine qua non war für mich eine vollständige Bereinigung vor dem 9.Mai. Leider ist dies nicht geschehen. Es bleibt mir unerklärlich, warum mein erster handgeschriebener Brief, der sofort nach der Wormser Tagung an Sie abgesandt wurde, nur eine Antwort an mich bewirkte, ohne Herrn Dr.Eibel von meiner Auffassung zunächst zu verständigen. Eine Mitteilung von Ihnen an Herrn Dr.Eibel erfolgte, soweit ich unterrichtet bin, erst mehrere Wochen später. Auch Seine Magnifizenz

wurde von Ihnen bisher nicht verständigt, obwohl wir dies vereinbart hatten.

Nach den Statuten muß in diesem Jahr eine Neuwahl des geschäftsführenden Vorsitzenden, des 1.Schriftführers und des Schatzmeisters stattfinden. Meine Tätigkeit im Vorstand ist also statutenmäßig beendet. Das vereinfacht die ganze Angelegenheit.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden zu einer Sitzung um 11 Uhr nach dem Hörsaal 2 gebeten. Wenn Sie wünschen, lade ich zu einer Vorstandssitzung um 10.30 Uhr ein. Rufen Sie mich bitte, wenn es Ihnen passt, am Montag vormittag an.

Ich sende Ihnen freundliche Grüße und bin

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 71

Dr. Krain
Sitzung wegen Titel
Sa. 9. Mai 10 Uhr
hier od. Uni. Saal 2
kommt vorher nicht
nach Mainz

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 72

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 14.Apr.1953
FERNRUF 2011 Dr.Kr/Fe.

Herrn Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Ich hoffe Sie gesund und munter aus London wieder zurück. Anbei übersende ich Ihnen den Entwurf eines Geleitwortes für unser Jahrbuch. Hoffentlich klappt die Sache mit der Drucklegung, sodass wir in der Lage sind, unseren Mitgliedern am 9. Mai das neue Jahrbuch 1953 auszuhändigen.

Nun zu der Sache Dr. Eibel. Anbei übersende ich Ihnen Abschrift seines Schreibens an mich vom 22.3. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, auch mit Herrn Dr. Sartorius über diese Sache zu sprechen. Ich glaube, dass es mir gelungen ist, auch bei ihm alle Bedenken auszuräumen. Ich würde Ihnen nun, lieber Herr Oppenheim, im Interesse der Abkürzung, um Zeit zu gewinnen, die folgende Erledigung in dieser Angelegenheit vorschlagen:

Ich werde Herrn Dr. Eibel seinen Brief vom 22.3. beantworten und dabei die strittige Angelegenheit eindeutig klarstellen. Dieses Schreiben werde ich in Abschrift allen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis bringen und mit einem besonderen Anschreiben dem Rektor, Prof. Dr. Dabelow, sodass auch da alle Mißverständnisse, die durch die Wormser Besprechung etwa aufgetreten waren, ausgeräumt werden. Ich darf Sie bitten, mich umgehend wissen zu lassen, ob Sie mit diesem Vorschlag einig gehen. Ich werde selbstverständlich gerne Gelegenheit nehmen bei der nächsten Vorstandssitzung, die wir anlässlich unserer Tagung in Mainz abhalten werden, die Sache mündlich nochmals richtigzustellen und auch mit dem Herrn Rektor das Erforderliche zu besprechen. Ich glaube, dass damit auch der einig mögliche Weg für Ihre weitere Mitarbeit, die ich dringend wünsche, geebnet ist.

Bei dieser Gelegenheit noch eine andere Sache. Ich beziehe mich auf die Vorschläge und Verhandlungen von Dr. Sartorius betr. Konferenz mit den höheren Schulen und die Mitwirkung des Kultusministeriums. Aus der letzten Aussprache mit Herrn Dr. Sartorius habe ich den Eindruck gewonnen, dass er in der Sache nicht so recht vorwärts kommt, jedenfalls hat er wiederholt geäussert, dass er von Prof. Dr.Holzamer und auch vom Ministerium nichts mehr gehört habe. Ich möchte Sie dringend darum bitten, sich dieser Sache anzunehmen und einmal persönlich mit Holzamer und Dr. Wegener diese Angelegenheit zu besprechen. Es wäre doch sehr schön, wenn wir unserer Mitgliederversammlung am 9.Mai gerade in dieser wichtigen Sache ein ganz positives Arbeitsprogramm mit Zustimmung aller beteiligten Stellen vorlegen könnten. Ich glaube, dass wir damit einen wirklich wichtigen Schritt vorwärts tun würden. So viel für heute. Ich bitte um Ihren Anruf. Alles weitere später.

In alter Freundschaft Ihr

1 Abschrift
1 Entwurf.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 73

I. Abdruck

Dr.Ing. Hermann Eibel
Regierungsrat a.D.

Mainz - Gonsenheim, den 22.3.1953
Kapellenstrasse 8
Fernsprecher 3479

Lieber Herr Dr. Kraus!

Ihr Brief vom 14.3. hat mich am Freitag erreicht, als ich von Baden nach Mainz zurückgekehrt war. Er hat mich so sehr berührt, dass ich sofort Herrn Oppenheim angerufen habe, mit dem ich mich nahezu eine halbe Stunde ausgesprochen habe. Dabei habe ich immer wieder nur sagen können, dass bei der Unterredung in Worms auf meiner Seite keinerlei Absicht bestanden habe, Herrn Oppenheim irgendwie zu kränken oder ihm zu nahe zu treten. Eine solche Absicht hat er mir, wie er mir sagte auch keineswegs unterstellt. Er sieht jedoch anscheinend darin, dass die in Rede stehende Angelegenheit überhaupt erörtert wurde, einen Anlass, sich gekränkt zu fühlen.

Wenn ich auf die Frage nochmals zurückgekommen bin, so geschah dies aus dem Grunde, weil bei der Besprechung der Angelegenheit im Herbst, Herr Prof. Sartorius mir sehr bestimmt sagte, er sei mit der Zahlung der Büromiete nicht einverstanden. Weshalb das in der Besprechung nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, weiss ich nicht. Auf jeden Fall hat Herr Sartorius mir gegenüber in Worms wiederholt, er sei mit der Regelung nicht einverstanden. Ich habe die Angelegenheit deshalb zur Sprache gebracht, über die ich Ihnen gerne vorher noch gesprochen hätte. Sie erinnern sich wohl aber, dass ich zu der Vorstandssitzung aus dem Omnibus herausgerufen wurde und ankam, als sie schon im Gange war.

Da ich schliesslich für die Geldangelegenheiten der Vereinigung die Verantwortung habe und weil bei der letzten Prüfung im April 1952 die Herrn Goeddertz und Dr. Thomas die verhältnismässig hohen Verwaltungskosten erörtert hatten (dass diese Kritik sich schon auf die Büromiete erstreckt haben sollte, ist ein Irrtum Ihrerseits), hielt ich es für richtig, mir in der Wormser Sitzung eine Bestätigung des Vorstandes geben zu lassen, damit den Zahlungen ein Vorstandsbeschluss zu Grunde liegt.

Ich habe Herrn Oppenheim gesagt, dass, wenn er und als Folge davon auch Sie, lieber Herr Doktor, Ihre Ämter nicht weiter führen würden, auch ich mich aus dem Vorstand der Vereinigung zurückziehen würde. Mit Ihnen würde ich es als ausserordentlich bedauerlich empfinden, wenn durch ein missverstandenes Wort die gute Sache leiden würde. Ich wiederhole Ihnen daher, wie ich Herrn Oppenheim gegenüber wiederholt betont habe, dass ich die Frage in Worms lediglich aus dem Grunde zur Sprache gebracht habe, um für die Zahlungen einen Vorstandsbeschluss herbeizuführen, was ja dann auch _ wenigstens bis zur nächsten Vorstandssitzung - geschehen ist. Keinesfalls war von meiner Seite aus daran gedacht worden, dass ich Herrn Oppenheim mit meiner Äusserung hätte kränken können. Wenn das doch geschehen sein sollte, so würde kein anderer es mehr bedauern, als ich selber, schon deshalb, weil ich Herrn Oppenheim schon seit langer Zeit kenne und schätze. Er war es übrigens, der mir damals das Schatzmeisteramt angetragen hat.

Ich hoffe gerne, dass meine Unterredung mit Herrn Oppenheim und diese Erklärung die leider aufgetretene Disharmonie beseitigt hat.

b.w.

In freundlicher Erwiderung Ihrer Grüsse verbleibe ich
als Ihr Ihnen stets ergebener

gez. Dr. Eibel

F.d.R.d.A.

Beh.Angestlte.

I. Abdruck

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 74

Oberbürgermeister Dr.Kraus

Frankenthal, 27.Apr.1953

Herrn
Dr. Atzenroth
Präsident der Vereinigung
mittelrheinischer Unternehmer-
Verbände

Koblenz - Metternich

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz

Sehr geehrter Herr Dr. Athenroth!

Schon lange habe ich die Absicht, Ihnen einmal zu schreiben, bin aber leider noch nicht dazu gekommen. Nachdem wir nunmehr unsere Jahresversammlung am 9. Mai in Mainz abhalten, möchte ich mich doch vorher bei Ihnen melden. Schon immer habe ich bedauert, dass Sie infolge Ihrer beruflichen und politischen Überlastung bis jetzt nicht in der Lage waren, an unseren Vorstands- und Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen. Dadurch ist der Nordbezirk Koblenz - Trier praktisch völlig unvertreten. Da ich im Interesse der Sache, wie Sie wohl verstehen werden, Wert darauf legen muss, dass die Vorstands- und Verwaltungsrats-mitglieder an den wenigen Sitzungen, die stattfinden, vollzäh-lig teilnehmen, bitte ich um Ihre Mitteilung, ob Sie überhaupt Wert darauf legen, dieses Mandat noch auszuüben. Wenn ja, möchte ich Sie bitten, einen Ihnen nahe stehenden geeigneten Vertreter zu bestellen, der im Falle Ihrer Verhinderung an den Besprechungen teilnimmt. Andernfalls würde ich Sie ebenso herz-lich bitten, mir eine andere entsprechende Persönlichkeit aus der Wirtschaft aus dem Bezirk Koblenz-Trier vorzuschlagen, die dann am 9.Mai von der Mitgliederversammlung gewählt bezw. bestätigt werden müsste. Am meisten würde es mich freuen, wenn Sie es persönlich möglich machen könnten, an der Tagung am 9.Mai in Mainz teilzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez.Dr.Kraus

II. Durchschlag mit der Bitte
um Kenntnisnahme an

Herrn Reg.Rat a.D. M. Oppenheim,
Mainz, am Stiftswingert 19.

Frankenthal, den 27.April 1953
Der Oberbürgermeister.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 75

26.3.1953

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.h.c.Emil K r a u s ,

Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Mit der bei Druckereien üblichen Verspätung kamen die beiliegenden Karten gestern erst am Spätnachmittag an. Heute und morgen werden die Adressen geschrieben, sodaß die Karten noch in dieser Woche zur Post gehen.

An Menn habe ich geschrieben, daß er sein Manuskript unmittelbar an die Verlagsanstalt z.Hdn. von Herrn Meunier geben soll. Herr Meunier wurde davon verständigt. Wie er mir gestern Nachmittag sagte, wird er mit dem Druck erst nach Ostern beginnen, versprach aber bis zum 9.Mai jedenfalls einen Teil der Auflage liefern zu können.

Wie verabredet, wird Frau Fischer das Manuskript aus Nancy, falls es überhaupt kommen sollte, zuerst an Sie senden.

Ich reise heute mittag ab und werde allerspätestens am 2o.April wieder hier sein. Soweit möglich, ist alles für den 9.Mai vorbereitet, der Hörsaal 8 ist belegt, die Taberna ist verständigt usw. Mit den Vorbereitungen

war ich sehr gehemmt aus den Ihnen bekannten Gründen. Ich bitte Sie nochmals, die Angelegenheit nicht allzu dilatorisch zu behandeln.

Ich sende Ihnen herzliche Grüße und bin

Ihr sehr ergebener

40 Karten

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 76

19.3.1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Besten Dank für die schnelle Rücksendung des Aufsatzes "von Rintelen". Wenn ich nicht das Gefühl gehabt hätte, die Arbeit passt nicht so ganz in unseren Rahmen, hätte ich sie Ihnen gar nicht mitgegeben. Es freut mich, daß wir gleicher Ansicht sind.

Bei der Besprechung über das Jahrbuch am 17.März hatte ich vergessen zu sagen, daß der Rektor der Universität Nancy, der bei der Eröffnung der Domus universitatis hier war, einen kleinen Aufsatz versprochen hat. Als Termin teilte ich ihm den 1.April mit. Dieser Beitrag müsste natürlich auch veröffentlicht werden.

An Professor Ruppel habe ich wegen des einen Wortes geschrieben. Die übrigen Manuskripte gehen heute an die Verlagsanstalt.

Der Text der Postkarte, betreffend Hinweis auf unsere Mitgliederversammlung am 9.Mai ist bereits geschrieben. Er geht heute noch an das Druckhaus Schmidt & Co. 30 Karten werden Ihnen zugehen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 77

Akten - Notiz

Bei Anwesenheit von Herrn Oberbürgermeister Dr.Kraus, Frankenthal am 17.März 53 kamen wir überein, in der Angelegenheit B o l l n o w nicht offiziell von Seiten der Vereinigung etwas zu unternehmen.Wegen der dadurch entstehenden Konsequenzen halten wir es für ratsam, nicht in Personalfragen einzugreifen. Andererseits kann eine persönliche Einwirkung, wie sie bereits von mir bei Herrn Ministerialrat Dr. W e g e n e r unternommen wurde, nicht beanstandet werden.

In der Angelegenheit Dr. E i b e l hat Herr Oberbürgermeister Dr.Kraus vor dem Schreiben vom 14.3.53 wegen starker Beschäftigung nichts unternommen.

Kraus bat mich, mich nicht auf den Termin 1.A p r i l zu versteifen, was ich auch zusagte.

Mainz, den 19.März 1953

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 78

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 14.3.1953
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Betrifft: Ihr Schreiben vom 5.3. in Sachen Bollnow

Lieber Herr Oppenheim!

Verzeihen Sie, dass ich erst heute antworte, aber ich kam in den letzten Tagen mit dem besten Willen nicht dazu, weil dringende dienstliche Termine und Aufgaben mich restlos in Anspruch nahmen. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, dass auch wir uns in Sachen Bollnow mit allem Nachdruck einsetzen. Bitte schreiben Sie von dort aus in meinem ausdrücklichen Auftrag und sagen Sie alles, was von unserer Seite zu sagen ist. Gleichzeitig wäre ich Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie auch persönlich sich bei der Uni einsetzen würden und ohne Rücksicht auf die Hemmungen in Sachen Dr. Eibel. Auch diese Angelegenheit wird bestens erledigt werden. Vielleicht können wir am kommenden Dienstag uns kurz sehen und über die Dinge sprechen.

Mit freundlichem Gruss!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 79

1. Abdruck

Oberbürgermeister Dr.Kraus Frankenthal, den 14.3.1953

Herrn
Regierungsrat a.D.
Dr. E i b e l

Mainz-Gonsenheim
Kapellenstrasse

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz

Lieber Herr Dr. Eibel!

Sie erinnern sich, dass wir in der kurzen Vorstandsbesprechung in Worms u.a. auch die Frage der Miete für das in der Wohnung Oppenheim für unsere Geschäftszwecke in Anspruch genommene Büro besprochen haben. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass man diesen Betrag übernimmt, während Sie zunächst anderer Meinung waren. Dabei haben Sie u.a. Worte gebraucht wie "In unseren Gesellschaftsschichten ist es nicht üblich, dass ....". Diese Worte und die ganze Art der Behandlung des Gegenstandes in dieser Besprechung haben unseren Freund Oppenheim sehr aufgeregt und erschüttert, besonders deshalb, weil diese Ausführungen in Gegenwart seiner Magnifizenz des Herrn Rektors gemacht wurden. O. hat mir mitgeteilt, dass er diese ungerechtfertigte Belastung nicht ertragen und so nicht weiterarbeiten kann. Er will sein Schriftführeramt zum 1.April zur Verfügung stellen, wenn nicht vorher eine entsprechende Erklärung von Ihnen und von mir vorliegt, die er auch seiner Magnifizenz zugänglich machen kann. Bis dahin will er sich im Rektoramt nicht mehr sehen lassen. Zur Mietsache selbst bemerkt er noch, dass nach seiner Feststellung die Miete für das Geschäftszimmer erst seit 1.9.1952 bezahlt wird. O. hat vorher keine Miete dafür erhalten, weil das Zimmer noch keine Vorhänge hatte. Es kann daher nicht möglich sein, dass die beiden Revisoren Dr. Thomas und Göddentz bereits bei der Revision im Mai des vergangenen Jahres die Miete des Geschäftszimmer beanstandet haben.

Lieber Herr Dr.Eibel! Ich habe Herrn Oppenheim sofort darum gebeten, keine überstürzten Entschlüsse zu fassen, zumal ja im Vorstand Einverständnis darüber erreicht wurde, dass die Miete vorläufig bis zur nächsten Mitgliederversammlung bezw. Vorstands- u. Verwaltungsratssitzung erstattet wird. Jedenfalls kann ich einen Amtsverzicht seinerseits im Augenblick nicht annehmen, da wir, so wie die Dinge liegen, ohne ihn und seine Mitarbeit die Vereinigung nicht führen können. Ich weiss wirklich nicht, wer an seine Stelle treten und die Arbeit so machen soll, wie sie von O. bisher getan wurde. Ich müsste mir in diesem Falle wahrscheinlich überlegen, ob ich noch länger in der Lage bin, mein Amt als geschäftsführender Vorsitzender weiter zu führen.

Ich lege grössten Wert darauf, dass diese Sache umgehend bereinigt wird und unterstelle dabei, dass auch Sie mit mir der Meinung sind, dass die Arbeit an unserer Vereinigung unter solchen Dingen nicht leiden darf und dass es schade wäre, wenn an solchen Kleinigkeiten eine so gute Sache, die sich so schön entwickelt, zugrunde geht. Ich würde es für das beste halten, wenn Sie sich sofort mit Herrn Reg.Rat Oppenheim persönlich in Verbindung setzen und ihm und mir eine befriedigende schriftliche Erklärung geben, die ich gleichzeitig zur Bereinigung dieser Angelegenheit bei seiner Magnifizenz verwenden kann. Ich darf Sie bitten, die Sache wirklich ernst zu nehmen und mir umgehend Ihre Vorschläge mitzuteilen, gegebenenfalls wäre ich gezwungen, eine ausserordentliche Vor-

b.w.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 80

standssitzung einzuberufen.

Im übrigen hoffe ich, dass es Ihnen und Ihrer Familie gut geht und verbleibe

mit freundlichen Grüssen!

Ihr

ges. Dr. Kraus

II. Abdruck mit der Bitte um Kenntnisnahme an Herrn Reg. Rat a.D. Oppenheim, Mainz.

Frankenthal, den 14. März 1953

Der Oberbürgermeister

5.3.1953

Herrn

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Nachstehend gebe ich Ihnen die neuen Mitglieder vom 1.Februar bis 5.März 53 bekannt:

	Beitrag:	Spenden:
Badische Anilin- & Sodafabrik Ludwigshafen	DM 500.--	
Prof.Dr.W.Reppe, Ludwigshafen erhöht seinen Beitrag auf	" 100.--	
Prof.Dr.Gerhard F r a n z, Mainz Welschplatz 3	" 10.--	
Dr.Haubach, Frankenthal, Foltzring 3	" 10.--	
Dr. H o r s t, Wiesbaden, Parkstraße 32	" 10.--	
Stadtverwaltung Neuwied (Bürgermeister Schweizer, Neuwied, Pfarrstrasse 1)	" 20.--	20.--
Gerd Massoth, Mainz, Am Stiftswingert 19	" 5.--	
Dipl.-Ing.Fritz Wassmuth, Worms, Rudi Stephanallee 14	" 10.--	
Stadtverwaltung Andernach (Bürgermeister Dr.Hans Füth)	" 50.--	

zu Gunsten des musik wissenschaftlichen Seminars.

5.März 1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Sind Sie damit einverstanden, daß ich im Sinne des beiliegenden Schreibens von Herrn Professor R o h r b a c h, um dessen Rückgabe ich bitte, etwas unternehme, oder soll man eine Vorstandssitzung einberufen ?

Anläßlich eines Besuches bei Herrn Ministerialrat W e g e n e r vor wenigen Tagen habe ich von mir persönlich aus über diese Frage gesprochen und habe ihm davon Kenntnis gegeben, daß weite Bevölkerungskreise der Stadt sich für Bollnow einsetzen.

Da bald der erste April ist, erinnere ich nochmals an die bewußte Angelegenheit.

Freundliche Grüße
Ihr sehr ergebener

1 Einlage

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 82

3. März 1953

Professor Dr. H. Rohrbach

Herrn
Regierungsrat R u d o l f
M a i n z
Breidenbacher Str. 25
Volkshochschule Mainz

Betr.: Berufung von Herrn Professor Dr. Bollnow nach Tübingen.

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Sie werden sicherlich schon davon gehört haben, dass die Universität in Gefahr steht, Herrn Professor Bollnow durch eine Berufung nach Tübingen zu verlieren. Dieser Verlust würde uns sehr treffen, und es ist auch von Seiten der Universität alles geschehen, um Herrn Professor Bollnow in Mainz zu halten. Der Rektor und der Dekan der Philosophischen Fakultät sind an den Herrn Kultusminister herangetreten und haben sich dafür eingesetzt, dass seitens der Landesregierung alle Wünsche erfüllt werden, die Herr Professor Bollnow etwa vorbringen wird. Die Studenten seines Seminars haben Unterschriften gesammelt und sich in einer Petition an das Ministerium den Wünschen von Rektor und Fakultät angeschlossen. Trotzdem ist noch keineswegs sicher, wie sich Herr Professor Bollnow entscheiden wird.

Ich glaube nun, dass es von wesentlichem Gewicht sein würde, wenn auch seitens der Volkshochschule zum Ausdruck gebracht werden würde, dass man auf sein Bleiben in Mainz grössten Wert legt. Er ist ja einer von den wenigen Professoren der Universität, die durch ihre Mitarbeit in der Volkshochschule weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt und, soviel ich weiss, auch beliebt ist. Daher erscheint es mir durchaus angebracht, wenn man ihm dies einmal sagen und damit zugleich die Bitte verbinden würde, dass die Entscheidung zwischen Mainz und Tübingen zu Gunsten von Mainz ausfallen möchte.

Ich schrieb im gleichen Sinne auch an Herrn Oberbürgermeister Stein.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochschätzung!

Ihr sehr ergebener

Rohrbach

(Rohrbach)

D/Herrn Regierungsrat Oppenheim
zur Kenntnisnahme mit der Bitte, gegebenenfalls von Seiten der Gesellschaft der Freunde der Universität einen entsprechenden Schritt zu unternehmen.

3.3.1953

Rohrbach

(Rohrbach)

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 83

2. März 1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die Teilnehmer aus Worms haben ein Anschreiben erhalten, von dem Sie anbei eine Abschrift erhalten.

Die Frankenthaler Teilnehmer, soweit sie nicht Mitglied sind, sind Folgende:

Gerinjakob ?	Frankenthal	
Dr. Raagmann ,	"	
Reimann ,	"	Gymnasium
Dr. Erbacher	"	
Dr. Bohner	"	Foltzring 2
Schmitt	"	Schmiedgasse 78
D. Rämisch,	"	Petersgartenweg 18
Rämisch	"	"
Schwabe-Rößler	"	Joh. Besserstraße 1
Moerschel	"	Herderstrasse 1
Luise Winckler	"	Vierlingstrasse 6
Dr.K.Winckler	"	"

Ich glaube es macht sich besser, wenn die Frankenthaler Herrschaften einige Zeilen von Ihnen erhalten.

Ich erhielt jetzt die Listen von 15o Doktoranden der philosophischen Fakultät, die zur Zeit mit einer freundlichen Aufforderung von hier bedacht werden.

Wie im vergangenen Jahr, will ich seine Magnifizenz und die Universitäts-Bibliothek um einen Zuschuß für den Druck unseres Jahrbuchs bitten. Von Universitätsbibliotheks-Direktor Dr.Menn habe ich bereits mündlich eine Zusage erhalten. Seine Magnifizenz habe ich noch nicht aufgesucht aus den Ihnen bekannten Gründen.Wenn der Erledigung der Angelegenheit Schwierigkeiten

in den Weg gelegt werden, teile Sie es mir bitte offen mit. Wann kommen Sie wieder einmal nach Mainz ?

Mit freundlichen Grüßen
bin ich Ihr sehr ergebener

1 Einlage

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 84

Michel Oppenheim

Mainz, den 2o.2.1953
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 17.Februar mit der interessanten Beilage. Das ist eine Rechtsfrage, die mich wirklich interessiert. Im Sommer des vergangenen Jahres erfuhr ich von Dr.Bäumel in München, mit dem ich seit vielen Jahren gut bekannt bin, daß die Sache vor Gericht ausgetragen wird.

Mein unjuristisches Denken kann sich mit der Urteilsbegründung nicht einverstanden erklären. Nach meiner Ansicht muß Wessel einerseits alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, er sein ein Nachfolger der alten Frankenthaler Porzellan Manufaktur, andererseits kann man ihm aber nicht verbieten, Frankenthal als Herkunftsort seiner Produktion zu bezeichnen, da er nun einmal tatsächlich in Frankenthal produziert.

Nymphenburg hat wohl vorsorglich geklagt, um späterhin etwas in der Hand zu haben, wenn in Frankenthal etwas Besseres produziert wird als die heutige Produktion. Denn, daß die heutige Produktion mit dem, was man unter Frankenthal versteht, verwechselt oder auch nur

verglichen werden kann, erscheint wohl ausgeschlossen.

Diese Sache müsste leicht verglichen werden können. Wessel muß eine Fabrikmarke benutzen, die mit den alten Fabrikmarken von Frankenthal nicht verwechselt werden kann. Auf dieser Grundlage müsste der Rechtsstreit durch einen Vergleich erledigt werden können.

Ich sende Ihnen freundliche Grüße und bin

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 85

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 17.2.1953
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Betrifft: Porzellanfabrik Wessel, Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich übersende Ihnen anbei Abschrift eines Urteiles des Landgerichtes München in Sachen Wessel, weil ich annehme, dass Sie sich als Kunsthistoriker und Spezialist für Frankenthaler Porzellan dafür ganz besonders interessieren. Zur Sache kurz folgendes:

Wie mir Herr Wessel vor einigen Tagen mitteilte ist gegen das Urteil Berufung eingelegt. Richtig ist, dass ich seinerzeit Wessel zugeredet habe, seine Porzellanfabrik hier in Frankenthal zu errichten mit dem Hinweis, dass Frankenthal ja einen alten Namen in der ganzen Welt hat und dass es für ihn sicher werbemässige Vorteile haben dürfte, wenn er in Frankenthal sitzt. Dabei waren wir uns natürlich darüber klar, dass die Produkte, die er heute fabrikmässig herstellt mit den Produkten der seinerzeitigen Porzellanmanufaktur des Kurfürsten Karl Theodor nicht zu vergleichen sind. Mir liegt nun als Stadtverwaltung vor allem daran, dass der Name Frankenthal auch mit den Porzellanprodukten Wessel hinausgeht und für die Stadt Reklame macht. Es würde mich interessieren, Ihre Meinung zu dem Urteil kennen zu lernen und gleichzeitig von Ihnen zu hören, wie man eine Lösung finden könnte, die einerseits dem Urteil Rechnung trägt und andererseits doch dem berechtigten Interesse des Namens Frankenthal entgegenkommt.

Vielleicht können wir uns darüber demnächst auch einmal mündlich miteinander besprechen.

1 Anlage.

Freundliche Grüsse!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3. 86

Abschrift.

Se/
Aktenzeichen: 1 HK O 25/51

Das Landgericht München I, 1. Kammer f. Handelssachen, Landgerichtsdirektor Dr. Kuhn als Vorsitzender, die Handelsrichter Albert und Heller als Beisitzer, erlässt nach § 128 Abs. 2 ZPO am 27. Oktober 1952

in Sachen

St a a t l i c h e Porzellan-Manufaktur Nymphenburg
A. B ä u m l, München-Nymphenburg,
Klägerin,
Prozessbevollmächtiger: Rechtsanwalt Dr. Max Eisenberger,
München 15, Pettenkoferstr. 35/II,

gegen

1. Firma F.W. W e s s e l , Frankenthal (Rheinpfalz),
2. G r e i n e r Ottomar, Frankfurt/Main, Goldenstelzstr. 6,

Beklagte,
Prozessbevollmächtigter zu 1): Rechtsanwalt Dr. Walter Schwink,
München 2, Brunnstr. 8/II,
Prozessbevollmächtigter zu 2): Rechtsanwalt Dr. Carl Schramm,
München 15, Rückertstr. 5/0,

wegen unlauteren Wettbewerbs,

IM NAMEN DES VOLKES

folgendes

U r t e i l :

I. Bei Meidung von Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird verboten
1) den Beklagten zu 1) und zu 2)
der schlagwortartige Gebrauch des Wortes
" Frankenthal ", insbesondere in Verbindung mit dem
Wort " Porzellan " in Geschäftsbezeichnungen, in öffentli-

StAMZ. NL Oppenheim / 9,3 - 87

chen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen grösseren Kreis von Personen bestimmt sind, in Geschäftspapieren und Verpackungen, Umhüllungen und dergl.

2) der Beklagten zu 1)
Porzellangegenstände mit dem Wort "Frankenthal " zu versehen, wenn nicht diesem Wort in mindestens der gleichen Schriftgrösse und Deutlichkeit ein unterscheidender wörtlicher Zusatz vorangestellt wird, der in gleicher Dauerhaftigkeit wie das Wort " Frankenthal " aufgebracht ist;

3) den Beklagten zu 1) und 2)
Porzellangegenstände, die mit dem Wort " Frankenthal" ohne den vorbezeichneten unterscheidenden Zusatz versehen sind, in Verkehr zu bringen, anzupreisen oder feilzuhalten.

II. Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

III. Die Klägerin hat die Hälfte, die Beklagte zu 1) hat 1/3, der Beklagte zu 2) hat 1/6 der Gerichtskosten zu tragen. Ihre aussergerichtlichen Kosten hat jede Partei selbst zu tragen.

IV. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, wenn die Klägerin eine Sicherheit von 25 ooo.- DM (m.W. Fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark) erlegt.

T a t b e s t a n d :

I.)

1.) Im Jahre 1755 gründete der aus Strassburg stammende Paul Hannong mit Erlaubnis des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz in Frankenthal eine Porzellanmanufaktur. Im Jahre 1762 kaufte der Kurfürst diese Fabrik zu Staatseigentum an. Nach den Franzoseneinfällen wurde die Manufaktur 1795 beschlagnahmt, zum französischen Nationaleigentum erklärt und später an einen Peter van Recum verpachtet, der das Inventag ankaufte. Die Manufaktur kam bald darauf zum Erliegen; ein Teil ihrer Fachkräfte übersiedelte zur Porzellan-Manufaktur Nymphenburg. Im Jahre 1800 gab Kurfürst Max Joseph seinen Entschluss kund, "die ohnehin dermalen aufgelöste Frankenthaler Porzellan-Fabrique auf keinen Fall wieder zu errichten". Soweit noch etwas zu vereinigen war, wurde die pfälzische mit der kurbayerischen Manufaktur in München vereinigt.
Zu den Erzeugnissen der Frankenthal Manufaktur gehörten Figuren

unf Gruppen von hohem künstlerischem Wert, die heute noch Weltruf und dementsprechende Wertschätzung geniessen. Diese Figuren wurden in der kurfürstlichen Zeit mit dem Karl-Theodor-Monogramm, bestehend aus den unter einer Krone stehenden verschlungenen Buchstaben C und T, gekennzeichnet; eine Ortsangabe war nicht beigefügt.
Ein Teil der Formen war von den Franzosen vernichtet worden, der Rest wurde von den Erben van Recums dem pfälzischem Gewerbemuseum in Kaiserslautern geschenkt und von diesem dem historischen Museum in Speyer überlassen. Von diesem wurden die Formen der Kgl. Bayerischen, später Staatlichen Porzellanmanufaktur Nymphenburg zur Verfügung gestellt, die mit Hilfe dieser Orginalformen die alten Frankenthaler Modelle orginalgetreu ausformt. Diese neugeschaffenen Re Stücke tragen neben der in Blinddruck ausgeführten Nymphenburger Marke, dem Rautenschild, das Karl-Theodor-Monogramm oder die früheren Frankenthaler-Marken, den aufsteigenden Löwen oder die Buchstaben J.A.H. in farbiger Unterglasur. Daneben wird jeweils die Jahreszahl der Herstellung der neu ausgeformten Modelle angebracht. Auch auf den Neuausformungen fehlt eine Ortsbezeichnung. Diese Neuausformungen werden unter der Bezeichnung " Frankenthaler Figuren " angepriesen und vertrieben.

Die Porzellanmanufaktur Nymphenburg ist nach der Behauptung der Klagepartei heute noch Eigentum des Landes Bayern; ihr Betrieb ist an die Klägerin verpachtet. Das Karl-Theodor-Monogramm wurde auf Grund Anmeldung vom 13.9.1895 am 4.1.1896 unter Nr. 12510 für Porzellanwaren in der Zeichenrolle des Patentamtes für die Kgl.Bayerische Porzellan-Manufaktur Nymphenburg als Warenzeichen eingetragen. Nach der unbestrittenen Behauptung der Klägerin wurde es am 26.1.1923 auf sie umgeschrieben; die Schutzdauer wurde zuletzt im Jahre 1944 verlängert, die Aufrechterhaltung am 21.2.1950 beantragt.

2.) Der Inhaber der Beklagten zu 1) musste aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands flüchten; er beabsichtigte im Jahre 1949 in Karlsruhe eine Porzellanfabrik zu gründen. Das Arbeitsamt Ludwigshafen a.Rh. wandte sich an ihn und schlug ihm vor, die geplante Fabrik in Frankenthal zu errichten. Die Stadtverwaltung Frankenthal förderte diesen Plan. In einem Schreiben vom 3.Mai 1949 führte das Arbeitsamt Ludwigshafen u.a. aus:

" .... In Frankenthal hatte bereits im 18. Jahrhundert die kurpfälzische Porzellanmanufaktur besondere Bedeutung erlangt.

Die Erzeugnisse dieser Manufaktur sind heute noch über die Landesgrenzen hinaus bekannt und werden in einem Zuge mit den Fabrikaten Meissen und Sevres genannt.
Einem in dieser Stadt neu anzusiedelnden Betrieb wäre die Möglichkeit geboten, auf die alte Tradition der Frankenthal Manufaktur aufzubauen und neue Qualitätserzeugnisse auf den Markt zu bringen. Schon allein der Name Frankenthal in Verbindung mit Porzellan würde es ermöglichen, den Markt des In- und Auslandes zu erobern. "

Der Oberbürgermeister von Frankenthal schrieb am 8.6.1949 an den Vater des Inhabers der Beklagten zu 1) u.a.:

" .... Trotzdem will man Ihrem Sohn die Neugründung seiner Existenz erleichtern helfen, zumal Frankenthal eine alte und hochangesehene Porzellantradition hat und man hofft, dass diese wieder in etwa aufgenommen werden kann. "

Der Inhaber der Beklagten zu 1) entschloss sich nunmehr, sein Unternehmen in Frankenthal aufzubauen. Die Beklagte zu 1) wurde am 21.12.195o unter der Firma "Friedrich Wilhelm Wessel, Porzellanmanufaktur " mit dem Sitz in Frankenthal in das Handelsregister des Amtsgerichts Ludwigshafen a.Rh. eingetragen. Sie stellt mach ihrer Behauptung als einzige westdeutsche Fabrik ausschliesslich spitzenbelegte Figuren und Gruppen nach Thüringer Art im Rokoko- und Biedermeier-Stil her, wie sie auch in Thüringen noch hergestellt werden. Die Herstellung derartiger Spitzenfiguren ist nach dem unbestrittenen Vorbringen der Beklagten zu 1) nur nach einem erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfundenen Verfahren möglich.
Im Geschäftsverkehr tritt die Beklagte zu 1) nicht nur unter ihrer Firma, sondern auch unter der Bezeichnung " Porzellanfabrik Frankenthal" und "Frankenthal Porzellan" Friedrich Wilh. Wessel " auf. Insbesondere verwendet sie Geschäftskarten mit der letztgenannten Bezeichnung, auf der die Worte " Frankenthal Porzellan" in lateinischer Kurrentschrift gedruckt und mit einem kräftigen schwarzen Streifen unterstrichen sind, aus dem die Worte "Friedrich Wilh. Wessel " in sehr kleinen, unauffälligen Lettern weiss ausgespart sind. Zwischen den Worten " Frankenthal" und "Porzellan " befindet sich eine täuschend ähnliche Nachbildung des Karl-Theodor-Monogramms, das in den offenen Teil eines grossen lateinischen W. hineingestellt ist. Dieses Zeichen brachte die Beklagte zu 1) auch auf den von ihr hergestellten Figuren und deren Verpackungen an.

Auf Verwarnung durch die Patentanwälte der Klägerin gab die Beklagte zu 1) im Spätherbst 195o die Benützung des beschriebenen Zeichens auf und nahm dessen Anmeldung zur Warenzeichenrolle zurück. Statt dessen verwendet sie nun ein neues Zeichen, bestehend

aus einem grossen W in deutscher Schreibschrift, auf dessen mittlerem Bogen ein winziges lateinisches F steht; das W ist unterstrichen; darunter ist bogenförmig das Wort Frankenthal angebracht. Dass es sich um die Buchstaben W und F handelt, ist auch bei genauester Betrachtung kaum zu erkennen. Das Zeichen wirkt vielmehr, mindestens für den weniger gründlichen Beschauer, insbesondere durch die Winzigkeit des Buchstabens F und die Unterstreichung kronenähnlich, etwa wie ein Kurhut. Das Zeichen ist für die Beklagte auf Grund Anmeldung vom 29.3.1951 am 2.5.1952 unter Nr. 619 737 für Porzellan und Waren darauf in die Zeichenrolle des Deutschen Patentamtes eingetragen worden.

3.) Der Beklagte zu 2) ist Grosshändler; er vertritt die Beklagte zu 1) und unterhält ein Auslieferungslager für sie. Er hat Bestellungen, die an die Beklagte zu 1) gingen, entgegengenommen und ausgeführt. Dabei hat auch er nach München geliefert und dort auch von der oben beschriebenen Geschäftskarte der Beklagten Gebrauch gemacht.

II.

1.) Die Klägerin fühlt sich durch das Verhalten des Beklagten verletzt. Mit der am 25.6.1951 zugestellten Klage vom 14.6.1951 begehrte sie die Verurteilung der Beklagten nach folgenden Anträgen:

I. Den Beklagten zu 1) und 2) wird ~~die~~ bei Meidung ~~Meidung~~ einer Geldstrafe in unbegrenzter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten:

a) Porzellangegenstände mit dem Wort "Frankenthal" zu bezeichnen oder zu versehen sowie dergestalt gezeichnete Porzellangegenstände in Verkehr zu bringen, anzupreisen oder feilzuhalten.

b) Verpackungen, Umhüllungen, Ankündigungen, Rechnungen, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Preislisten oder dergl., die Porzellangegenstände betreffen, mit dem Wort "Frankenthal" zu versehen, soferne nicht - insbesondere durch unterscheidungskräftige Zusätze und Art des Druckes - die Verwendung des Wortes "Frankenthal" in der Art geschieht, dass es nur als Ort der Niederlassung aufgefasst werden kann, sowie dergestalt gezeichnete Gegenstände der oben genannten Art in Verkehr zu bringen oder sonstwie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

II. Der Beklagten zu 1) wird bei Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, das Wort "Frankenthal" in der Firma oder Geschäftsbezeichnung oder auch in Verbindung mit einer Krone oder einem kronenähnlichen Gebilde zu verwenden.

III. Die Beklagten zu 1) und 2) haben der Klägerin über den Umfang der Benützung der beanstandeten Bezeichnung Auskunft

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 91

zu erteilen.

IV. Die Beklagte zu 1) ist verpflichtet, der Klägerin den ihr durch die begangenen Zuwiderhandlungen gemäss Ziff.I und II des Klageantrages entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen bezw. das auf Kosten der Klägerin erlangte, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung herauszugeben.

V. Die Beklagten haben samtverbindlich die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

VI. Das Urteil ist, evtl. gegen Sicherheitsleistung, die auch durch selbstschuldnerische Bürgschaft einer deutschen Grossbank geleistet werden kann, vorläufig vollstreckbar.

Den Klageantrag unter Ziffer IV fasste die Klägerin später wie folgt:

> Die Beklagte zu 1) hat der Klägerin den ihr durch die begangenen Zuwiderhandlungen gemäss den Ziffern I und II des Klageantrags entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen und das auf Kosten der Klägerin Erlangte nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung herauszugeben.

Zur Begründung brachte sie vor: Die beteiligten Verkehrskreise verständen unter Porzellan mit der Bezeichnung " Frankenthal " ausschliesslich Orginalfiguren aus der alten Frankenthaler Manufaktur oder nach den alten Formen dieser Manufaktur hergestellte Neuausformungen der Klägerin. Die Beklagte zu 1) erwecke durch Verwendung der Worte "Frankenthal" bezw. "Frankenthaler Porzellan" und des kronenähnlichen Gebildes den falschen Eindruck, als handle es sich bei ihren Erzeugnissen um Figuren nach Formen der alten Frankenthaler Mahufaktur oder um die Neuausformung der Klägerin. Sie täusche damit dem Publikum vor, dass es beim Kauf ihrer Erzeugnisse keramische Kostbarkeiten erwerbe. Mindestens würde beim Publikum der Eindruck erweckt, dass Beziehungen zwischen ihrem Betrieb und ihrer Ware und der alten Frankenthaler Manufaktur und der Klägerin bestünden. Die Beklagte zu 1) begehe unlauteren Wettbewerb, indem sie an fremdem Ruf schmarotze. Das Wort "Frankenthal" geniesse zu Gunsten der Klägerin Verkerhsgeltung, sei also Ausstattung, mindestens aber eine die Klägerin kennzeichnende besondere Bezeichnung. Die sich daraus ergebenden Rechte der Klägerin verletze die Beklagte zu 1) und schädige den Ruf der Klägerin. Diese könne daher Unterlassung und, da der Inhaber der Beklagten zu 1) schuldhaft gehandelt habe, auch Schadenersatz verlangen.

Ihre Klage gegen den Beklagten zu 2) begründete die Klägerin damit, dass dieser an die Beklagte zu 1) gerichtete Bestellungen entgegengenommen und ausgeführt und als deren Vertreter die oben unter I, 2 beschriebene Geschäftskarte in München übergeben habe.

2.) Die Beklagten beantragten kostenfällige Klagsabweisung.

Die Beklagte zu 1) bezweifelt zunächst das Recht der Klägerin, das Wort "Staatliche" in ihrer Firma zu führen und fordert Aufklärung, mit welchem Recht sie bezw. ihr Rechtsvorgänger das Karl-Theodor-Monogramm okkupiert habe und die alten Frankenthaler Modelle nachahme. Im übrigen bestritt sie, Rechte der Klägerin verletzt oder unlauteren Wettbewerb begangen zu haben. Die Klägerin habe an dem Wort "Frankenthal" keine Verkehrsgeltung, also auch keinen Ausstattungsschutz erworben. Die Krone sei in der Porzellanindustrie ein Freizeichen, ihre Anbringung auf Erzeugnissen vielfach üblich. Das Wort "Frankenthal" sei weder von der alten Frankenthaler Manufaktur, noch von der Klägerin auf ihren Erzeugnissen angebracht worden. Für die Beklagte zu 1) sei es ein notwendiger und im übrigen in der Porzellanindustrie auch ~~gebräch~~ gebräuchlicher Hinweis auf ihre Fabrikationsstätte. Die Erzeugnisse der Streitsteile seinen nicht verwechslungsfähig; eine Irreführung des für altes Frankenthaler Porzellan in Betracht kommenden kleinen Kreises sei völlig ausgeschlossen. Der Beklagten könne kein schuldhaftes Verhalten zum Schaden der Klagspartei zur Last gelegt werden.

Der Beklagte 2) brachte vor, er habe erst aus dem Rechtsstreit die geschichtlichen Zusammenhänge erfahren. Eine Klage gegen einen Händler, der Erzeugnisse eines Industriebetriebes vertreibe, sei nur zulässig, wenn ihm die Kenntnisse des Tatbestandes und damit die Kenntnisse der Verletzung fremder Rechte nachgewiesen werden können. Im übrigen entsprächen die gegen den Beklagten zu 2) gerichteten Anträge zum Teil gar nicht dem*) Verhalten. *) ihm vorgeworfenen.

3.) Aufgrund Beweisbeschlusses vom 28.8.1951 wurden drei Sachverständige, auf die sich die Parteien geeinigt hatten, gehört. Auf die Gutachten Ruef (Bl.29) und Henn (Bl.37) wird verwiesen. Der Sachverständige Everhan reichte als Sachverständigengutachten Abschrift einer an den Prozessbevollmächtigten der Beklagten zu 1) gerichteten gutachtlichen Äusserung vom 17.9.1951 ein (Bl.38a).

Die Klägerin legte eine Anzahl privat erholter gutachtlicher Äusserungen von Porzellankennern und -hänglern vor (Nach Bl.6 und nach Bl.44).
Ergänzend wird zur Darstellung des Sach- und Streitstandes auf den Akteninhalt Bezug genommen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 93

Die Parteien haben schriftliche Entscheidung beantragt.

Entscheidungs g r ü n d e :

I.

1.) Die Klägerin stützt ihre Klage nicht nur auf Vorschriften des UWG, sondern auch auf unerlaubte, in München begangene Handlungen, die §§ 823, 826 BGB und das WZG verletzen sollen. Da die tatsächlichen Angaben der Klägerin im Falle ihres Zutreffens die von ihr vorgenommene rechtliche Würdigung zuliessen, fallen anspruchs- und zuständigkeitsbegründende Tatsachen wenigstens teilweise zusammen, sodass die örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts gemäss § 32 ZPO gegeben ist. die sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus §§ 71, 23 GVG.

2.) Die Anzweiflung der Legitimation der Klägerin durch die Beklagte zu 1) geht fehl. Die Klägerin braucht durchaus nicht nachzuweisen, aufgrund welcher rechtlicher Unterlagen ihr Rechtsvorgänger das Karl-Theodor-Monogramm vor mehr als einem halben Jahrhundert als Warenzeichen hat eintragen lassen. Es genügt, dass dies geschehen ist und dass das Zeichen auf die Klägerin umgeschrieben worden ist, um sie nach §§ 8, 15 WZG zu legimitieren. Im übrigen trägt die Beklagte zu 2) selbst vor, dass die Benützung dieses Zeichens durch die alte Frankenthaler Manufaktur im Jahre 1795 aufgegeben worden ist, sodass der Rechtsvorgänger der Klägerin durch nichts gehindert war, das hundert Jahre unbenutzte Zeichen eintragen zu lassen, auch wenn keine Beziehungen zur alten Frankenthaler Manufaktur bestanden hätten. Auch für den von der Klägerin in Anspruch genommenen Ausstattungsschutz kommt es jedenfalls in diesem Rechtsstreit nicht darauf an, wie das Recht zur Neuausformung der alten Frankenthaler Figuren erworben worden ist, sondern darauf, ob die Klägerin sich im Verkehr durchgesetzt hat (vgl.Reimer, Wettbewerbs- u. Warenzeichenrecht, Kap.31 Bem.4,Baumach-Hefermehl, Anm.6 H b zu § 25 WZG). Es braucht also nicht weiter erörtert werden, dass die "Enteignung" anlässlich der Franzoseneinfälle den bayerischen Staat kam um seine Rechte bringen konnte und dass das historische Museum in Speyer als Besitzer und vermutlicher Eigentümer der alten Formen sie der Nymphenburger Manufaktur zur Neuausformung überlassen hat.

3.) In diesem Zusammenhang sei weiter vorweg bemerkt, dass ein etwaiger unlauterer Wettbewerb der Klägerin etwa durch die Art ihrer Firmierung - der übrigens in keiner Weise bewiesen ist - , den Be-

klagten keinerlei Einwendungen gegen die Klage geben würde. Fremder unlauterer Wettbewerb rechtfertigt nicht den eigenen und die Verletzung fremder Rechte, zumal wenn, wie hier, keinerlei Abwehrzusammenhang vorliegen würde.

II.

1.) Die Klägerin kann die erhobenen Ansprüche nicht auf Verletzung ihres Firmen- oder Namensrechtes stützen, da das Wort Frankenthal in ihrer Firma überhaupt nicht, nicht einmal andeutungsweise vorkommt, aber auch nicht auf die Verletzung einer besonderen Bezeichnung. Sie benützt das Wort "Frankenthal" überhaupt nur zur Bezeichnung der von ihr neuausgeformten Figuren in der Form "Frankenthaler Figuren". Das ist die Bezeichnung einer, noch dazu kleinen Gruppe der von ihr hergestellten Artikel, nicht aber eine Unternehmensbezeichnung oder ein Geschäftszeichen im Sinn des § 16 Abs.I bezw. III UWG (vgl.Reimer a.a.O.Kap.58 Bem.1 u.2,Kap.59 Bem.1,2;Baumbach-Hefermehl Anm.6 A u.B,7 A zu § 16 UWG; auchRG in JW 1926, 1984).

Ebensowenig kann die Klägerin ihre Ansprüche auf ihr Warenzeichen Nr. 125lo stützen. In diesem Warenzeichen kommt das Wort Frankenthal überhaupt nicht vor, sodass es keinesfalls als Grundlage für ein Verbot des Gebrauchs des Wortes Frankenthal durch die Beklagten dienen kann. Mit dem neueren, nun unter Nr. 619 737 in die Warenzeichenrolle eingetragenen Zeichen der Beklagten zu 1) ist das Warenzeichen der Klägerin überhaupt nicht zu verwechseln. Diese nicht zu bestreitende Tatsache hat die Klägerin im Laufe des Rechtsstreits zugegeben (s.6 des Schriftsatzes vom 18.8.1951 - Bl. 22 r). ~~DM~~ Damit entfällt die Anwendbarkeit der §§ 24, 31 WZG, insoweit aber auch die des in der Klageschrift in Anspruch genommenen § 25 WZG mangels Verwechslungsgefahr ohne weiteres. Auf das früher von der Beklagten benützte, zweifellos verwechslungsfähige Zeichen bezieht sich die Klage nach der ausdrücklichen Erklärung der Klägerin (S.3 des Schriftsatzes vom 18.8.1951 - Bl.21) nicht.

Die ganzen Ausführungen der Klägerin, dass ihr Ausstattungsschutz an dem Wort "Frankenthal" zustehe bedürfen keiner weiteren Erörterung, denn der behauptete Ausstattungsschutz ist allein aus folgender Erwägung zu verneinen: Aus dem Gutachten des Sachverständigen Ruef, wie aus so gut wie allen von der Klägerin vorgelegten privaten gutachtlichen Äusserungen ergibt sich, dass die beteiligten Verkehrskreise unter der Bezeichnung "Frankenthaler Porzellan", soweit sie ihnen überhaupt ein Begriff ist, entweder nur die Orgi-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 95

nalerzeugnisse der alten Frankenthaler Manufaktur oder allenfalls diese und die von der Klägerin vorgenommenen Neuausformungen verstehen. Die beteiligten Verkehrskreise nehmen also in dem zweiten, für die Klägerin günstigeren Falle nicht an, dass die so bezeichneten Waren aus einer Quelle stammen; es liegt also keinesfalls eine Ideenverbindung mit einer bestimmten Herkunftsstätte vor. Die Bezeichnung "Frankenthaler Porzellan " deutet entweder überhaupt nicht oder nur als mögliche Eventualität auf die Klägerin hin, ist also kein Kennzeichen gerade der Waren der Klägerin. Damit fehlt aber die erste Voraussetzung der Ausstattung (§ 25 Abs.I WZG; Reimer a.a.O.Kap.29 Bem.3,Kap.3o Bem.1; Baumbach-Hefermehl Anm.1 A zu § 25 WZG).

Nach dem eigenen Vorbringen der Beklagten zu 1) und den von ihr vorgelegten Schreiben des Arbeitsamtes Ludwigshafen und des Oberbürgermeisters von Frankenthal kann ohne weiteres angenommen werden, dass für die Sitzwahl des Beklagten zu 1) neben sonstigen Vorteilen der Ruf Frankenthals als alter Porzellanstadt, der eben durch die alte kurfürstliche Manufaktur begründet worden ist, und der Wunsch massgebend war, von diesem Ruf Vorteil zu ziehen. Dieser Wunsch kann ebensowenig als unlauteres oder sittenwidriges "Schmarotzen an fremdem Ruf " angesehen werden, wie die auf seine Verwirklichung gerichteten Massnahmen, soweit sie nicht aus anderen Gründen unzulässig sind. Denn sonst müsste sich z.B. jede in Solingen neu errichtete Stahlwarenfabrik, jede in Krefeld neu errichtete Seidenweberei, jede in Nürnberg neu gegründete Spielwarenfabrik, jede neue Lübecker Marzipanbäckerei, jede in München neu errichtete Brauere unlauteren Wettbewerb vorwerfen lassen, weil sie notwendigerweise von dem auf ihrem Spezialgebiet festgegründeten Ruf ihres Domizils profitieren wird und wahrscheinlich auch will. Dass ein derartig begründeter Vorwurf nicht möglich ist, liegt auf der Hand.

2.) Anders liegt es aber mit dem von der Klägerin erhobenen Vorwurf der irreführenden Werbung (§ 3 UWG). Die Beklagte zu 1) ist selbstverständlich berechtigt mit ihrer wirklichen Firma auch ihren Firmensitz Frankenthal zu nennen. Es ist ihr auch nicht das Recht zu bestreiten, im geschäftlichen Verkehr sonstwie ihr Domizil und den Kerkunftsort ihrer Waren zu nennen. Nur darf sie das Wort "Frankenthal" nicht in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen grösseren Kreis von Personen bestimmt sind, schlagwortartig oder auf ihren Erzeugnissen ohne aufklärenden Zu-

satz gebrauchen. Sonst würde nämlich dieses Wort eine unrichtige Angabe über den Ursprung der von der Beklagten zu 1) erzeugten Waren darstellen, die geeignet ist, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. Frankenthal ist zwar der Herkunftsort der von der Beklagten zu 1) erzeugten Waren; insofern ist also die Ursprungsangabe in geographischer Beziehung sachlich richtig. Und trotzdem ist die Herkunftsangabe unrichtig im Sinne des § 3 UWG, denn hier ist Masstab für die Feststellung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit die Auffassung desjenigen Teils des Publikums, an den sich die Angabe wendet. Es können daher auch objektiv richtige Angaben auf das Publikum die Wirkung unrichtiger Angaben haben, sodass sie dann in der Werbung unzulässig sind (vgl. Reimer a.a.O.Kap.78 Bem.4; Baubach-Hefermehl Anm.2 D, 6 F zu § 3 UWG). ~~Sie~~ So aber liegt die Sache hier. Ein nicht unbeachtlicher Teil der Kreise, an die sich die Beklagte zu 1) wendet, wird das Wort "Frankenthal" auf die alte Frankenthaler Manufaktur beziehen, also als Ursprungsangabe in Beziehung auf ein Unternehmen auffassen, aus dem die Ware der Beklagten zu 1) tatsächlich nicht stammt. Selbstverständlich wird dies bei Sammlern, Grosshändlern, überhaupt bei Porzellankennern und Menschen von besonderen Geschichtskenntnissen und ausgeprägtem Geschmack nicht bestehen. Diese können in der Tat die Frankenthaler Originalfiguren und die Neuausformungen der Klägerin einerseits und die Erzeugnisse der Beklagten zu 1) nicht miteinander verwechseln. Denn die einzige Übereinstimmung besteht, vom Material abgesehen, darin, dass beides Spitzenporzellane sind. Während aber den erstgenannten Figuren diese Benennung zukommt, weil sie Spitzenleistungen der Porzellankunst darstellen, ist das bei den Erzeugnissen der Beklagten zu 1) nur deshalb der Fall, weil sie mit Spitzen belegt sind. Es gibt aber unter den Einzelhändlern und vor allem unter den Käufern von Porzellanfiguren nicht nur Porzellan- und Geschichtskenner und Menschen mit sicherem Geschmack; es gibt unter ihnen auch eine ganze Anzahl von Leuten, die nur eine mehr oder weniger oberflächliche Kenntnis vom Vorhandensein verschiedener Porzellanmarken und -herkunftsstätten und von den damit verbundenen Bewertungsunterschieden haben und, da auch die kurfürstliche Frankenthaler Manufaktur ihnen dem Namen nach irgendwie bekannt ist, aus dem Wort " Frankenthal " auf den Erzeugnissen der Beklagten zu 1) auf eine Herkunft aus dieser angesehenen Herstellungsstätte, deren Erlöschen sie nicht kennen, schliessen. Solche Verkehrsteilnehmer gibt es nicht nur unter der einheimischen Bevölkerung (vergl. GRUR 1934, 623), sondern zweifel~~haft~~los auch unter den in Deutschland weilenden Ausländern und im Ausland, zumal

man diesen die Kenntnis des deutschen Porzellans- und zwar auch des alten - nahe zu bringen bemüht ist, wie z.B. das von der Beklagten vorgelegte englich-deutsche Nachschlagebuch von Dr.Mickenhagen (bei Bl.61) beweist. Aus diesen Erwägungen schliesst sich die Kammer dem Gutachten des Sachverständigen Ruef an, dass ein erheblicher Teil des Käuferpublikums ohne weiteres in allem Porzellan, das den Namen "Frankenthal" trägt, nur deshalb ein hochwertiges Erzeugnis sieht. Es bedarf daher keiner weiteren Beweiserhebung durch Vernehmung der Händler, deren private Stellungnahme die Klägerin vorgelegt hat.

Mit der obigen Feststellung ist gleichzeitig festgestellt, dass der Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorgerufen wird. Dass Anzeigen und Geschäftskarten unter die in § 3 UWG bezeichneten Werbemittel fallen, ist selbstverständlich; es fällt darunter aber auch die Anbringung auf der Ware (vgl.Reimer a.a.O.Kap.78 Bem.2; Baumbach-Hefermehl Anm.1 A zu § 3 UWG).

3.) Die Klägerin, die ja Waren der gleichen Art, nämlich Porzellanfiguren, herstellt, kann daher die Unterlassung des Gebrauchs des Wortes "Frankenthal" durch die Beklagte zu 1) verlangen (§ 13 Abs. I UWG). Der Umfang des Unterlassungsanspruchs wird aber, soweit durch § 3 UWG die Konkurrenten geschützt werden, durch eine billige Interessenabwägung, soweit die Vorschrift dem Schutz der Konkurrenten und des Publikums dient, durch das Aufhören der Gefahr der Irreführung begrenzt. Das bedeutet, dass der Gebrauch des Wortes "Frankenthal" durch die Beklagte zu 1) dann zulässig sein muss,wenn sie an ihm berechtigtes Interesse und wenn durch Zusätze die Irreführung ausgeschlossen wird.

An den schlagwortartigen Gebrauch des Wortes "Frankenthal" für die Unternehmungsbezeichnung, auf Geschäftspapieren, Verpackungen und in der Werbung kann kein berechtigtes Interesse der Beklagten zu 1) in deren Firma dieses Wort nicht vorkommt, anerkannt werden. Dagegen liegt dieses Interesse vor, soweit es auf den Erzeugnissen der Beklagten zu 1) angebracht werden soll. Dies nicht nur, weil es in der Porzellanindustrie weitgehend üblich ist, den Herstellungsort auf den Fabrikaten anzugeben (vgl.ausser den genannten Entscheidungen auch noch GRUR 1935, 764 und das erwähnte Buch von Dr.Mickenhagen), sondern vor allem, weil die Herstellung in der Bundesrepublik im Gegensatz zu dem sonst nur in der sowjetisch besetzten Zone liegenden Erzeugungsstätten von Spitzenbelegtem Porzellan hervorgehoben werden muss. Dass die Beklagte zu 1) auf einzelnen ihrer

Erzeugnisse auch noch - zweifellos unzulässigerweise - das Wort ~~"Frankenth~~ "Dresden " angebracht hat, ist kein Beweis gegen das Bestehen und die Berechtigung des Interesses an dem Wort "Frankenthal". Insoweit muss aber die Beklagte einen die Gefahr der Irreführung beseitigenden Zusatz machen. Ihr Warenzeichen, das einen kronenähnlichen Eindruck macht, genügt zu dieser Unterscheidung keinesfalls, denn das alte Karl-Theodor-Monogramm war auch gekrönt und andererseits werden in der Porzellanindustrie Kronen so häufig als Teil der Marken verwendet, dass die Unterscheidungskraft fehlt. Genügend wäre nach Auffassung der Kammer z.A. der in mindestens gleicher Schriftgrässe über das Wort "Frankenthal" gestellt Name "Wessel". Neben diesem Zusatz würde auch das Warenzeichen der Beklagten nicht schaden, da es wegen der erwähnten Häufigkeit von Kronen nicht mehr irreführend wirken kann. Die in der Klageschrift vertretene Auffassung, dass der Zusatz des Firmennamens nichts nützen würde, weil er als Name des modollierenden Künstlers aufgefasst werden könne, geht nach Ansicht der Kammer entschieden zu weit. Das hat die Klägerin offenbar selbst eingesehen, wenn sie auf S.4/5 ihres Schriftsatzes vom 25.9.1952 (Bl.47/48) ausführt:

> "Es handelt sich auch hier nicht darum, dass der Firma Wessel verboten werden soll, den Ort ihres Domizils auf den Produkten der Babrik aufzustempeln, es handelt sich darum, ob in der Form des Aufstempelns, ohne den Namen klar zu zeigen, eine Irreführung zu erblicken ist."

4.) Auch der Beklagte zu 2) machte durch Verwendung der Geschäftskarten der Beklagten zu 1) dieselben irreführenden Angaben, wie diese. Auch er steht mit der Klägerin im Wettbewerb, zum mindesten fördert er aber den Wettbewerb der Beklagten zu 1). Infolgedessen kann die Klägerin auch von ihm Unterlassung verlangen (§§ 3,13 Abs.I UWG.)

Es ist anzunehmen, dass beide Beklagte die im Tatbestand unter Ziffer I, 2 beschriebenen Geschäftskarten nicht mehr verwenden,weil diese das Karl-Theodor-Monogramm tragen, dessen Gebrauch die Beklagte zu 1) doch unbestrittenermassen aufgegeben hat. Trotzdem ist Wiederholungsgefahr gegeben, wie das Verhalten der beiden Beklagtem im Prozess zeigt, nehmen sie doch durch ihre Klagsabweisungsanträge und das Bestreiten der Ansprüche der Klägerin in vollem Umfange das Recht zu der vorstehend als unzulässig bezeichneten Handlungsweise in Anspruch.

5.) Nach dem Ausgeführten kann den auf Unterlassung gerichteten Klagsanträgen nicht in vollem Umfang entsprochen werden. Sie will den Gebrauch des Wortes "Frankenthal" schlechthin verboten haben. In diesem Antrag als dem Mehr steckt aber auch der Antrag auf Verbot

des Gebrauchs ohne unterscheidenden Zusatz als das wenigere. § 3o8 ZPO steht daher dem Anspruch des eingeschränkten Verbots nicht entgegen. Die Auswahl des unterscheidenden Zusatzes kann nicht durch das Gericht erfolgen, sie muss der Beklagten zu 1) überlassen bleiben, denn es gibt neben dem Namen "Wessel" zweifellos eine ganze Reihe von Zusätzen, die ebenfalls eine Irreführung ausschliessen und den Interessen der Klägerin gerecht werden, die aber von der Beklagten zu 1) aus irgendwelchen Gründen vorgezogen werden könnten. Der Antrag Ib geht insofern zu weit, als er z.B. auch den Gebruach des Wortes "Frankenthal" in jedem längeren Prospekt unnötig und unerträglich einschränken würde; die Klägerin kann nur die Unterlassung des schlagwortartigen Gebrauchs dieses Wortes, insbesondere in Verbindung mit dem Wort "Porzellan" verlangen. Der Antrag II stellt insofern nicht auf eine konkrete Verletzungshandlung ab, als die Beklagte zu 1) in ihrer Firma das Wort "Frankenthal" überhaupt nicht gebraucht. Insoweit ist er also unbegründet. Das gleiche ist der Fall, soweit der Gebrauch einer Krone oder eines kronenähnlichen Gebildes in Verbindung mit dem Wort "Frankenthal" schlechthin, also auch bei Benützung eines unterscheidenden Zusatzes verboten werden soll. Was den Beklagten zu 2) betrifft, so passen die gegen ihn gerichteten Anträge in der Tat nicht voll, weil er einen Teil der Handlungen, deren Verbot gefordert wird, nicht begangen hat und auch nicht begehen kann.

Soweit die Klagsanträge der Beklagten unbegründet sind und zu weit gehen, verfallen sie der Abweisung; im übrigen ist der Urteilstenor der Verletzungsform und den herangezogenen gesetzlichen Bestimmungen angepasst worden.

III.

Das mit dem Warenzeichen Nr. 125lo verwechslungsfähige Karl-Theodor-Monogramm im offenen Teil eines W hat die Beklagte zu 1) zweifellos schuldhaft gebraucht, weil sie nicht die einem Fabrikanten möglichen und zumutbaren Nachforschungen nach einem entgegenstehenden Warenzeichen angestellt hat. Insoweit hat die Klägerin aber keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht und nach ihrer ausdrücklichen Erklärung auch nicht geltend machen wollen.

Die festgestellte Zuwiderhandlung gegen § 3 UWG würde die Beklagten zum Ersatz eines dadurch der Klägerin entstandenen Schadens verpflichten, wenn sie die Unrichtigkeit der gemachten Angaben kannten oder hätten kennen müssen (§ 13 Abs.II Nr.1 UWG). Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist nach Auffassung der Kammer nicht nach-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 100

gewiesen. Es ist schon ausgeführt worden, dass das Wort "Frankenthal" als geographische Herkunftsangabe für die Erzeugnisse der Beklagten zu 1) richtig ist. Ist dies auch für den Unterlassungsanspruch belanglos, so ist die sachliche Wahrheit doch für die Frage des Verschuldens und also der Ersatzpflicht von wesentlicher Bedeutung (vgl.Baumbach-Hefermehl Anm.2 D zu § 3 UWG). Die Beklagte hat erklärt, dass sie die nach Auffassung der Kammer richtige Auslegung ihrer Angaben nicht gekannt und nicht gewollt hat. Die Klägerin hätte den Beklagten die Kenntnis dieser Möglichkeit nachgewiesen weisen müssen. Dies ist nicht geschehen. Auch aus dem feststehenden Sachverhalt ist die Kenntnis nicht zu entnehmen. Insbesondere kann sie auch nicht aus dem unzulässigen Gebrauch des Karl-Theodor-Monogramms und des Wortes "Dresden" oder aus der Verwendung des zulässigen, weil nicht verwechslungsfähigen und nicht irreführenden Warenzeichens oder aus der Fachmann-Eigenschaft des Inhabers der Beklagten zu 1) entnommen werden. Noch viel weniger ist dem Beklagten zu 2) der als Händler die Erzeugnisse eines Industriebetriebs vertreibt, diese Kenntnis zuzumuten.

Es ist nicht bewiesen, kann aber angenommen werden, dass die Beklagten die zu beanstandenden Angaben auch während des Rechtsstreites gemacht haben. Für diese Zeit läge es näher, die Möglichkeit der notwendigen Kenntnis anzunehmen. Allein es darf nicht übersehen werden, dass die zu entscheidende Frage rechtlich sehr schwierig lag, dass sich der grössere Teil der von der Klägerin geltend gemachten Klagegründe als unzutreffend erwiesen hat, dass zwei auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes sehr erfahrene Anwälte die Beklagten vertreten und deren Handlungsweise für zulässig angesehen haben und dass endlich mit der Geschichte Frankenthals und seiner Porzellanmanufaktur viel mehr als die Beklagten vertraute Stellen, nämlich der Oberbürgermeister von Frankenthal und das Arbeitsamt Ludwigshafen nicht an die Möglichkeit einer Irreführung des Publikums, sondern nur an den Vorteil des Rufs Frankenthals als alter Porzellanstadt gedacht haben. So kann auch nicht angenommen werden, dass die Klagserhebung die Fahrlässigkeit der Beklagten begründet hat (vgl. Reimer a.a.O.S.187 untexn). Die auf Schadenersatz und damit auch die auf Auskunftserteilung gerichtete Klage ist daher unbegründet und abzuweisen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 101

Kosten: §§ 91, 92, 1oo Abs. II ZPO.
Vorl. Vollstreckbarkeit: § 71o ZPO.

Gez. Dr. Kuhn — Albert — Heller
Landgerichtsdirektor — Handelsrichter — Handelsrichter

Urteilsformel zugestellt nach § 31o Abs. 2 ZPO
der Klagepartei am 11.11.1952
der beklagten Partei zu 1) am 11.11.52, zu 2) am 1o.11.52
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle:

gez. Hartel

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 102

13.2.1953

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

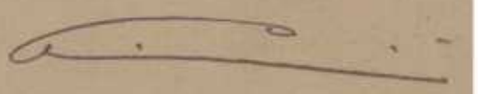
Die Adresse von Schwester M. konnte ich nicht erhalten. Sie ist zur Zeit in Ihrem Heimatland. Ihre Vertreterin hat nur eine vorübergehende Adresse aus Davos, die schon veraltet war. Ich wurde gebeten, in 14 Tagen noch einmal nach ihrer Adresse zu fragen. Wann Schwester M. wieder hierher kommt ist noch ungewiß.

Die Briefe an die 35 Bürgermeister und Oberbürgermeister sind alle -mit Ausnahme von Kaiserslautern, Speyer, Mainz, Neustadt und Worms- vorgestern abgegangen. Jeder Brief wurde besonders geschrieben, also keine Durchschläge. Da Sie mit den einzelnen Herren ja gelegentlich persönlich zusammen kommen, können Sie vielleicht etwas nachhelfen.

Vergessen Sie bitte nicht Dr.Eibel und Professor Dabelow; an einer schnellen Erledigung liegt mir besonders viel.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener



natürlich heute mit Helau!

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 103

11.2.1953

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c. Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Wie am 5.Februar besprochen, erhalten alle Oberbürgermeister und Bürgermeister unseres Landes ein Schreiben mit der Bitte, der Vereinigung beizutreten. Bei dieser Gelegenheit stellte ich auch fest, daß die Stadt Frankenthal unter unseren Mitgliedern noch fehlt.

Es erübrigt sich wohl, ein entsprechendes Schreiben an Sie zu senden. Zu Ihrer Unterrichtung füge ich einen Durchschlag unseres Schreibens an den Herrn Oberbürgermeister Schnorbach in Koblenz bei.

Freundliche Grüße

Ihr sehr ergebener

1 Einlage

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 104

2.2.1953

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Besten Dank für Ihre beiden Schreiben vom 29.Januar. Eine Liste der Mitglieder aus Frankenthal und der Pfalz habe ich angefertigt, sie folgt anbei. Ein Durchschlag der Liste gab ich an Dr. Eibel mit der Bitte, die Mitgliedsbeiträge und Spenden der in der Liste aufgeführten Mitglieder einzutragen.

Was nun meine persönliche Angelegenheit betrifft, so hoffe ich dringend auf Ihre baldige Anwesenheit in Mainz bei der wir uns in aller Ruhe aussprechen können. In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr sehr ergebener

1 Liste

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 105

Mitglieder in Frankenthal und in der Pfalz

Baer, R.Walter
Neustadt a.d.Haardt, Hauptstrasse 117

Blesse, E.Prof.Dr.
Germersheim, August Keilerstr.228

Brodersen Dr.
Frankenthal, Hessenheimerstr.30

Dirke, A.E.
Pirmasens, Bahnhofhotel

Glatz, Julius , Papierfabriken
Neidenfels /Saarpfalz

Gehringer, Georg, Graph.Kunstanstalt
K a i s e r s l a u t e r n

Geberth, Rolf ,
Neustdat a.d.W., Goethestr.8

Dr. H a u b a c h ,
Frankenthal, Foltzring 3

Harthmuth Hans E.W. Assessor
Vorstandmitglied der "Klein, Schanzlin & Becker A.-G.,
Frankenthal

~~Heinrich~~Prof.Dr.~~Ludwig~~ Hopf, Heinrich
Ludwigshafen, Wöhlerstrasse 14

Hoffmann, Josef & Söhne A.-G.,
Ludwigshafen, Bismarckstr.69

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil Kraus ,
Frankenthal

Kaiserslautern, Stadtverwaltung

Kausch, Dr.Fritz C.W.,
Frankenthal, Friedrich Eberstr.16

Kühnle, Kopp & Kausch A.-G.,
Frankenthal

Kummer, Dr. Fr.
Lustadt /Pfalz, Lachenmühle
Liberatorverlag

Ludowici A.-G.,
Jockgrim /Pfalz

Landmesser, Dr.
Ludwigshafen, Präsident der Industrie- und Handelskammer

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 106

Luckhaupt, Alfons ,Rechtsbeistand
D a h n /Pfalz, Hauensteinerstr,1

Neustadt, Stadtverwaltung

Neustadter Volksbank
Neustadt /Pfalz

Oehlert I., Tuchfabriken,
Neustadt /Pfalz

Püttmann
Speyer, Hauptstrasse

Püttmann, Dr.
Speyer, Hauptstrasse

G.M.P f a f f A.-G.,
Kaiserslautern

Parkbrauerei A.-G.,
Pirmasens

Rheinpfalz in Neustadt /Pfalz
Kellereistrasse 12 - 16

Reppe, Prof.Dr.Dr.
Ludwigshafen BASF

Sartorius Dr.Otto
Musbach/Pfalz, Herrenhof

Speyer, Stadtverwaltung

Süssdorf & Co.,
Ramstein /Pfalz, Bahnhofstrasse 4

Schuster, Eduard Weingutsbesitzer
Karlstadt a.d.Weinstrasse

Scholz, Dr.Günther
Frankenthal, Hildenbrandstr.29

Thomas, Walter
Mannweiler /Nordpfalz

Schuhfabrik I.Weibel, K.-G.,
D a h n /Pfalz

B A S F
Ludwigshafen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 107

Mitglieder in Frankenthal und in der Pfalz

Baer, R.Walter
Neustadt a.d.Haardt, Hauptstrasse 117

Blesse, Prof.Dr.
Germersheim, August Keilerstr.228

Brodersen Dr.
Frankenthal, Hessenheimerstr.30

Dirke, A.E.
Pirmasens, Bahnhofhotel

Glatz, Julius , Papierfabriken
Heidenfels /Saarpfalz

Gehringer, Georg, Graph.Kunstanstalt
K a i s e r s l a u t e r n

Geberth, Rolf ,
Neustdat a.d.H., Goethestr.8

Dr. H a u b a c h ,
Frankenthal, Foltzring 3

Harthauth Hans K.H. Assessor
Vorstandmitglied der "Klein, Schanzlin
& Becker A.-G.,
Frankenthal

Heinrich Prof.Dr.Ludwig Hopf, Heinrich
Ludwigshafen, Köhlerstrasse 14

Hoffmann, Josef & Söhne A.-G.,
Ludwigshafen, Bismarckstr.69

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Emil Kraus ,
Frankenthal

Kaiserslautern, Stadtverwaltung

Kausch, Dr.Fritz G.m.b.,
Frankenthal, Friedrich Ebertr.16

Kühnle, Kopp & Kausch A.-G.,
Frankenthal

Kummer, Dr. Fr.
Lustadt /Pfalz, Lachenmühle
Liberatorverlag

Ludowici A.-G.,
Jockgrim /Pfalz

Landmesser, Dr.
Ludwigshafen, Präsident der Industrie-
und Handelskammer

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 108

Luckhaupt, Alfons ,Rechtsbeistand
D a h n /Pfalz, Hauensteinerstr.1

Neustadt, Stadtverwaltung

Neustadter Volksbank
Neustadt /Pfalz

Oehlert I., Tuchfabriken,
Neustadt /Pfalz

Pfittmann
Speyer, Hauptstrasse

Pfittmann, Dr.
Speyer, Hauptstrasse

G.M.P f a f f A.-G.,
Kaiserslautern

Parkbrauerei A.-G.,
Pirmasens

Rheinpfalz in Neustadt /Pfalz
Kellereistrasse 12 - 16

Reppe, Prof.Dr.Dr.
Ludwigshafen BASF

Sartorius Dr.Otto
Musbach/Pfalz, Herrenhof

Speyer, Stadtverwaltung

Süsdorf & Co.,
Kamstein /Pfalz, Bahnhofstrasse 4

Schuster, Eduard Weingutsbesitzer
Karlstadt a.d.Weinstrasse

Scholz, Dr.Günther
Frankenthal, Hildenbrandstr.29

Thomas, Walter
Mannweiler /Nordpfalz

Schuhfabrik I.Weibel, K.-G.,
D a h n /Pfalz

B A S F
Ludwigshafen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 109

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 29.1.1953
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Sie können sich denken, dass mich Ihr persönliches Handschreiben vom 26. Januar tief erschüttert hat. Ich verstehe Ihre Verstimmung durchaus. Auch ich habe die peinliche Bemerkung von Dr.E. in der Vorstandssitzung für völlig unnötig und sehr deplaciert gehalten. Trotzdem möchte ich Sie dringend darum bitten, keine überstürzten Entschlüsse zu fassen. Ich habe ja einen Vorstandsbeschluss erreicht, wonach Ihnen die Miete vorläufig bis zur nächsten Mitgliederversammlung bezw. Vorstands- und Verwaltungsratssitzung ordnungsgemäss erstattet wird. Bis dahin werden wir bestimmt eine befriedigende Lösung finden.

Jedenfalls kommt Ihr Amtsverzicht unter gar keinen Umständen in Frage. Sie wissen genau, dass ich so, wie die Dinge heute liegen, ohne Sie und Ihre Mitarbeit die Vereinigung nicht führen kann, da ich im Augenblick nicht wüsste, wer an Ihre Stelle treten soll. Doch darüber werden wir uns demnächst in Mainz unterhalten. Ich werde anfang Februar wieder einen Sitzungstermin dort haben und mich dann mit Ihnen in Verbindung setzen. Überlassen Sie es mir, die Sache in Ordnung zu bringen und arbeiten Sie bitte so weiter wie bisher im Interesse der Sache und unter Zurückstellung persönlicher Hemmungen. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, dass Sie in jeder Weise mein vollstes Vertrauen haben und dass wir Ihnen unendlich dankbar dafür sein müssen, dass Sie diese Arbeit mit diesen Erfolgen überhaupt leisten. Das gleiche Urteil wird Ihnen der ganze Vorstand und Verwaltungsrat aussprechen, sodass ich bei allem Verständnis Sie bitten möchte, diese Äusserungen von Dr.E. nicht überzubewerten. Ich hoffe, dass es so geht und dass wir uns bald gründlichst aussprechen können.

Mit freundlicher Begrüssung von Haus
zu Haus

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 110

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 29.1.1953
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz
Bezug : Ihr Schreiben vom 26. Januar 1953

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Auch ich bin mit der Tagung in Worms sehr zufrieden. Ich habe den Eindruck, dass es in ihrer Auswirkung wohl die beste unserer bisherigen Tagungen sein dürfte. Es gilt jetzt, die neu gewonnenen Verbindungen auszunützen. Ich möchte Sie daher bitten, mir einen Auszug über die bisherigen Frankenthaler Mitglieder und Spender, insbesondere auch Firmenspenden unter Angabe der Beträge zu fertigen und einen Auszug aus der Anwesenheitsliste der Frankenthaler. Ich möchte dann an alle wegen Mitgliedschaft und Spenden nochmals herantreten, insbesondere an die Inhaber und Direktoren der grösseren Firmen und sie bitten, uns in den nächsten Monaten noch vor der Jahresversammlung einige grössere Spenden für die Seminare und Institute zukommen zu lassen.

Für die Jahresversammlung haben wir absprachegemäss den 9.Mai in Aussicht genommen. Wir wollen diese Versammlung, wie immer, von langer Hand gut vorbereiten und ich möchte diesmal zu gegebener Zeit an alle Mitglieder und Spender mit einem persönlichen Schreiben herantreten, damit sie möglichst vollzählig zu der Mainzer Versammlung kommen. Vor allem möchte ich denjenigen, die bis jetzt die Mainzer Universität noch nicht gesehen haben, Gelegenheit zur Teilnahme an den Führungen geben.

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 111

Prozeß der Stadt Frankenthal gegen Rheinland-Pfalz endet mit Vergleich

N.Z. 20.1.53.

Frankenthal, 19. Januar. — Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat sich bereit erklärt, fünfzehn Städten des Landes eine einmalige Wiederaufbauhilfe in Höhe von insgesamt 1,2 Millionen DM zukommen zu lassen. Damit endet der Musterprozeß, den die Stadt Frankenthal seit Juni 1950 im Auftrag des Städteverbandes gegen das Finanzministerium führt, mit einem Vergleich.

Gegenstand der Verhandlungen waren die sogenannten „Erstausstattungen", die kurz nach der Währungsreform von der Bank deutscher Länder den Gemeinden über die Länderfinanzministerien zugeleitet worden waren. Die Höhe der Erstausstattungszahlungen, die den plötzlich ohne Mittel dastehenden Kommunen ermöglichen sollten, ihre Verwaltungsarbeit weiterzuführen, war in § 15 des Währungsgesetzes festgelegt. Sie hatte ein Sechstel der vom 1. Oktober 1947 bis zum 31. März 1948 verbuchten Einnahmen zu betragen. Um die Gemeinden, die durch Kriegszerstörungen einen Ausfall an Grundsteuern erlitten hatten, nicht zu benachteiligen, war gesetzlich festgelegt worden, daß auch die in dem genannten Zeitraum eingegangenen Finanzausgleichsgelder, die eine teilweise Entschädigung für die Steuerausfälle und Fürsorgeleistungen darstellten, bei der Berechnung des Erstausstattungsbetrages zu berücksichtigen seien.

Das Finanzministerium von Rheinland-Pfalz erkannte am 13. Juli 1948 diese Bestimmung an. Es teilte der BdL die nach dem vorgeschriebenen Schema errechneten Beträge mit und verteilte die Gelder pünktlich und in voller Höhe. Am 29. März 1949 verfügte das Ministerium jedoch die Einziehung jener Summen, die aus dem zwischen Oktober 1947 und März 1948 an die Gemeinden ausgeschütteten Finanzausgleich ermittelt worden waren. Diese Beträge wurden mit den Finanzausgleichszahlungen des Jahres 1949 verrechnet. Frankenthal verlor auf diese Weise über 56 000 DM, Worms etwa 200 000 DM. Insgesamt wurden die kriegsbetroffenen Städte um etwa drei bis vier Millionen DM geschädigt. Das Ministerium begründete diese Maßnahme damit, daß der Finanzausgleich Angelegenheit der Länder sei und nicht Gegenstand einer im gesamten Bund gültigen Regelung sein könne.

Im Namen und mit Unterstützung des Städteverbandes Rheinland-Pfalz erhob Frankenthals Oberbürgermeister Dr. Kraus Klage gegen das Finanzministerium, nachdem dieses den Vorschlag abgelehnt hatte, auf dem Vergleichsweg einen Teil der Forderung, im Landesmaßstab 1,2 Millionen DM, zu zahlen. Das Bezirksverwaltungsgericht Neustadt, Kammer Mainz, setzte im Mai 1952 das Verfahren aus, um eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. Man war nämlich zu der Auffassung gekommen, daß das Verhalten der Landesregierung nicht den Bestimmungen der Verfassung entsprach und daß die Einbehaltung von Erstausstattungsgeldern eine Benachteiligung der kriegsbetroffenen Städte darstellte.

Noch bevor das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung aussprechen konnte, hat sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz nun bereit erklärt, auf den von Dr. Krause noch vor der Klageerhebung gemachten Vorschlag einzugehen. Die fünfzehn betroffenen Städte haben dem Vergleich beigestimmt (nur Bingen erhob gewisse Einwände), und Frankenthal wird nun seine Klage zurücknehmen. In die bisher entstandenen Kosten teilen sich Landesregierung und Städteverband.

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz sehen in dem Ausgang des Musterprozesses einen großen Erfolg der Gemeinden, die zum ersten Male in solchem Umfang die ihnen zustehenden Rechte gegen staatliche Willkürmaßnahmen verteidigt haben. Über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus ist das Ergebnis des Verfahrens von erheblicher Bedeutung, da auch in anderen Bundesländern Erstausstattungsgelder von den Finanzministerien zurückbehalten wurden und die davon betroffenen Städte zum Teil die Absicht haben, auf dem Gerichtswege ihr Recht zu suchen.

H. R.

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 112

I.Abdruck

19.Jan.53

An das
Institut für
Europäische Geschichte

M a i n z
Domus Universitatis

Betrifft: Gründung der Gesellschaft des Instituts

Leider konnte ich am vergangenen Samstag an der akademischen Feier aus dienstlichen Gründen nicht teilnehmen. Ich hatte aber bestimmt vor, an der Gründungsversammlung am Nachmittag persönlich anwesend zu sein.

Jedoch haben mir das Wetter (Nebel und Glatteis) einen Strich durch die Rechnung gemacht, sodass ich Herrn Reg.Rat.a.D. Oppenheim, Mainz, bitten musste, mich zu entschuldigen. Ich lege aber Wert darauf, der Gesellschaft persönlich anzugehören und auch die Vereinigung der Freunde der Universität Mainz, die ich als deren geschäftsführenden Vorsitzenden vertrete, zu beteiligen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Dr.Kraus

II. Abdruck mit der Bitte um Kenntnisnahme an
Herrn Reg.Rat a.D. M. Oppenheim, Mainz, Stiftswingert 19

Frankenthal, den 19. Januar 1953
Der Oberbürgermeister.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 113

Dr. Kreis kann
wegen Glatteis
nicht kommen.
Bitte Ver. d. Fr.
b. d. Europ. Institut
anmelden,

Einstein

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 114

N.Z. 17.11.52

Bürgermeister-Union nimmt Arbeit auf

Deutsch-französische Verständigung auf kommunaler Basis angestrebt

Frankenthal, 16. November. — Die „Internationale Bürgermeister-Union" ist nach langwierigen Vorbereitungen jetzt im Stadium praktischer Arbeit. In Stuttgart-Bad Cannstadt wurde eine Zentralstelle eingerichtet, die Patenschaften zwischen deutschen und französischen Städten vermitteln soll. Eine große Zahl von Bürgermeistern ist aufgefordert worden, mit Kollegen in Frankreich zu korrespondieren und Wünsche hinsichtlich einer geeigneten Patenstadt zu äußern. Die Union hat sich das Ziel gesetzt, zunächst einmal hundert „Städtefreundschaften" schließen zu helfen. Die ersten Erfolge haben sich bereits eingestellt, einige Bürgermeister und Maires stehen miteinander im Briefwechsel, und der Maire der nordfranzösischen Stadt Lille, M. René Gaifie, hat seinen Besuch beim Mannheimer Stadtoberhaupt, Dr. Hermann Heimerich, angekündigt.

Fünf Jahre hat es von den ersten rein informatorischen Unterhaltungen zwischen an einer deutsch-französischen Verständigung interessierten Bürgermeistern bis zum praktischen Wirksamwerden ihrer Gedankengänge gedauert. Den Anstoß zu den Zusammenkünften gaben die Schweizer Schriftsteller Eugen Wyler und Dr. Hans Zbinden aus Bern, die die Bedeutung des deutsch-französischen Problems für die Zukunft Europas erkannt hatten und einige Gemeindevertreter um die Wende der Jahre 1947 und 1948 in die Schweiz einluden. Die Zahl der Interessenten wurde von Tagung zu Tagung größer, auch Schweizer Kommunalpolitiker fanden sich ein. 1951 konnte schließlich in Locarno die „Deutsch-französische Bürgermeister-Union" ins Leben gerufen werden, die inzwischen in „Internationale Bürgermeister-Union" umbenannt wurde, nachdem auch Oesterreicher zu ihr stießen und sich Bürgermeister aus weiteren Staaten für eine deutsch-französische Verständigung interessiert zeigten.

Beim organisatorischen Aufbau der Union legte man Wert darauf, jegliche Bürokratisierung zu vermeiden. Zum Präsidenten wurde Nationalrat Moritz Kämpfer, Stadtpräsident von Brieg gewählt. Der neutrale Schweizer soll die Rolle des Vermittlers spielen. Ein Verwaltungsausschuß, dem neun Deutsche und neun Franzosen angehören, gibt die Arbeitsrichtlinien für die beiden Verbindungsbüros heraus, von denen das eine inzwischen in Bad Cannstadt eingerichtet worden ist, das zweite demnächst in einer französischen Stadt eröffnet werden soll. Ueber jedes dieser Büros präsidieren drei Bürgermeister. Während die Namen der französischen Maires noch nicht feststehen, sind es in Deutschland die Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus, Frankenthal, Arnulf Klett, Stuttgart, und Alois Wimmer, München. In der deutschen Zentralstelle haben sich bisher 40 Städte und Gemeinden mit zusammen etwa 3 Millionen Einwohnern als ständige Mitglieder angemeldet.

Die deutschen Mitglieder der Union haben den Wunsch geäußert, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Verwaltungsbeamte, Stadträte, Jugendgruppen, Gewerkschaftsdelegationen und Vereine nach Frankreich schicken zu können. Ihrerseits wollen sie in regelmäßigen Abständen französische Gäste aufnehmen und bewirten.

Auf die Frage, wie die finanzielle Seite dieser Verständigungsarbeit geregelt werden solle, erklärte Oberbürgermeister Dr. Kraus (Frankenthal), in den Etats der Kommunen müßten in Zukunft Beträge für diesen Zweck reserviert werden. Frankenthal beispielsweise werde, sobald eine Patenstadt in Frankreich gefunden sei, eine Gruppe junger Franzosen in sein Jugenderholungsheim zu einem Sommerurlaub einladen und mit jungen deutschen Menschen zusammenführen.

Helmut Rödler

StAMZ. NL Oppenheim / 9,3 - 115

5.Nov.1952

Dr.Kr./Lg.

An
s. Magnifizenz
den Rektor d.Joh. Gutenberg-Universität
Herrn Prof. Dr. D a b e l o w

M a i n z

Magnifizenz!

Ich finde es geradezu rührend, dass Sie mir hier in Frankenthal Ihren Antrittsbesuch machen wollen und danke Ihnen jedenfalls recht herzlich für diese freundliche Gesinnung. Ich kann mir aber vorstellen, dass Sie mit Arbeiten und Aufgaben aller Art derart überlastet sind, dass man Ihnen diesen Weg hierher wirklich nicht zumuten kann. Ich mache Ihnen daher folgenden Vorschlag: Am Mittwoch, den 12.11.1952 findet ja in der Universität in Mainz die Trauerfeier für den verstorbenen Geheimrat Eckert statt, an der ich teilnehmen werde. Wie wäre es, wenn Sie mir anschliessend an diese Trauerfeier eine kleine Audienz von etwa lo Minuten gewähren würden? Ich hoffe Sie mit diesem Vorschlag einverstanden und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung!
Ergebenst!

Ihr

gez. Dr. Kraus

Herrn Reg.Rat a.D.
Michel O p p e n h e i m

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 116

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 10.10.1952
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel O p p e n h e i m

M a i n z
Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz.

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich bedauere sehr, dass wir vorgestern vor lauter Eile und Hetze keine Gelegenheit mehr hatten, uns noch etwas eingehender auszusprechen. Ich habe zusammen mit meiner Frau noch eine Tasse Kaffee bei Eichholz getrunken und bin dann schleunigst hierher gefahren, weil ich hier noch an einigen wichtigen Besprechungen und Sitzungen teilgenommen habe. Im Anschluss an die geführten Besprechungen und die gehabten Anregungen möchte ich Ihnen folgende Gedanken mitteilen:

1. Ich halte es für richtig, wenn Sie sich einmal von Prof. Klumb die gestrige Anwesenheitsliste geben lassen und diese daraufhin durchsehen. ob dabei noch Firmen vertreten waren, die noch nicht Mitglieder unserer Vereinigung sind bezw. uns noch keine Spenden gegeben haben. Diese müssen dann angeschrieben und aufgrund der gestrigen Referate und Aussprachen um Mitgliedschaft und Spenden gebeten werden. Ebenso würde es sich vielleicht verlohnen - jedenfalls muss der Versuch dazu gemacht werden - diejenigen, die schon Mitglieder sind unter Bezugnahme auf*zur Sprache gebrachten, immerhin sehr *die wichtigen Probleme und Ausführungen - soweit es sich um Firmen handelt - um Erhöhung ihrer Mitgliedsbeiträge oder entsprechend höhere Spenden, gerade für die Forschungsaufgaben der Universitätsinstitute anzugehen.

2. Der Herr aus Trier, mit dem wir uns zusammen unterhalten haben scheint an unserer Vereinigung sehr interessiert zu sein. Ich nehme an, dass Sie ohnedies an seine Firme schreiben und Sie als Mitglied und für Spenden gewinnen werden. Vielleicht können wir dadurch noch einige neue Verbindungen in Trier erhalten und unseren Freundeskreis dort erweitern

3. Nun zur Anregung Ewald betr. Tagung in Ludwigshafen. Ich habe mir die Sache noch einmal reiflich überlegt. Bevor wir an Ludwigshafen, Anilin oder Oberbürgermeister, herantreten, müssen Sie doch mit Rektor und Kurator Fühlung nehmen und feststellen, ob und wann eine solche Tagung in Ludwigshafen in Frage käme. Erst wann ich weiss, ob und wann und wie eine solch Tagung in Ludwigshafen durchführbar ist, würde ich mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen und mit der Direktion der BASF Fühlung aufnehmen. Dabei müsste auch die Frage der Referate und Referenten rechtzeitig vorher geklärt werden. Ich darf Sie bitten, die entsprechenden Unterredungen zu führen und mir alsbald Bescheid zu geben, damit ich das weitere veranlassen kann. Es erscheint mir richtig, wenn wir die Sache mit der

-2-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 117

Stadt in einem städtischen Saal aufziehen, weil wir an diesem neutralen Ort dann alle grösseren Firmen von Ludwigshafen einladen könnten. Damit kann natürlich eine Betriebsbesichtigung, gegebenenfalls auch bei der Anilin, verbunden werden.

Leider habe ich bei der Unterhaltung mit Eichholz wieder einige recht traurige Dinge über die Vorgänge in der Universität gehört, insbesondere auch über das Kesseltreiben, das zur Zeit gegen Prof. Klumb im Gange ist. Man scheint die Absicht zu haben, einen Professor aus Tübingen zusätzlich in das Physikalische Institut zu berufen und dabei Professor Klumb einen Teil seines Instituts abzuknüpfen, um ihn dadurch lahm zu legen. Die Triebkräfte sind Ihnen ja wahrscheinlich zur Genüge bekannt. Ich würde es doch für richtig halten, wenn Sie sich einmal umhören und über diese Vorgänge orientieren würden, zumal Sie ja im Rotary-Club die Möglichkeit haben, mit Klumb zusammenzukommen. Aus rein sachlichen Gründen muss es für uns eine Ehrensache sein, uns für Klumb einzusetzen und diese Quertreibereien, soweit es an uns liegt, zu unterbinden. Auch darüber würde ich gerne etwas näheres von Ihnen hören. Ich bin jetzt für zwei Tage verreist, stehe aber ab Montag wieder telefonisch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 118

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 5.Sept.1952
FERNRUF 2011

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
am Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Herzlichen Dank für Ihre Mitteilungen vom 3.d.M.. Da ich selbst an der Feier in Mainz nicht teilnehmen kann, habe ich Herrn Dr.Eibel gebeten, die Vereinigung der Freunde zu vertreten.

Ich werde mich, wenn ich wieder einmal in Mainz bin, gerne mit Ihnen in Verbindung setzen, damit wir unsere weiteren Pläne beraten und besprechen können. Zur Zeit ist wahnsinnig viel los. Ich muss vom 10. bis 14. zum Kongress der Bürgermeister-Union in Innsbruck, anschliessend sind verschiedene wichtige Veranstaltungen, darunter die Carl-Schurz-Feier am 17.d.M. in Frankfurt. Vom 21. bis 28. läuft die Bundesjugendwoche, die mich verschiedentlich in Anspruch nimmt. Für den 24. ist eine grössere Tarifverhandlung in Mainz vorgesehen. Sie sehen also, dass ich mich nach wie vor über Langeweile nicht zu beklagen habe. Ich nehme aber an, dass wir uns auf alle Fälle am 30.9. im Römisch-Germanischen Zentralmuseum treffen, wo wir bestimmt Gelegenheit haben, auch unsere Dinge zu besprechen.

Auch ich bin sehr damit einverstanden, dass wir die damals so gut gelungene Tagung "Universität und Wirtschaft" wiederholen und freue mich riesig, dass Prof.Klumb sich auch weiterhin zur Verfügung stellt. Ich bin mit der zweiten Hälfte Oktober einverstanden, bitte aber zu überlegen, ob wir die Sache nicht erst in der ersten Hälfte November abhalten wollen, weil da der Universitätsbetrieb in vollem Gange ist und wir mit einer grossen Teilnahme von Professoren und Studenten zu rechnen haben. Grüssen Sie bitte Freund Klumb recht herzlich von mir. Im übrigen haben Sie von mir Vollmacht, alle geeigneten Vorbereitungen und Dispositionen zu treffen, sodass wir wieder eine gelungene Veranstaltung durchführen können.

Ergebenst Ihr

Dr. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 119

3.9.1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die beiliegende Einladung übersende ich Ihnen mit freundlichen Grüßen. Ich fahre übermorgen für eine Woche nach Holland und bin vom 15.oder 16.September an wieder dauernd im Stiftswingert. Wenn Sie nach diesem Termin nach Mainz kommen, wäre ich dankbar, wenn Sie Zeit für eine Besprechung hätten.

Von einer Wiederholung der damaligen Tagung "Universität und Wirtschaft" halte ich viel. Mit Professor Klumb habe ich dieserhalb bereits gesprochen. Er ist einverstanden. Termin wäre Mitte oder 2.Hälfte Oktober.

Herzliche Grüße von Haus zu Haus
Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 120

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 20.8.1952
FERNRUF 2011

Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel O p p e n h e i m

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Ihr Schreiben vom 19.8.1952.

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich stimme Ihren Vorschlägen in Sachen Steiner zu und bin damit einverstanden, dass man im vorliegenden Falle einen Betrag von DM 15o.- festsetzt. Für juristische Personen müssen wir schon von Fall zu Fall entscheiden, weil es hier ja doch auf die Grösse und Leistungsfähigkeit der Firma ankommt. Es würde ja genügen, wenn Sie im Falle Steiner die Angelegenheit so regeln würden. Wir könnten ja dann gelegentlich im Verwaltungsrat grundsätzlich über die Sache sprechen.

Die Urlaubszeit geht jetzt langsam zu Ende, sodass ich wahrscheinlich am Ende dieses Monats wieder ab und zu Sitzungen in Mainz habe. Ich werde bei erster Gelegenheit mich bei Ihnen melden, damit wir auch die weitere Werbearbeit miteinander besprechen können.

Ihre freundlichen Grüsse erwidere ich von Haus zu Haus recht herzlich

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 121

19.8.1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Heute muß ich Sie in nachstehender Angelegenheit belästigen.

Herr Franz S t e i n e r, der Inhaber der Franz Steiner Verlag GmbH., Wiesbaden, Bahnhofstrasse 39 möchte Mitglied auf Lebenszeit werden. Nach unseren Statuten ist unter Ziffer 2 im § 4 eine Mitgliedschaft auf Lebenszeit möglich. Es heißt in diesem Paragraph: "Die Mitgliedschaft auf Lebenszeit kann nach näherer Regelung des Verwaltungsrates durch Zahlung eines einmaligen Beitrags erworben werden." Da bis jetzt der Wunsch auf Mitgliedschaft auf Lebenszeit noch von keiner Seite geäussert wurde, ist der Verwaltungsrat mit der Angelegenheit noch nicht befasst worden. Nachdem Herr Steiner sich aber jetzt für diese Mitgliedschaft ~~xxxxxxxxxxxxxx~~ entschieden hat, muß der Verwaltungsrat eine Regelung treffen. Eine Sitzung des Verwaltungsrates ist hierzu wohl nicht notwendig, ich meine, man könnte die Sache auch schriftlich durch eine Anfrage bei den einzelnen Mitgliedern regeln.

Wäre es Ihrer Ansicht nach genügend, wenn

die einmalige Zahlung des 15fachen Jahresbeitrags erfolgen würde, das wäre also für eine natürliche Person mindestens DM 150.-- und für eine juristische Person mindestens DM 300.--, oder sollte man zunächst nur für natürliche Personen den Beitrag auf DM 150.-- festsetzen und für juristische Personen von Fall zu Fall entscheiden? Denn bei einer juristischen Person, die eigentlich eine unbeschränkte Lebensdauer hat, wäre eine Abgeltung der jährlichen Beiträge mit einer einmaligen Zahlung des 15fachen Betrages zu gering.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht in dieser Frage mitteilen wollten.

Heute meldete sich das hunderste neue Mitglied seit dem 1. Januar 1952.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 122

OBERBÜRGERMEISTER
Dr. KRAUS

FRANKENTHAL, 24. Juni 1952
Stadthaus

Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Regierungsrat a.D.
Oppenheim

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Uni Mainz.

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Am Freitag, den 27. findet in der Uni anlässlich des Baubeginns des studentischen Wohnheimes eine Feier statt, zu der mir freundlicherweise eine Einladung zugegangen ist. Ich kann leider am Freitag nicht abkommen , da ich durch wichtige andere Termine hier festgehalten bin. Ich lege aber Wert darauf, dass gerade in diesem Falle auch die Vereinigung der Freunde vertreten ist. Ich darf Sie daher bitten, mich persönlich und den Vorstand zu vertreten und an den Veranstaltungen teilzunehmen und gleichzeitig den Veranstaltern meine persönlichen Grüsse zu überbringen. Eine mir heute zugegangene Karte lege ich Ihnen bei.

Mit freundlicher Begrüssung!

Anlage

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 123

N.Z. 6.6.52

Verstoß gegen die Gewaltenteilung

Ein Prozeß um Zurückerhaltung von Erstausstattungsgeldern

Frankenthal, 5. Juni (NZ). — Im Auftrag des Städteverbandes von Rheinland-Pfalz führt die Stadt Frankenthal zurzeit einen Musterprozeß gegen die Landesregierung, der vorgeworfen wird, für die kriegszerstörten Städte vorgesehene Erstausstattungsgelder im Rahmen der Durchführung der Währungsreform unberechtigt zurückgehalten zu haben. (Die NZ berichtete bereits in ihrer Ausgabe vom 2. April ausführlich über die Einzelheiten.) Die Städte waren dadurch um mehrere Millionen Mark geschädigt worden. Nachdem Versuche, auf gütlichem Wege zu einer Einigung mit der Landesregierung zu gelangen, gescheitert waren, wurde der Prozeßweg beschritten, um das Land zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu veranlassen.

Der Prozeß, der nunmehr bereits ein Jahr dauert, hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Die Regierung wurde beschuldigt, durch den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen in ein laufendes Verfahren eingegriffen zu haben, um die Position des Klägers zu schwächen. Im Mittelpunkt der Kritik steht das neue vom Landtag verabschiedete Finanzausgleichsgesetz, in dessen § 17 a die von den Städten geforderten Beträge als abgegolten bezeichnet werden. Diese Bestimmung sollte es dem Kläger unmöglich machen, vor Gericht Anspruch auf rechtmäßig zustehende Gelder zu erheben. Die bei den Verhandlungen anwesenden Vertreter der Regierung lehnten unter Hinweis auf den § 17 a des neuen Finanzausgleichsgesetzes die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Städte ab.

Das Bezirksverwaltungsgericht Neustadt, Kammer Mainz, hat jetzt festgestellt, daß der § 17 des Finanzausgleichsgesetzes gegen das Prinzip der Trennung der Gewalten verstoße. Es sei nicht statthaft, durch nachträgliche Bestimmungen bestehende Rechtsansprüche als nicht mehr diskutabel zu bezeichnen, um dem Land zu einem finanziellen Vorteil zu verhelfen. Wörtlich heißt es: „Es kann nicht zu dem Gewaltenbereich des Gesetzgebers gehörend betrachtet werden, durch eine legislative Maßnahme darüber zu befinden, ob eine bestimmte Leistung des Landes, die zur Erfüllung seiner sich aus dem Finanzausgleich ergebenden Verpflichtungen bestimmt war, nachträglich auch noch als Erfüllung einer auf dem Währungsgesetz beruhenden und in Streit befangenen Verpflichtung angesehen werden soll." Der § 17 verstoße gegen Artikel 20 des Grundgesetzes und Artikel 77 der rheinland-pfälzischen Verfassung.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat inzwischen gegen diesen Beschluß des Bezirksverwaltungsgerichts Beschwerde eingelegt. Sie ist nach wie vor abgeneigt, den Städten die ihnen bei der Erstausstattung vorenthaltenen Beträge zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Frankenthal als prozeßführende Partei sieht in dem Verhalten der Landesregierung ein völlig unverständliches Verharren auf einem einmal gefaßten Machtstandpunkt und ist, wie Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus erklärte, gewillt, notfalls das Bundesverfassungsgericht um eine Entscheidung anzurufen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 124

17.5.1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Beiliegend übersende ich die Tagesordnung der Besprechung am 21.Mai in Frankfurt. Die Besprechung findet statt im Bootshaus "Germania", Frankfurt-Sachsenhausen, Schaumainkai 65 vormittags 11 Uhr pünktlich. Falls Sie verhindert sind zu kommen, bitte ich die Tagesordnung Ihrem Vertreter zu überlassen.

Seit einer Woche muß ich jeden Tag mit der Verlagsanstalt verhandeln, um die Fertigstellung des Jahrbuchs zu beschleunigen. Ich hoffe aber bestimmt, daß es bis zum 24.Mai in den Händen unserer Mitglieder sein wird.

Gouverneur Chauchoy wird an der Mitgliederversammlung, aber nicht an dem Essen teilnehmen.

Wenn Sie am 24.Mai hierher kommen, müssen Sie auf dem Weg zur Universität hier durchfahren. Darf ich Sie bitten, mich mitzunehmen ? Ich schlage vor, daß Sie etwas früher kommen, damit wir uns vor der Vorstandssitzung noch einmal kurz besprechen können.

Mit freundlichen Grüßen
von Haus zu Haus
bin ich Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 125

7.4.1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Da Sie auch meine Ansicht zu der neuen Marktplatzanlage hören wollen, möchte ich nicht mit meinem Lob zurückhalten. Die Aufteilung des ganzen Raumes in zwei kleinere Plätze, die durch den Durchgang unter dem Rathaus miteinander verbunden sind, ist für mein Gefühl eine gute Lösung.

Einen kleinen Vorschlag möchte ich mir erlauben. Ein Marktplatz wird lebendiger wirken, wenn er von Arkaden (Regenschutz) und Läden umgeben ist, anstelle eines toten Bürohauses. Durch Arkaden und Läden geht natürlich Raum verloren, andererseits geht Miete ein. Um die Kosten für die Stadtkasse zu sparen, könnten die Säulen, bezw. Pfeiler von Frankenthaler Bürger gestiftet werden, die ihre

eingemeiselten Namen an den Pfeilern des Stadthauses sicher gern lesen würden.

Herzliche Grüße
Ihres

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 126

14.3.1952

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Zu den Sachen, die Sie gestern mitgenommen haben und die Sie in den nächsten Tagen noch erhalten werden, möchte ich Folgendes bemerken:

Die etwa 1300 Briefumschläge sind alle adressiert nach der von Herrn Dr.Satorius zusammengestellten Liste. In jeden Briefumschlag soll eingesteckt werden

1. das Ausschreiben, dessen Text hier beigeschlossen ist ,
2. Ein Exemplar der Satzungen,
3. das Anmeldeformular (Postkarte).

Die Briefumschläge und die Satzungen nahmen Sie gestern mit. Das Papier für das Anschreiben und das Anmeldungsformular werden Sie noch erhalten.

Mit herzlichen Grüßen
von Haus zu Haus
bin ich Ihr

bitte wenden:

Wenn Sie wieder hierher kommen, kann ich Ihnen eine schöne Geschichte erzählen. Stichwort "ein Telefongespräch".

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 127

27.2.52

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil K r a u s ,
Frankenthal /Pfalz

Lieber Herr Oberbürgermeister !

Besten Dank für Ihre freundliche Mitteilung vom 22.Februar.

Als Illustration zu den Worten "Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zu - teil" gebe ich Ihnen in der Anlage Durchlag eines Schreibens von Professor Isele und meine Antwort.

Am 3. März bin ich vormittags zu Hause, sodaß Ihr Anruf mich bestimmt erreicht. Wir wollen dann einen Termin für die Vorstandssitzung verabreden.

Beste Grüße von Haus zu Haus

Ihr sehr ergebener

2 Anlagen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 128

OBERBÜRGERMEISTER
DR. KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, den 22.2.1952
FERNRUF 2011

Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Michel O p p e n h e i m
Regierungsrat a.D.
M a i n z
Am Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Ich bestätige Ihre Zeilen vom 15. und 18. ds.Mts. und beantworte dieselben kurz wie folgt:

Ich werde meine beiden Oberschulen für die "Weltfreundschaft der Jugend" interessieren und mich mit den Direktionen in Verbindung setzen, muss aber noch etwas zuwarten, weil am Gymnasium z.Zt. das schriftliche Abitur abgenommen wird. Ich werde Anfang März auf die Sache zurückkommen.

Wegen der Uni habe ich mit Herrn Dr. Molz gesprochen. Er will nach Abschluss seiner Untersuchungen noch einmal kurz offiziell mich hören. Doch darüber demnächst mehr mündlich.

Mit dem vorgeschlagenen Jahresbericht bin ich im Grundsatz einverstanden. Wir werden uns darüber in der nächsten Vorstandssitzung verständigen müssen. Allerdings stehe ich in diesem Monat nicht mehr zur Verfügung. Ich gehe über die Fastnachtstage einige Tage nach Heppenheim und muss dann am 29.2./1.3.1952 zu einer Arbeitsausschuss-Sitzung der deutsch-französischen Bürgermeisterunion nach Strassburg, sodass ich erst ab 3.3. wieder verfügbar bin. Ich werde mich an diesem Tag mit Ihnen wegen eines Termins verständigen und mich vorher mit Satorius abstimmen, damit auch dieser auf alle Fälle dazu kommt.

Soweit ich urteilen kann, genügt die Bescheinigung des Finanzamtes vom 6.2.1952. Ich habe keine Bedenken, wenn Sie einen diesbezügl.Hinweis an unsere Mitglieder versenden. Über die Sache selbst können wir gegebenenfalls in der Vorstandssitzung noch einmal sprechen.

Ich hoffe also, dass wir uns bestimmt in der ersten Märzhälfte sehen und beraten, damit wir endlich vorwärts kommen und feste Grundlagen schaffen für unsere nächste Jahresversammlung.

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus!

Ihr N. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 129

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 2.2.1952

Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Lieber Herr Oppenheim!

Ich hätte Sie gestern sehr gern über den Konflikt an der Universität Mainz persönlich gesprochen, leider kam ich nicht dazu. Wir hatten vormittags eine Sitzung des Städteverbandes im Rathaus und sind anschliessend sofort zur Beerdigung von Bürgermeister Schäfer nach Bingen gefahren.

Dass ein solcher Konflikt seit langem besteht ist mir bekannt und Eichholz hat ja in Kaiserslautern ziemlich deutlich davon gesprochen. Aber dass er solche Formen annimmt, dass jetzt diese Presseauseinandersetzungen stattfinden, habe ich nicht annehmen können. Sie glauben nicht, was diese Verlautbarungen des unserer "Mainzer Anzeiger" dem Ansehen der Mainzer Universität und auch V Sache als Vereinigung der Freunde der Uni schaden. Ich wurde bereits von den verschiedensten Seiten angerufen und sollte Auskunft geben, war aber dazu nicht in der Lage. Ich befürchte, dass durch diese Auseinandersetzung, die gerade vor einigen Tagen eingeleitete Werbeaktion in der Pfalz stark verpuffen wird, zumal, wie Sie ja wissen, die Pfalz ohnedies Mainz sehr reserviert und kühl gegenübersteht und hier eine solche Werbeaktion auf erhöhte Schwierigkeiten stösst. Nun haben wir eben erst den Schaden, der in Kaiserslautern durch die Haltung der Universität betr. Hochschulwoche entstanden ist, repariert und jetzt kommt dieser neue sehr schwere Schaden. Sie können sich denken, dass mich diese Sache persönlich sehr bedrückt, da ich ja schliesslich mit Leib und Seele dieser Universität verschworen bin und es für unerhört und völlig unmöglich halte, dass solche Auseinandersetzungen in solcher Weise zwischen Kurator und Senat in der Presseöffentlichkeit geführt werden. Man kann sich lebhaft vorstellen, welches Grinsen und Schmunzeln diese Dinge in Heidelberg, Darmstadt und Frankfurt hervorrufen werden, wo man ohnedies keine besonderen Sympathien für die neu gegründete Mainzer Universität hat.
Ich möchte Sie dringend bitten, lieber Herr Oppenheim, sich sofort genauer über den Sachverhalt zu erkundigen und zwar, wenn möglich, bei Kurator und Senat, und, was mir noch viel wichtiger wäre, bei Herrn Ministerialdirektor Dr. Becker. Sie dürfen ruhig Herrn Dr. Becker anrufen und ihm sagen, dass mir die Sache grosse Sorgen bereitet und dass ich grosses Interesse daran hätte, seine und des Ministers Auffassung zu diesem Konflikt zu hören, da ich fürchte, dass dadurch unsere ganzen Bemühungen in Frage gestellt sind.

Ich werde voraussichtlich in der kommenden Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, den 6.Februar, wieder in Mainz sein und Sie dann anrufen, um einen Termin zur Aussprache mit Ihnen zu vereinbaren.

Mit recht freundlicher Begrüssung!

Ihr N. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 130

15.2.52

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Emil Kraus ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die Werbe-Aktion bei den Mitgliedern des Lehrkörpers ist im Gang. Ich hoffe, Ihnen bald Günstiges berichten zu können.

Gestern Nachmittag besuchte ich den Herrn, bei dem wir neulich Kaffee tranken. Die offiziellen Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, sind so arm und lächerlich, daß man sich eigentlich schämen muß. Dies trifft jedenfalls zu auf alles, was ich erfahren habe. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß ernst zu nehmende Professoren, auf deren Urteil ich bis jetzt viel gab, anderer Ansicht sind als ich.

Wegen des zu druckenden Jahresberichtes muß Ende des Monats eine Vorstandssitzung stattfinden. Ich verhandele zur Zeit mit verschiedenen Drucke-

reien. Unschlüssig bin ich noch über den Namen. Bitte überlegen !

Den Inhalt stelle ich mir so vor :

1. Geleitwort von Ihnen
2. Geschäftsbericht von mir
3. Kassenbericht von Dr.Eibel
4. Vortrag Prof. Petry
5. Vortrag Prof. Bader
6. Ein Aufsatz von Dr.Klaus Knapp-Zinn "Zur Pflege der Botanik an der alten Mainzer Universität"
7. Bibliographie über alle Erscheinungen der Mainzer Professoren im Jahr 1951 (das sind 250 - 300 Titel)
8. Einige statistische Daten der Universität

Mit vorstehendem Inhalt ist gleichzeitig ein Programm unserer jährlichen Veröffentlichung gegeben, nämlich

1.Vereinsnachrichten
2.Vorträge, die bei uns gehalten wurden
3.Ein Thema aus der Geschichte der Universität
4.Wichtige Mitteilungen der Universität

Wegen der Veröffentlichung von oben Ziffer 3 hoffe ich auf Zuschüsse von Rektor und Kurator. Wegen dieser Veröffentlichung wird die Universitätsbibliothek eine größere Anzahl zur Versendung im Austausch an alle Universitäten usw. senden.

Abgegeben wird die Jahresgabe unentgeltlich an Mitglieder .

Welcher Tag passt Ihnen für die Vorstandssitzung ?

Herzliche Grüße

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 131

8.2.52

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ihre Frage wegen der beiden Briefe habe ich mir noch einmal sehr genau überlegt und bin nach wie vor der Ansicht, daß sie geschrieben werden sollen.

Heute findet sich wieder eine unglaubliche Bemerkung der Allgemeinen Zeitung. Man kann über Schmied denken wie man will, aber eine derartige Bemerkung gehört nicht in eine Tageszeitung. - Gestern sprach ich verschiedene Studenten, in erster Linie sind sie an der Angelegenheit uninteressiert. Da sie aber nur über diese Angelegenheit die Pressenotizen kennen, glauben sie, daß die Pro-

fessoren mehr im Recht wären als Eichholz.

Beachten Sie bitte den vorletzten Absatz des Artikels der Allgemeinen Zeitung von heute.

Den beiliegenden Bericht über den Monat Januar 1952 vergass ich Ihnen auszuhändigen. Ich wünsche, in den folgenden Monaten gleiche Berichte liefern zu können.

Ich sende Ihnen

beste Grüße
und bin Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 132

M.O.

Mainz, den 25.1.1952
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c. Emil Kraus ,

Frankenthal

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister !

Anbei 23 Briefe an Firmen in Kaiserslautern und Umgebung, die nur unterschrieben und in den zugehörigen Umschlag geschoben werden müssen. Den Katalog dieser Firmen habe ich nach Kaiserslautern geschickt und die Industrie- und Handelskammer um Ergänzung gebten. Falls eine Ergänzung kommt, schicke ich die Fortsetzung.

Der Sachbearbeiter im Finanzministerium, ein Dr. Weber scheint Verständnis für die Vereinigung zu haben. Ich erwarte jetzt eine Schriftlichkeit. Für Ihre freundliche Vermittlung herzlichen Dank.
Am 1. Februar und in Zukunft zu jedem ersten werde ich über die Neueintritte und Spenden des abgelaufenen Monats berichten.
Für heute

herzliche Grüße
von Haus zu Haus

Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 133

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz"

Mainz, den 21. Januar 1952
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c. K r a u s ,
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Mit diesen Zeilen stelle ich Ihnen Frau Herta Fischer vor, die neue Schreibkraft für unsere Vereinigung. An drei Vormittagen habe ich nun Gelegenheit mich auszutoben. Dies wollte ich Ihnen der Ordnung halber mitteilen.

Ich nehme an, daß Sie vor einigen Tagen einen Brief von Herrn Dr. Arens erhalten haben. Da ich nicht weiß , ob Sie sich nooh an die Vorgänge erinnern: Dr. Arens war unser Denkmal-Pfleger. Wie Sie sich erinnern, hat er sich ausgezeichnet bewährt in den ersten schwierigen Tagen, von denen heute kein Mensch mehr etwas wissen will. Arens erhielt später als Privatdozent einen Lehrauftrag an der Universität. Diesen Lehrauftrag hat er mit Einwilligung der städtischen Stellen angenommen. Eine schriftliche Einwilligung wurde aber, soweit ich mich erinnern kann, von der Stadt nicht erteilt. Vielleicht können Sie in einem Privatschreiben an Dr. Arens das Notwendige nachholen.

Ich sende Ihnen

herzliche Grüße
und bin Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 134

Dr.Kr/Fe.

Aktuelle Beamtenfragen

Vortrag, gehalten in Mainz am 19.1.1952 von
Oberbürgermeister Dr. Dr. h.c. Emil Kraus .

Vortragsskizze

Vorbemerkung : Wieder einmal stehen die grundsätzlichen Beamtenfragen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion, nachdem der Bundestag die erste Lesung des neuen Beamtengesetzes durchgeführt hat. Die Debatte bewegt sich heute im ganzen Lande in einer ruhigeren und sachlicheren Atmosphäre. Das Gesetz zu Artikel 131 G.G. ist erstritten, alle mit den sogenannten "Militaristen" zusammenhängenden Fragen werden heute anfang 1952 mit ganz anderen Augen angesehen als vor ein bis zwei Jahren und der Art. 33 des G.G. mit seiner verfassungsmässigen Garantie des Berufsbeamtentums wird immer deutlicher und klarer in seiner grundsätzlichen Bedeutung und seinen Konsequenzen erkannt. Diese erfreulichen Tatsachen sind nicht zuletzt zurückzuführen auf die Arbeit der Wissenschaftler, der Beamtenverbände, der Gerichte und des Instituts für Öffentl. Arbeiten in Frankfurt a.M.

Spielausschuß des DFB tagte / De

In Rüdesheim fand eine Tagung des Bundesspielausschusses im DFB mit den Spielausschuß-Obleuten der Regional- und Landesverbände statt. Im Mittelpunkt standen eingehende Ausführungen von Bundestrainer Herberger über die Olympia-Vorbereitungen der Expedition für Helsinki. Nach einem Lehrgang im März sollen fünf Amateur-Länderspiele stattfinden, von denen zwei gegen England am 14. und 18. Mai bereits feststehen. Als weiteren Gegner hofft man, Österreich für zwei Länderspiele zu gewinnen, da auch der Österreichische Fußball-Bund in den nächsten Monaten seine Olympia-Mannschaft aufbaut. Drei weitere Spiele sind gegen deutsche B-Mannschaften vorgesehen, so daß Mitte Juni die Vorbereitung der Olympia-Ländereif abgeschlossen werden dürfte.

Lebhafte Debatten löste die Frage nach der Einführung des deutschen Vereinspokals aus. Man war sich klar darüber, daß ein Anfang gemacht werden muß, auch wenn in der Saison

Schnee bedroht

ıng für Oslo bereits nominiert

Tarvis (Italinische Alpen) die deutsche Teilnehmerin Anna Gehring einen beachtlichen dritten Platz. Das Ergebnis: 1. Angela Kordek (Jugoslawien) 49:44 Minuten, 2. Nada Birko (Jugo-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 135

Es müssen aber jetzt in immer steigendem Masse die zwingenden Konsequenzen für die vertriebenen und die politisch verdrängten Beamten gezogen werden.

Zuvor ein Wort zur Besoldung :

Sobald eine Besoldungserhöhung für die Beamten zur Diskussion steht bringt die Presse alle möglichen Auslassungen darüber, was die Beamten kosten, ihre Zahl und den Besoldungsaufwand dafür. Dabei sieht man immer nur einige hohe Spitzengehälter, aber nicht die Masse (z.B. Post, Bahn, untere und mittlere Gruppen und die vielen, die am Hungertuch nagen und viel viel schlechter gestellt sind als jeder gelernte Industriearbeiter. So war es auch jetzt wieder bei dem hinter uns liegenden Kampf um die 20%ige Gehaltserhöhung. Man bedenke: die erste Besoldungserhöhung seit 1927 Welch ungeheurer sozialer Abstieg der Beamtenschaft liegt in dieser Tatsache! Es wird heute so viel von den Sozialpartnern geredet. Ist denn der Beamte kein Sozialpartner? Warum denn nicht? Oder verläuft etwa hier die Linie des schwächeren Widerstandes, weil keine Streikgefahr? Aber, so sagt man, der grosse Vorzug der Ruhegehaltsversorgung. Aber auch dieses Gegenargument schlägt sachlich nicht mehr durch. Auch die beamtenrechtlichen Verhältnisse sind viel unsicherer geworden im Gegensatz zu früher und auch die sogenannte Lebenslänglichkeit ist ja zerstört durch die beamtenrechtlichen Vorgänge nach 1933 und 1945. Und vor allem soll man eines beachten: Auch die Verhältnisse in der Privatwirtschaft sind inzwischen wesentlich sicherer geworden, vor allem was die Dauerbelegschaft anbelangt; auch in der Privatwirtschaft kennt man gute Versorgungen, Pensionskassen, zusätzliche Renten und dergl. Man soll also keine künstlichen Gegensätze aufreissen oder konstruieren, wo sie nicht vorhanden sind.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 136

Zur Entnazifizierung : Wir haben hier im Kampf um das Recht seit 1946 einen sehr langwierigen, mühsamen, aber im grossen und ganzen doch recht erfolgreichen Weg zurückgelegt. Ich betone dabei wiederholt ausdrücklich, obwohl es allerdings nicht mehr notwendig sein sollte, dass ich mich nicht für die Parteibuchbeamten einsetze, nicht für alle die PG-Beamten, die - ohne Berufsbeamte zu sein - nur durch die Partei zu hohen und höchsten Stellungen gelangt sind und vor allem nicht für Nutzniesser und Verbrecher des 3. Reiches sondern für die Massen der braven und anständigen Berufsbeamten, die seit Jahrzehnten im ordnungsmässigen Beamtenweg ihre Rechte erworben haben und zu Unrecht durch die Vorgänge nach 1945 aus Amt und Stellung geworfen wurden.

- 1947
- Säuberungsgesetz:

Wir haben anstelle des rechtlosen Gewaltzustandes, der bis dahin existierte, zunächst einmal eine ganz brauchbare gesetzliche Grundlage für die Entnazifizierung der Spruchkammern geschaffen. Wenn bei der Durchführung dieses Gesetzes der § 17, der Spezialparagraph für die öffentlichen Beamten mit der entsprechenden Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit überall beachtet worden wäre, wäre manche Klage verstummt.

- 1949
- Rechtstellungsgesetz:

Auch dieses Gesetz war damals ein beachtlicher Fortschritt trotz aller Fehler und Schwächen, weil es erstmals eine Rechtsgrundlage für die Ansprüche der ordnungsgemäss entnazifizierten Beamten geschaffen hat.

-4-

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 137

- 1951
- Gesetz zu Artikel 131 G.G.:

Damit sind erstmals auf der Grundlage der Bundesverfassung einheitliche Richtlinien für die Vertriebenenbeamten, für die politisch Verdrängten, für die Wehrmachtsbeamten usw. für das ganze Bundesgebiet geschaffen worden.

Das waren sechs Jahre schwerster Kampf und ich darf mit Befriedigung feststellen, dass der Städteverband Rheinland-Pfalz und insbesondere auch der Deutsche Städtetag und die kommunalen Spitzenverbände einen wesentlichen Anteil an dem, was für die Beamten erreicht worden ist, für sich verbuchen können. Ich habe damals im Frühjahr 1949 am Rechtstellungsgesetz bei aller Anerkennung des erreichten Fortschrittes scharfe grundsätzliche Kritik geübt. Meine damaligen Rechtsgrundsätze haben sich inzwischen in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und juristischer Wissenschaft immer mehr durchgesetzt. Um der Gerechtigkeit und der Objektivität willen muss aber auch gesagt werden: vieles von dem, was zu beklagen war, war der Willkür und den schweren Fehlern der Besatzungsmächte zuzuschreiben. Leider fanden sich auch viele deutsche Helfershelfer, da, wo es nicht nötig war.

Was war denn das Ziel dieser ganzen Arbeit? Wir wollten Recht anstelle von politischer Gewalt für den anständigen und bewährten Berufsbeamten. Dabei muss ich vor allem immer wieder einen Grundsatz in den Vordergrund stellen: Man muss sich endlich bei solchen elementaren Grundsatzfragen, wo es sich um das verfassungsmässige Recht des Berufsbeamten handelt, abgewöhnen, Rechtsfragen mit Finanzfragen zu verkoppeln. Ich darf bei solchen grundsätzlichen Fragen nicht Gesetze machen, die rechts- und

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 138

verfassungswidrig sind, nur deshalb, weil ich im Augenblick nicht die Mittel dazu habe, um das Recht auszubezahlen. Das wäre gerade so, wie wenn ein Richter bei der Auslegung von Verträgen einen Schuldner nur deshalb nicht zur Zahlung verurteilt, weil er zur Zahlung nicht in der Lage ist. Grundlegende Beamtengesetze müssen sich auf den Boden des verfassungsmässigen Rechts stellen. Wenn dann im einen oder anderen Fall, das, was rechtens ist, nicht oder nicht sofort verwirklicht oder voll ausbezahlt werden kann, so müssen Wege der Verständigung und des Ausgleichs gefunden werden aber so, dass dadurch die Rechtssicherheit und das Rechtsbewusstsein nicht erschüttert wird.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 139

Grundsatzfragen des Beamtenrechts :

Es ist erfreulich, feststellen zu können, dass in der ersten Lesung des neuen deutschen Beamtengesetzes in der 185. Sitzung des Bundestages am 16.1.1952 sich die Grundsätze des Berufsbeamtentums weitgehend durchgesetzt haben:

Die verfassungsmässige Garantie des Berufsbeamtentums in Artikel 33 G.G. wurde von allen Seiten anerkannt;

die bewährten Grundlinien des Beamtengesetzes 1937 werden beibehalten und zeitgemäss fortentwickelt;

Was gehört zu diesen verfassungsmässig garantierten Grundsätzen?

- Das Beamtenverhältnis als Dienstverhältnis des öffentlichen Rechts -
- Treuhverhältnis und Fürsorgepflicht, als Konsequenz davon natürlich kein Streikrecht als Beamter! -
- Anstellung auf Lebenszeit -
- Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung -
- Rechtsgrantien für das Dienststrafverfahren -
- der Beamte Diener der Gesamtheit nicht einer Partei -
- entsprechende Laufbahnrichtlinien -

-7-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 140

Grenzfragen und Probleme : Zunächst die politische Kollektivschuld der Beamtenschaft. Man sollte eigentlich meinen, dass davon nicht mehr geredet werden sollte. Aber diese Gedankengänge klingen immer wieder an und schaffen Hemmungen und Bedenken.
So wurde u.a. in der Bundestagsdebatte am 16.1. von einem Abgeordneten gesagt:
Viele Beamten hätten der Republik Schwierigkeiten gemacht und seien dem Ungeist der NSDAP gefolgt.

Ich frage demgegenüber: und andere Volksschichten? Wie steht es mit den Angestellten und Arbeitern der Betriebe, über deren Eingangstor in grossen Lettern zu lesen war: "Dieser Betrieb steht geschlossen hinter dem Führer" oder "Dieser Betrieb steht geschlossen in der Deutschen Arbeitsfront"?

Man sagte weiter in dieser Debatte: Wenn auch viele Beamte in den Stand der Knechtschaft nur hineingeglitten seien, so wäre doch die Vorstellung über das Berufsbeamtentum nach 1945 mit der Vorstellung von Opportunismus und autoritärer Gesinnung verknüpft gewesen.

Ich frage wieder: Warum unterstellt man das nur den Beamten? War dies in anderen Berufsschichten vielleicht besser? Was hätten diese Beamten denn machen sollen, wenn sie von ihren Vorgesetzten immer wieder unter Druck gehalten und vor die Existenzfrage gestellt wurden? Und wie denken diejenigen, die solche Vorwürfe heute noch erheben über die Vorgänge in der Ostzone und über die dortigen Beamten und die Funktionäre, die vor die gleichen tragischen Notwendigkeiten gestellt sind? Und wollen wir etwa, wenn eines Tages - hoffentlich bald - die deutsche Einheit wiederhergestellt wird, mit dem gleichen Fragebogenverfahren nochmals von vorne beginnen? Man mache sich doch immer wieder die Tragik der menschlichen Situation und

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 141

die Gewissensnöte klar, bevor man kollektiv derartige Anschuldigungen erhebt.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 142

Beamtenrecht - Arbeitsrecht : Ich freue mich, feststellen zu können, dass die Bundesregierung im Gegensatz zu dem früheren Standpunkt der Militärregierungen, insbesondere der Amerikaner, im Entwurf zum neuen Beamtengesetz an der bewährten früheren Dreiteilung in Beamte, Angestellte und Arbeiter festhält und dass damit dem Arbeitsrecht auch in der öffentlichen Verwaltung die ihm gebührende gleichberechtigte Stellung neben dem Beamtenrecht eingeräumt wird. Und ich stelle mit besonderer Befriedigung fest, dass diese Grundsätze und diese klare und scharfe Trennung von Beamtenrecht und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienstrecht auch der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in vollem Umfang entspricht Ich hoffe, dass die kommenden parlamentarischen Beschlüsse hier keine Verwässerung und keinen Rückschritt bringen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 143

Laufbahnbewerber - freier Bewerber ? :

Es handelt sich hier um das sogenannte Aussenseiterproblem. Was ist denn ein Beamter? Ein Beamter ist ein Mann, der den Beruf "als Beamter" ausübt oder ausüben will. Beim Facharbeiter und beim Kaufmann hält man es für selbstverständlich, dass sie sich in einer gewissen fachlichen Laufbahn bewährt haben, bevor sie zu verantwortlichen und leitenden wichtigen Stellungen und Positionen aufsteigen. Natürlich werden die Verwaltungen, insbesondere auch die Kommunalverwaltung gewisse Stellen jederzeit gerne auch in Zukunft wie in der Vergangenheit mit Spezialisten, auch von aussen, besetzen, insbesondere wenn es sich um wirtschaftliche und technische Positionen handelt. Man soll aber hier nicht mit den Schlagworten Kastengeist-Bürokratismus - soziale Eigenwelt gegenüber dem bisherigen Berufsbeamtentum arbeiten. Ist denn nicht, soziologisch gesehen, unser deutsches Berufsbeamtentum volksverbunden wie kaum ein anderer Stand? Dafür nur zwei kleine, aber bezeichnende Beispiele:

Eine mittlere Stadt in Rheinland-Pfalz hat	157 Beamte,
davon stammen aus Arbeiterkreisen	56
aus dem sogenannten Mittelstand	94
und aus dem höheren Beamtenum nur	7

Und ein weiteres Beispiel:

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 144

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat 3 800 Kommunalbeamte wie folgt aufgegliedert:

570 sind Akademiker,
477 stammen aus der höheren Schule,
215 aus der Mittelschule,
483 aus der Fachschule und
2 008 , also über 50%, sind Volksschüler.

Wie kann angesichts solcher Zahlen, die sich beliebig vervielfältigen lassen, von einem sozialen Kastengeist und einer Privilegierung der Berufsbeamten gesprochen werden? Und stammen nicht auch die meisten einheimischen Beamten aus kleinen und bescheidenen Mittelstandskreisen oder Arbeiterkreisen? Es ist nicht wahr und eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann, wenn man hier immer wieder so tut, als ob hier grundlegende Reformen notwendig seien, um die Zusammensetzung der Beamtenschaft nach heutigen sozialen Gesichtspunkten auszugestalten.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 145

Bundespersonalausschuss
Bundespersonalamt :

Fast alle Redner in der Bundestagsdebatte haben sich für etwas derartiges ausgesprochen.

Es handelt sich hier um eine sehr schwierige und komplizierte Frage. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert das Bundespersonalamt und gibt dafür folgende Begründung: Alle Entscheidungen in Personalsachen sollen nach rein sachlichen Gesichtspunkten ergehen. Es muss erreicht werden, dass bei Einstellung, Anstellung und Beförderung a l l e i n Leistung, Befähigung und charakterliche Eignung den Ausschlag geben.

Einverstanden, voll und ganz einverstanden. Das sind die Grundsätze des echten qualifizierten Berufsbeamtentums. Aber wie soll das erreicht werden? Es wird sehr schwierig sein, eine gesetzliche und rechtliche Ausgestaltung des Bundespersonalamtes zu finden, die dann auch wirklich die Garantie der völligen parteipolitischen Unabhängigkeit gibt. Und warum fordert man dann gleichzeitig den Ausschreibungszwang für alle freien Stellen? Man soll doch nicht mehr uniformieren als nötig. Das soll man den Einstellungskörperschaften im einzelnen Fall überlassen. Wir Kommunalverwaltungen haben in der Frage ob Bundespersonalamt oder Landespersonalamt ganz besondere und sehr erhebliche Bedenken und zwar vor allem für die kommunale Selbstverwaltung. Es muss vermieden werden, dass wir in unserer kommunalen Personalpolitik , die ganz auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten sein muss, noch stärker von fremden, aussenstehenden Faktoren abhängig werden als dies bisher schon der Fall ist. Der Gesetzgeber wird gerade

-13-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 146

bei der Entscheidung über diese Fragen
sehr vorsichtig zu Werke gehen müssen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 147

Politische Rechte
und Mandate :

Ich freue mich, dass die Bundesregierung im Entwurf des Beamtengesetzes sich hier zu einem recht vernünftigen Kompromiss durchgerungen hat. Man sagt: politische Rechte und Mandate ja, aber nicht auf der gleichen Ebene, d.h. ein Bundesbeamter kann nicht gleichzeitig Bundestagsabgeordneter sein, ein Landesbeamter nicht Landtagsabgeordneter und ein Gemeindebeamter nicht Stadtrat. Sehr/kann wohl aber ~~aber~~ mit gewissen Vorbehalten und Einschränkungen natürlich, die mit dem Treueverhältnis des öffentlich-rechtlichen Beamten als solchem zusammenhängen, ein Gemeindebeamter im Landtag oder Bundestag sein, ein Landesbeamter im Stadtrat oder Bundestag und ein Bundesbeamter im Landtag oder Stadtrat. Diese klare Regelung, dass man nicht gleichzeitig im Parlament seiner Anstellungskörperschaft sitzen kann, verlangt der moderne Grundsatz der Teilung der Gewalten, die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung und die Zuverlässigkeit der Kontrolle.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 148

M.O.

Mainz, 5.9.1951
Am Stiftswingert 19

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Die beiliegenden Zeilen, die ich gestern diktiert habe, waren schon zugeklebt und frankiert. Ich wollte sie jetzt - 9 Uhr - mit zur Post nehmen. Vorher rief ich noch bei Kupferberg an, um mit Dr.Eibel den ich seit Tagen nicht erreichen konnte, einen Termin für heute vormittags oder nachmittags zu vereareden. Bei dieser Gelenheit erfuhr ich nun, dass Dr.E. seit einiger Zeit verreist ist, dass er vor Ende des Monats nach Mainz nicht zurückkomme, und dass er seine Tätigkeit nach Süddeutschland verlegt habe. Von alledem wusste ich nichts. Da verschiedene Rechnungen von mir vorlagsweise bezahlt wurden und ich das Geld dringend benötige, rief ich gleich die Bank an und konnte glücklicherweise feststellen, dass neben Dr.E. auch ich legitimiert bin, Geld abzuheben

Soweit wäre die Sache also in Ordnung.
aber nur ein vorübergehender Zustand sein
kann und mich neben der Tätigkeit des
rers, die dauernd anwächst, auch die
Schatzmeisters führen. Ausserdem gehört
auch nicht. Da Herr Dr.E. nun nicht
ist, möchte ich Sie um Genehmigung
Schreibmaschine bitten zum Preise von
eine Schätzung liegt bei. Allein kann
Geschäft nicht machen, da die Maschi
Die Maschine war bis zum I.Juni die
Seit diesem Tage werden von Frau
Studentin die Schreibarbeiten der Ver
ihr erledigt. Ich selbst habe immer,
mal selbst schreibe wie z.B. hier di
mes Baby" benutzt.

Herzliche Grüsse

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz"
- Der Schriftführer -

Mainz, den 30. April 1951
Am Stiftswingert 19

Bei Gründung der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz "
hatten Sie die grosse Liebenswürdigkeit einen ansehnlichen
Betrag für die Zwecke der Vereinigung zur Verfügung zu stellen.
Aus Anlass des fünfjährigen Bestehens der Johannes Gutenberg-
Universität richtet der Unterzeichnete im Auftrag des
Vorstandes der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz "

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 149

M.O.

Mainz, d.4.9.51
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Dr. h.c. Emil Kraus
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Aus Ihren freundlichen Zeilen vom 1.September habe ich mit grosser Freude entnommen, dass Sie an der Deutsch-Französichen Bürgermeister-Konferenz in Locarno vom 7.-1o. Spptember teilnehmen. Es ist jetzt gerade die richtige Zeit für schöne Herbsttage im Tessin. Zu meinen schönsten Erinnerungen gehört ein Aufenthalt in Ascona. Wenn Sie Zeit haben empfehle ich den Spaziergang von Ascona auf der Höhe nach Ronco.

Bei Bracht habe ich mich für den 12.Sept. angemeldet, Ankunft in Trier mit dem Luxemburger Omnibus um 12.55 Uhr. Falls Sie mitkommen, kämen wir etwas früher, da wir dann mit dem Auto kämen. Ich habe unter Anderem nach Trier geschrieben, dass am 12. alles besprochen werden müsste und das es zweckmässig erscheine, wenn zwei Besprechungen statt fänden. Zunächst eine nur zwischen uns, und dann eine mit einigen interessierten Damen und Herren.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 150

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 3.9.1951.

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

Mainz
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Ihr Schreiben vom 31.8.1951.

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen und Informationen. Auch ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir in diesem Jahr höchstens noch 2 Veranstaltungen durchführen sollten, nach Sachlage wohl Trier und Kaiserslautern. Vielleicht kann man Wiesbaden aufs Frühjahr verlegen vor Semesterschluss. Kaiserslautern geht klar. Da müssen wir uns nach der Hochschulwoche richten. Darüber werden Sie sich mit dem Rektor verständigen. Den Termin mit Trier wollen Sie bitte mit der dortigen Stadtverwaltung abstimmen. Wenn Sie mich rechtzeitig verständigen bin ich gerne bereit mit Ihnen zusammen nach Trier zu fahren. Ich würde Sie dann in Mainz abholen. Vom 7. bis 10. September bin ich in der deutsch-französischen Bürgermeisterkonferenz in Locarno, ab 11. bin ich wieder hier im Dienst. Vorläfig liegen keine weiteren grossen Termine fest, sodass es mir möglich wäre, mich für die Fahrt nach Trier freizumachen. Vielleicht erfragen Sie in Trier die Tage, an denen unser Kommen erwünscht ist. Ich würde Ihnen dann sagen, wann es mir am besten passt, sodass wir zusammen fahren können. Bei der Bedeutung von Trier und den dortigen Hochschulbestrebungen scheint es mir doch wichtig zu sein, dass gerade die Konferenz in Trier sorgsam vorbereitet wird. Der Termin Mitte November ist natürlich witterungsmässig reichlich ungünstig, zumal wir im November mit starken Nebeln rechnen müssen, sodass für uns die Autofahrt recht schwierig wird. Aber letzten Endes müssen darüber die Trierer Kreise entscheiden. Notfalls müssen wir eben mit dem Zug fahren.

Mit freundlicher Begrüssung!

Ihr N. Kraus

Vorstandes der Vereinigung " Freunde der [redacted] Universität Mainz " wieder mit einer besonderen Spende zu bedenken. Auf den beiliegenden Aufruf darf ergebenst Bezug genommen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
ergebenst

Regierungsrat a.D.

Ich würde mich sehr freuen wenn wir zusammen fahren könnten. Geben Sie mir bitte noch vor Ihrer Abreise nach Locarno Nachricht ob Sie fahren und um welche Zeit ich bereit sein soll, oder ob Sie nicht fahren. Im letzteren Falle möchte ich mir bald einen Platz im Omnibus bestellen.
Ich sende Ihnen beste Grüsse

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 151

Vereinigung
"Freunde der Universität"
-der Schriftführer-

Mainz, d. 31.8.51
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Kraus
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Ihren Brief vom 27. August will ich mit bestem Dank gleich beantworten.
Nach Eingang des Briefes von Oberbürgermeister Raskin habe ich sofort an ihn und an Direktor Bracht geschrieben und meinen Besuch für eine Aussprache in Aussicht gestellt. Hierauf habe ich bereits Antwort erhalten. Für Trier kann nur Mitte November in Frage kommen. Denn

Für Kaiserslautern kann nur die Zeit der Hochschulwoche in Frage kommen. Die wird nach Mitteilung des Rektors Mitte Dezember stattfinden. Mit Isele stehe ich in Verbindung, er wird mich verständigen sobald der Termin in Kaiserslautern feststeht.
Wegen Wiesbaden habe ich mit Herrn Dr. Hohoff gesprochen, ohne aber etwas endgültiges festgelegt zu haben.

Mehr wie zwei Veranstaltungen werden wir in diesem Jahr kaum verdauen können.

Sobald ich den Termin der Hochschulwoche in Kaiserslautern weiss werde ich Sie verständigen.

Nach Trier will ich Ende der nächsten oder in der übernächsten Woche fahren.

Falls Sie mit meinen Dispositionen nicht einverstanden sind, geben Sie mir bitte gleich Bescheid.

Ab 25. September möchte ich für 4 Wochen verschwinden. Die notwendigen Vorbereitungen will ich natürlich vorher treffen.

Gestern konnte ich ein neues Mitglied mit einem Jahresbeitrag von DM 2oo.- buchen.

Ich sende Ihnen und Ihrer Gattin herzliche Grüsse

und bin

Ihr sehr ergebener

[signature]

Mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
Regierungsrat a.D.

Vorstandes der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " wieder mit einer besonderen Spende zu bedenken. Auf den beiliegenden Aufruf darf ergebenst Bezug genommen werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 152

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 27.8.1951

Vereinigung der Freunde
der Universität Mainz

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Ihr Schreiben vom 21.8.1951

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Aus den Ferien zurück will ich Ihnen postwendend antworten. An sich habe ich ja kein Verständnis dafür, dass mein Kollege in Trier die Antwort auf mein seinerzeitiges Schreiben verbummelt hat, aber es möge uns genügen, dass er die Veranstaltung begrüsst und fördern will. Die Frage ist jetzt nur, worauf wir uns konzentrieren sollen, damit wir unsere Kräfte nicht zersplittern. Ich meine, zunächst sollten wir einmal die Sache mit Kaiserslautern bearbeiten. Wenn dort die Mainzer Uni tatsächlich eine Hochschulwoche stattfinden lässt, so sollten wir uns unbedingt in diese Hochschulwoche einschalten und entweder im Anfang oder am Ende derselben in Erscheinung treten und für unsere Vereinigung tüchtig werben. Ich nehme an, dass dies auch Ihre Meinung ist. Darf ich Sie bitten, diese Frage in Kaiserslautern klären zu wollen, vorallem die Frage des Termins und des Programms und dann entsprechend für Kaiserslautern zu disponieren. Falls Sie meine Mitwirkung wünschen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Ich bin auch bereit, mit Ihnen zusammen einmal in dieser Sache nach Kaiserslautern zu fahren, zumal ich ja mit der dortigen Stadtverwaltung in ständigem Kontakt stehe.

Wenn Kaiserslautern im Spätherbst bezw. November stattfindet müssten wir unter Umständen Trier verlegen, jedenfalls müssen diese beiden Veranstaltungen entsprechend aufeinander abgestimmt werden. Wie haben Sie sich Wiesbaden gedacht? Vielleicht sprechen Sie einmal eingehend mit Herrn Dr. Hohoff und auch mit Oberbürgermeister Redlhammer über Termin und Programm. Ich halte Wiesbaden für sehr wichtig und wahrscheinlich auch für ertragsreich für uns und bin der Meinung, dass man Wiesbaden auf alle Fälle bei Semesterbeginn in Angriff nehmen soll.

Vielleicht komme ich in den nächsten vierzehn Tagen einmal gelegentlich irgendeiner Sitzung wieder einmal nach Mainz. Dann werde ich selbstverständlich wieder bei Ihnen vorsprechen.

Mit herzlichen Grüssen von Haus zu Haus
in alter Freundschaft

Ihr

[signature]

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 153

Michel Oppenheim
Reg. Rat a.D.

Mainz, den ~~19~~ 24.8.51
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Dr. h.c. Emil Kraus
Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Aus den beiden Anlagen sehen Sie, dass die Veranstaltung in Trier zustande kommen wird. Geben Sie mir bitte umgehend Ihre freien Samstage im November an.Ich kann dann mit Direktor Bracht das Weitere vereinbaren. Es gibt jetzt,wie ich heute erfahren habe,eine Omnibusverbindung nach Trier. Die werde ich benutzen falls Sie nicht zufällig in Trier etwas zu tun haben und mich mitnehmen.
In Wiesbaden habe ich mit Herrn Dr. Hohoff gesprochen. Grundsätzlich einverstanden. Eine weitere Aussprache über Einzelheiten soll später stattfinden.
Auch Kaiserslautern müsste berücksichtigt werden. Da dort eine Hochschulwoche von der Mainzer Universität stattfinden soll, könnte unsere Veranstaltung im Rahmen dieser Hochschulwoche durch-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 154

an Sie die ergebene Bitte, die Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " wieder mit einer besonderen Spende zu bedenken. Auf den beiliegenden Aufruf darf ergebenst Bezug genommen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
ergebenst

Regierungsrat a.D.

Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Erholung und sende Ihnen und Ihrer sehr verehrten Gattin herzliche Grüsse.

Ihr sehr ergebener

geführt werden.

Landesregierung prüft Baugesellschaft

A.Z. 6.8.51

Aufsichtsratsvorsitzender und Geschäftsführer weisen Vorwürfe zurück

Frankenthal, 5. August (NZ). — Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat dem Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Baugesellschaft Frankenthal empfohlen, den Geschäftsführer Konrad Thiery mit sofortiger Wirkung abzuberufen und den Steuerberater Engelbert Lang, Neustadt, als neuen Geschäftsführer zu bestellen. Außerdem hat die Regierung verlangt, daß Oberbürgermeister Emil Kraus seine Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baugesellschaft niederlegt. Thiery und Kraus wird vorgeworfen, das Bauprogramm 1950 nicht richtig durchfinanziert und dadurch die Baugesellschaft mit einem Defizit von 1,2 Millionen DM belastet zu haben. Ferner hätten sie private Bauten mit Mitteln der Gesellschaft finanziert.

Die Regierung, der die Illiquidität der Frankenthaler Baugesellschaft schon seit dem Frühjahr bekannt war, sah sich zum Eingreifen veranlaßt, als sich eine Delegation des Frankenthaler Handwerks wegen der schleppenden Zahlungsweise der Gesellschaft beschwerte. Die Besitzer der Handwerksbetriebe brachten vor, daß Rechnungen in Höhe von 800 000 DM seit Monaten offenstünden.

Rheinfahrten täglich ab Frankfurt

Schnellmotorschiff „Rheingold"
nach RUDESHEIM und LORELEY
Abfahrt 7 Uhr, Eiserner Steg
Mainfahrten: Täglich ab 15 Uhr halbstündlich
Flettner-Nauheimer, Tel. 9 28 86, 9 40 99

Kraus nimmt Stellung

Im Auftrag der Landesregierung überprüft zurzeit Steuerberater Engelbert Lang die Geschäftsunterlagen der Gesellschaft. Oberbürgermeister Kraus hat zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung genommen und erklärt, die Finanzkrise der Baugesellschaft sei Ende 1950 durch Kapitalrestriktionen, die Zurücknahme gegebener Hypothekenzusagen und plötzliche Illiquidität der öffentlich-rechtlichen Bauspar-kasse Karlsruhe entstanden. Die Baupläne für das Jahr 1950 (rund 280 Wohnungen) seien gewissenhaft durchfinanziert worden, doch sei der Finanzierungsplan durch die geschilderten unvorhergesehenen Ereignisse zeitweilig aus den Fugen geraten.

Zu der Behauptung, Kraus und Thiery hätten mit Geldern der Gesellschaft zum eigenen Vorteil Bauten im Werte von über 300 000 DM erstellt, erklärt Kraus, es handle sich um Bauvorhaben, die im Auftrag eines Frankenthaler Industrieunternehmens ausgeführt worden seien. Das Unternehmen habe die Absicht, in Kürze eines der Gebäude käuflich zu erwerben. Im übrigen habe sich der Aufsichtsrat der Baugesellschaft sofort nach dem Auftreten der Finanzierungskrise bemüht, den Fehlbetrag herabzudrücken. Das Eingreifen der Regierung sei zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die Gegenmaßnahmen bereits voll im Gang gewesen seien.

So hätten die Gesellschafter Finanzierungsdarlehen in Höhe von 400 000 DM beschlossen, woran sich allein die Stadt Frankenthal mit 250 000 DM beteiligte, sagt Kraus weiter. Durch diese Maßnahme habe bis zum 8. Juli der Fehlbetrag auf 776 000 DM vermindert werden können. Um weitere 641 000 DM werde sich das Defizit ermäßigen, wenn die bei der Landesregierung beantragten Aufstockungsdarlehen und Finanzierungsbeihilfen gewährt würden und außerdem der Verkauf einiger gesellschaftseigener Grundstücke und die Aufnahme einer kleinen Hypothek auf Altbesitz gelingt.

Kraus erklärte, der Frankenthaler Fall sei ein Schulbeispiel dafür, in welch kritische Lage gemeinnützige Baugesellschaften durch die ständigen Kapitalrestriktionen und die oft nur mangelhafte Unterstützung seitens der Regierungen kommen könnten. Auch für das Bauprogramm 1951 seien immer noch nicht die von der Regierung zugesagten Mittel eingetroffen, so daß die Baugesellschaften vor der Wahl stünden, entweder die Bauvorhaben einzustellen und die Arbeiter zu entlassen oder zu oft riskanten und erhebliche Mehrkosten verursachenden Vor-, Zwischen- und Umfinanzierungen sowie Wechselbegebungen Zuflucht zu nehmen.

Helmut Rödler

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 155

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 28.7.1951

Dr.Kr/Fe.

Herrn
Regierungsrat Michel Oppenheim

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz
Ihre Schreiben vom 27.7. und 24.7.1951

Sehr geehrter Herr Oppenheim !

Ich bestätige Ihnen mit bestem Dank Ihre obigen Zeilen..
Der Beitrag der Stadt Kaiserslautern geht in Ordnung. Ich habe gestern morgen telefonisch mit Herrn Oberrechtsrat Dr.Reeber gesprochen und zu meiner Freude erfahren, dass die Stadt Kaiserslautern eine Spende an die Vereinigung in Höhe von DM. 2000,-- überwiesen hat. Ich beglückwünsche Sie und mich dazu und darf Sie bitten, dem Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern ein herzliches Dankschreiben zugehen zu lassen.

Zu den Notizen betr. Universitätsgründung bin ich natürlich noch nicht gekommen. Ab 1.August will ich während drei Wochen meinen Urlaub in Camberg/Taunus verbringen. Ich verspreche Ihnen aber, im September die Sache zu erledigen. Was ich inzwischen an Sorgen und Kämpfen hatte darf ich Sie bitten aus den beiden Anlagen zu ersehen.

Mit freundlicher Begrüssung!

Ihr

2 Anlagen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 156

Dr.Kr/Fe.

Aus der

Etatrede 1951

von Oberbürgermeister Dr. Kraus in der Stadtratssitzung vom 24.7.51.

Der Kampf um den Finanzausgleich

Die Finanzsituation zwingt mich, dieses Thema immer wieder zu erörtern. Wir haben uns damit in verschiedenen Stadtratssitzungen der letzten Zeit befasst. Im Kampf um den Finanzausgleich spiegelt sich der Kampf der kommunalen Selbstverwaltung um die finanzielle Existenz der Gemeinde. Ständig kommen vom Bund, von seiner Finanz- und Steuergesetzgebung her, neue untragbare Belastungen auf uns zu. Alle Eingriffe des Bundes in die Steuer- und Finanzkraft der Länder geben die Länderfinanzminister nach unten an die Gemeinden weiter und den Letzten beissen dann die Hunde. Dafür zwei Stimmen des Deutschen Städtetages aus der letzten Zeit. In einem Rundschreiben vom Anfang Juni, angeregt durch den Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg, wird davon gesprochen, dass man im Bundesfinanzministerium und in den Länderfinanzministerien die Tendenz auf Verschlechterung des Finanzausgleiches zwischen den Ländern und Gemeinden weiter verfolgt und all den Warnungen insbesondere der vom Krieg stark betroffenen Städte nur mit einem Achselzucken begegnet. Man erkläre dort offen, dass man den Gemeinden nur das zuteilen könne, was dem Bund und den Ländern nach Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse übrig bleibt. Dadurch wird die Abhängigkeit der Gemeinden immer mehr verstärkt und die Betonung ihrer Selbstverwaltung und Selbstverantwortung in den Verfassungen und Gesetzen immer mehr zur blossen Farce. Es heisst in diesem bedeutsamen Rundschreiben wörtlich :

> " Der rechtliche Anspruch der Gemeinden auf Finanzzuweisungen als dem schlechten Surrogat ihrer früheren Anrechte auf Teile der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie die Umsatzsteuer und Bürgersteuer ist vergessen. "

In einer sehr scharfen Entschliessung hat eben erst die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München am 6. Juli erneut zur

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 157

kommunalen Finanznot Stellung genommen. Auch hier wird schärfstens kritisiert, dass Bund und Länder noch keine entscheidenden Massnahmen zur Behebung dieser kommunalen Finanznot ergriffen haben, dass im Gegenteil den Gemeinden weitere Lasten rücksichtslos aufgebürdet werden, während gleichzeitig die Länder nach Inanspruchnahme eines Teils ihrer Einkommensteuern durch den Bund ihrerseits den Anteil der Gemeinden an den Ländereinnahmen kürzen wollen. Man weist auf diejenigen gemeindlichen Haushalte hin, die ohne offene Defizite geführt werden und schliesst daraus, dass es den Gemeinden gut gehe, unterschlägt aber dabei, dass dieser Ausgleich nur erzwungen ist um den Preis sträflicher Vernachlässigung der für den Fortbestand des Gemeinschaftslebens unerlässlichen Aufgaben, ganz abgesehen von der immer vordringlicher werdenden Notwendigkeit, die Schäden und Unterlassungen der letzten Zeit nach und nach zu beseitigen. Diese Entschliessung des Deutschen Städtetages, die in Anwesenheit der führenden deutschen Kommunalpolitiker und des zuständigen Bundesinnenministers einstimmig gefasst wurde, schliesst mit dem Satz :

" Es ist höchste Zeit, dass dieser kommunale Ausblutungsprozess unterbunden wird, andernfalls wird das Fundament der gesamten staatlichen und sozialen Ordnung zerstört. "

Es ist klar, dass dieser kommunale Existenzkampf umso schwerer ist, je leistungsschwächer und finanzschwächer das Land ist, mit dem man sich ständig auseinanderzusetzen hat. Die schlechte Finanzlage von Rheinland-Pfalz ist bekannt und die Tatsache unbestritten, dass wir einen der schlechtesten Finanzausgleiche im deutschen Bundesgebiet haben, insbesondere verglichen mit Hessen, Württemberg-Baden und Nordrhein-Westfalen. Der Kampf ist jetzt wieder auf der ganzen Linie entbrannt, nachdem durch das neue Finanzausgleichsgesetz mit seinem Schlüsselverfahren die Gefahr besteht, dass nur einige Städte ein Mehr an Finanzausgleich bekommen, einige wenige die bisherigen Summen behalten und der grösste Teil in Zukunft leer ausgeht. Der neue Gesetzentwurf sieht u.a. vor, dass der Grundsteuerausfall statt wie bisher mit 9/10 ab 1951 nur noch mit 7/10 vergütet wird und dass ferner die Bürgersteuer, die schon jetzt nur mit 2/10 ausbezahlt worden war , in Zukunft gänzlich wegfällt.

Zu dieser Frage der Bürgersteuer ein besonderes Wort : Sie wurde 1931 in der Zeit der Brüningschen Notverordnungen und in der Zeit der grossen kommunalen Finanznot infolge der täglich steigenden Fürsorgelasten für die ausgesteuerten Wohlfahrtserwerbslosen einge-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 158

führt und den Städten mit besonderen Fürsorgelasten förmlich aufgezwungen. Sie wurde dann später in die Einkommensteuer eingebaut und den Gemeinden nur ein sogenannter Bürgersteuerausgleich bezahlt, der ständig geringer wurde und zuletzt 4/10 betragen hat. 1950 wurden praktisch nur noch 2/10 ausbezahlt, 1951 soll mit der Durchführung des neuen Schlüsselverfahrens die Bürgersteuer ganz wegfallen. Der Städteverband Rheinland-Pfalz setzt sich mit aller Energie dafür ein, dass die Bürgersteuer und zwar in bisherigerHöhe mit 4/10 neben dem neuen schlüsselmässigen Finanzausgleich weiter bezahlt wird. Er wehrt sich dagegen, dass man diesen letzten Rest der Bürgersteuer, auf die die Gemeinden einen gesetzlichen Anspruch haben, nimmt und damit besonders den schwer angeschlagenen und zerstörten Städten mit ihren riesigen Ausgaben für Trümmerbeseitigung und Wiederaufbau auf allen Gebieten die letzten Hilfsquellen eines gesunden und gerechten Finanzausgleichs verschliesst.

Fehlbetrag 1951 : DM. 623 000,--

Wir bemühen uns seit Monaten um den Haushaltsplan 1951, selbstverständlich mit dem Bestreben, dem Stadtrat einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Er musste immer wieder umgebaut und umgerechnet werden, weil sich ständig auf der Einnahmen- und Ausgabenseite neue Zahlen ergaben. Vor allem blieben lange Zeit wichtige Fragen und Positionen offen :

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter,
die Ausgleichsabgabe für die Vertriebenenbeamten,
der Lastenausgleich,
der Finanzausgleich.

In einigen Fragen ist jetzt eine gewisse Klarheit und Beruhigung eingetreten, in anderen bleibt die Entwicklung leider auch weiterhin völlig ungewiss, so insbesondere in der Frage des Finanzausgleichs. Hier droht ein neuer empfindlicher Einbruch in unser ganzes Etat-Gebäude. Dazu kommt die Frage der Kosten für die Flüchtlingsbetreuung. So hat man uns in den letzten Tagen gedroht, dass für 1951 mit dem Ersatz der Kosten für die in Wohnlagern untergebrachten Flüchtlinge nicht mehr gerechnet werden könne, ja wir müssen sogar damit rechnen, dass wir für 1950 einen Betrag von rund DM. 40 000,-- zurückerstatten müssen. Aber da wir schliesslich einen Haushaltsplan brauchen und nicht länger warten können, legen wir jetzt den Etat 1951

-4-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 159

dem Stadtrat vor. Ich rechne allerdings auch in diesem Jahr damit, dass wir bis zum Jahresende wieder einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen, da sich im Laufe der nächsten Monate noch eine Reihe von Veränderungen nach oben und nach unten ergeben werden.

Im ursprünglichen Etatentwurf war aufgrund der Aufstellungen und Anforderungen der Ämter und Referate ein Fehlbetrag von DM. 1 354 000 vorgesehen. Dabei war das Gewerbesteueraufkommen für 1951 mit 1,2 Millionen angesetzt. Nachdem die wirtschaftliche und steuerliche Entwicklung einigermassen zu überschauen war, haben wir geglaubt, einen Gewerbesteueransatz von 1,5 Millionen wagen zu können. Der Haupt- und Finanzausschuss hat ausserdem auf meinen Vorschlag einige sehr erhebliche und geradezu brutale Abstriche vorgenommen, um den Fehlbetrag soweit wie möglich herabzudrücken, sodass abgestrichen wurden bei :

Strassenbau	DM.	315 000,--
Strassenentwässerung	DM.	90 000,--
Schlachthaus	DM.	67 700,--
Krankenhaus	DM.	40 000,--
Schulen .	DM.	15 000,--
Fuhrpark	DM.	15 000,--
Feuerlöschwesen	DM.	6 000,--
Bücherei	DM.	5 000,--

Ich stehe nicht an zu erklären, dass derartige Abstriche eigentlich nicht verantwortet werden können, da alle diese Arbeiten, Anschaffungen und Ausgaben notwendig und unaufschiebbar sind. Aber schließlich müssen wir uns nach der Decke strecken und mit allen Mitteln versuchen, den Haushalt wenigstens einigermassen auszugleichen, um unsere Finanzen gesund zu halten.

Natürlich macht uns dieser hohe Fehlbetrag erhebliche Sorgen, wenn wir auch hoffen, dass ein beachtlicher Teil davon im Laufe des Jahres durch Ausgabeersparnisse und Steuermehreinnahmen hereinkommt. Ein Fehlbetrag in dieser Höhe bedeutet die Genehmigung von Ausgaben, die praktisch nicht getätigt werden können, weil Deckungsmittel dafür nicht vorhanden sind. Dazu drohen noch einige Mehrausgaben, die zwangsläufig unvermeidlich sind. Eine wirkliche Entspannung der Finanz- und Kassenlage könnte nur eintreten, wenn es gelänge, aus irgendeiner Quelle grössere Darlehensbeträge hereinzubekommen, sodass wir alle diejenigen Ausgaben, die an sich keine laufenden

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 160

Haushaltsausgaben sondern Vermögensausgaben auf lange Sicht sind, auf Darlehen, d.h. auf den ausserordentlichen Haushalt umbuchen können. Dies wäre finanzwirtschaftlich natürlich gesünder. Das hängt aber von Faktoren ab, die wir nicht in der Hand haben. Dies ist eine Frage des Kapitalmarkts, von dessen Entwicklung ohnedies das Schicksal der kommunalen Finanzen und des kommunalen Wiederaufbaues in der nächsten Zeit abhängen wird.

Wofür geben wir unsere Millionen aus ?

Dafür folgende Zusammenstellung, die ein deutliches Bild davon gibt, welche ungeheueren Aufgaben heute einer Kommunalverwaltung einer mittleren Stadt gestellt sind und wie gross die Last der zwangsläufigen Ausgaben und der Kriegsfolgeausgaben ist:

Einzel plan	Beschreibung	Reinausgaben	pro Kopf der Bevölkerung
		DM.	DM.
0	Hauptverwaltung	526 100	20,69
1	Polizei	281 300	11,07
2	Schulen	452 430	17,80
3	Kultur	124 380	4,89
4	Fürsorge und Jugendhilfe	1 437 000	56,53
5	Gesundheits- und Jugendpflege	948 750	37,32
6	Bau- und Wohnungswesen	1 052 600	41,40
7	Öffentliche Einrichtungen (Wirtschaftsförderung) (Krankenhaus)	815 300	32,07
8	Wirtschaftliche Unternehmen	156 200	6,14
9	Finanzen und Steuern, u.a. Grundstückserwerb, Kasse und Rechnungswesen, Kapital und Zinsen, Umlagen	1 024 900	40,32 *)
		6 818 960	286,23

*) Reineinnahme = 3 277 347 DM = 128,92 DM. je Einwohner

Der Wohnungsbau 1951

In verschiedenen Stadtratssitzungen habe ich mich mit den Fragen des Wohnungsbaues, der Entwicklung des Baumarktes und vor allem mit

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 161

den dauernd wachsenden finanziellen Schwierigkeiten beschäftigt. Ich verweise auf meine eingehenden Darlegungen in der letzten Stadtratssitzung. Leider ist es so gekommen, wie ich es seit Monaten befürchtet habe. Es dürfte bekannt sein, dass es sich bei dieser Krise auf dem Baumarkt und insbesondere im sozialen Wohnungsbau und Flüchtlingswohnungsbau 1951 nicht um eine örtliche Frankenthaler Angelegenheit handelt sondern um eine ganz allgemeine Situation, über die wir jeden Tag Berichte in den Zeitungen und Zeitschriften lesen können. Ich zitiere hier aus dem Wirtschaftsbericht des Arbeitsamtes Ludwigshafen a. Rh. vom 29.6.1951.

> " Die Lage auf dem ~~Kapitalmarkt~~ Baumarkt ist nach wie vor durch Geld- und Materialmangel gekennzeichnet. Wenn man berücksichtigt, dass im vergangenen Jahr zu derselben Zeit ein Bedarf an rund 300 Baufacharbeitern bestanden hat, so ist die augenblickliche Lage beinahe als katastrophal zu bezeichnen. Der Flüchtlingswohnungsbau hat sich auf dem Baumarkt noch nicht ausgewirkt, da die Finanzierungsmittel noch nicht zur Verfügung stehen. "

Was ich in der letzten Sitzung befürchtet habe ist eingetreten. Die Finanzierung der Bauvorhaben hat sich aus allen möglichen Gründen insbesondere aber durch die Schwierigkeiten der 1. Hypotheken so stark verzögert, dass wir praktisch 1951 so spät zum Bauen kommen, dass vom Wohnungsbauprogramm 1951 im Kalenderjahr 1951 keine Wohnung mehr bezugsfertig wird. Die Lage scheint sich aber jetzt in diesen Tagen zu klären, sodass wir wohl in den nächsten Wochen - leider erst im Monat August! - nach und nach zum Bauen kommen.

Wir haben schon im März-April gemäss den damals ergangenen Aufforderungen das Bauprogramm 1951 fertiggestellt und die Darlehensanträge bei der Landesregierung beantragt mit insgesamt DM. 798 500,--, davon waren vorgesehen für Baumassnahmen der Gemeinnützigen Baugesellschaft DM. 443 000,--, der ganze Rest mit DM. 355 500,-- entfiel auf Private, Siedlungsgenossenschaften, Schnellpressenfabrik u.a.m. Leider haben wir zunächst einige Monate gebraucht, bis die verschiedenen Bauvorhaben durchfinanziert und dafür die 1. Hypotheken beschafft waren. Diese sind für die beabsichtigten Flüchtlingswohnungsbauten erst vor etwa 2 Wochen grundsätzlich vom Landesarbeitsamt zur Verfügung gestellt worden. In den letzten Tagen ist uns nunmehr die Mitteilung geworden, dass die Landesdarlehen für die privaten Wohnungsbauten einschliesslich Baugenossenschaften genehmigt sind und entsprechend den einschlägigen Bestimmungen zur Ausreichung kommen können. Wir selbst stellen aus Stadtmitteln in 1951 für den Wohnungs-

- 7 -

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 162

bau zur Verfügung DM 478 500.--, darunter aus dem laufenden Haushalt DM 295 500,-- und aus Rücklagen 1949 für den sozialen Wohnungsbau DM 180 000,--. Ob wir diese Mittel im Rechnungsjahr 1951 in voller Höhe ausgeben müssen, hängt von der weiteren Entwicklung des Bauprogramms ab.

Durch die Liquiditätsschwierigkeiten und den ungeklärten Finanzstatus unserer Baugesellschaft bestand in den letzten Wochen die Gefahr, dass das Wohnungsbauprogramm 1951 für die Baugesellschaft nicht zum Zuge kommt, weil die Landesregierung keine Darlehensmittel für die Baugesellschaft bis zur Klärung und Überprüfung der Sachlage zur Verfügung stellen will. Auch diese Gefahr konnte in den letzten Tagen behoben werden. Unser Vorschlag, dass das Bauprogramm 1951 ab sofort auf die Stadt als Träger übergeht und vom Stadtbauamt als stadteigener Wohnungsbau durchgeführt wird, ist von der Regierung angenommen worden. Die Mittel sind zugeteilt, die Baubescheide werden soweit notwendig auf die Stadt umgeschrieben, sodass nach menschlichem Ermessen auch mit diesem Teil des Bauprogramms 1951 nunmehr sofort begonnen werden kann. Ich habe auch die Zusage bekommen, dass uns ein Teil der für die Fertigstellung der steckengebliebenen Bauten 1950 noch benötigten Darlehensmittel zur Verfügung gestellt wird, sodass wir heute die berechtigte Hoffnung haben können, dass wir in einigen Wochen auch dieser schwersten Sorgen, die uns in den letzten Monaten bedrückten, enthoben sind.

So erfreulich das auch ist, die Hauptsorge werden wir aber nicht los, nämlich dass zu wenig gebaut wird und zu spät mit den wenigen Bauten begonnen wird. Die Folge wird sein, dass diejenigen, für die die 112 Neubauwohnungen 1951 vorgesehen waren, erst im Frühjahr oder Sommer 1952 zum Zuge kommen und dass auch die Flüchtlingsbauten für 1951 nicht mehr rechtzeitig erstellt werden können. Wir hoffen, dass die Regierung Einsehen hat und uns wie ursprünglich vereinbart und zugesagt, die neuen Flüchtlinge erst dann schickt, wenn die dafür vorgesehenen Wohnungsbauten erstellt sind und wenn die nahezu fertiggestellten und noch bezugsfertig zu machenden Wohnungen für die noch in den Massenlagern befindlichen Flüchtlinge ebenfalls bezogen sind.

A/Dr.Kr/Pe.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 163

Vom Verfasser überreicht

Zur Finanzkrise der Gemeinnützigen Baugesellschaft Frankenthal G.m.b.H., Frankenthal .

Erklärungen des Oberbürgermeisters in
der Stadtratssitzung am 24. Juli 1951.

Die Vorgänge bei unserer Baugesellschaft und insbesondere die verschiedenen Gerüchte und Zeitungsnotizen der letzten Tage zwingen mich, einige Erklärungen abzugeben. Dabei muss ich aus den verschiedensten Gründen sehr zurückhaltend sein, zumal alles noch im Fluss ist und ein einigermassen objektives und abschliessendes Urteil erst nach Klärung der Tatsachen, nach Aufstellung der Bilanzen und des Finanzstatus und nach sachlicher Prüfung der erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen erfolgen kann.

1. Die Beschlüsse des Aufsichtsrates vom 12.7.1951

Der bisherige Geschäftsführer Thiery wurde mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer abberufen.

Auf Vorschlag der Regierung wurde Steuerberater Engelbert LANG, Neustadt/Weinstr. mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer der Baugesellschaft auf Zeit bestellt.

Auf Verlangen der Regierung und auf dringende Bitte des Aufsichtsrates habe ich mich damit einverstanden erklärt, dass bis auf weiteres an meiner Stelle gemäss Satzung mein gesetzlicher Stellvertreter im Amt, Herr Bürgermeister Bußjäger, die Rechte des Aufsichtsratsvorsitzers ausübt.

Diese Beschlüsse sind nach eingehender Beratung und verschiedenen Verhandlungen mit dem Regierungsvertreter trotz mancher Bedenken und Hemmungen gefasst worden und zwar nur deshalb, weil die Regierung diese Regelung verlangt hat und die Hergabe weiterer Landesdarlehen für den Wohnungsbau an die Baugesellschaft

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 164

von diesen Beschlüssen abhängig gemacht hat. Man hat sogar gedroht, dass man - wenn diese Beschlüsse nicht so, wie geschehen, gefasst werden - der Baugesellschaft die Gemeinnützigkeit entziehen will. Aus begreiflichen Gründen will ich mich im Augenblick einer persönlichen Stellungnahme zu diesen Vorgängen und Beschlüssen enthalten. Ich hätte dazu sehr viel zu sagen und werde dies auch im geeigneten Zeitpunkt tun.

2. Der Aufsichtsrat hat es abgelehnt, zu den gegen die Geschäftsführung erhobenen Verdächtigungen und Beschuldigungen Stellung zu nehmen.

Er behält sich sein Urteil und seine Stellungnahme vor und wartet zunächst den verlangten Status, die Bilanzen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen ab. Erst dann wird es einer gerechten und objektiven Prüfung möglich sein, sich ein Urteil über die bisherige und zukünftige Organisation der Baugesellschaft zu bilden und über die zu treffenden Massnahmen Beschlüsse zu fassen. Bis dahin soll alles vermieden werden, was geeignet ist, das Ansehen und die Kreditfähigkeit der Gesellschaft zu schädigen. Ich darf hinzufügen, dass sich diese abwartende Haltung des Aufsichtsrates mit dem Urteil des Revisionsverbandes der Baugesellschaft, dem Verband südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V., Frankfurt a.M. vollinhaltlich deckt. Den Beweis dafür kann ich anhand der mir zur Verfügung stehenden Unterlagen jederzeit antreten.

3. Was wird der Geschäftsführung vorgeworfen ?

Nur einige Vorwürfe will ich hier skizzieren. Eine ausführliche Darstellung bleibt für später nach Klärung der Sachlage vorbehalten. Man sagt u.a. :

Das umfangreiche Bauprogramm 1950 sei durchgeführt worden ohne dass es hundertprozentig durchfinanziert war, es stelle insofern einen Verstoss gegen das Gemeinnützigkeitsgesetz dar. Diese Behauptung wird von der Geschäftsführung mit aller Entschiedenheit bestritten. Alle Bauvorhaben waren in dem Augenblick, in dem sie dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, durchfinanziert - nach den damaligen Zusagen der Hypothekengläubiger und den damaligen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 165

Preisen und Kosten. Wenn sich später herausgestellt hat, dass diese Kosten nicht zu halten waren und vor allem in dem einen oder anderen Falle die vorgesehene Finanzierung nicht ausreichte bezw. nicht in vollem Umfange valutiert werden konnte, so liegt dies an Verhältnissen, die die Geschäftsführung nicht zu verantworten hat.

Man wirft der Geschäftsführung insbesondere vor, dass durch ausgedehnte Vorfinanzierungen, Zwischenfinanzierungen, Umfinanzierungen und Wechselbegebungen erhebliche Mehrkosten entstanden sind, die nicht verantwortet werden können. Auch dazu wird die Geschäftsführung eingehend Stellung zu nehmen haben. Für jetzt sei nur soviel gesagt, dass diese Finanzaktionen notwendig waren, wenn die Bauten überhaupt durchgeführt werden sollten. Andernfalls hätte man die begonnenen Bauten sofort stillegen und die weiteren Bauvorhaben nicht in Angriff nehmen dürfen.

Man erhebt den Vorwurf, dass keine Ausschreibungen, wie vorgeschrieben, durchgeführt wurden, dass dadurch überhöhte Preise und Kosten entstanden seien und vor allem, dass man billigere auswärtige Angebote nicht berücksichtigt habe. Auch dazu wird die Geschäftsführung eingehende Nachweise vorzulegen haben. Die damit zusammenhängenden Vorwürfe über ein zu aufwendiges Bauen werden von der Geschäftsführung zurückgewiesen. Sie hat gebaut, wie sie immer gebaut hat, und dafür in der Vergangenheit stets die grössten Anerkennungen der Regierungsstellen und Aufsichtsbehörden erhalten.

Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Vorwürfe, auf die im Augenblick nicht eingegangen zu werden braucht. Vor allem wird gerügt, dass die beiden Häuser Friedrich-Ebert-Str. 5 und Herderstr. 25 gebaut wurden. Dies sei nicht Aufgabe der Baugesellschaft gewesen und verstosse gegen die Gemeinnützigkeitsbestimmungen. Ich will hier und heute dazu nur erklären, dass in beiden Fällen der Ankauf der Grundstücke durch den Aufsichtsrat beschlossen wurde und dass für das Haus Ebertstr. 5 auch ein anteiliger Baukreditbetrag genehmigt wurde. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, dass dieses Haus nicht zum gemeinnützigen Wohnungsbau und nicht zum Vermögensbestand der Baugesellschaft gehört und dass es eines Tages an einen Dritten veräussert wird. Verhandlungen dazu sind seit längerer Zeit im Gange und werden demnächst zum Abschluss kommen. Über die Einzelheiten wird später zu sprechen sein. Wenn in verschiedenen Presseäusserungen die Dinge so dargestellt werden, dass es den Anschein erwecken könnte, dass öffentliche Gelder leichtfertiger Weise

-4-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 166

für nicht soziale Bauzwecke vertan wurden, oder dass ich mir persönlich in dem Haus Friedrich-Ebert-Str. 5 einen persönlichen Vorteil auf Kosten der Baugesellschaft verschafft habe, so möchte ich dazu erklären: Alle öffentlichen Gelder, die die Baugesellschaft erhalten hat sind vorschriftsmässig auf Heller und Pfennig für die Zwecke des sozialen Wohnungsbaues und für die Bauobjekte, für die sie beantragt und bestimmt waren, verwendet worden. Dieser Nachweis wird hundertprozentig geführt werden können. Für die beiden Grundstücke Ebertstr.5 und Herderstr. 25 ist kein Pfennig an öffentlichen Geldern verwendet worden. Sie werden ausschliesslich aus privaten Hypotheken und Verkaufserlösen an Private finanziert werden. Ich habe in dem Hause Ebertstr. 5 mangels einer anderen Möglichkeit eine anständige 4-Zimmer-Wohnung bezogen, für die ich monatlich DM. 170,- bezahle, zuzüglich der anteiligen Kosten für Heizung und sonstige Unkosten.

4. Ich selbst möchte als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzer der Baugesellschaft heute nur kurz Folgendes erklären :

Für das was ich getan, gearbeitet, angeordnet und beschlossen habe stehe ich jederzeit ein. Der Stadtrat und die ganze Bevölkerung weiss, dass wir 1950 ein grosszügiges Bauprogramm beschlossen und auch bis auf einen kleinen Rest bezugsfertig durchgeführt haben und zwar nur weil uns die Wohnungsnot und die Flüchtlingsnot auf den Nägeln brannte. Dafür haben wir auch seinerzeit beim Richtfest an der Leuschnerstrasse und bei der Tagung der Gemeinnützigen Baugesellschaften während der Frankenthaler Leistungsschau im September 1950 die volle Anerkennung der höchsten Regierungsstellen erhalten. Nur die Wohnungsnot und die drohende Not der Flüchtlingsmassenlager hat uns dazu angetrieben, möglichst viele Wohnungen möglichst rasch zu bauen. Darum haben wir auch alle sich bietenden Wege der Finanzierung, der Vorfinanzierung und der Zwischenfinanzierung, ja auch der Wechselfinanzierung beschritten, aber nie ohne die entsprechenden Hypotheken-Zusagen- und Deckungen. Darüber wird genaue Rechenschaft abgelegt werden. Wir waren uns auch klar darüber, dass die entstehenden Kosten aus dem gemeinnützigen Wohnungsbau und seinen Mieten allein nicht getragen werden können, daher die Stadtratsbeschlüsse über die Mietzinszuschüsse. Das alles hat sich in voller Öffentlichkeit und Mitverantwortung des Aufsichtsrates und des Stadtrates abgespielt. Wenn wir 1950 hätten arbeiten wollen, wie wir es in diesem Jahre tun

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 167

müssen, so wäre das Bauprogramm nicht begonnen, jedenfalls zum grössten Teil nicht durchgeführt worden. Wir hätten heute nicht 250 sondern wahrscheinlich über 1000 Flüchtlinge in den Massenlagern. Ich stehe auch nicht an zu behaupten und hoffe, dass es uns gelingen wird, die Nachweise dafür im einzelnen zu führen, wenn man uns Zeit und Gelegenheit dazu gibt. Die vorgesehenen Finanzierungspläne hätten bis auf geringe Restbeträge glatt durchgeführt werden können, wenn nicht die Koreakrise mit allen ihren Auswirkungen auf den Kapitalmarkt gekommen wäre : Kapitalrestriktionen, Zurücknahme von gegebenen Hypothekenzusagen, plötzliches Versagen und völlige Illiquidität der öffentlich-rechtlichen Landesbausparkasse Karlsruhe u.dergl.m.

Alle diese Dinge werden im einzelnen geklärt und nachgewiesen werden. Wem es nur um die Sache zu tun ist und wer wirklich objektiv und gerecht sein will, der muss anerkennen, was 1950 tatsächlich mit dem Bau von 280 Wohnungen der Baugesellschaft geleistet worden ist, er muss den vielleicht gemachten Fehlern die tatsächlich vollbrachten Leistungen gegenüberstellen. Ich hoffe, dass bald der Tag kommen wird, wo die Leidenschaften schweigen und nur sachliche Klärungen und Erklärungen gewertet und bewertet werden.

5. Zur derzeitigen Finanzlage der Baugesellschaft kurz folgendes :

Sobald Ende Januar dieses Jahres feststand und mir und dem Aufsichtsrat bekannt wurde, dass die Gesellschaft illiquid ist und einen grossen Kapitalfehlbedarf hat, waren Stadtverwaltung, Geschäftsführung und Aufsichtsrat unermüdlich und ununterbrochen tätig, die Finanzierungslücken zu schliessen, das Eigenkapital zu stärken und die Dinge ohne grosses Aufheben und ohne unnötigen Skandal nach aussen in Ordnung zu bringen. Die Gesellschafter haben in Verfolg dieses bereits früher gefassten Beschlusses auf Verstärkung des Stammkapitals grosse Opfer gebracht und Finanzierungsdarlehen in Höhe von rund DM. 400.000,-- beschlossen, davon die Stadt allein DM. 250.000,-- . Die Auswirkung dieser Beschlüsse zeigt der dem Aufsichtsrat vorgelegte Status vom 8. Juli 1951. Gegenüber dem ursprünglich vom Revisionsverband festgestellten Kapitalfehlbedarf von 1,2 Millionen bestand am 8. Juli noch ein solcher von DM. 776.000,--.

Die Geschäftsführung hat nachgewiesen, dass noch eine ganze Reihe fest zugesagter Hypotheken vorliegen, sodass, wenn seitens der

-6-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 168

Landesregierung die nachträglich beantragten Aufstockungsdarlehen und Finanzierungsbeihilfen noch gewährt werden und der Verkauf einiger Grundstücke sowie die Aufnahme einer kleinen Hypothek auf Altbesitz gelingt, in den nächsten Monaten noch weitere DM. 641.000,-- hereinzubekommen sind, sodass sich -immer wieder vorbehaltlich aller Prüfungen und Korrekturen- noch ein Kapitalfehlbedarf von DM. 135.000,-- ergeben würde. Ich darf hier auch erwähnen, dass unsererseits vom ersten Tage an alles geschehen ist, um die Finanzierungslücke durch entsprechende Nachfinanzierungen und Zahlungspläne zu schliessen und vor allem möglichst viele Kapitalbeträge rasch zum Fliessen zu bringen, damit die Handwerkerschaft raschmöglichst zu ihrem Gelde kommt. So hat die Stadt in sehr kurzer Frist erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt. Es ist mir ferner gelungen, beachtliche Beträge bei der Girozentrale und beim Landesarbeitsamt durch Zessionen flüssig zu machen, sodass immerhin schon bisher grosse Beträge an das Handwerk zur Auszahlung kommen konnten.
Wenn die neue kommissarische Geschäftsführung all diesen Dingen mit Nachdruck nachgeht, so wird das Handwerk in kurzer Zeit befriedigt werden können.

StAMZ. NL Oppenheim / 9,3 - 169

Michel O p p e n h e i m
Reg.Rat

Mainz, den 27. Juni 1951
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l
~~999~~==========

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Nach unserer Unterredung am vergangenen Samstag habe ich nochmals festgestellt, dass inzwischen aus der Pfalz Einzahlungen hier nicht eingegangen sind. Von Mainz kamen inzwischen mehrere Einzahlungen, sodass der Kontostand etwa 5 ooo,-- DM beträgt.

Die Verteilung konnte ich nicht vornehmen, da die Antwort Se. Magnifizenz noch nicht in meine Hände gelangt ist. Ich habe nochmals angefragt und erhielt den Bescheid sie sei unterwegs.

Ich benutze diese Gelegenheit Sie nochmals an die Vorgeschichte der Universität zu erinnern.
Nehmen Sie mir dies bitte nicht übel.

Ich sende Ihnen und Ihrer Gattin beste Grüsse und bin

Ihr
sehr ergebener

Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 170

OBERBÜRGERMEISTER
Dr. KRAUS

FRANKENTHAL, 19. Juni 1951
Stadthaus

Dr.Kr./Lg.

mündlich erledigt
am 24. Juni 51
Lg. 24.6.

An Herrn
Regierungsrat a.D.
O p p e n h e i m

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz!

Sehr geehrter Herr Kollege Oppenheim!

Es würde mich interessieren von Ihnen zu erfahren, was inzwischen für Beiträge und Spenden von Frankenthal eingegangen sind. Ich habe Ihnen s.Zt. die Liste der von mir angeschriebenen Personen überreicht. Bezahlt hatten damals am Tage unserer Sitzung Hartmuth, Kausch, Haubach und Scholz. Vielleicht notieren Sie einmal heraus, was inzwischen noch eingegangen ist. Wir treffen uns ja am kommenden Sonntag anlässlich der Gutenberg-Feier. Ich könnte dann Ihre Notiz mitnehmen und das weitere meinerseits veranlassen.

Auf Wiedersehen!

Ihr

Dr. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 171

Nur ein Gesprächsthema: Die Flüchtlinge

N.Z. 25.5.51

Das Flüchtlingshilfswerk in Frankenthal trägt seine Früchte

Frankenthal, 24. Mai (NZ). — In Frankenthal in der äußersten Nordostecke der Pfalz sind, seit vor einem halben Jahr die Landesregierung von Rheinland-Pfalz einen „Staatskommissar für die Flüchtlingsfrage" in die Stadt entsandte, die Flüchtlinge das Hauptthema. Die eigentliche Ursache dafür ist jedoch nicht der Staatskommissar, der vor einem Vierteljahr seine Tätigkeit wieder einstellte, sondern Frau Martha Knögel, die eine Berufung als Oberregierungsrätin in das Hessische Kultusministerium in Wiesbaden ablehnte, weil ihr die Sorge für die 2100 Flüchtlinge in Frankenthal mehr am Herzen lag.

Frau Knögel hat neue Wege bei der Flüchtlingsbetreuung eingeschlagen. Das Rüstzeug für ihre mit vielen neuen Ideen versehene Arbeit gab ihr eine langjährige Tätigkeit als Mitarbeiterin des bekannten Frankfurter Psychologen Professor Wilhelm Polligkeit. „Flüchtlinge müssen behutsam und liebevoll behandelt werden", meint sie. Oberbürgermeister Emil Kraus läßt ihr dabei völlig freie Hand, und das Frankenthaler Flüchtlingshilfswerk stellte ihr außer den Mitteln auch eine Baracke zur Verfügung. So kann sich Frau Knögel um ihre 515 Flüchtlingsfamilien nach Herzenslust kümmern.

Eine Karteikarte für jeden

Wie sie das tut, hat die eingesessenen Frankenthaler etwas eifersüchtig gemacht. Trotzdem aber ist Frankenthals Bevölkerung sehr stolz auf die vorbildliche Vertriebenenfürsorge. Von morgens bis abends und manchmal sogar bis in die Nacht hinein sitzen in Frau Knögels Sprechzimmer die Flüchtlinge. Ueber jeden einzelnen wird eine Karteikarte geführt, aus der all das ersichtlich ist, was man in jedem individuellen Fall wissen muß. So gewinnt Frau Knögel Einblick in die Mentalität der um Rat Bittenden, und sie kann die Art der Betreuung danach richten.

Es gibt nichts, worüber man Frankenthals private Flüchtlings-Fürsorgerin nicht um Rat und Hilfe bitten würde: selbst Ehe- und Scheidungsfragen, Erziehungsschwierigkeiten, Familienstreit und ähnliches werden zur Sprache gebracht. Natürlich erteilt Frau Knögel auch Auskunft in allen finanziellen und materiellen Angelegenheiten, vermittelt Wohnungen und Arbeitsplätze, ordnet Erholungsreisen und Kuraufenthalte an, verteilt Freikarten für kulturelle Veranstaltungen und beschafft Hausrat von der Gardinenstange bis zum Bettgestell.

Geld spendet die Bevölkerung

Das Geld für Frau Knögels Arbeit spendet die Bevölkerung. Bisher sind über 70 000 Mark aufgebracht worden. Daneben stellt das Flüchtlingshilfswerk Frankenthal allmonatlich die 2 500 DM zur Verfügung, die als Mitgliederbeiträge von Firmen und Privatpersonen eingehen. Einige an der Vertriebenen-Fürsorge besonders interessierte Firmen weisen in jedem Monat Beträge in Höhe von 500 bis 750 Mark an. Schließlich kann Frau Knögel auch noch auf ein großes Sachspendenlager zurückgreifen. So gingen einmal schlagartig ein: 374 Möbelstücke, 1342 Küchengeräte, 2500 Bekleidungs- und Wäschestücke, 1000 Paar Schuhe und 502 Stück Spielzeug für Kinder. Ein Fleischer stiftete einmal 1500 Dosen Fleisch, und eine Zuckerwarenfabrik sandte drei Zentner Süßigkeiten und Gebäck. 123 Frankenthaler Familien erklärten sich bereit, bedürftige Flüchtlingskinder zu verpflegen. Die Schiller- und Pestalozzischule schickte einen ganzen Lastwagen voller Spielzeuge, und ein besonderes Fest war es, als die Städtischen Bühnen Heidelberg und das Stadttheater Worms „Peterchens Mondfahrt" und „Rumpelstilzchen" vor den Vertriebenen kostenlos zur Aufführung brachten.

Helmut Rödler

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 172

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz "

Mainz, den 21. Mai 1951
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ich habe heute die Herren Azenrodt, Dr.Eibel und Dr. Sartorius zur Vorstandssitzung am Mittwoch, 3o. Mai nachmittags 17,oo Uhr auf meinem Amtszimmer eingeladen und erlaube mir, Sie auf diesem Wege nochmals an die Vorstandssitzung zu erinnern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
bin ich
Ihr sehr ergebener

Regierungsrat a.D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 173

OBERBÜRGERMEISTER
Dr. KRAUS

FRANKENTHAL, 16. Mai 1951
Stadthaus
Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Michel O p p e n h e i m
Regierungsrat a.D.

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich bedauere sehr, dass ich Sie am vergangenen Samstag nicht sprechen konnte. Die 3o Exemplare des Rundschreibens betr. Universität habe ich mitgenommen. Sie werden z.Zt. Persönlichkeiten der Wirtschaft zugeschickt, von denen ich annehme, dass sie Interesse für die Universität haben und auch bereit sind, ein geldliches Opfer zu bringen. Mit Schmittlein habe ich mich inzwischen unterhalten und dabei manches Interessante erfahren, worüber ich Ihnen bei nächster Gelegenheit berichten möchte.
Ich bin am kommenden Samstag, den 19.5.1951 dort im Stadthaus. Wir haben Vorstandssitzung des Städteverbandes, Beginn 9 Uhr 3o. Ich hoffe mich ¼Stunde für Sie freimachen zu können. Auf alle Fälle werde ich mich bei Ihnen anmelden.

Mit recht herzlichen Grüssen in alter Verbundenheit!

Ihr

N. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 174

Michel Oppenheim
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 16. März 1951

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Kraus

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Der längst beabsichtigte, aber mehrfach abgesagte und verschobene Besuch bei General Schmittlein fand gestern Nachmittag statt. Eine schriftliche Bitte von Ihnen, die Sie an Schmittlein richten wollten, hat er nicht erhalten. Ich nehme an, dass Sie es im Drange der Geschäfte versäumt haben. Es wird aber gut sein, wenn Sie es noch nachträglich einige Zeilen an Schmittlein richten wollten. Grundsätzlich schien er nicht abgeneigt zu sein, eine Spende zu geben. Er ist sofort als Mitglied der Vereinigung beigetreten.

Darf ich Sie bei dieser Gelegenheit auch an die Vorgeschichte der Universität erinnern. Sie waren seiner Zeit so liebenswürdig, einige Unterlagen mir in Aussicht zu stellen.

Kommen Sie vor Ostern noch einmal nach Mainz ? Wenn ja, bitte ich zu mir zur Tisch zu kommen. Ich bin zur Zeit allein und kann

daher selbstständig verfügen. Es genügt, wenn Sie am Tage vorher mich telefonisch verständigen. Selbstverständlich sind Sie auch nach Ostern willkommen, aber dann muss immer erst die allerhöchste Genehmigung eingeholt werden.

Ihnen und Ihrer lieben Gattin herzliche Grüsse

Ihres

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 175

Michel O p p e n h e i m

Reg.Rat a.D.

Mainz, den 11. Mai 1951
Am Stiftswingert 19

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister !

Nun tut es mir aufrichtig leid, dass Sie gerade Morgen kommen. Um 1o Uhr bin ich auf dem Standesamt und daran anschliessend auf der Hochzeit von Herrn Prof. Dr.Friedrich G e r k e. Da staunen Sie. Ich weiss nicht, wie lange das Fest dauert.

Ich hoffe, dass Sie es an einem anderen Tage einrichten können, eine Viertelstunde für mich aufzusparen.

3o Exemplare des gewünschten Rundschreibens werden Ihnen gleich - zeitig mit diesen Zeilen ausgehändigt werden.

Herzliche Grüsse

Ihr

sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 176

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 10.Mai 1951

Herrn
Regierungsrat
O p p e n h e i m

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Vereinigung der Freunde der Universität Mainz,
Ihr Schreiben vom 9.5.1951.

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich bin selbstverständlich damit einverstanden und genehmige, dass Frau Bross für die geleistete Überarbeit einmalig den Betrag von DM. 25,- erhält.

Auch ich bin mit der letzten Mitgliederversammlung recht zufrieden. Die Hauptsache ist, dass wir jetzt nachstossen und ordentlich Spenden und Mitglieder sammeln. Ich darf Sie bitten, mir von dem Spendenrundschreiben 30 Exemplare zu übersenden. Ich will versuchen, verschiedene Persönlichkeiten aus der Wirtschaft hier und in der Umgebung für die Sache zu interessieren. Das wichtigste wären natürlich persönliche Besuche.

Ich werde mich gerne für die von Ihnen gewünschte Viertelstunde für Sie freimachen. Noch in dieser Woche werde ich am Pfingstsamstag in Mainz sein und zwar habe ich mich um 11 Uhr mit Herrn Schnittlein auf der Zitadelle verabredet. Wenn es geht, komme ich vorher bei Ihnen vorbei, wenn nicht nachher in der Wohnung. Im übrigen vermute ich, dass ich auch in der Woche nach Pfingsten in Mainz sein werde, da die Lohnverhandlungen und andere Dinge Sitzungen von Städteverband und KAV notwendig machen. Es wird sich dann schon die Möglichkeit ergeben, dass wir uns dann auch über Ihre persönliche Angelegenheit unterhalten.

Mit recht freundlicher Begrüssung
von Haus zu Haus

Ihr

N. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 177

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz"
- Der Schriftführer -

Mainz, den 9, Mai 1951
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s
F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Mit der Mitgliederversammlung vom letzten Samstag war ich recht zufrieden. Die heutige Post brachte vier Neuanmeldungen mit Jahresbeiträgen von zusammen 9o,--DM.
Ich habe das Gefühl, dass nur persönliche Besuche Erfolg haben. Aber alle die Personen und Firmen, die ich besuchen möchte, kann ich nicht aufsuchen, da mir einfach die Zeit fehlt. Trotzdem glaube ich, dass wir in den nächsten Tagen noch Anmeldungen und Spenden bekommen werden.

Es wäre mir sehr angenehm, wenn Sie bei Ihrem nächsten Aufenthalt in Mainz sich eine Viertelstunde für mich freimachen könnten. Ich möchte gerne vor dem 1. Juni einiges mit Ihnen besprechen. Für heute bitte ich,um die Genehmigung, dass Frau Bross 25,--DM erhalten kann, sie hat in den letzten Wochen nahezu 2ooo Briefumschläge und viele Briefe für die Vereinigung geschrieben.

Für heute viele herzliche Grüsse Ihnen und der Gattin

Ihr
sehr ergebener

Regierungsrat a.D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 178

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz "
- Der Schriftführer -

Mainz, den 2o. April 1951

Herrn

Oberbürgermeister Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Nach den Statuten der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " soll der Verwaltungsrat in jedem Jahr einmal zusammentreten. Ich schlage deshalb vor, eine Sitzung des Verwaltungsrats auf den 5. Mai 1o Uhr anzusetzen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, teilen Sie es mir bitte mit. Ich versende dann die Einladungen. Als Tagesordnung könnte man nehmen

1. Änderung der Satzung
2. Universitätsjubiläum am 22. Mai.

Ich darf einige Tage nicht arbeiten.
Ich bin gestürzt. Um einen Dachschaden zu vermeiden, soll ich mich einige Tage ruhig halten.

Besten Dank für den Durchschlag Ihres Schreibens an Schmittlein. Er hat inzwischen von sich 1oo,--DM und von einer deutsch-französischen Gesellschaft 5oo,--DM als einmalige Spende für das Universitätsjubiläum gestiftet.

Ich erhielt dann noch einmal 1oo,--DM und einmal 5o,--DM. Weitere Spenden wurden in Aussicht gestellt. Aber vor Versendung unserer Einladung zur Spende, die zur Zeit gedruckt wird, werden kaum weitere Spenden eingehen.

Herzliche Grüsse

Ihres

Reg.Rat a.D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 179

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 17.4.1951

Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Rathaus

Betrifft: Vereinigung "Freunde der Universität"

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich reiche Ihnen Ihre Entwürfe zurück und bin damit voll inhaltlich einverstanden. Ich bitte zu überlegen, ob es nicht zweckmässig wäre, vielleicht irgendwo am Schluss einzufügen, dass die Vereinigung am Samstag, den 5. Mai in Mainz ihre Jahresversammlung abhält und dankbar dafür wäre, wenn bis dahin die Spendenzusagen eingegangen wären.

Mit Schmittlein werde ich mich in den nächsten Tagen in Verbindung setzen. Leider bin ich bis jetzt trotz bester Absichten wegen dauernder Arbeits- und Terminüberlastung noch nicht dazu gekommen. Ich darf Sie bitten, mir von diesen Spendenrundschreiben vorläufig 20 Stück umgehend zur Verfügung zu stellen. Ich will versuchen, hier in Frankenthal und Umgebung einige Interessenten aufzutreiben.

Kommenden Samstag, den 21., vormittags 10 Uhr haben wir Vorstandssitzung des Städteverbandes dort im Rathaus. Vielleicht kann ich Sie kurz begrüssen.

Mit recht freundlicher Begrüssung!

Ihr A. Kraus

2 Anlagen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 180

An die

Mitglieder der Vereinigung
" Freunde der Universität Mainz "
und alle Freunde der Johannes Gutenberg- Universität

Am 22. Mai 1946 wurde die Johannes Gutenberg- Universität ~~eingeweiht~~ feierlich eröffnet, am 22. Mai 1951 besteht sie fünf Jahre.

Ein grosses Beginnen führte in kurzer Zeit zu einem grossen Erfolg. Wenn wir auf das Erreichte auch stolz sein können, so wissen wir doch, dass noch viel zu tun bleibt. Nicht selbstzufrieden wollen wir uns begnügen und auf halbem Wege ausruhen. Zur Vollendung des Begonnenen muss mit Nachdruck weitergearbeitet werden.

Die Vereinigung " Freunde der Universität Mainz ", zu deren Zielen auch die Sammlung von Spenden gehört, um damit die der Universität zur Verfügung stehenden Mittel zu stärken, darf an diesem Tage nicht abseits stehen. Sie soll an dem Geburtstag der Universität den besonders notleidenden Instituten (mit einer Gabe helfen können.

Die finanzielle Notzeit zwingt den Staat mehr wie je zu äusserster Sparsamkeit. Die Folge ist, dass viele Institute der Universität nur noch mit so geringen Mitteln bedacht werden können, dass der Zweck dieser Institute kaum noch erfüllt werden kann.

Die Bevölkerung muss durch eigene Initiative, soweit sie hierzu in der Lage ist, hier helfen wollen und tatsächlich helfen.

In Würdigung dieser Verhältnisse glauben wir, keine Fehlbitte zu tun, wenn wir auch an Sie die Bitte richten, die Ziele der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " durch eine Gabe zu unterstützen. Sie können bestimmen, welches Institut Ihre Spende erhalten soll. Falls Sie keine derartige Anordnung treffen, werden die Spenden nach der Notlage der einzelnen Institute verteilt.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 181

Soweit Sie nicht schon Mitglied sind, bitten wir Sie, der Vereinigung als Mitglied beizutreten. Der Mitgliedsbeitrag für natürliche Personen beträgt mindestens 1o,--DM für juristische Personen mindestens 2o,--DM, für Studenten 2,-- DM.

Wir bitten weiter, die beiliegende Postkarte ausfüllen und absenden zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Ehrenvorsitzenden:
Prof. Dr. Hellmut Isele, Rektor der Johannes Gutenberg-Universität

Franz Stein, Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Für den geschäftsführenden Ausschuß:
Dr.Dr.h.c. Emil Kraus, als Vorsitzender, Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal

Michel Oppenheim Reg.Rat a.D. in Mainz
als Schriftführer

An die Vereinigung " Freunde der Universität Mainz "

1. Ich trete der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " als Mitglied bei mit einem Mindestbeitrag von .....

2. Ich werde der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " eine einmalige Spende in Höhe von..... auf das Konto der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " bei der Industrie- und Handelsbank oo3o2 überweisen.

3. Ich wünsche , dass meine Spende dem..... Institut zugute kommt.

Franz Stein

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 182

A.Z. 12.2.57

Staatskommissar abberufen

Der Sonderbeauftragte für Frankenthal hat seine Aufgabe erfüllt

Na. Mainz, 11. Februar. (Eigene Meldung.) Wie die Pressestelle der Landesregierung mitteilt, ist der Staatsbeauftragte für Frankenthal am 10. Februar wieder abberufen worden.

In der Mitteilung heißt es, daß die örtlichen Wohnungsstellen Frankenthals es verabsäumt gehabt hätten, im notwendigen Ausmaße Altraum-Wohnungen für Flüchtlinge so bereitzustellen, wie es anderwärts geschehen sei. Die Landesregierung habe sich deswegen am 1. Dezember 1950 gezwungen gesehen, den Oberbürgermeister von Frankenthal von diesen Verpflichtungen zu entbinden und dafür einen Staatsbeauftragten in Frankenthal einzusetzen. Damals hätten etwa 400 Flüchtlinge in Massenquartieren gehaust. Inzwischen sei es dem Staatsbeauftragten gelungen, 70 Familien mit insgesamt 234 Personen, und zwar Heimatvertriebene aus Massenquartieren, vordringliche Frankenthaler Wohnungssuchende und mehrere unzulänglich untergebrachte Vertriebene in Altwohnungen unterzubringen. Uebrig blieben zur Zeit noch 46 Familien mit 191 Personen in Massenquartieren. Dabei handele es sich hauptsächlich um größere Familien, die demnächst in bald fertiggestellten Neubauwohnungen untergebracht werden könnten. Die Tätigkeit des Staatsbeauftragten sei deshalb jetzt nicht mehr unbedingt notwendig, nachdem auch das Frankenthaler Wohnungsamt inzwischen personell und organisationsmäßig aktionsfähig gemacht worden sei.

Staatsbeauftragter abberufen

70 Familien konnten zusätzlich untergebracht werden

Mainz. Die Landespressestelle teilt mit: Da die örtliche Wohnbehörde Frankenthal im Unterschied zu allen anderen betroffenen Stadt- und Landkreisen versäumt hatte, für die aufzunehmenden Flüchtlinge im notwendigen Ausmaß Altwohnraum verfügbar zu machen, sah sich die Landesregierung zu der außerordentlichen Maßnahme veranlaßt, den Oberbürgermeister vorübergehend von diesen Aufgaben zu entbinden und die Bestellung eines Staatsbeauftragten anzuordnen.

Als der Staatsbeauftragte seine Tätigkeit am 1. Dezember 1950 aufgenommen hat, waren in Frankenthal noch rund 400 Personen in Massenquartieren. Obgleich ungewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden waren, hat er bis jetzt 70 Familien mit 234 Peronen in Altwohnraum untergebracht. Es waren dies Heimatvertriebene aus Massenquartieren, vordringliche Fälle Frankenthaler Wohnungssuchender und mehrere Familien von Heimatvertriebenen, die bisher völlig unzulänglich untergekommen waren.

In Massenquartieren sind heute nur noch 46 Familien (191) Personen) untergebracht, hauptsächlich größere Familien, die in demnächst fertigwerdende Neubauwohnungen einziehen können.

Da bei dieser Sachlage eine weitere Tätigkeit des Staatsbeauftragten nicht mehr unbedingt erforderlich ist, kann die Unterbringung der restlichen Heimatvertriebenen dem Wohnungsamt Frankenthal in eigener Zuständigkeit überlassen werden, nachdem es inzwischen personell und organisatorisch aktionsfähig gemacht wurde.

Die Landesregierung hat deshalb am 10. Februar auf Vorschlag des Regierungspräsidenten der Pfalz angeordnet, daß der Staatsbeauftragte seine Tätigkeit einstellt.

N.Z. 13.2.57

Staatsbeauftragter abberufen. Mainz (NZ). — Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat den Staatsbeauftragten für Frankenthal am 10. Februar wieder abberufen, nachdem es ihm gelungen war, in der Zeit seiner Amtsdauer ab 1. September von den 400 damals in Massenquartieren untergebrachten Flüchtlingen in Frankenthal 234 Personen unterzubringen.

Bankraub in Germersheim. Ludwigshafen

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 183

Vereinigung "Freunde der Universität Mainz "

Mainz, den 24. 1.51

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Dr. h.c. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Anliegend erlaube ich mir, Ihnen eine kurze Notiz über die heutige Besprechung zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 184

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 23. Januar 1951
Am Stiftswingert 19

23. 1. 51.

Herrn

Oberbürgermeister Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Sie waren im vergangenen Jahre so liebenswürdig, mir Ihre Mitarbeit für die Vorgeschichte der Mainzer Universität zur Verfügung zu stellen. Wir hatten damals von zwei Punkten gesprochen, über die Sie etwas niederschreiben wollten.

Es handelte sich

1) Um die Erzwingung Ihrer Unterschrift zu Gunsten der Ernennung des ersten Rektors und

2) Um die Verhandlung mit dem deutschen Emigranten in Frankreich, der sich seinerzeit ~~sich~~ in so hervorragender Weise für die Mainzer Universität eingesetzt hatte. Der Name dieses Herrn kommt in den hier vorhandenen Akten überhaupt nicht vor.

Da ich weiss, dass Sie an der Fertigstellung der Arbeit persönliches Interesse nehmen, nehme ich an, dass Sie im Drange anderer Geschäfte die Erledigung übersehen haben. Ich wäre Ihnen zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie das Versprochene bald zu Papier bringen wollten.

Ich sende Ihnen herzliche Grüsse und
bin Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 185

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz"

Mainz, den 15. 1. 1951
Am Pulverturm 13

Herrn

Oberbürgermeister Dr. E. K r a u s

F r a n k e n t h a l/Pfalz
Rathaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die beifolgende Rechnung des Hauptverwaltungsamtes erhielt ich vor wenigen Tagen. Ich möchte sie nicht bezahlen ohne Ihre Zustimmung zu erhalten.

Sie haben doch manchmal Sitzungen in Mainz. Wäre es da nicht möglich, einmal eine halbe Stunde für eine Vorstandssitzung auszusparen? Passt Ihnen die zweite Hälfte des Monats Februar für eine Mitgliederversammlung? Welche Termine wären Ihnen genehm?

Zwischen Weihnachten und Neujahr sandte ich an Ihre Adresse einen Mainzer Kalender. Hoffentlich ist er angekommen.

Seit über einem halben Jahr habe ich mit einem Haut-Ekzem zu tun, das mir viel zu schaffen macht. So etwas hat mir gerade noch gefehlt.

Mit vielen herzlichen Grüssen für Sie und Ihre sehr verehrte Gattin bin ich

Ihr sehr ergebener

1 Anl.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 186

Der Reinfall der Landesregierung in

11/1/51. **Stadtrat fordert sofortige Abberufung des Landeskommissars — Die Kosten sollen**

Frankenthal (UT). Der Stadtrat Frankenthal fordert die sofortige Abberufung des von der Landesregierung zur Ueberprüfung der Wohnungsverhältnisse eingesetzten Staatskommissars. Das Ergebnis der „Arbeit" des Regierungsvertreters beweist, daß die von ihm geführte Kommission, die für die Stadt nur eine zusätzlich finanzielle Belastung bedeutet, nicht notwendig ist, da die Stadtverwaltung durchaus imstande ist, die Wohnraumverteilung auch für die Umsiedler gerecht und nach sozialen Gesichtspunkten vorzunehmen. So lautete sinngemäß der Antrag, der in der letzten Stadtratssitzung in Frankenthal unter starker Antellnahme der Bevölkerung einstimmig angenommen wurde und der beweist, daß die Stadtverwaltung nicht mehr länger gewillt ist, ihre kommunale Selbstverwaltung durch diktatorische Maßnahmen der Landesregierung beschneiden zu lassen.

Noch einmal standen die Anschuldigungen der Landesregierung gegenüber der Stadt Frankenthal zur Debatte, in denen der Stadtverwaltung vorgeworfen wurde, als einzige Stadt in der Unterbringung von Umsiedlern versagt zu haben. Daß an diesen Anschuldigungen, die vor allem von der Staatszeitung in großer Aufmachung gebracht wurden, kein wahrer Punkt ist, wurde durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters ersichtlich. Man hat hier einen „Fall Frankenthal" instruiert, der vor allem durch die unsachlichen Berichte und Erklärungen des Sozialministeriums und auch des Ministerpräsidenten Altmeier zustande gekommen ist. In Presse und Rundfunk erschienen in verschiedenen Variationen immer wieder die Behauptungen, Frankenthal würde die Umsiedler ablehnen — die Stadtverwaltung habe völlig versagt — Frankenthal hätte für die Aufnahme der Umsiedler keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen — 650, 750, 780 unterbelegte Wohnräume, aus denen manchmal Wohnungen wurden, usw. Tatsächlich war die Stadt einfach nicht imstande, vorerst weitere Umsiedler aufzunehmen und wollte lediglich bis März ein Abstoppen dieser Transporte erreichen. Wie weit nun der Staatskommissar in der Unterbringung von Umsiedlern gekommen ist, beweist das Ergebnis seiner Arbeit.

Man stellte insgesamt 773 angeblich unterbelegte Wohnräume fest, die aber zum größten Teil nicht erfaßt bzw. nicht mit Umsiedlern belegt werden konnten, nachdem die Betroffenen, bei denen es sich in der Hauptsache um Arbeiter handelte, sich mit Recht zur Wehr setzten. Es hagelte Tag für Tag Einsprüche und Beschwerden die bis zum 31. Dezember von 553 Erfassungsverfügungen auf die Zahl 512 kamen, und die zu etwa 75 Prozent als begründet angesehen werden mußten. Eine bei der Landesregierung vorstellige Vertretung der Stadt Frankenthal erreichte dann, daß alle „erfaßten" Wohnzimmer in den Arbeitersiedlungen und Eigenheimen praktisch für die Zwangsbelegung mit Umsiedlerfamilien nicht in Frage kamen. Dadurch fielen schon einige hundert festgestellte und erfaßte „unterbelegte" Wohnräume aus. Einzelne Räume sollten zunächst überhaupt nicht belegt werden, weil eine solche Regelung weder den Mietern noch den Umsiedlern zumutbar erscheint. So schrumpft das Gesamtergebnis der bisher von der Regierungskommission als unterbelegt ermittelten Wohnräume bei dem Versuch der praktischen Verwertung auf einen ganz geringen Prozentsatz zusammen. Von 1 384 Wohnungen im Stadtkreis Frankenthal, die von der Ueberprüfungskommission seit dem 1. Dezember nachgeprüft wurden, waren 1 339 ohne jeden Erfolg und nur 45 ergaben als Resultat 34 Einzelzimmer und 15 Mansarden als erfaßbar.

Durch die Tatsachen und Zahlen ist der Beweis erbracht,daß die Unterbringungsfrage von Umsiedlern in Frankenthal wie auch in anderen Städten nur durch Wohnungsneubau einigermaßen erträglich und befriedigend gelöst werden könnte. Doch wie es damit aussieht, zeigte der Oberbürgermeister in der Frage: Was soll nun 1951 werden? Im Jahr

Frankenthal

die Frankenthaler Bürger tragen

1950 wurden der Stadt von 938 000 DM bewilligten Baugeldern nur 500 480 ausbezahlt, von denen nur 372 300 DM für Umsiedlerwohnungen zweckgebunden waren. Im kommenden Jahr kann die Landesregierung nach vorliegenden Meldungen noch nicht einmal ein Drittel des Bauzuschusses von 1950 geben. Diese vom Oberbürgermeister aufgezeigten „rosigen" Aussichten für die Bautätigkeit im kommenden Jahr, beweisen erneut, daß es unter den derzeitigen Verhältnissen unmöglich einen gesunden Wiederaufbau unserer Heimat und eine Wohnraumbeschaffung für die Umsiedler geben kann. So lange wir fast sieben Milliarden Besatzungskosten zahlen müssen, während unsere Städte und Dörfer, die von amerikanischen Bombern zerstört wurden, noch in Trümmer liegen, so lange wird das Wohnungselend einfach nicht behoben werden können. Dafür einzutreten, daß wir endlich frei über uns verfügen, daß wir endlich in einem einheitlichen, freien, demokratischen, friedliebenden Deutschland unserer Arbeit nachgehen können, ist Aufgabe eines jeden ehrlichen Deutschen.

Bei Erreichung dieses Zieles wird es auch keinen „Fall Frankenthal" mehr geben, der die Frankenthaler Bürger mit ihren Steuergroschen bestimmt wieder bezahlen dürfen. Hierauf ging besonders Stadtrat Westermann (KPD) ein, der aufzeigte, daß die „Staatskommission" die Stadt bis zu 20 000 Mark kosten könnte, da von der Landesregierung verlangt würde, daß die Kosten dieser mißlungenen Staatsaktion bei der die Landesregierung einen mächtigen Reinfall erlebt hat, die Stadt zu bezahlen habe. Für diese entgegenkommende Geste der „Obersten Landeshoheit" können sich die Frankenthaler bei der Altmeier-Regierung bedanken.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 187

Kraus kritisiert „Staatszeitung"

N.Z. 6.1.57.

Immer noch Debatte um den Fall Frankenthal

Frankenthal, 5. Januar. (SWF.) Scharfe Kritik übte am Freitag Oberbürgermeister Dr. Kraus (Frankenthal) in einer öffentlichen Stadtratssitzung an zwei Artikeln der „Staatszeitung" vom 11. und 14. Dezember 1950 über den sogenannten Fall Frankenthal. Oberbürgermeister Dr. Kraus vertrat die Auffassung, daß die „Staatszeitung" nur die Berichte und Meinungen der Ministerien wiedergebe.

Auf seine Besprechung in München überleitend betonte Dr. Kraus, daß es durch ein einfaches Telefongespräch mit München innerhalb einer Dreiviertelstunde gelungen sei, eine erträgliche Zwischenlösung zu finden und die beiden noch für Dezember avisierten Flüchtlingstransporte vorläufig bis Februar/März 1951 zu verschieben.

Zum sozialen Wohnungsbau in Frankenthal gab Dr. Kraus bekannt, daß in fünfviertel Jahren 484 Wohnungen fertiggestellt worden seien, wovon die Hälfte für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurden. Zur Tätigkeit der Regierungskommission zur Wohnraumerfassung in Frankenthal führte Dr. Kraus aus, daß von 1384 Wohnungen im Stadtkreis 1339 ohne Erfolg überprüft worden seien. Es seien lediglich 34 Einzelzimmer und 15 Mansarden erfaßt worden. Zur Zeit sind in Frankenthal noch 83 Familien mit 332 Personen in Notquartieren untergebracht.

Nach den Darlegungen von Dr. Kraus sei das Ergebnis der Tätigkeit des Staatskommissars nur eine Bestätigung für seine eigenen Maßnahmen. Ein weiteres Verbleiben des Kommissars müsse daher als überflüssig angesehen werden. Sämtliche Fraktionen des Stadtrates bekundeten rückhaltlos ihre Übereinstimmung mit der Amtsführung des Oberbürgermeisters. Mit den Stimmen der Christlich-Demokratischen Union, der Freien Demokraten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten wurde sodann ein Antrag angenommen, wonach die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ersucht wird, den Staatskommissar mit sofortiger Wirkung abzuberufen.

N.Z. 8.1.57.

Für Beilegung des „Falles Frankenthal"

Kosten der Regierungsaktion stehen in keinem Verhältnis zum Erfolg

Frankenthal, 7. Januar (NZ). — Der Frankenthaler Stadtrat beschloß am Wochenende, die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz um sofortige Abberufung des für die Unterbringung von Flüchtlingen entsandten Staatskommissars, Regierungsdirektor Dr. Schneller, zu bitten. In der vorausgegangenen Debatte wiesen die Sprecher aller Fraktionen die von Ministerpräsident Peter Altmeier und Sozialminister Willy Odenthal ausgesprochene Beschuldigung zurück, die Frankenthaler Verwaltung lege eine flüchtlingsfeindliche Haltung an den Tag und sabotiere die Maßnahmen der Regierung.

Oberbürgermeister Emil Kraus führte in seinem Bericht aus, er wünsche eine friedliche Beilegung des „Falles Frankenthal". Die seit sechs Wochen tätige Regierungskommission, bestehend aus dem Staatskommissar, 15 Regierungsbeamten und 15 Hilfskräften, habe erst 24 von insgesamt 107 in Massenquartieren untergebrachten Flüchtlingsfamilien Wohnräume zuweisen können. Von 773 beschlagnahmten Räumen seien nur 34 Zimmer und 15 Mansarden für Wohnzwecke verwendbar gewesen. Aus Kreisen der Bevölkerung seien bisher 512 Beschwerdebriefe eingegangen. Diese Zahlen bewiesen, daß sich ein weiteres Verbleiben des Staatskommissars und seiner zahlreichen Mitarbeiter erübrige, da die Kosten der Aktion in keinem Verhältnis zum Erfolg stünden.

Wie Oberbürgermeister Kraus weiter mitteilte, hat Sozialminister Odenthal mittlerweile angeordnet, daß alle beschlagnahmten Wohnzimmer in Arbeiterwohnungen wieder freigegeben werden sollen. Außerdem wurden die für Dezember 1950 vorgesehenen zwei Flüchtlingstransporte aus Bayern bis zum Frühjahr zurückgestellt, da in Frankenthal vorerst tatsächlich keine Unterbringungsmöglichkeit bestehe.

Mitglieder der Regierungskommission erklärten der NZ, die Aktion der Landesregierung gegen Frankenthal sei durch den Bericht eines Regierungsamtmanns verursacht worden, demzufolge gegen Ende Oktober vorigen Jahres angeblich 773 Räume unterbelegt waren. Die Kommission habe in sechswöchiger Arbeit feststellen müssen, daß diese Zahl stark übertrieben

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 188

A.Z.
18.12.50.

„Längst widerlegte Behauptungen"

Eine Erwiderung des Oberbürgermeisters Dr. Kraus an Sozialminister Odenthal

Im Rahmen der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und dem Oberbürgermeister von Frankenthal, Dr. Kraus, um die Flüchtlingsumsiedlung, veröffentlichte die „Allgemeine Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember eine Stellungnahme des Sozialministers Odenthal. Dazu hat uns nun Dr. Kraus eine Erwiderung zugeleitet, die wir nachstehend, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen, veröffentlichen.

„Herr Minister Odenthal stört sich daran, daß ich im Zusammenhang mit dem Fall Frankenthal von grobem Unfug gesprochen habe und erklärt, daß diese unerhörte Auslassung die Landesregierung veranlaßt habe, aus der Zurückhaltung, die sie bisher mir gegenüber beobachtet habe, hervorzutreten. Ja, wer hat sich denn bisher zurückgehalten? Wer hat denn seit Wochen Tag für Tag schwerste Beschuldigungen, Beleidigungen, Verleumdungen und Ehrabschneidungen über sich ergehen lassen müssen? Doch ich — und nicht die Landesregierung. Leider bin ich seit Wochen durch einen Unfall aktionsunfähig im Krankenhaus gelegen und habe ständig alles über mich ergehen lassen müssen und jetzt, wo ich zum ersten Male meine Meinung äußere, spricht der Minister davon, daß er nunmehr seine Zurückhaltung aufgeben müsse. Sprechen wir denn in Deutschland schon zweierlei Sprachen?

Keine Vorbereitungen?

Und was bieten denn die Ausführungen des Sozialministeriums an sachlichem Inhalt? Der Minister wiederholt wieder, ohne daß es dadurch wahrer und richtiger wird, daß Frankenthal keinerlei Vorbereitungen für die Aufnahme der Heimatvertriebenen getroffen habe. Hat sich denn das Sozialministerium überhaupt schon einmal bei der Stadtverwaltung darum gekümmert, welche Vorbereitungen Frankenthal getroffen hatte? Ist denn dem Sozialministerium bekannt, daß seit Januar 1950 ein besonderer Flüchtlingsdezernent mit einem besonders qualifizierten gehobenen Beamten Tag und Nacht, samstags und sonntags Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge ausgemacht hat und Hunderte von Heimatvertriebenen in der Stadt und in den Vororten zufriedenstellend untergebracht hat? Hat man denn überhaupt einmal mit der Stadtverwaltung verhandelt und gesprochen, oder hat man es nicht vorgezogen, mit allen möglichen Leuten zu verhandeln, nur nicht mit dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung? Das muß endlich auch einmal in der Oeffentlichkeit gesagt werden.

Der unterbelegte Wohnraum

Und wieder wiederholt der Minister am 19. Dezember die 773 erfassungsfähigen Räume und alle die längst widerlegten Behauptungen von unterbelegtem Wohnraum, obwohl ihm die Delegation aus Frankenthal, bestehend aus prominenten Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Gewerkschaft nachgewiesen hat, daß von den auf Grund der globalen Erfassungsaktionen festgestellten Wohnräumen nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz ernstlich für Wohnzwecke der Heimatvertriebenen in Frage kommt. Das weiß der Minister, denn es ist ihm in aller Deutlichkeit gesagt worden; er hat daraufhin am 16. Dezember auch in Frankenthal die ganze bisherige Erfassungsaktion abgestoppt und den größten Teil der erfaßten Wohnungen wieder freigegeben, und trotzdem wiederholt er drei Tage später diese Legende von den 773 erfaßten Wohnräumen. Wie nennt man ein solches Vorgehen in der deutschen Sprache? Ich überlasse es dem Leser, sich darauf die Antwort zu geben. Notwendigenfalls werde ich sie an anderer Stelle geben.

Protest der Bevölkerung

Ferner wiederholt der Minister die völlig unbegründete und jederzeit widerlegbare Behauptung, daß ich in einer Dienstverfügung an das Wohnungsamt die Einweisung der Heimatvertriebenen in Privatwohnungen hinauszögern und die unterbelegten Wohnungen nur einheimische Wohnungssuchenden zuweisen wollte. Hätte der Minister einmal persönlich den Wortlaut dieser meiner Verfügung vom 3. November gelesen, so hätte er sich davon überzeugen können, daß sie einen ganz anderen Inhalt hatte, ja, daß ihr Inhalt im wesentlichen dem entspricht, was jetzt praktisch getan wird, nachdem sich die bisherige Erfassungsaktion als unhaltbar und undurchführbar erwiesen hat und auf den schärfsten Protest aller Bevölkerungskreise, vor allem aber der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und auch der Flüchtlinge gestoßen ist.

Die persönlichen Vorwürfe

Daß der Minister am Schluß noch persönlich wird und erwähnen zu müssen glaubt, daß ich selbst über eine stark unterbelegte Wohnung verfüge und mich jetzt hinter die Besatzungsmacht verschanze, um vor Flüchtlingen verschont zu werden, richtet sich selbst. Ich möchte es ablehnen, auf diese Tonart einzugehen. In den nächsten Wochen hoffe ich, aus dieser eiskalten, unzweckmäßigen und für mich praktisch unbrauchbaren Wohnung, die mir die Besatzungsbehörde zur Verfügung gestellt hat, in meine eigene Mietwohnung zu kommen, damit endlich das lächerliche und gehässige Gerede von der unterbelegten Villa des Oberbürgermeisters verstummt. Schade, daß der Herr Sozialminister es nicht für nötig gefunden hat, mir seine Aufwartung zu machen. Vielleicht hätte er mich dann in meiner Villa besuchen können und meine Frau hätte dann sicherlich Gelegenheit genommen, ihm die „Vorzüge" dieser „Oberbürgermeister-Villa" für uns und für etwa in Aussicht genommene Flüchtlinge persönlich vor Augen zu führen. Aber es ging auch hier wie mit allem, was in der letzten Zeit gegen Frankenthal so dick aufgetragen wurde: Man hat sich nicht bei der Stadtverwaltung erkundigt, man hat den Oberbürgermeister nicht zu den Verhandlungen zugezogen, man hat Behauptungen Dritter, die nur so am Rande mit den Dingen vertraut sind, mehr Glauben geschenkt als den bestellten Organen der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung. Auch darüber überlasse ich das Urteil jederzeit den Sachverständigen und der öffentlichen Meinung."

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 189

Was zum „Fall Frankenthal" zu sagen ist

Von Sozialminister Willy Odenthal

Mainz. Die Stadt Frankenthal ist nur eine der Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz, die Flüchtlinge aufnehmen. Darum gilt für sie das, was alle übrigen Gemeinden des Landes taten, ohne an ihre Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen und Evakuierten erinnert werden zu müssen. Ich will deshalb auf polemische Behauptungen, wie sie in Frankenthal aufgestellt wurden, nicht eingehen, sondern glaube, im Interesse der Einheimischen und der Heimatvertriebenen nochmals herausstellen zu sollen, was ich wiederholt in den zuständigen Organen und auch gegenüber der Presse ausgeführt habe:

Dem Lande Rheinland-Pfalz wurde für 1950 ein Soll von 90 000 Flüchtlingen zur Einsiedlung auferlegt. Die Zuwanderer, die nicht im Besitz des Flüchtlingsscheines A sind, werden auf dieses Soll nicht angerechnet, müssen aber außerdem aufgenommen und untergebracht werden. Das Land Rheinland-Pfalz hat drei Viertel dieses Solls erfüllt, und es bedarf großer Anstrengungen aller Stellen, des Verständnisses der einheimischen Bevölkerung für die Not der Heimatvertriebenen, das restliche ein Viertel unterzubringen. Darum setzt sich das Sozialministerium bei der Bundesregierung und den Abgabeländern dafür ein, daß für das Jahr 1951 ein gleiches Soll nicht hereingenommen werden kann, weil die wirtschaftliche Kraft des Landes Rheinland-Pfalz nicht ausreicht, um auch nur den Rest des Solls 1950 zu erfüllen. Denn die Wohnungsnot verschlimmert sich mit jedem neu eintreffenden Transport; jede Neuzuweisung von Flüchtlingen vergrößert die Arbeitslosigkeit.

Wir haben berechtigte Aussichten, damit rechnen zu dürfen, daß diese unsere Gründe von den Bundesministerien und den Abgabeländern anerkannt werden und daß deshalb die Arbeitsplatzorientierung und die Wohnungsmöglichkeit die Grundlage der Umsiedlung für das Jahr 1951 sein wird. Da aber noch ein großer Überhang von arbeitslosen und wohnungslosen Flüchtlingen aus dem Jahr 1950 in das Jahr 1951 hineinreichen wird, rechnen wir, daß das Land im Jahre 1951 nur etwa 4000 arbeitsfähige Arbeitnehmer als Flüchtlinge einsiedeln wird, und wir glauben, annehmen zu dürfen, daß auch dies nur geschieht, wenn uns der Bund ausreichende Mittel zur echten Arbeitsplatzbeschaffung bereitstellt. Die Angehörigen dieser Arbeitnehmer, die zunächst allein kommen, müssen aus Bundesmitteln an ihrem jetzigen Wohnort solange unterstützt werden, bis der Neubau von Wohnungen ihr Nachkommen in die neue Heimat ermöglicht. Unsere Anstrengungen gehen weiter dahin, den Wohnungsbau mit Hilfe des Bundes im Jahre 1951 im selben Ausmaß zu finanzieren, wie dies im Jahr 1950 dank aller beteiligten Stellen gelang.

Wir wissen aber alle, daß die im Bau befindlichen Wohnungen zum Teil erst im Frühjahr fertig werden, und wir müssen einsehen, daß wir solange die Flüchtlinge nicht in Massenunterkünften belassen können. Die Zustände sind in diesen Massenunterkünften, Sälen usw. zum Teil unerträglich. Bis zur Erstellung von Neubauten müssen wir alle zusammenrücken und Platz für die Flüchtlinge machen. Es hätte auch anders ausgehen können und es hätte auch das Schicksal uns zur Flucht und zur Austreibung aus unserer Heimat bestimmen können. Jeder, der unterbelegten Wohnraum hat, sollte sich überlegen, was er gefordert hätte, wenn er an die Tür der Gastgeber hätte klopfen müssen. Die Beschlagnahme von Wohnungen und von Räumen im Rahmen wirtschaftlicher Wohnungseinheiten ist keine Dauerlösung; sie soll es auch nicht sein. Sie kann und darf nur dazu führen, vorübergehend unterbelegte Wohnungen zu erfassen bis zu dem Zeitpunkt, da Neubauten errichtet sind und neue Wohnungen den Flüchtlingen in direkter oder indirekter Zuweisung vermittelt werden können.

Erst wenn der Heimatvertriebene nach des Tages Arbeit die Tür seiner eigenen Wohnung hinter sich schließen kann, ist er daheim. Ihm ist mit der Zwangszuweisung nicht gedient. Das gleiche gilt für den Vermieter, der seine Wohnung ja für sich und seinen Gebrauch erbaut oder ermietet hat. Darum wünschen wir, daß die Wohnungsämter nur die Wohnungen erfassen, die wirklich unterbelegt sind und auch hier möglichst zusammenhängende Räume für Flüchtlingsfamilien bereitstellen, damit nicht eine solche Familie ihre Mitglieder in mehreren Einzelräumen, verteilt auf mehrere Häuser, unterbringen muß. Wenn das geschieht, wird es aum notwendig sein, das wirkliche Wohnbedürfnis zu beschränken und auf Einfamilienhäuschen und andere Kleinwohnungen zurückzugreifen.

Das Wohnungsamt kann aber mit wirklichem Recht Kleinwohnungen nicht erfassen, solange Großwohnungen ungeschmälert weiterbenutzt werden. Aber auch die Erfassung von unterbelegten Großwohnungen soll nicht von Ewigkeitsdauer sein, und auch die Besitzer dieser Wohnungen müssen wieder in den Genuß ihrer vollen Verfügungsrechte kommen, sobald der Wohnungsneubau von Genossenschaften und Privaten die Bereitstellung von Wohnungen in ausreichendem Maße ermöglicht.

Darum muß das Wohnungsamt bei Einweisungen mit dem nötigen Takt verfahren. In den meisten Fällen wird sich die Zuweisung in gütlicher Abrede über Zahl, Größe und Zusammengehörigkeit der vorübergehend abzugebenden Räume ermöglichen lassen. Erst wenn alle Möglichkeiten der gütlichen Vereinbarung erschöpft sind, sollte die Zwangseinmietung durchgeführt werden.

Wir dürfen bei all diesen Maßnahmen nicht vergessen, daß die Städte nicht nur an die Flüchtlinge, sondern auch an ihre ausgebomten und evakuierten Bürger zu denken haben und darauf bedacht sein müssen, auch ihnen wieder Arbeitsplatz und Wohnung in der Heimatgemeinde bereitzustellen.

Das Sozialministerium hat bei der Verteilung der Flüchtlinge die zerstörten Städte weitestgehend geschont. Arbeitsplätze entstehen aber nur in den Städten und Industriestandorten sowie solchen Gemeinden, die nach Verkehrs- und Versorgungslage zur Aufnahme neuer Industrien geeignet sind. Diese Gemeinden sind zwangsläufig in der Zukunft auch die Schwerpunkte des Wohnungsbaues. Der Zuzug vom Land in die Stadt und die Neigung der auf dem Land untergebrachten Flüchtlinge und Evakuierten, in den Städten Arbeit und Wohnung zu suchen, begründet weiter die Notwendigkeit, den Wohnungsbau in den Städten stärker als bisher zu fördern. Darum müssen Evakuierte und Flüchtlinge in ihrem Recht auf Arbeit und Wohnung gleichgestellt sein. Man muß anerkennen, daß weitaus die meisten Gemeinden alles getan haben, um den Flüchtlingen zu helfen. Das bedeutet Opfer und Zurückhaltung eigener Ansprüche und Wünsche für die Wohnungsinhaber und auch für viele Arbeitgeber.

Wenn danach aber in den meisten Gemeinden in selbstverständlicher Anerkennung der Tatsache, daß nicht die Flüchtlinge und Ausgebombten allein den Krieg verloren haben, sondern wir alle seine Folgen gemeinsam auf unsere Schultern verteilen müssen, gehandelt wurde, dann bedarf es wohl nur einer Mahnung an das Verantwortungsgefühl der wenigen anderen Gemeinden, um zu erreichen, daß auch sie in den nächsten Wochen nachholen, was bisher versäumt worden ist.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 190

...dem Wel...

zum Teil in China, zum Teil in New York lebt, wird vielfach gepriesen als das wohl bedeutendste Werk der Nobelpreisträgerin. Hier spiegelt sich vor allem die Spannung zwischen altchinesischem Beharrungsvermögen und westlicher Dynamik, zwischen Tradition und Moderne. Die großartige Menschenschöpferin Pearl S. Buck hat in diesem Roman wieder eine Reihe eindringlicher Frauengestalten geschaffen, wie sie der amerikanischen Dichterin besonders gut gelingen. L. H.

*

Hyperion Kunstkalender 1951. Die im Verlag Kurt Desch, München, erschienene neue Publikation setzt die bisher erschienene Kalenderreihe glücklich fort. Man muß durchaus keinen „Kunstverstand" haben oder zu den Leuten „vom Bau" gehören, um angesichts dieser wirklich meisterhaften Reproduktionen alter und neuer Meister begeistert zu sein. Der Kalender enthält dabei einige Bilder, die es sich später zu rahmen lohnt. Gedichte, Sprüche, kunsthistorische Ergänzungen zeugen von der hohen Sorgfalt, die der Verlag hier walten ließ.

*

Max Barthel „Kein Bedarf an Weltgeschichte". Limes Verlag, Wiesbaden. Preis 9,80 DM. Diese Lebensgeschichte des bekannten Arbeiterdichters gibt ein typisches Bild unserer Generation, ihrer Unruhe und ihrer Ideale, ihrer Enttäuschungen und ihrer Leiden. Mit ihm durchwandern wir das Europa der letzten 40 Jahre, ausgehend von der Heimatstadt Dresden und in die zerstörte Heimat wieder einmündend. Politiker, Arbeiter und Künstler kreuzen Barthels Weg: Richard Dehmel, Karl Bröger, Münzenberg, Radek, Gorki und Lenin. Ein Buch, das vor allem die Enttäuschung junger Menschen offenbart, die zu irgendeinem Zeitpunkt an die erlösende Kraft des Kommunismus geglaubt haben.

...ln Sicht...

A.Z. 19.12.50

Wollte Dr. Kraus die Umsiedlung sabotieren?

Stellungnahme des Sozialministeriums zum Interview des Frankenthaler Oberbürgermeisters

AZ. **Mainz**, 18. Dezember. Das Sozialministerium teilt mit:

„In der ‚Allgemeinen Zeitung' vom 15. Dezember wird berichtet, daß der Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal, Dr. Kraus, die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Herausnahme der Heimatvertriebenen aus den Massenlagern als ‚groben Unfug' bezeichnet hat, wie er ihn ‚in dreißig Jahren kommunalpolitischer Tätigkeit noch nicht erlebt habe'.

Diese Auslassung ist derart unerhört, daß die Landesregierung sich genötigt sieht, aus der Zurückhaltung, die sie bisher im Hinblick auf das gegen den Oberbürgermeister Dr. Kraus eingeleitete Dienststrafverfahren beobachtet hatte, hervorzutreten.

Was ist der objektive Tatbestand?

1. Im Zuge der von der Bundesregierung verordneten Umsiedlung der 90 000 Heimatvertriebenen in das Land Rheinland-Pfalz war die Stadt Frankenthal im November 1949 vom Regierungspräsidenten der Pfalz zunächst verpflichtet worden, im Jahre 1950 1472 Heimatvertriebene aufzunehmen. Die Festsetzung dieses Kontingentes erfolgte nach objektiven und für alle Kreise des Landes geltenden Gesichtspunkten. Auf die Vorstellungen der Stadtverwaltung wurde dieses Kontingent später auf 1200 Heimatvertriebene ermäßigt. Im Laufe des Winters gab die Landesregierung genaue Anweisungen über die Bereitstellung von Wohnraum für Heimatvertriebene und verpflichtete alle Wohnungsbehörden, alsbald die zur Unterbringung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

2. Im März dieses Jahres beantragte Oberbürgermeister Dr. Kraus bei dem Sozialministerium, die für die Stadt Frankenthal bestimmten Flüchtlingstransporte bis Herbst 1950 aufzuschieben, da erst dann die in Anspruch genommenen Neubauwohnungen für die Heimatvertriebenen fertiggestellt würden. Dem Antrag wurde Anfang April stattgegeben. Hierbei wurde Dr. Kraus aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Kontingent der Stadt bis Ende November erfüllt werden müsse. Als dann der erste Transport der Heimatvertriebenen am 28. August eintraf, ergab sich, daß k e i n e r l e i V o r b e r e i t u n g e n für die Aufnahme der Heimatvertriebenen getroffen worden waren. Die Stadtverwaltung hatte nicht einmal ein Durchgangslager eingerichtet. Für die Aufnahme der Heimatvertriebenen in Privatwohnungen war kein einziger Wohnraum bereitgestellt. Die Folge war, daß die Flüchtlinge in menschenunwürdigen Massenlagern untergebracht wurden.

773 Räume erfassungsfähig

3. Als diese Zustände bekannt wurden, veranlaßte das Sozialministerium eine vorläufige Ueberprüfung des Wohnungsbestandes der Stadt durch den Regierungspräsidenten der Pfalz. Ein Sechstel der Wohnungen der Stadt wurde hierauf durch Sachverständige mit dem Ergebnis überprüft, daß 773 Räume als erfassungsfähig festgestellt wurden. Hierunter befanden sich nur 293 Einzelzimmer. Die übrigen unterbelegten 480 Wohnräume bestanden aus je zwei Zimmern und mehr in einer Wohnung. In einem Fall wurden sogar sieben unterbelegte Wohnräume in einer Villa festgestellt. Die Ueberprüfung des Städtischen Wohnungsamtes selbst ergab, daß dieses völlig unzulänglich besetzt war und daß Aufzeichnungen über die in der Stadt vorhandenen Wohnungen so gut wie nicht vorhanden waren.

4. Auch nach diesen Feststellungen verstand sich Oberbürgermeister Dr. Kraus nicht dazu, die in den Massenlagern befindlichen Heimatvertriebenen in Privatwohnungen unterzubringen. Vielmehr versuchte er, durch eine an das Wohnungsamt gerichtete interne Dienstverfügung die Einweisung der Heimatvertriebenen in Privatwohnungen hinauszuzögern und sogar die als ‚unterbelegt' festgestellten Wohnräume einheimischen Wohnungssuchenden zuzuteilen. Damit war klar erwiesen, daß Oberbürgermeister Dr. Kraus die Absicht hatte, die von seinen vorgesetzten Behörden getroffenen Maßnahmen zu sabotieren und die Heimatvertriebenen bis zum Frühjahr und Sommer 1951 in den Massenlagern zu belassen. In dieser Lage entschloß sich die Landesregierung, in Frankenthal einen Landesbeauftragten für Flüchtlinge und Flüchtlingswesen der Stadt einzusetzen und gegen den Oberbürgermeister Dr. Kraus ein Dienststrafverfahren einzuleiten. Sie war im Interesse der Heimatvertriebenen dazu verpflichtet, aber auch ermächtigt, da das Flüchtlings- und Wohnungswesen eine staatliche Auftragsangelegenheit darstellt.

Wer ist im Recht?

Hiernach mag die Oeffentlichkeit selbst beurteilen, ob das Vorgehen der Landesregierung als ‚grober Unfug' bezeichnet werden kann. Sie mag auch selbst ein Urteil darüber fällen, ob eine derartige Feststellung dem Oberbürgermeister Dr. Kraus zukommt. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß Dr. Kraus selbst über eine stark unterbelegte Wohnung verfügt. Nachdem der Landesbeauftragte vor einigen Tagen zwei Wohnräume bei ihm erfaßt hatte, hat der Oberbürgermeister der Erfassung widersprochen und erklärt, die Wohnung sei ihm von der Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt worden und unterliege infolgedessen nicht der Bewirtschaftung durch deutsche Behörden.

Zu Ehren der Bevölkerung und der Behörden des Landes Rheinland-Pfalz kann festgestellt werden, daß das Verhalten des Oberbürgermeisters Dr. Kraus eine einzige Ausnahme bildet. Es muß aber auch festgehalten werden, daß der Oberbürgermeister durch sein Verhalten dem Ansehen der von ihm verwalteten Stadt erhebliche Schäden zugefügt hat, zumal er sich nicht gescheut hat, sich wiederholt an die breite Oeffentlichkeit zu wenden."

*

Wir geben diese Mitteilung des Sozialministeriums wieder, ohne zunächst Stellung zu nehmen, und überlassen es vorerst Oberbürgermeister Dr. Kraus, sich dazu zu äußern.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 191

Streit um Frankenthal zieht weitere Kreise

A.Z. 18.12.50

Altmeier: Vorwürfe gegen den Staatskommissar sind unbegründet

Na. **Mainz**, 17. Dezember. (Eigene Meldung.) Zu dem bekannten Streit über das Verhalten der Stadtverwaltung Frankenthal bei der Flüchtlingsübernahme teilten Ministerpräsident Altmeier und Staatssekretär Schmidt der Presse mit, daß die — von einer ganzen Anzahl von Zeitungen irrtümlich berichtete und inzwischen dementierte — Meldung über eine angebliche Abberufung des Staatskommissars für Frankenthal von den Mitgliedern einer Frankenthaler Delegation ausgegangen sei. Tatsächlich habe der Staatssekretär lediglich eine Prüfung der von dieser Abordnung vorgebrachten Beschwerden zugesagt. Diese Prüfung sei inzwischen erfolgt, dabei hätten sich aber alle Vorwürfe gegen den Staatskommissar als unbegründet erwiesen.

Weiter kündigte der Ministerpräsident an, daß sich die Regierung weitere Schritte gegen Oberbürgermeister Dr. Kraus vorbehalte, weil er das Verhalten der Landesregierung als „groben Unfug" bezeichnet habe. Bei der Reise des Oberbürgermeisters nach Bayern habe es sich nicht etwa darum gehandelt, daß die für Frankenthal bestimmten Flüchtlinge in Bayern bleiben oder außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz untergebracht werden sollten, sondern darum, daß sie einem anderen Teil von Rheinland-Pfalz zusätzlich zugewiesen werden sollten. Es handele sich keineswegs um einen Eingriff in die Selbstverwaltung, sondern um die pflichtgemäße Durchführung einer staatlichen Auftragsangelegenheit.

Äußerst befremdend sei es auch, daß in einem Schreiben von Frankenthaler Gewerkschafts- und Wirtschaftskreisen die Frage gestellt werde, ob überhaupt der Landesregierung das Recht zustehe, einen Kommissar einzusetzen, und ob dies nicht etwa auf Grund von Kontrollratsbestimmungen der Besatzungsmacht vorbehalten sei. Tatsächlich stehe dieses Recht durchaus der Landesregierung zu. Während im ganzen Lande sonst die Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht worden seien — wenn auch leider zuweilen unter noch nicht völlig befriedigenden Verhältnissen — müßten allein in Frankenthal noch Flüchtlinge in lagerähnlichen Räumen wohnen.

Die Rede Lukascheks

In der gleichen Pressekonferenz nahm auch der Ministerpräsident zu der Rede Stellung, die Flüchtlingsminister Lukaschek kürzlich über den Südwestfunk gehalten hat. Darin hatte der Bundesminister die Aufnahmebereitschaft der Länder der französischen Zone für Flüchtlinge angezweifelt, ein Sondergesetz für diese Länder über Wohnraumbewirtschaftung in Aussicht gestellt und die Ansicht geäußert, als ob die Bevölkerung der französischen Zone den Krieg schon beinahe vergessen hätte.

Altmeier stellte fest, daß das Land Rheinland-Pfalz seine Aufnahmepflicht für die Flüchtlinge im Jahre 1950 zu 98 Prozent erfüllt und damit insgesamt 150 000 Vertriebene aufgenommen habe. Die eigene städtische Bevölkerung lebe aber noch zu großen Teilen als Evakuierte in den ländlichen Gebieten. Im übrigen habe die französische Zone in den vergangenen fünf Jahren weit härter unter den Kriegsfolgen zu leiden gehabt als andere Gebiete der Bundesrepublik. Er wolle aber dennoch dem Minister Lukaschek keine allzu großen Vorwürfe machen, da dieser die schwerste Aufgabe habe, die heute ein deutscher Minister leisten müsse Er werde in diesem Sinne in den nächsten Tagen dem Bundesflüchtlingsminister über den Südwestfunk antworten.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 192

tag).

Der Staatskommissar wurde abberufen

Oberbürgermeister Dr. Kraus spricht von „grobem Unfug"

Gc. Frankenthal, 14. Dezember. (Eigener Bericht.) **Am Mittwoch haben der Staatskommissar Schneller und Regierungsamtmann Süß die Stadt Frankenthal auf Anordnung des Innenministeriums wieder verlassen.**

Die Abberufung erfolgte, nachdem eine Abordnung der Stadt bei Sozialminister Odenthal gegen die neuen Maßnahmen protestiert hatte. Der Sozialminister will nun persönlich die Wohnverhältnisse der Stadt Frankenthal und die Arbeit seiner Kommission überprüfen und hat sich für Samstag in Frankenthal angemeldet.

Wie Oberbürgermeister Dr. Kraus der „Allgemeinen Zeitung" in einem Interview erklärte, hat er die Absicht, die ganze Angelegenheit im Januar in einer Stadtratssitzung zu behandeln, auf der er auch eine Erklärung abgeben will. Dr. Kraus plane ferner, eine öffentliche Bürgerversammlung einzuberufen, in der er auf alle Fragen Rede und Antwort stehen will.

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß Frankenthal in beinahe übermenschlicher Weise den Wohnungsbau vorangetrieben habe und hierin eine Spitzenstellung unter allen Städten einnehme. Wenn man auf seinen Vorschlag eingegangen wäre, die Flüchtlingstransporte jeweils nach der Fertigstellung von Wohnräumen nach Frankenthal zu schleusen, hätte sich die Unterbringung der Heimatvertriebenen reibungslos abwikkeln können. Es seien zur Zeit noch etwa vierhundert Personen in Massenquartieren untergebracht, für die bis zum 1. Juli ordnungsgemäße Wohnungen beschafft werden könnten.

Selbst die Heimatvertriebenen hätten sich auf die Seite der Stadtverwaltung gestellt, weil sie es ablehnen würden, auf dem Wege von Zwangseinweisungen Wohnräume zu erhalten.

Dr. Kraus nannte die ganze Aktion einen „groben Unfug, wie er ihn in dreißig Jahren kommunalpolitischer Tätigkeit noch nicht erlebt habe".

westgrenze des [illegible] gefestigt hat.

N.Z. 16.12.50

Der Staatskommissar bleibt

Mainz, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Das Ministerium für Inneres und Wirtschaft teilt mit:

„Durch die Presse ging in den letzten Tagen eine Meldung, wonach der von der Landesregierung eingesetzte Staatskommissar zur Ueberprüfung des Wohnungswesens in Frankenthal, Regierungsdirektor Schneller, abberufen worden sei und seine Tätigkeit eingestellt habe. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen."

*

Die „Allgemeine Zeitung" hatte in ihrer Freitag-Ausgabe ein Interview mit Dr. Kraus gebracht. Auch dieses knüpfte an Informationen an, die ebenso in anderen Blättern von Rheinland-Pfalz wiedergegeben worden waren und in denen unter anderem von der Abberufung des Staatskommissars die Rede war.

[illegible]

N.Z. 16.12.50

Staatskommissar Schneller aus Frankenthal abberufen

Frankenthal, 15. Dezember (NZ). — Die Regierung von Rheinland-Pfalz hat den zur Ueberwachung von Flüchtlingseinweisungen in Frankenthal eingesetzten Staatskommissar, Regierungsdirektor Schneller, abberufen, nachdem eine Abordnung der Stadt, bestehend aus Vertretern der Verwaltung, Gewerkschaften und Industrie, gegen Maßnahmen Berufung eingelegt hatte und nicht nur aus Kreisen der einheimischen Bevölkerung, sondern auch von Flüchtlingen zahlreiche Protestschreiben eingetroffen waren.

Wie die Frankenthaler Stadtverwaltung mitteilt, haben alle Fraktionen des Stadtrates die Maßnahmen des Staatskommissars abgelehnt. Von 640 zwangsweise erfaßten Räumen seien nur etwa 60 für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet gewesen.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 193

Staatskommissar in Frankenthal

NZ. 8.12.50.

Sozialminister will Flüchtlingsunterbringung erzwingen

Frankenthal, 7. Dezember (NZ). — „Um auf dem schnellsten Wege die in Massenquartieren in Frankenthal untergebrachten Flüchtlinge in menschenwürdige Wohnungen überzuführen, entsandte das Sozialministerium von Rheinland-Pfalz einen Staatskommissar, der die Wohnverhältnisse an Ort und Stelle zu überprüfen hat. Regierungsdirektor Schneller hat diese Aufgabe übernommen und wird für eine baldmögliche Lösung sorgen." Mit dieser Erklärung wurde die Bevölkerung der Stadt Frankenthal am 5. Dezember davon in Kenntnis gesetzt, daß fortan nicht mehr Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus, sondern ein Staatskommissar für die Unterbringung von Flüchtlingen in Frankenthal verantwortlich ist. Am Tage vorher hatte das Sozialministerium, wie die NZ am 6. 12. berichtete, die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen den Oberbürgermeister bekanntgegeben.

Kraus verhandelte mit München

Diese Vorgänge brachten einen Konflikt ins breite Licht der Oeffentlichkeit, der schon seit längerer Zeit zwischen dem Sozialminister Odenthal und Oberbürgermeister Dr. Kraus besteht und der auf schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung der Flüchtlingsfrage zurückzuführen ist. Oberbürgermeister Kraus hatte bisher nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß die für Rheinland-Pfalz bestimmten Flüchtlingstransporte so lange zurückgestellt werden müßten, bis in den Bestimmungsorten ausreichender Wohnraum geschaffen sei. Er hatte ferner selbständige Verhandlungen mit der bayerischen Staatsregierung aufgenommen, um ein Abstoppen der für Frankenthal vorgesehenen Transporte zu erreichen. Diese Handlungsweise war von Minister Odenthal scharf gerügt worden. Es sei nicht Sache der Oberbürgermeister, Flüchtlingspolitik auf eigene Faust zu betreiben.

Dr. Kraus erklärte dagegen, die Flüchtlingsumsiedlung in ihrer gegenwärtigen Form sei unmenschlich, man könne die Leichtfertigkeit, mit der man zahlreiche Familien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einem ungewissen Schicksal preisgebe, nicht länger verantworten. Im übrigen habe kein Minister das Recht, sich in Dinge einzumischen, die auf Grund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts Sache der Gemeindevorsteher sei. Dazu gehöre auch das selbständige Eingreifen in örtliche Flüchtlingsfragen.

Belegschaften drohten mit Streik

Das Sozialministerium von Rheinland-Pfalz beantwortete diese Stellungnahme mit der Entsendung einer überörtlichen Wohnungskommission, die etwa 750 unterbelegte Wohnungen in Frankenthal feststellte. Damit hielt das Ministerium den Beweis für erbracht, daß die Frankenthaler Behörden tatsächlich nichts unternommen hatten, um Wohnraum für Flüchtlinge freizumachen. Die Bevölkerung der Stadt allerdings war mit den Methoden der Kommission nicht einverstanden. Es kam zu zahlreichen Protesten, die darin ihren Höhepunkt fanden, daß die Direktionen und Belegschaften einiger größerer Industriebetriebe mit Streik drohten, falls die Maßnahmen der Wohnungskommission nicht sofort eingestellt würden. Die Anschuldigungen, flüchtlingsfeindlich eingestellt zu sein, veranlaßte die Frankenthaler Verwaltung und Bevölkerung zur Gründung eines Flüchtlings-Hilfswerks, dem schon in den ersten Tagen über 50 000 DM an Spenden zugeleitet wurden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß im Zeitraum von zwei Jahren Wohnungen im Werte von fast zehn Millionen Mark erbaut worden seien; die Mehrzahl davon sei für Flüchtlinge vorgesehen.

Offenbar gab sich das Sozialministerium mit diesen Maßnahmen nicht zufrieden, denn am 4. Dezember gab Minister Odenthal bekannt, daß gegen den Frankenthaler Oberbürgermeister ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden sei. Er habe sich einer leichtfertigen Handhabung der Flüchtlingsunterbringung schuldig gemacht. Diese Mitteilung löste große Ueberraschung aus, um so mehr, als Dr. Kraus Präsident des Städtetages in Rheinland-Pfalz und Präsidialmitglied des deutschen Städtetages ist. In Kreisen, die dem Oberbürgermeister nahestehen, glaubt man, die Maßnahmen Odenthals auf persönliche Gründe gegenüber Dr. Kraus zurückführen zu müssen. Gutinformierte Kreise in Mainz erklären demgegenüber, der Minister handle im Interesse der Autorität des Staates. Der Ablauf der Flüchtlingsumsiedlung dürfe keine Unterbrechung mehr erfahren. Falls das Frankenthaler Beispiel Schule mache, drohe der völlige Zusammenbruch des Umsiedlungsplanes.

Regierungsdirektor Schneller hat bald nach seiner Ankunft in Frankenthal eine Flüchtlings-Abordnung empfangen und zugesichert, bis zum 24. Dezember um 12 Uhr allen noch in Massenquartieren untergebrachten Ausgewiesenen, insgesamt etwa 400 Personen, eine Wohnung zuzuweisen. Zunächst ist beabsichtigt, sämtliche Wohnzimmer in Frankenthal zu beschlagnahmen. Ueber die weiteren Maßnahmen ist noch nichts verlautet.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 194

4. 12. 1950

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. Dr. h.c. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Lieber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit starker Verspätung erfahre ich von Ihrem Unfall und höre gleichzeitig, dass Sie das Krankenhaus aufsuchen mussten und dort noch festgehalten werden. Ich hoffe, dass die Sache nicht so schlimm ist und wünsche Ihnen eine schnelle gute Besserung.

Mit den besten Grüssen für Sie und Ihre Gattin bin ich

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 195

A.Z. 1.12.50

Der Streit um Frankenthal

Flüchtlingsausschuß weist die Beschwerde von Dr. Kraus zurück

Na. Mainz, 30. November. (Eigener Bericht.) Der Landtagsausschuß für Sozialpolitik und Flüchtlingsfragen nahm auf einer Sitzung in Mainz einen Bericht von Sozialminister Odenthal über die Lage der Kranken- und Rentenversicherung im Bundesgebiet entgegen. Beide Institute sind erheblich verschuldet.

Besonders breiten Raum nahm wiederum die Frage der Flüchtlingsaufnahme ein. Am 17. Dezember wird der letzte große Transport dieses Jahres erwartet, womit dann rund neunzigtausend Flüchtlinge von Rheinland-Pfalz aufgenommen sind.

Der Ausschuß stellte fest, daß die Befürchtungen, die die Landesregierung schon vor dem Beginn dieser großen Aktion einwandte, durch die Tatsachen bestätigt worden sind. Während nämlich die ersten sechzigtausend Flüchtlinge durchweg reibungslos wohnungsmäßig untergebracht und wenigstens zum größten Teil auch in Arbeit gesetzt werden konnten, hätten sich bei den letzten 30 000 große Schwierigkeiten gezeigt.

Man hoffe jedoch, daß bis Weihnachten kein Flüchtling mehr in Sammellagern im Lande Rheinland - Pfalz zu wohnen brauche.

Eigentlich habe es nur eine einzige Schwierigkeit gegeben, und zwar bei der Stadt Frankenthal. Der Ausschuß, so erklärte Landtagspräsident Dr. Wolters, habe die Eingabe von Oberbürgermeister Dr. Kraus geprüft und sei zu der Ansicht gekommen, daß diese Beschwerde in keiner Weise berechtigt sei.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Städten und Gemeinden des Landes habe Frankenthal rein gar nichts vorbereitet. Die für Frankenthal vorgesehenen 1200 Flüchtlinge hätten nur fünf Prozent der dortigen Einwohnerzahl ausgemacht. Auch das Wohnungsamt der Stadt habe sich seit 1945 um nichts gekümmert.

Es sei dann eine überregionale Kommission zur Ueberprüfung eingesetzt worden, die etwa ein Fünftel des Wohnraums kontrolliert und dabei 780 unterbelegte Wohnräume festgestellt habe. Der Ausschuß habe beschlossen, dem Oberbürgermeister von Frankenthal sein Bedauern zum Ausdruck zu bringen und seine Beschwerde als unzutreffend zurückzuweisen.

F.A. Dienststrafverfahren 5.12.50

gegen den Oberbürgermeister von Frankenthal

t. **Mainz**, 4. Dezember (Eigener Drahtbericht). Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat gegen den Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus von Frankenthal ein Dienststrafverfahren eingeleitet, weil er seine Pflicht bei der Aufnahme der dort zugewiesenen Flüchtlinge versäumt habe. Gleichzeitig wurde bei der Stadt ein Staatskommissar für das Wohnungswesen bestellt.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 196

Vereinigung
"Freunde der Universität Mainz"

- Der Schriftführer -

Mainz, 7. 11. 1950
Am Pulverturm 13

I. Schreiben an:

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s , Frankenthal

Im Anschluß an das Treffen in Bad-Kreuznach am 11. November beehre ich mich, Sie zu einer Vorstandssitzung der "Vereinigung Freunde der Universität Mainz" nach dem gemeinsamen Mittagstisch ergebenst einzuladen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag:

Regierungsrat a.D.

b.w.

II. Gleiches Schreiben an:

Direktor Dr. Eibel, Mainz,

Dr.Azenrodt,Präsident der Vereinigung Mittelrhein.Unternehmerverbände Koblenz-Metternich,

Dr. Sartorius, Mussbach/Pfalz mit Zusa

Zu Ihrer gutscheinenden Verwendung über sende ich Ihnen angeschlossen noch 2o Einladungen. Es wäre erfreulich, wenn auch einige Herrschaften aus der Pfalz nach Kreuznach kommen könnten.

III. Zu den Akten

Mainz, den 7. Nov. 1950

Regierungsrat a.D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 197

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 14.10.1950

Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Am Stiftswingert 19

Betrifft: Universität Mainz, Vereinigung der Freunde

Sehr geehrter Herr Oppenheim,

Sie Glücklicher! Vor einigen Wochen waren Sie in Frankreich und haben in Genüssen der Architektur und Kunst geschwelgt und jetzt in Italien, während ich mich hier mit den Problemen der Finanzen, des Wohnungsbaus und der Flüchtlingsunterbringung abarbeite. Nur kein Neid! Ich freue mich für Sie, hoffe aber dass Sie inzwischen wieder im Lande sind.

Wie steht es denn mit den Auswirkungen unserer Werbeaktion in der Pfalz, besonders im Anschluss an die Tagung in Bad Dürkheim? Hatten wir einen Erfolg damit und wenn ja, welchen und was kann und muss noch geschehen, um den Erfolg auszuweiten? Wie steht es mit der beabsichtigten Tagung in Bad Kreuznach? Sind schon irgendwelche Vorbereitungen getroffen und welcher Termin ist in Aussicht genommen? Wir haben ja früher einmal an den 21. oder 28. Oktober gedacht. Der 21. ist bei mir bereits belegt, den 28. Oktober kann ich evtl. notfalls noch frei machen. Lieber wäre mir der 4. oder 11. November. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich umgehend wissen liessen, was gespielt wird und was beabsichtigt ist, damit ich rechtzeitig disponieren kann. Im übrigen wissen Sie, dass ich meinerseits jederzeit zu jeder nur irgend möglichen Mitarbeit bereit bin. Jedoch lege ich Wert darauf, dass gerade diese Sache nicht einschläft.

Mit den besten Wünschen und recht freundlicher Begrüssung von Haus zu Haus

in alter Freundschaft

Ihr gez. Dr.Kraus

F.d.R. Jernbuß
Sekretariat

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 198

und den Conferencier Fritz Benscher ohne Angabe von Gründen verhängt worden.

F.A. 1/1978. -50.

Einen Lehrauftrag an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat der Vorsitzende des Städteverbandes Rheinland-Pfalz, Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus, Frankenthal, erhalten.

Die erste Straßenbahn mit Telefon-

A.Z. 26.10.50.

Kraus antwortet Altmeier

Der Frankenthaler Oberbürgermeister gegen Vorwürfe der Landesregierung

Frankenthal, 25. Oktober. (dpa) Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Emil Kraus wies in einer Pressebesprechung den Vorwurf des Ministerpräsidenten Altmeier zurück, daß die Stadt Frankenthal bei den Vorbereitungen für die Unterbringung von Flüchtlingen versagt habe. Dr. Kraus erklärte, daß er seit November 1949 die Landesregierung Rheinland-Pfalz in 15 Schreiben und Besprechungen davon unterrichtet habe, daß eine Aufnahme von 1200 Flüchtlingen in Frankenthal unmöglich sei.

Als die Landesregierung auf diese mit ausführlichen Berichten und Statistiken versehenen Schreiben überhaupt nicht geantwortet habe, habe er bei der bayerischen Landesregierung in München angefragt, ob ein Aufschub der Flüchtlingstransporte nicht möglich sei.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz habe sich erst jetzt für die unhaltbaren Wohnungsverhältnisse in Frankenthal interessiert, indem sie eine Kommission geschickt habe, die rigoros nach den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes überschüssigen Wohnraum quadratmetermäßig feststellen sollte, um dann unter Umgehung der freien Selbstverwaltung eine Verfügung über diesen Wohnraum zu diktieren.

Oberbürgermeister Dr. Kraus betonte, daß in Frankenthal dem Flüchtlingsproblem nur mit Neubauten begegnet werden könne. Er werde sich mit der Notlösung, durch Einweisungen in bewohnte Wohnungen neues Elend zu schaffen, niemals einverstanden erklären und sei auch nicht bereit, einen Vorwurf hinzunehmen, der eher die Regierung selbst treffe, weil sie es nahezu ein Jahr lang nicht für nötig gehalten habe, sich die Frankenthaler Verhältnisse anzu hen.

Nächstes Jahr weniger Flüchtlinge?

Kritik an Oberbürgermeister Dr. Kraus

Rheinpf. 1.12.50

Mainz (Eig. Ber.). Der Landtagsausschuß für Sozial- und Flüchtlingsfragen nahm in seiner gestrigen Sitzung den Bericht des Sozialministers über die Lage der Sozialversicherung entgegen. Erhebliche Sorgen bestehen bei der Krankenversicherung und besonders bei den Ortskrankenkassen, weil sie verpflichtet sind, die Krankenversorgung der Rentner durchzuführen, und weil sie hierfür nur einen Betrag von 3,30 DM für jeden Versicherten bekommen, der bei weitem nicht ausreicht, die Kosten für die erhöhte Inanspruchnahme zu decken. Dadurch sind die Krankenkassen in eine erhebliche Verschuldung geraten. Auch bei der Rentenversicherung decken die aufkommenden Beiträge nicht die Leistungen. Zur Zeit beträgt der Beitrag in der Rentenversicherung 10 %. Eine Erhöhung auf 15 % stellt von der wirtschaftlichen und sozialen Seite her eine Unmöglichkeit dar.

Minister Odenthal gab in dem Ausschuß einen eingehenden Bericht über die Unterbringung der Flüchtlinge. Es wurde festgestellt, daß bis zum 11. November etwa 76 000 Flüchtlinge (84 % des Aufnahmesolls) nach Rheinland-Pfalz übergeführt wurden. Am 17. 12. kommt der letzte Transport mit weiteren 14 000 Flüchtlingen. Somit verbleiben noch 2700 Flüchtlinge, die eigentlich in diesem Jahre noch aufgenommen werden sollten, die aber im Einverständnis mit den Abgabeländern im ersten Quartal des kommenden Jahres übernommen werden. Nach dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit dem Bundesflüchtlingsministerium besteht begründete Hoffnung, daß Rheinland-Pfalz im nächsten Jahre nur eine verhältnismäßig geringe Zahl Flüchtlinge aufzunehmen braucht.

Der Ausschuß hat eine Eingabe des Frankenthaler Oberbürgermeisters Dr. Kraus zurückgewiesen, der es bekanntlich abgelehnt hatte, Flüchtlinge aufzunehmen. Es sei einwandfrei festgestellt worden, daß die Stadt Frankenthal für die Aufnahme der Flüchtlinge nichts getan habe.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 199

Michel Oppenheim
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 6. Mai 195o

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Vorgestern Abend kam ich erst wieder nach Mainz zurück und fand Ihre Zeilen vom 25. April vor. Inzwischen wurde die Vorstandssitzung um 8 Tage verschoben. Ich hoffe Sie also am 13. Mai hier begrüssen zu können.

Mit den besten Empfehlungen, auch an Ihre sehr verehrte Gattin,

bin ich
Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 200

OBERBÜRGERMEISTER
Dr. KRAUS

FRANKENTHAL. Stadthaus

25.4.50

Herrn
Regierungsrat
Michel O p p e n h e i m

M a i n z
Stadthaus

Betrifft: Uni Mainz, Vereinigung der Freunde

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Leider kann ich den Termin 6. Mai für die Vorstandssitzung nicht einhalten, Ich halte an der Verwaltungsakademie Speyer eine 14-tägige Gastvorlesung und muss damit am Samstag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr beginnen.

Darf ich Sie bitten, den Termin auf Samstag, den 13. Mai zu verschieben und die geladenen Vorstandsmitglieder entsprechend umzudisponieren?

Mit freundlicher Begrüssung!

Ergebenst

H. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 201

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 27.3.1950

Herrn
Regierungsrat
Michel Oppenheim

M a i n z
Rathaus

Betr.: Festschrift Geheimrat Eckert

Sehr geehrter Herr Kollege!

Anbei ein Schreiben der Stadt Biberach, das zu den dortigen Akten gehört.

Gleichzeitig darf ich Ihnen mitteilen, dass uns für die Versendung von 7 Exemplaren der Festschrift an verschiedene Adressen in der Pfalz Portoauslagen in Höhe von DM. 4,25 entstanden sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Betrag - wenn es möglich wäre - auf das Konto unserer Stadthauptkasse , Stadtsparkasse Frankenthal 1552 überweisen würden.

Wie steht es mit der Vereinigung der Freunde der Universität? Es würde mich interessieren zu hören, wie weit die Vorarbeiten gediehen sind und wann mit einer ersten Sitzung zu rechnen ist. Ich darf Sie bitten, den Termin auf alle Fälle vorher mit mir abzustimmen, da ich Wert darauf lege, diese Sitzung persönlich zu leiten.

Im übrigen wünsche ich Ihnen von Haus zu Haus frohe Osterfeiertage.

Ergebenst Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 202

OBERBÜRGERMEISTER
Dr KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 19.10.1949
Dr.Kr./Lg.

An Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Stadtverwaltung

Betrifft: Ihr Schreiben vom 13.10.1949.

Lieber Herr Kollege Oppenheim!

Sie haben mir mit der Eckert-Festschrift wirklich eine recht grosse Freude gemacht. Sie ist sehr gut geworden und vor allem freue ich mich dass wir eine so grosse Anzahl von Subskribenten haben. Ich weiss, dass auch Kollege Eckert eine grosse Freude an dem gelungenen Werk hat. Er hat es mir erst wieder vor einigen Tagen bei der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Wiesbaden bestätigt.

Es ist wirklich bedauerlich, dass Sie bis jetzt noch nicht zu mir kommen konnten. Ich würde mich wirklich freuen, wenn es doch einmal klappen würde. Wir hätten ja auch wohl so einiges miteinander zu besprechen. Ich bin am kommenden Dienstag im Stadthaus in Mainz zu einer grösseren Vortragstagung und nachm. Vorstandssitzung der kommunalen Arbeitsrechtlichen Verwinigung. Vielleicht komme ich einmal auf einige Minuten zu Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 203

13. Oktober 4.

Herrn

Oberbürgermeister Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

Lieber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Endlich kann ich Ihnen einmal eine kleine Freude machen. Ich hoffe, dass unser beifolgender Sprössling Ihnen gefällt. Es wurden zunächst nur einige Exemplare fertiggebunden, die für den Jubilar, Sie, Stein, Napp-Zinn usw.bestimmt sind. Die übrigen Exemplare werden bis Ende Oktober die Buchbinderei verlassen und sollen im November an die Subskribenten versandt werden. Die Abrechnung wird nicht ungünstig werden. 765 Exemplare wurden subskribiert. Wenn die für die Mitarbeiter und die für die Presse bestimmten Exemplare dazu gerechnet werden, kommen wahrscheinlich kaum mehr wie 175 in den Handel. Mit diesem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein.

Ich schäme mich etwas,Sie noch nicht besucht zu haben. Die Absicht besteht dauernd,auch Benzin war vorhanden, aber dann sind die Wagen besetzt.

Mit vielen herzlichen Grüssen von Haus zu Haus

bin ich
Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 204

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

F r a n k e n t h a l

19. Sept. 1949

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Vielen Dank für Ihre Mitteilung vom 16.9. Da auch Herr Geheimrat Prof.Dr.Eckert und wir hier in Mainz dauernd gleichlautende Anfragen erhalten, werden zur Zeit die anliegenden Karten an alle Subskribeten versandt. Einige wenige Exemplare werden wahrscheinlich schon in kurzer Zeit fertig sein. Von diesen Exemplaren werden Sie natürlich eines erhalten.

Herzliche Grüsse

Ihres

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 205

OBERBÜRGERMEISTER
Dr. KRAUS

FRANKENTHAL. 16.9.1949
Stadthaus

An Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Stadthaus

Betrifft: Festschrift Geheimrat Eckert.

Sehr geehrter Herr Kollege Oppenheim!

Von verschiedenen Seiten werde ich immer wieder gefragt, warum man von dieser Festschrift nichts mehr hört, so u.a. vor einigen Tagen von dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Firma Klein,Schanzlin u.Becker, Dr. Kühborth. Ich wäre Ihnen für eine gelegentliche Mitteilung dankbar, im übrigen verweise ich alle Anfragen an Sie.

Wie geht es Ihnen sonst? Hoffentlich einigermassen gut. Gestern tagte der Städteverband in Landau, Mainz war 6 Mann hoch vertreten, u.a. auch Hufschmidt, Wittmann und Frau Wetzenmaier!

In alter Freundschaft!

Ihr K. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 206

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 1. Sept.1949

An Herrn
Regierungsrat O p p e n h e i m

M a i n z
Stadthaus

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Die mir überlassenen Notizen reiche ich Ihnen anbei wieder zurück. Die Gedankengänge sind sachlich richtig und durchaus berechtigt, sodass ich meinerseits keinerlei Bedenken habe und auch keine weiteren Anregungen zu geben habe. Es dürfte Ihnen wohl bekannt sein, dass der Landtag in einer seiner letzten Sitzungen das sogenannte Wiedergutmachungsgesetz nunmehr verabschiedet hat, es ist aber, da von den Franzosen noch nicht genehmigt, noch nicht rechtskräftig geworden. Es würde also wohl nichts schaden, wenn man jetzt auf die Dringlichkeit der Sache hinweisen würde.

Ich bedauere, dass wir am letzten Sonntag nur so kurz miteinander sprechen konnten, wie ich überhaupt bedauere, dass die grosse Arbeitsüberlastung und das Gehetze des Alltags die Verbindungen mit Mainz immer mehr lockert. Ich hoffe aber im Laufe der nächsten Wochen ab und zu einemal in Mainz oder in der näheren Umgebung zu tun zu haben und verspreche Ihnen, dass ich mir dann einmal etwas mehr Zeit für Sie nehme.

Vor einigen Tagen war ich anlässlich einer Einladung mit unserem gemeinsamen Freund Major Kleinmann in Neustadt zusammen. Er wird jetzt wahrscheinlich endgültig für 3 Jahre nach Indo-China gehen müssen, bedauert das natürlich sehr. Bei dieser Gelegenheit haben wir uns wieder einmal gründlich über die Gründung der Mainzer Uni ausgesprochen und ich habe mir dabei erneut vorgenommen, gelegentlich einmal genaue Notizen über das niederzuschreiben, was wir wissen vom Sommer 1945 bis Frühjahr 1946. Darüber möchte ich mich gern einmal mit Ihnen unterhalten und mir einiges Material von Ihren Unterlagen geben lassen.

3 Anlagen

Mit freundlichen Grüssen von Haus zu Haus!

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 207

5. August 1949

Herrn

Oberbürgermeister Dr.Kraus

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die beiden Faust-Bände habe ich jetzt erhalten. Sie gehen noch heute an Herrn Fiederling, den ich gebeten habe sich wegen des Bindens unmittelbar mit Ihnen in Verbindung zu setzen, ob Leder oder Leinen ?

Ich habe sehr bedauert, Sie vorgestern nicht getroffen zu haben. In der nächsten Woche bin ich in Garmisch-Partenkirchen um noch einige Tage mit Ludwig zusammen sein zu können.

Mit den besten Grüssen, auch für die gnädige Frau,

bin ich
Ihr sehr ergebener

T. Wk. 1.9.49

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 208

M a i n z e r P r e s s e

Mainz, den 5. August 1949

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Hiermit gestatte ich mir Ihnen die beiden Faustbände, ungebunden, für Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus zu übersenden.

Sobald die Sendung weggeht, werde ich die Rechnung in Höhe von 12.- DM abschicken.

Faktor.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 209

3. August 9

I. An die

Mainzer Presse

M a i n z

Ich bitte um Übersendung der beiden Faust-Bände der Welt-Goethe-Ausgabe für Herrn Oberbürgermeister Dr. K r a u s Frankenthal und bitte Sie die Rechnung (je Band 6,--DM) Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus zu übersenden.

Im Auftrag:

II. Wvl. 1. 9. 1949

Regierungsrat a.D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 210

OBERBÜRGERMEISTER
DR KRAUS

FRANKENTHAL/PFALZ, DEN 3.8.1949

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel O p p e n h e i m

M a i n z
Stadthaus

Betrifft: Ihre Zeilen vom 28. Juli 1949

Sehr geehrter Herr Oppenheim !

Ich finde es reizend, dass Sie noch an die beiden Faustbände für mich gedacht haben. Selbstverständlich erwerbe ich dieselben gerne zum angegebenen Preis. Ich darf Sie bitten, die Bände Herrn Fiederling zum Einbinden zu übergeben und mir die Rechnung zukommen zu lassen. Sie wird umgehend beglichen.

Schade, dass wir uns in Worms nicht mehr sprechen konnten. Aber es war ja so spät geworden und ich wollte nach Hause fahren, da ich am anderen Morgen wieder recht früh zu tun hatte. Vielleicht gibt sich heute Gelegenheit, dass wir uns kurz sprechen. Wenn nicht, dann eben ein andermal.

Ich begrüsse Sie herzlich und bitte mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen.

Ergebenst !

Ihr

K. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 211

Michel Oppenheim
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 28. Juli 1949

I. Herrn

Oberbürgermeister Dr.K r a u s

F r a n k e n t h a l

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Von der zuständigen Stelle habe ich die Genehmigung erhalten die beiden Faust-Bände zum Preise von je 6,--DM Ihnen zur Verfügung zustellen. Sind Sie damit einverstanden ? Soll ich sie Herrn Fiederling zum Einbinden geben ?

Ich habe bedauert, Sie beim Glase Wein nach dem Sommernachtstraum nicht mehr angetroffen zu haben. Auch am folgenden Tag haben Sie hier gefehlt.

Ludwig fährt leider am Sonntag schon wieder weg. Es war ein kurzes Vergnügen.

Mit den besten Empfehlungen auch an Ihre sehr verehrte Gattin

II. Wvl.2o.8.1949

bin ich
Ihr

Kratze

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 212

OBERBÜRGERMEISTER
Dr., Dr. h. c. EMIL KRAUS

Frankenthal/Pfalz
~~Mainz,~~ 23. Juli 1949
Stadthaus

An Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z

Stadthaus

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Anbei übersende ich Ihnen den Brief eines Herrn Zimmermann, Hannover, nebst Anlagen. Da ich mit der Sache nichts mehr zu tun habe, möchte ich Sie bitten, den Brief freundlicherweise zu beantworten oder an den zuständigen Sachbearbeiter weiterzuleiten.

Wie geht es Ihnen, Herr Kollege Oppenheim? Ich bedauere, dass ich z.Zt. so wenig nach Mainz komme, aber schliesslich muss ich ja auch hier gründlich und systematisch arbeiten und leider immer wieder auswärtige Termine absagen. Ich hoffe aber in der nächsten Woche einmal dorthin zu kommen, da ich als Vorsitzender des Städteverbandes mich nach den Gemeindebeamtenprüfungen umsehen muss. Am 3.8.1949 haben wir voraussichtlich Vorstandssitzung des Städteverbandes in Mainz. Ich werde bei dieser Gelegenheit bestimmt zu Ihnen kommen.

Mit recht freundlichen u. kollegialen Grüssen in alter Verbundenheit

Ihr

K. Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 213

Aktennotiz

Das Aktenstück Zimmermann habe ich zuständigkeitshalber an Herrn Beigeordneten Krahn abgegeben. Zimmermann beruft sich u.a. auch auf den bekannten Hoffmann (1945 Zwissler !).

Mainz, den 3. August 1949

Michel Oppenheim
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 2o. Juli 1949

Herrn

Beigeordneten K r a h n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Beigeordneter !

Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus richtet in einem Schreiben folgende Frage an mich:

"Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen sagen, dass ich es sehr vermisse, dass ich die Faust-Ausgabe der Gutenbergpresse nicht in meinem Besitze habe. Wäre es Ihnen möglich, mir diese zu besorgen ? "

Ich bitte um gefl. Mitteilung, ob und zu welchem Preis die beiden Bände Faust -Welt-Goethe-Ausgabe ,diese Ausgabe meint Herr Oberbürgermeister - abgegeben werden dürfen. Herr Fiederling hat vorgeschlagen den uneingebundenen Band mit je etwa 6,--DM zu berechnen.

Hochachtungsvoll!

F. M. m. 10.8

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 214

OBERBÜRGERMEISTER
Dr., Dr. h. c. EMIL KRAUS

Frankenthal/Pfalz
xxxxxx 28. Juni 1949
Stadthaus

An Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z
Stadthaus

Lieber Kollege Oppenheim!

Nochmals herzlichen Dank für die schönen Stunden am Sonntag, insbesondere wird mir das Erlebnis der Goethe-Ausstellung in der Stadtbibliothek noch lange unvergesslich sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen sagen, dass ich es sehr vermisse, dass ich die Faus-Ausgabe der Gutenbergpresse nicht in meinem Besitze habe. Wäre es Ihnen möglich, mir diese zu besorgen?

Mit freundlicher Begrüssung!

Ihr

Dr. Ehrig

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 215

9, 10. Mai 1949

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

Frankenthal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Absprachegemäss erlaube ich mir anliegend die Abschriften zu übersenden mit der Bitte sie gut aufzubewahren.

Ihre gestrige telefonische Mitteilung war außerordentlich interessant. Alle Früchte werden einmal reifen und fallen ab. Auch das 1000jährige Reich dauerte nur 12 Jahre.

Ich warte immer noch auf die Fahrkarten. Wenn sie bis morgen Vormittag nicht hier sind, verschiebt sich die Reise noch einmal um eine Woche. Dies hätte nur den einzigen Vorteil, dass ich Sie kommenden Sonntag vielleicht sprechen kann.

Mit den besten Grüssen

Anl.

bin ich

Ihr

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 216

4341 **13** Uhr

Fr. 18.2. Guérin
18. Zickwolf

Fr. 19. Schmengler
19. Goldschmidt

Fr. 19 Trablé
" Thesen
W. Hmann " Fleck
Prinz

Fr. 20. Goldschmidt
Andreas
1/2 Jahr " Christ
" [Gonsenheim]
" [Bretzenheim]
" Dr. Arens – Dr. Schmuck
Zickwolf

Zwang innerhalb der Funktion

Zwang mit E.D.U.
Wein Coblenz

Kraus

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 217
21.2.49

Gestern erfuhr ich durch Herrn Ch. , dass die Miß-
stimmung der KP. gegen den Oberbürgermeister Dr. Kraus
auf folgenden Umstand zurückzuführen sei.
K. soll im Jahr 1933, Ohlhof bei der Gestapo angezeigt
und dadurch seine Verhaftung herbeigeführt haben.

Ch. und ich waren fest überzeugt, dass dieser
Vorwurf zu Unrecht erhoben werden

Trotzdem suchte ich gestern Nachmittag den ehem.
Polizeisekretär Otto Pf. bei der Gestapo in Bretzenheim
auf um durch ihn vielleicht Näheres über die Gründe
zu erfahren, die zur Verhaftung Ohlhofs führten. Da ich
Pf. nicht antraf, bat ich ihn schriftlich um einen Besuch
heute Vormittag.

Pf. war vorhin hier. Er erklärte etwa folgendes:
Die Vorwürfe , die gegen den Oberbürgermeister hier
erhoben werden, sind unbegründet. Es ist gänzlich
ausgeschlossen, dass Herr Dr. Kraus eine derartige
Anzeige an die Gestapo gerichtet hat. Herr Dr. Kraus
war immer gegen die Gestapo eingestellt. Das ist mir
bekannt aus Unterredungen mit der Tochter, die statt-
fanden anläßlich der Abwicklung jüdischer Vermögen,
die vom Vater verwaltet wurden. Dass Kraus schlecht
bei uns angeschrieben war, geht daraus hervor, dass er
im August 1944 im Zusammenhang mit der Festnahme und
Einweisung führender SPD Leute in das Kz. (Aktion
Gitter) ebenfalls eingewiesen werden sollte. Ich setzte

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 218

damals Kraus ab, da ich nach Möglichkeit , wenn irgend ein Grund vorlag, jeden gern absetzte und da ich von der Tochter erfahren hatte, dass der Vater zur Wehrmacht eingezogen werde oder sei. Den Akt Kraus habe ich zu meiner späteren Rechtfertigung besonders aufgehoben. Der Aufbewahrungsort (Eingraben im Garten) war aber so feucht, dass die Akten verfault sind.

Pf. gibt noch an, dass ein Herr Schmitz, der damals auch bei der Gestapo war, sich vielleicht an die Angelegenheit erinnern und Auskunft geben könnte. Schmitz wohnt in Mainz-Gonsenheim, Theodor Körnerstrasse 15. Er ist zur Zeit Nachtwächter bei Lapp-Kramer in Finthen.

Pf. kam im Mai oder Juni 1933 zur Gestapo . Er saß vorher im Vorzimmer vom Polizeidirektor Vohmann. Er wurde an die Gestapo versetzt ohne einen derartigen Wunsch geäußert zu haben.

Mainz 21. 2. 949

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 219

21.2.49.

Gestern erfuhr ich durch Herrn Ch. , dass die Mißstimmung der KP. gegen den Oberbürgermeister Dr. Kraus auf folgenden Umstand zurückzuführen sei.
K. soll im Jahr 1933, Ohlhof bei der Gestapo angezeigt und dadurch seine Verhaftung herbeigeführt haben.

Ch. und ich waren fest überzeugt, dass dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben werden

Trotzdem suchte ich gestern Nachmittag den ehem. Polizeisekretär Otto Pf. bei der Gestapo in Bretzenheim auf um durch ihn vielleicht Näheres über die Gründe zu erfahren, die zur Verhaftung Ohlhofs führten. Da ich Pf. nicht antraf, bat ich ihn schriftlich um einen Besuch heute Vormittag.

Pf. war vorhin hier. Er erklärte etwa folgendes: Die Vorwürfe , die gegen den Oberbürgermeister hier erhoben werden, sind unbegründet. Es ist gänzlich ausgeschlossen, dass Herr Dr. Kraus eine derartige Anzeige an die Gestapo gerichtet hat. Herr Dr. Kraus war immer gegen die Gestapo eingestellt. Das ist mir bekannt aus Unterredungen mit der Tochter, die stattfanden anläßlich der Abwicklung jüdischer Vermögen, die vom Vater verwaltet wurden. Dass Kraus schlecht bei uns angeschrieben war, geht daraus hervor, dass er im August 1944 im Zusammenhang mit der Festnahme und Einweisung führender SPD Leute in das Kz. (Aktion Gitter) ebenfalls eingewiesen werden sollte. Ich setzte

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 220

damals Kraus ab, da ich nach Möglichkeit , wenn irgend ein Grund vorlag, jeden gern absetzte und da ich von der Tochter erfahren hatte, dass der Vater zur Wehrmacht eingezogen werde oder sei. Den Akt Kraus habe ich zu meiner späteren Rechtfertigung besonders aufgehoben. Der Aufbewahrungsort (Eingraben im Garten) war aber so feucht, dass die Akten verfault sind.

Pf. gibt noch an, dass ein Herr Schmitz, der damals auch bei der Gestapo war, sich vielleicht an die Angelegenheit erinnern und Auskunft geben könnte. Schmitz wohnt in Mainz-Gonsenheim, Theodor Körnerstrasse 15. Er ist zur Zeit Nachtwächter bei Lapp-Kramer in Finthen.

Pf. kam im Mai oder Juni 1933 zur Gestapo . Er saß vorher im Vorzimmer vom Polizeidirektor Vohmann. Er wurde an die Gestapo versetzt ohne einen derartigen Wunsch geäußert zu haben.

Mainz 21. 2. 1949.
Oppenheim.

mit Spannung erfüllt, kopfüber in den Rüttelpulten und muß sich drei, vier Wochen lang täglich von sorgender Hand beim Schopf nehmen und durchschütteln lassen, bis sich der letzte Rest von Hefe am Korken abgesetzt hat. Jetzt beginnt sich Dom Pérignons Einfall zu bewähren: Es kommt der Tag, da ein langes Transportband die Flaschen dem „Degorgierungsraum" zuträgt. Im Kältebad gefrieren die angesammelten Hefereste. Ein befreiender Griff, die Klammer des Korkens fällt. Salute, Meister von Hautvilliers: schon quillt in Augenblickes Kürze aus offenem Flaschenhals, was an Rückständen darin war. Und dann endlich, wenn in rotierender Maschine der Inhalt aufgefüllt ist, wenn der endgültige Kork den Flaschenhals verschlossen hat, sind die so purifizierten Sektgeister unter sich. - Wie man sieht, im Prinzip war nur eine Kleinigkeit vonnöten, das übrige ist Geduld, Mühe und jenes Imponderabile von Tradition, Sachkenntnis und Fingerspitzengefühl, dessen Ergebnis man Qualität bezeichnet. Jahrelang zieht sich die Reife hin. Fünfundachtzigmal muß jede Flasche zur Hand genommen werden, ehe sie hinauswandert in die Welt.

Aus dieser Kellerei wie aus anderen berühmten Kellereien gehen die Flaschen wirklich in die Welt, bis in den letzten Zipfel der Erde sogar. In der Packerei winken von hohen Kistenbergen Anschriften wie Malta, Hongkong, Singapur, Paranagua, London. Denkt also daran, ihr Menschen in Südafrika, Indien, Natal oder im alten Europa, wenn die Flasche deutscher Sekt vor euch steht, die Uhr sich räuspert und zum letzten Stundenschlag des Jahres ausholt: den zweiten Schluck für Dom Pérignon, wenn ihr es nicht vorzieht, ihm gleich den ersten zu weihen. H. D.

StAMZ, NL Oppenheim / 9.3 - 221

Die Lage der deutschen Städte

R.M. 1.1.49.

Probleme an der Jahreswende - Von Oberbürgermeister Dr. Kraus, Mainz

Vorsitzender des Städteverbandes Rheinland-Pfalz, Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages

Ich habe schon kurz nach der Währungsreform auf die ungeheuren Nöte und Schwierigkeiten hingewiesen, die sie den Städten bringen wird, aber gleichzeitig erklärt, daß man erst nach etwa sechs Monaten eine gewisse Übersicht haben und eine vorläufige kommunalpolitische Bilanz zu ziehen in der Lage sein wird. Die Tage zwischen den Jahren sind ein Anlaß zur Selbstbesinnung auch für die verantwortlichen Leiter der Stadtverwaltung. Das Präsidium des Deutschen Städtetags hat sich in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit den Auswirkungen der Währungsreform auf die Stadtfinanzen befaßt, man ist sich über die Größe und Schwere der Nöte immer klarer geworden und weiß, daß in kurzer Frist Durchgreifendes geschehen muß, wenn nicht Zusammenbrüche, Zahlungseinstellungen und völliger Stillstand ganzer Verwaltungszweige die Folge sein muß. Das Präsidium des Deutschen Städtetages wird sich daher im Januar gemeinsam mit dem Finanzausschuß des Städtetages und dem Sparkassen- und Giroverband über die vordringlichen Fragen beraten und entsprechende Schritte bei den zuständigen Stellen vorbereiten. Die Notwendigkeit der Währungsreform und ihre guten und wirtschaftsfördernden Auswirkungen werden von uns durchaus anerkannt und bejaht; um so mehr müssen aber die Schattenseiten und gewisse Gefahren der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufmerksam beobachtet und rechtzeitig kritisch beleuchtet werden. Vor allem müssen die Städte, wenn sie nicht zu kurz kommen und völlig an die Wand gedrückt werden wollen, immer wieder den Weg in die Öffentlichkeit betreten und für ihre Sorgen und Nöte um Gehör bitten.

Nach und nach dürfte wohl die Öffentlichkeit begriffen haben, daß durch den völligen Verfall aller Kassenbestände und Guthaben der öffentlichen Hand den Städten die Grundlage jeder geordneten Finanzwirtschaft entzogen wurde. Man hat es sicherlich gut gemeint, als man bestimmte, daß die öffentlichen Haushalte ausgeglichen sein müssen und daß Defizite verboten sind. Darüber hinaus hat man die Aufnahme von Krediten nur als Kassenkredite genehmigt, soweit sie aus kommenden Steuereinnahmen wieder abgedeckt werden können. Das alles ist in der Theorie sehr schön, versagt aber in der Praxis völlig. Die großen Städte sind mit wenigen Ausnahmen zerstört, manche bis zu 80 und 90 Prozent. Dadurch sind ihnen die wesentlichen Grundlagen ihrer stadteigenen Steuereinnahmen - Grundsteuern und Gewerbesteuern - im großen Ausmaß erschüttert und beeinträchtigt worden. Sie haben sich daher schon bisher immer wieder mit den Finanzministern der Länder um Finanz- und Lastenausgleich sowie Bedarfszuweisungen in oft recht unwürdiger Form herumschlagen müssen. Dieser Kampf ist jetzt um so schwieriger und aussichtsloser, nachdem auch die Länder in schweren Finanzkrisen stecken und infolge des starken Rückgangs der Steuereinnahmen nicht in der Lage sind, ihre Finanzverpflichtungen an die Gemeinden zu erfüllen. So ist es kein Geheimnis, daß z. B. in Rheinland-Pfalz die Finanzausgleichszahlungen für Grundsteuerausfälle seit August 1948 nicht mehr geleistet werden, auch an Bedarfszuweisungen wird so gut wie nichts geleistet. Die Situation liegt in anderen Ländern ähnlich, so daß schon jetzt manche Städte viele Millionen Fehlbeträge im DM-Etat 1948 verzeichnen, deren Deckung so gut wie unmöglich ist. Früher oder später muß also die Situation eintreten, daß, da Reserven nicht mehr vorhanden sind, Zahlungen eingestellt werden müssen, da die Mittel kaum ausreichen, um die zwangsläufigen Verpflichtungen noch zu erfüllen. Wenn es nicht gelingt, die Fehlbeträge durch besondere und ausreichende Bedarfszuweisungen abzudecken und neue Steuereinnahmen für die Städte zu erschließen, ist ein Zusammenbruch nicht aufzuhalten. Bis jetzt sind leider alle Vorschläge, die vom Deutschen Städtetag in dieser Richtung gemacht worden sind, ohne Erfolg geblieben. Man muß sich auch darüber klar sein, daß selbst eine neue gemeindliche Personalsteuer keine glatte und befriedigende Lösung bringen kann, sie wird auf große politische Schwierigkeiten in den Stadtvertretungen stoßen und sie wird gerade in den schwer zerstörten und notleidenden Städten nicht die Erträge bringen, die notwendig sind, um die Grundlagen für eine gesunde Finanzwirtschaft zu schaffen. Man wird daher, ob man will oder nicht, früher oder später um rigorose Spar- und Abbaumaßnahmen auf allen Gebieten nicht herumkommen. Je früher man das bedenkt und sich darauf einrichtet, um so besser.

Die Entwicklung in den letzten Wochen zeigt neue schwere Gefahren auf, die jeden verantwortlichen Gemeindeleiter mit großer Sorge erfüllen müssen. Man diskutiert in Frankfurt am Main ein neues großzügiges Steuersenkungsprogramm der Einkommen- und Körperschaftssteuersätze. Es bedarf an dieser Stelle wohl keinerlei Ausführungen darüber, daß grundsätzlich die derzeitigen Steuern wahnsinnig hoch und auf die Dauer untragbar sind und daß die Wirtschaft nur gesunden kann, wenn die Steuern vernünftig reformiert werden. Aber man muß sich darüber klar sein, daß jede derartige großzügige Steuersenkung ein starkes Absinken des Steueraufkommens und damit einen weiteren Rückgang der Finanz- und Bedarfszuweisungen für die Gemeinden bedeutet, d. h. auf der Einnahmeseite der kommunalen Etats werden zunächst wieder einige Millionen fehlen, gleichzeitig schweben aber auf der ganzen Linie neue Anträge auf weitere Lohnsteigerungen. Dazu kommen Bestrebungen, die Fürsorgesätze angemessen zu erhöhen mit der Begründung, daß mit den bisherigen Sätzen das Existenzminimum der Unterstützungsempfänger nicht mehr gewährleistet sei. Einer Senkung der Einnahmen um mehrere Millionen würden also auf der anderen Seite Millionen Mehrausgaben gegenüberstehen, so daß der Ausgleich des Haushalts nicht nur in Frage gestellt, sondern völlig ausgeschlossen ist. Dazu kommen die ungeheuerlichen sozialen Spannungen, da man auf der einen Seite beabsichtigt, Steuergeschenke zu machen und Steueramnestie zu erlassen, während auf der anderen Seite nichts Durchgreifendes geschehen konnte, um die ungeheuren Preissteigerungen aufzufangen und das Realeinkommen aller Festbesoldeten und Rentner zu erhöhen. Es ist klar, daß diese Spannungen und ihre Auswirkungen in erster Linie und am stärksten auf die städtischen Verwaltungen drücken. Man wird also, ohne irgendwie Pessimist sein zu wollen, bekennen müssen, daß wir auch in 1949 vor beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen und vor Aufgaben, deren Lösung heute in keiner Weise abzusehen ist.

Durch die oben geschilderten finanziellen Auswirkungen der Währungsreform ist die Bauwirtschaft der öffentlichen Hand aufs schwerste getroffen und erschüttert worden. Alle Bemühungen um Wiederherstellung des zerstörten Gemeindeeigentums, der Amtsgebäude, Schulen und Werke, die bisher infolge Materialknappheit und Arbeitermangels nur langsam in Gang kamen, scheitern jetzt an Kapitalmangel. Vor der Währungsreform konnten Millionenbeträge aus dem außerordentlichen Haushalt nicht verausgabt werden, weil dafür nichts angeschafft werden konnte, jetzt fehlen die Gelder und die außerordentlichen Haushaltsmittel. Viele Städte waren in den letzten Monaten gezwungen, ihre Bauprogramme radikal einzuschränken oder ganz stillzulegen. So erfreulich es ist, daß wider Erwarten auch nach der Währungsreform die Bautätigkeit im gewerblichen Sektor weitergeht, ja erheblich verstärkt worden ist, so unerfreulich ist die Tatsache, daß stadteigene Krankenhäuser und Schulen nicht mehr weitergebaut werden und daß der städtische Wiederaufbau im Großen überall ins Stocken geraten ist. Die entscheidende Frage für die öffentliche Bauwirtschaft, für den Wiederaufbau und vor allem für den sozialen Wohnungsbau wird sein, ob und wann es gelingt, Kapitalien im erforderlichen Ausmaß zu tragbaren Zinsbedingungen zu bekommen. Bis jetzt stehen mittel- und langfristige Kredite nicht zur Verfügung. Langfristige Mittel für den Wohnungsbau zu erträglichen Zinsbedingungen können nur aus Sparkapital gewonnen werden. Leider ist durch die Währungsreform nicht nur das notwendige Sparkapital dahin, sondern auch, was noch viel entscheidender und schlimmer ist, der Spargedanke selbst in einem Ausmaß zerstört worden, daß es schwer halten und sehr lange

---

hrt . . .

die Nacht - Einzigartiges Furioso

chiger Mainzer - solange er nicht an seiner Steuerung steht. Am Morgen hat er den „Lindauer" von Mainz nach Ludwigshafen gefahren, jetzt hat er die Tour Ludwigshafen—Köln. „Und wie geht Ihre 03 066?" - „Ach, ein bißchen unruhig", meint er und macht mit den Händen eine Schaukelbewegung, „aber für die Rheinstrecke ist sie recht." Er meint, daß die Lager ein paar Millimeter zuviel Spielraum hätten. Die 03 066 hat zwar schon eine ganze Anzahl Flickplacken auf dem schwarzen Bauch, sie ist aber noch relativ jung. Sie wurde 1931 bei Henschel gebaut und leistet maximal noch ihre 130 Stundenkilometer. Die Vorziffer 03 vor der Nummer 066 bedeutet, daß sie zur stolzen Gattung der Schnellzugsloks gehört wie alle Maschinen, die die Vorziffern 01 bis 19 tragen. Die Personenzug-Loks haben die Vorziffern 20 bis 39, die Güterzug-Loks die Vorziffern 40 bis 59. Was darüber geht, sind Tender-Loks, d. h. Lokomotiven, die zugleich Tender sind, da sie die Kohlen in einem Kasten hinter dem Führerhaus und das Wasser in Tanks an den Kesselflanken mitführen.

Ganz sachte wird die 03 066 vor die lange Wagenreihe gesetzt. Der Zugführer reicht den Bremszettel herauf, auf dem alles verzeichnet steht, was der Lokführer bei Bemessung der Geschwindigkeit und beim Bremsen berücksichtigen muß: 44 Achsen, also elf lange, schwere Schnellzugswagen, Wagenzuggewicht 395 Tonnen, mit Lok 472 Tonnen, Gesamtbremsgewicht 419 Tonnen. Der Bremszettel wird am Lokführerstand neben die Marschtabelle und das La-Buch in den Klapprahmen geklemmt. Die Marschtabelle ist nichts anderes als ein ausführlicher Fahrplan, der außer der Höchstgeschwindigkeit und der höchstzulässigen Zuglast noch die Kilometerzahl und die Minimalfahrzeit zwischen den einzelnen Stationen angibt. Im La-Buch sind alle Stellen verzeichnet, an denen langsam gefahren werden muß; denn die

(Fortsetzung nächste Seite)

dauern wird, bis wieder Sparkapital zur Verfügung steht. Solange große Kreise der Wirtschaft ihre Umsätze aus Gründen der Steuerhinterziehung nicht ordnungsgemäß verbuchen und nicht zur Bank und Sparkasse tragen, solange wird auch kein Sparkapital für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Auf die Gelder der Wiederaufbaubank wird man keine allzu großen Hoffnungen setzen dürfen. Vorläufig stehen ihr nur etwa 100 Millionen DM Kapital zur Verfügung. Ob und welche Beträge ihr durch die beabsichtigte, mit Steueramnestie versehene Aufbauanleihe zufließen werden, ist noch sehr fraglich. Der Kreditbedarf der öffentlichen und privaten Wirtschaft geht in die vielen Milliarden DM. Man wird die sogenannten rentierlichen Bauaufgaben bevorzugen und den Kreditbedarf zentral lenken, damit ein ungesundes Wettrennen abgebremst wird. Eines ist sicher und es ist notwendig, daß die öffentliche Meinung und die verantwortlichen Leiter der Stadtverwaltungen sich darauf rechtzeitig klar und eindeutig einstellen. Im Verhältnis zu den auf Jahre und Jahrzehnte hinaus vorhandenen Bau- und Wiederaufbauaufgaben werden zunächst und für eine Reihe von Jahren nur recht geringe Finanzmittel zur Verfügung stehen und sie werden sehr teuer sein, da Darlehen und Anleihen unter 6 Prozent auf keinen Fall zu haben sein werden. Wahrscheinlich werden sie sehr viel teurer sein, so daß man bei der finanziellen Planung der städtischen Haushalte sich mit den für die Bauaufgaben notwendigen Zinsen und Tilgungen wird sehr nach der Decke strecken müssen, so daß manche vordringliche und unabdingbare Aufgabe auf Jahre hinaus einfach nicht durchgeführt werden kann, weil für die erforderlichen Aufwendungen die finanzielle Deckung im Gemeindehaushalt nicht vorhanden ist.

Es ist gewiß kein schönes und befriedigendes Bild, das ich hier am Jahresende über die Situation der deutschen Städte geben kann, aber ich kann mich aus Verantwortung und Gewissenhaftigkeit nicht dazu entschließen, Hoffnungen zu erwecken und Illusionen vorzutäuschen, die an der großen Wirklichkeit der nächsten Monate und Jahre in nichts zerschellen müssen. Je mehr sich alle auf die realen, wenn auch bitteren Tatsachen einstellen, damit rechnen und daraus unerbittlich die notwendigen Konsequenzen ziehen, um so rascher und sicherer kommen wir zur inneren Gesundung auch unserer öffentlichen Wirtschaft.

Gute Fahr

(Fortsetzung von Seite 7)

Zeit der Behelfsbrücken und der fragwürdigen Gleispartien ist immer noch nicht vorbei.. — Und jetzt Bremsprobe. Sie ist vor Antritt jeder Fahrt und nach jedem Kupplungsmanöver zu machen. Das Kommando heißt „Anlegen!" Von der Maschine aus wird Luft in die Bremsen gegeben und sofort klappen am ganzen Zug die Bremsklötze gegen die blitzblanken Radflächen. „Auf!" — und mit verlöschendem Zischen entweicht die Luft wieder. Der Zeiger der Bahnsteig-Uhr ruckt vor - 13.22 Uhr. Der Aufsichtsbeamte hebt den Signalstock, Ausfahrt frei, es geht los! Ruhig und sicher macht der Lokführer seine Griffe: Sandstreuer auf, damit die Räder beim Anfahren gleich Boden fassen - Steuerung voll auslegen - Zylinderventile öffnen und Regler nach links führen! Ganz behutsam sind die Räder angerollt, da ist kein Koffer aus dem Gepäcknetz gefallen. Zu einem solchen Anfahren gehören Fingerspitzengefühl und viel Praxis.

Sehr schnell kommt der Zug auf Touren. Immer kürzer folgen die Schienenstöße aufeinander, immer stärker beben die Pulse der Maschine, immer heftiger hämmert das Herz. Befriedigt hört der Lokführer mit geschultem, empfindsamem Ohr den gesunden Schlag. Jetzt kann er die Dampfkraft vermindern. Er nimmt die Steuerung auf 20 Prozent zurück, schließt die Zylinder-Ventile und balanciert die Dampfmenge und damit die Geschwindigkeit nur noch mit dem Regler. Die linke Hand hat er am Hebel, mit kurzen Blicken streift er immer wieder seine Manometer-Reihe, im übrigen gehört jetzt seine ganze Aufmerksamkeit der Strecke.

Und links der Heizer: er ist ein Fünfunddreißigjähriger, der noch alle Kraft in den Armen hat. „Schnellzugfahren ist der schönste Dienst", meint er aufgeräumt und aus seinem rußgeschwärzten Gesicht leuchten zwei Reihen fehlerloser Zähne. Die blonden Haarsträhnen hat er unter eine abgegriffene Schildmütze gezwängt. Alle drei Minuten reißt er die Feuerklappe auf und schleudert in breitbeinigem Stand fünf bis zehn gehäufte Schaufeln voll Kohle in die sengende Glut. Er steht mitten im Hitzestrahl und muß dabei zielsicher sein. „Da, probieren Sie einmal", er reicht mir die große Schippe her, „die erste Ladung geht bestimmt daneben!" - - Kein Wunder, man steht hier auf schwankendem Brett, das die Ritze zwischen Lokomotive und Tender überbrückt, und hat schließlich auch ein ganz anderes Handwerk gelernt. - „Wieviel Kohlen verschaufeln Sie bis nach Köln?" Er braucht sich gar nicht zu besinnen: „Entfernung 256 Kilometer, also rund 125 Zentner. Auf 1000 Kilometer rechnet man 25 Tonnen." Das Feuer auf dem 3,5 m langen Rost muß systematisch und kunstgerecht aufgebaut werden, das heißt von unter her ist gleichmäßig aufzustocken. Wenn der Rost einmal verschlackt, dann ist es aus mit der Fahrt.

Der Heizer hat noch mehr Aufgaben. Er muß am Zeigerglas ständig den Wasserstand im Kessel kontrollieren und ihn mit der Speisepumpe regulieren. Nimmt das Wasser ab, dann besteht die Gefahr der Kesselexplosion, und davor hat das Lokpersonal Respekt. Lieber einmal mehr Wasser fassen als einmal zu wenig - und deshalb heißt es auch bei den Eisenbahnern: Wenn der Lokführer einen Wasserkranen sieht, dann meint er, er müsse sich drunterstellen. Und noch weitere Arbeit für den Heizer: zwischen dem Kohlentrimmen muß er den Staub von der stählernen Tenne kehren, dann ist er für die Zugbeheizung und für die Lichtmaschine verantwortlich und muß außerdem in jeder freien Sekunde dem Lokführer bei der Streckenbeobachtung sekundieren. Wenn ein Signal fällig ist - und das muß die Lokbesatzung auswendig wissen -, dann hat auch der Heizer den Kopf draußen. Wer das Zeichen zuerst sieht, ruft: „Durchfahrt frei!" oder „Signal zu!", der andere überzeugt sich und wiederholt das Kommando, so wie es der Soldat beim Befehlsempfang tun muß(te). Lokführer und Heizer sollen Hand in Hand schaffen, „wer da bocksbeinig ist, den soll der Deuwel holen!" Es gehört direkt eine persönliche Harmonie dazu. Der Führer muß auch einmal Feuer schüren, wenn der Heizer auf einer Haltstation seinen Rundgang um die Machine macht und Öl in die Büchsen gießt. Und umgekehrt muß der Heizer imstande sein, notfalls auch einmal die Führung der Lokomotive zu übernehmen. Wenn möglich, dann vermeidet man es deshalb auch, eine bewährte „Ehe" auseinanderzureißen.

Streckenkenntnis ist halbes Fahren. Solange ein Lokführer eine Tour nicht mindestens achtmal absolviert hat, kommt er nicht ohne Lotsen auf die Maschine. Und wenn er eine Route ein halbes Jahr lang nicht mehr gefahren ist, dann hat er automatisch die Streckenkenntnis verloren und muß sie sich im Bedarfsfall wieder neu aneignen. Auf den westdeutschen Strecken kommt durchschnittlich nach jedem dritten Kilometer ein Signal; das sind von Ludwigshafen bis Köln rund 85. Von jedem einzelnen muß das Lokpersonal Standpunkt, Bedeutung und eventuell Eigenart kennen. Dazu sind die schienengleichen Übergänge und auf den Durchfahrtsbahnhöfen die Aufsichtsbeamten zu beobachten, die unter Umständen durch Zeichensprache auf ein Vorkommnis aufmerksam machen, wenn zum Beispiel ein Personen- oder Güterzug

vorne
zu e
der
che
sig
fer
bei
Ha
m
tiv
üb
zo
M
sc
la
sc
K
ge
ie
Da
ko
ni
ko
Ei
hie
sch
St
re
mi
ge
At
Ko
z v
St
beg

Herrn
Regierungsrat a.D.
Michel Oppenheim
Mainz
am Stiftswingert 19

Schonger-Film-Produktion, ist ein Mann von Herz. Seine Liebe gilt den Blumen, den Tieren und den Kindern.

Als Filmmann zog er zunächst mit der Kamera durch viele Länder, um die Tiere und Pflanzen, die von der menschlichen Kultur verdrängt und zum Aussterben verurteilt wurden, in ihren letzten Zufluchten aufzusuchen und ihre adelige Lebensführung, die bleiben will, was sie ist, auch wenn sie darüber zugrunde geht, wenigstens im Film für die Nachwelt zu retten. 1938 war die deutsche Jugend, so ist man versucht zu sagen, in einer ähnlichen Situation. Nach der Auffassung der Reichsjugendführung gab es keine Kinder mehr, nur noch Pimpfe, die nicht mehr spielen, sondern marschieren sollten, die mit dem verpönten Weinen leicht auch das Lachen hätten verlernen können, nur noch Helden in Ausbildung, zukünftige Retter des Volkes. Schonger sah die Gefahr und widmete seine Arbeit fortan dem Jugendfilm, dieser „heldischen" Jugend das Kinderparadies zu retten, indem er die Welt der Märchen in ihr Marschgepäck einzuschmuggeln suchte. Mit seinem Film „Tischlein, deck dich" hatte er einen Erfolg, der, für ihn unerwartet, ein doppeltes Gesicht trug. Der Dukatenesel und das gedeckte Tischchen, die durch den Knüppel aus dem Sack gerettet werden, das war für Goebbels, der sich im Geiste nie genierte, wenn eine Sache nur für seine Zwecke deutbar war, geradezu ein politischer Film. Der „Hans im Glück" aber macht wirklich keine heroische Figur. So wurde er zum Leidwesen Schongers von der Zensur verboten.

Nun hat Herr Schonger in seinem Atelier bei München wieder die Produktion von Jugendfilmen aufgenommen, die ohne alle Nebenabsichten und sonstigen Rücksichtnahmen nur für Kinder gedreht werden: Kasperle-, Puppen- und Märchenfilme. „Faß voll Spaß" und „Das verzauberte Tüchlein" als Kasperle-Filme, „Pimpernella" als Puppenfilm und der Rotkäppchenfilm, der jetzt in Köln uraufgeführt wurde, sind bereits erschienen. Sie sind mit viel Liebe und Verständnis für Kinderherzen geschaffen und voll lustiger Einfälle. Am unmittelbarsten wirkte der Puppenfilm. Die 1500 Kinder, Kinder aus Kölner Waisenhäusern, der Taubstummenschule und den ärmsten Schichten, die als Weihnachtsgäste der Hahnentor-Lichtspiele außerdem mit Bilderbuch, Spielzeug und Gebäck beschert wurden, sie sind hier die maßgeblichen Kritiker und Richter, und sie waren begeistert. Im nächsten Jahr werden „Hans im Glück", mit dem der Schonger-Film diesmal mehr Glück haben dürfte, und als Filme von Kindern für Kinder die Bildstreifen „Franzl" und „Peter" folgen, die in den Bergen und an der See spielen.

Kann die europäische Verständigung ein festeres und sichereres menschliches Fundament finden als in einem kräftigen Widerhall bei der Jugend? Der Bejahung dieser Frage dient die Bemühung Schongers um eine Zusammenarbeit zunächst mit holländischen, Schweizer, österreichi-

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 222

6. 11. 1948.

I. Frau

Oberbürgermeister
Dr. Kraus

Mainz
Am Rosengarten

Sehr verehrte gnädige Frau !

In den Anlagen erlaube ich mir die bis jetzt erschienenen drei Jahrgänge des "Mainzer Kalenders" zu überreichen.
Der nächste Band wird unter dem Weihnachtsbaum liegen.

Mit der Bitte, die Verzögerung entschuldigen zu wollen,

bin ich
II. Zu den Akten Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 223

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 17. März 1948

Herrn

Oberbürgermeister Dr. K r a u s

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Im vergangenen Jahre tauchte in Verbindung mit der Universität gelegentlich das Wort "Atom-Institut" auf. Seit einiger Zeit wird allgemein von dem Bau eines "Atom-Instituts" im Anschluß an das Kaiser Wilhelm-Institut der Universität gesprochen.

Ich bin in den Naturwissenschaften nicht bewandert, von den Atomen verstehe ich schon gar nichts. Aber ich glaube zu wissen, dass der Bau und die Einrichtung des Atom-Instituts in den Vereinigten Staaten über eine Milliarde Dollar gekostet hat und weiß bestimmt, dass unser armes Land sich einen derartigen Luxus auch nicht zu einem Bruchteil leisten kann. Es ist daher anzunehmen, dass die Bezeichnung "Atom-Institut" -wenn auch in diesem Institut irgendwelche Atomversuche möglich sind -, weit über das hinaus schießt, was wirklich geplant sein kann. Vielleicht ist die ominöse Bezeichnung "Atom-Institut" nur gelegentlich aus Gründen einer Reklame gebraucht worden und wurde dann cupidus rerum novarum begierig aufgegriffen.

Sie werden zunächst denken, uns gehe diese Angelegenheit nichts an. Ich sehe aber in der Bezeichnung "Atom-Institut" eine fürchterliche Bedrohung der Stadt Mainz für den Fall, dass es wieder zu kriegerischen Verwicklungen kommen sollte.

Mainz hat die Eigenschaft eine Festung zu sein verloren. Mainz könnte also nach einem fast 2000jährigen Dasein als Festung einer ruhigen Zukunft entgegen gehen, die für die zerstörte Stadt dringend notwendig ist. Der Störenfried einer ruhigen Entwicklung war für die Stadt bis jetzt die durch ihren Festungscharakter gegebene und betonte strategische Lage. Heute und in Zukunft wird der Störenfried das "Atom-Institut" sein.

.//.

In dieser Folgerung darf keine Übertreibung gesehen werden. Es muß angenommen werden, dass Spitzel auch in Mainz tätig sind. Jede ausländische Regierung, die sich für solche Fragen interessiert, wird heute schon über den Bau des "Atom-Instituts" besser unterrichtet sein, wie wir in Mainz.

Die Stadtverwaltung muss sich mit dieser Frage beschäftigen. Entweder muss der Bau des "Atom-Instituts" unterbleiben oder es muss durch glaubhafte Veröffentlichungen in der Presse auf die Harmlosigkeit des Mainzer" Atom-Instituts" hingewiesen werden.

Sollte aber wider Erwarten der Bau eines wirklichen "Atom-Instituts in unserem Land notwendig sein, dann müsste darauf gedrungen werden, dass dieses Institut in einer menschenleeren Gegend gebaut wird, nicht aber in nächster Nähe einer Stadt.

Die Einwände der Physiker werden lauten, dass das Wissen über die Atome friedlichen Zwecken dienen soll. Wenn ich diese Einwände auch für richtig halte, glaube ich doch, dass sie unerheblich sind, da sie im Ausland von keinem Menschen geglaubt werden.

Ich bin
Ihr sehr ergebener

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 224

Mainz, den 14. Mai 1946

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Kraus

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Zu dem Schreiben von Herrn Blum erlaube ich mir, Ihrem Wunsche entsprechend folgendes zu bemerken:

1. Über die angenommene Belastung des B.M. ist mir nichts bekannt. Durch Vernehmung der angegebenen Zeugen wird ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit hoffentlich festgestellt werden können.

2. Zwischen Blum und B. M. besteht seit längerer Zeit Feindschaft. Auf was sie zurückzuführen ist, weiß ich nicht.

3. Blum hat 2 Dummheiten gemacht, die ich beanstandet habe, sobald ich Kenntnis erhalten hatte:

   a) Blum bearbeitete die Arbeitsvermittlung, Als eine Jüdin aus einem mir heute nicht mehr bekannten Grund nicht zur Arbeit kommen konnte, sollte er dem Arbeitsamt Ersatz stellen. Er gab - zu seinen Gunsten nehme ich an, daß es ohne Überlegung geschah - die nichtjüdische Frau des Juden Leo Beck an. Das war ungehörig. Die Folge war eine wütende Feindschaft von Seiten der Frau Beck.

   b) Bei dem Begräbnis eines SS-Mannes, mit dem er bekannt war, ging Blum auf den Friedhof und drückte den Angehörigen am Grab sein Beileid aus. Bei den damaligen strengen Bestimmungen muß dieses Benehmen zum mindesten als ungeschickt bezeichnet werden. Aus Blum's Teilnahme an diesem SS-Begräbnis werden, wie ich jetzt erst erfahren habe, Beziehungen und Folgerungen gezogen, die peinlich sind.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 225

Weitere Ungeschicklichkeiten oder gar Verfehlungen von Blum sind mir nicht bekannt.

4. Im letzten Jahr hatte sich Blum wohl unbeliebt gemacht, da er durch seine Tätigkeit beim Einzelhandel genötigt war, viele Gesuche auf Bereitstellung von Ladnnraum abzulehnen.

Hochachtungsvoll

I. Herrn
Oberbürgermeister Dr. Kraus

Mainz

Wie bekannt, besitze ich zur Zeit keinen Reisepaß.

Folgende Besprechungen wären in den nächsten Tagen notwendig:

1. in Köln mit dem Direktor der dortigen Kunstgewerbeschule, Herrn Dr. Hoff, wegen Einrichtung der hiesigen Schule, insbesondere Namhaftmachung eines Direktors,

2. mit Herrn Dr. Eppelsheimer in Frankfurt a. Main wegen Rückführung unserer in Schloß Mitwitz (Oberfranken) lagernden Kunstgegenstände,

3. mit Herrn Oberregierungsrat Dr. Erzig, Kultusministerium, Wiesbaden wegen der Photographin Fräulein Dore Barleben, die sich als Kunstphotographin in Mainz niederlassen wird und für die bereits Aufträge von Seiten der Universität, des Diözesan-Museums und der Stadt vorliegen.

Ich bitte daher um Ausstellung eines Reisepasses nach der englischen und nach der amerikanischen Zone.

II. Zu den Akten.

Mainz, den 6. Juli 1946

Regierungsrat.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 226

auf dem Briefumschlag als „wertvoll" bezeichnet

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

28. 3. 46

Betr.: Theater-Etat 1946.

An den
Theater-Dezernenten
Herrn Regierungsrat Oppenheim
- im Hause -

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Der Theater-Etat für 1946 macht mir grosse Sorgen. Ich habe die der Finanzverwaltung vorgelegten Unterlagen durchgearbeitet und möchte nicht versäumen, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass es sehr schwer sein wird, diesen Etat in der vorliegenden Form im Beirat und im Stadtratsausschuss durchzubringen. Ich brauche Ihnen gegenüber wohl nicht zu versichern, wie sehr mir der Wiederaufbau unseres Theater- und Konzertwesens persönlich am Herzen liegt und dass ich meinerseits gerne bereit bin, Sie persönlich, sowie die Herren Zwißler und Dollinger in dieser Arbeit zu unterstützen, soweit ich dies verantworten kann. Ich möchte Ihnen daher im Folgenden einige Bedenken und Überlegungen unterbreiten und Sie dringend darum bitten, den Voranschlag einer erneuten Nachprüfung und Revision zu unterziehen:

1. Theater-Etat 1946

   Die Gesamtausgaben betragen 1 152 000,- RM
   Ich halte diesen Betrag für sehr hoch und stark übersetzt, zumal, wenn der Fehlbetrag 775 000,- RM beträgt. Ich nehme an, dass es sich um ein Muster-Etat für das Normaljahr handelt. 1946 wird aber kein Normaljahr sein, da frühestens ab 1. 7. 46 gespielt werden kann, mit vollem Schauspiel wahrscheinlich erst ab 1.10.46, vorausgesetzt, dass bis dahin der Frankfurter Hof betriebsfertig ist. Wir dürfen aber im Etat 1946 nur diejenigen Ausgaben und Einnahmen vorsehen, die voraussichtlich auch in diesem Etat-Jahr tatsächlich entstehen werden. Schon aus diesem Grunde werden die Zahlen einer wesentlichen Korrektur unterzogen werden müssen.

   Wir dürfen uns keineswegs zu großzügigen Ausgaben verleiten lassen, nachdem der Staat die Zusage gegeben hat, sich mit 75% an dem Defizit zu beteiligen. Auch der Staatszuschuss

//

A 4 b. 11. 42. 2000 K 0625

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 227

wird aus Mitteln der Steuerzahler bestritten, sodass wir auch für diese Beträge voll verantwortlich sind. Die Zusagen von Neustadt sind etwas durchaus Unsicheres, man weiss nie, ob diese Zusagen auf die Dauer auch gehalten werden, ob diese Regierung bleibt, ob eine andere diese Zusage noch aufrecht erhält, wie sich die politischen Verhältnisse überhaupt entwickeln usw. Aus all diesen Gründen ist es richtig, sich auf das äusserste zu beschränken und nur das zu tun, was auch aus eigener Kraft in Mainz verantwortet werden kann.

2. Ausgaben für das Orchester

Es betragen
die vorgesehenen Gehälter 293 000 RM
Pensionen 85 362 RM = 378 362 RM

Namentlich aufgeführt sind in dem Verzeichnis nur 23 Mann, vorgesehen noch weitere 28, sodass dann das Orchester zusammen aus 51 Köpfen bestehen würde. Es ist zu prüfen, ob hier nicht gespart werden kann und ob es unbedingt notwendig ist, das Orchester auf 51 Köpfe auszubauen, vielleicht genügen auch 30 - 36 Mann, um ein gutes Orchester zusammenzustellen. Natürlich wird man dann damit gewisse grosse Konzerte nicht geben können, aber das ist weiter nicht schlimm; für die Mainzer Verhältnisse der nächsten Jahre muss ein kleinerer Rahmen genügen, grössere Veranstaltungen müssen eben dann, z.B. durch Gastspiele des Pfalz-Orchesters, erledigt werden, aber die laufenden Dauerlasten für die Stadt Mainz würden doch erheblich kleiner werden. Keinesfalls dürfen im Orchester weitere neue Beamte oder beamtenähnliche Anstellungen erfolgen, da die Pensionslast auf die Dauer untragbar ist. Ich bitte Sie, darauf Ihr besonderes Augenmerk zu richten.

3. Ausgaben für das Theater.

Die Ausgaben für das künstlerische Personal betragen insgesamt 432 100 RM
Darin sind vorgesehen für
24 Schauspieler 117 000 RM
24 Chormitglieder 67 680 "
für das Ballett 33 900 "
ausserdem sind noch an Honraren
für Gastspiele und Aushilfen 63 500 "
in den Voranschlag eingestellt.

Ich bitte dringend um Nachprüfung der Notwendigkeit dieser Beträge. Der Theaterbeirat wird diese Beträge besonders kritisch überprüfen. Vielleicht kann die Zahl der Schauspieler noch verringert werden, auch Chor und Ballett dürften noch einige Abstriche vertragen können.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 228

4. Einnahmen

Es sind vorgesehen 44 Spielwochen á 5 Vorstellungen
á 1200 RM = 220 x 1200 RM = ... 264 000 RM.
Diese Beträge werden bestimmt im Etat-Jahr 1946
nicht eingehen, da mit einem geregelten Spielbetrieb
frühestens ab Oktober gerechnet werden kann, das wären
dann 26 Spielwochen á 5 Veranstaltungen = 130 x 1200 RM
= . . . . . 156 000 RM
Es scheint mir auch fraglich, ob durch die ganze Spiel-
zeit hindurch tatsächlich mit 5 Vorstellungen pro Woche
gerechnet werden kann. Solange nur in der Kunst-Gewerbe-
schule gespielt werden kann, wird dies mit Rücksicht auf
andere Veranstaltungen bestimmt nicht der Fall sein.
Auch 140 auswärtige Vorstellungen á 500 RM Nettogewinn
= . . . . . 70 000 RM
Reineinnahme erscheint mir reichlich übersetzt.

Entscheidend ist die Frage; ab wann kann im Frankfurter
Hof gespielt werden? Wenn ab 1. Oktober, dann würde ich
vorschlagen, das Theater auch tatsächlich erst ab 1. Okt.
zu eröffenen und das notwendige Personal frühestens ab
1. August bezw. 1. September fest zu engagieren. Wenn es
indess nicht sicher ist, dass am 1. Oktober gespielt
werden kann, dann wäre das Theaterpersonal jedenfalls
im vollen Umfange frühestens auf 1. 2. oder 1. 3. 47
zu engagieren. Auf alle Fälle muss der Etat in seinen
Ausgaben und Einnahmen auf die tatsächlich mit Bestimmt-
heit zu erwartenden Verhältnisse abgestellt werden. x)

Ich darf unterstellen, dass Sie meine Bedenken und
Sorgen verstehen und bitte Sie, mir unverzüglich Ihre
Stellungnahme und das Ergebnis Ihrer erneuten Prüfung
mitzuteilen. Ich halte es jedenfalls für richtiger, diese
Dinge vorher innerhalb der Verwaltung gründlichst zu
überlegen und abzuklären und sich nicht von den Aus-
schüssen und vom Stadtrat überrennen zu lassen.

Ergebenst!

Ihr

R. Tillmann

x) NS.
Ich bitte ferner zu bedenken, dass die
Kohlenlage 1946/47 wahrscheinlich noch
kritischer wird wie im vergangenen
Winter, sodass damit gerechnet werden
muss, dass der Frankfurter Hof nicht
geheizt werden kann. In diesem Falle
kommt ohnedies ein Beginn erst ab 1.3.
bezw. 1.4.47 in Frage.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 229

Der Oberbürgermeister
der Stadt Mainz

Mainz, den 31. Dezember 5 194...

Aktz.:.....

Betr.: Dienststellenleiterkonferenz am 2. Januar 1946.

E i n l a d u n g.

Ich habe die Herren Dienststellenleiter auf Mittwoch, den 2. Januar 46 vormittags 11,30 Uhr zu einem Neujahrsempfang gebeten, bei welchem ich einen Rückblick auf 1945 und einen Ausblick auf 1946 geben werde. Die Konferenz findet im Stadthaus, Zimmer 3 III. Stock (Sitzungszimmer des Stadtausschusses) statt.

Ich gestatte mir, Sie zur Teilnahme an dieser Konferenz einzuladen.

Herrn
Regierungsrat O p p e n h e i m
- im Hause -

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 230

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 2. Juli 1947

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Kraus

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Infolge meines körperlichen Zustandes muß ich nach 10jähriger Pause in diesem Jahr einen längeren Urlaub nehmen. Auf die beigeschlossene ärztliche Bescheinigung von Herrn Dr. Schunk nehme ich Bezug. Eine ähnliche ärztliche Bescheinigung vom Staatl. Gesundheitsamt, das ich für die Anmeldung in Garmisch-Partenkirchen benötige, ist in meiner Hand.

Ich bitte um Ihr Einverständnis, dass ich in der nächsten Woche meinen Urlaub antrete. Erster Urlaubstag: 7. Juli 1947.

Ich hoffe nach vier Wochen zurückkommen zu können, möchte aber, falls notwendig, den Urlaub auf die vom Arzt gewünschte Zeit verlängern können.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

1 Anl.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 231

Abschrift

Dr. med. C. Schunk
Facharzt für innere Krankheiten
Mainz, Fischtorplatz 16

Mainz, 25. 6. 1947

Herr Regierungsrat M. Oppenheim ist wegen körperlicher und nervöser Erschöpfung ab 1. 7. 1947 arbeits- und dienstunfähig krank. Dauer voraussichtlich: 6 Wochen.

gez. Dr. Schunk

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 232

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 2. Juli 1947
Am Stiftswingert 19

Herrn
Stadtoberinspektor Dietrich

M a i n z

Sehr geehrter Herr Dietrich !

Den beiliegenden Reisepaß bitte ich bis zum 17. August verlängern zu lassen. Auf das ärztliche Zeugnis des Herrn Dr. Schunk vom 25. Juni nehme ich Bezug. Den Paß benötige ich spätestens am 5. ds. Mts. weil ich am 6. abreisen will.

Anl.

Hochachtungsvoll!

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 233

Michel Oppenheim
Regierungsrat a.D.

Mainz, den 25. Juni 1947
Am Stiftswingert 19

Herrn

Medizinalrat Dr.Knab

M a i n z
Staatl.Gesundheitsamt

Sehr geehrter Herr Medizinalrat !

./ö In der Anlage lege ich das Attest des Herrn Dr.Schunk vor und wäre dankbar, wenn es von Ihnen visiert werden könnte. Auf das Telefongespräch von heute morgen nehme ich ergebenst Bezug.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich
Ihr sehr ergebener

1 Anl.

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 234

Abschrift

Dr. med. C. Schunk
Facharzt für innere Krankheiten
Mainz, Fischtorplatz 16

Mainz, den 25. 6. 1947

Herr Regierungsrat Oppenheim ist wegen körperlicher und nervöser Erschöpfung arbeits- und dienstunfähig krank. Dauer 6 Wochen.

gez. Dr. Schunk

A cause d'un épuisement physique et nerveux M. le Regierungsrat Oppenheim n'est pas capable de travailler pour la durée de 6 semaines.

signé: Dr. Schunk

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 235

Abschrift

Dr. med. C. Schunk
Facharzt für innere Krankheiten
Mainz, Fischtorplatz 16

Mainz, den 25. 6. 1947

Herr Regierungsrat Oppenheim ist wegen körperlicher und nervöser Erschöpfung arbeits- und dienstunfähig krank. Dauer 6 Wochen.

gez. Dr. Schunk

StAMZ, NL Oppenheim / 9,3 - 236

Michel Oppenheim
Regierungsrat

Mainz, den 7. Juni 1947

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. K r a u s

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Unter Bezugnahme auf Ihre mündliche Anfrage vor einigen Tagen,teile ich Ihnen ergebenst mit, dass ich meinen Urlaub am 1o. Juli antreten möchte. Einen formellen Antrag mit einem ärztlichen Attest lege ich in einigen Tagen vor.

Mit vorzüglicher Hochachtung !